

# **Integration und Wandel des Souveränitätsbegriffs in der russischen Doktrin**

**DiSSERTATION zur Erlangung des Doktorgrades**

**der Juristischen Fakultät  
der Universität Regensburg**

**vorgelegt von  
Ekaterina Mouliarova**

Erstberichterstatter: Prof. Dr. Rainer Arnold

Zweiterberichterstatter: Prof. Dr. Udo Steiner

Tag der mündlichen Prüfung: 16. Oktober 2006





## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2006 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Die Arbeit somit ist auf dem Stand von Juli 2006. Die Literatur und Rechtssprechung wurden bis Frühjahr 2006 berücksichtigt.

Zunächst danke ich meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Rainer Arnold, der mich nachhaltig betreute und menschlich unterstützt hat während meiner Promotionsstudiums in Deutschland. Ohne seine Initiative und engagierte Betreuung, sowie seine Pionierarbeit im Bereich der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt außerdem dem Herrn Professor Dr. Udo Steiner für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ich danke auch Herrn Dr. Axel Bormann für die sprachliche Korrektur meiner Arbeit, sowie die Kollegin Frau Elisabeth Meindl für Bemerkungen zur der stilistischen Strengenz der Deutschen Sprache.

Ich danke herzlich Familie Wohlfahrt, die mir während meines Praktikums in Luxemburg freundlich Obdach gewährt hat und ermöglicht, die Europäische Union in der Praxis kennen zu lernen.

Einen besonderen Dank schulde ich meiner Freunden, die die Entstehung dieser Arbeit mitbefolgt und unterstützt haben, sowie Frau Barbara Arnold, die den Mut zur Lücke und somit die Fertigstellung dieser Arbeit beeinflusst hat.

Meinen Eltern Tatiana Kotchanova und Valerij Mouliarov, sowie meiner Taufpatin Ninel Koltzova ist diese Dissertation in Dankbarkeit für ihre große Hilfe gewidmet.

Regensburg, August 2006

Ekaterina V. Mouliarova



# Gliederung

<b>Vorwort</b> .....	III
<b>Gliederung</b> .....	V
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XI
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>Kapitel 1. Die Integrationsentwicklung in Europa</b> .....	5
A. Die Integrationsformen .....	5
I. Der Begriff Integration .....	5
II. Die Integrationsformen in ihrer generellen Ausprägung. Die drei Grundformen: völkerrechtliche, supranationale, staatliche Formen .....	12
1. Die völkerrechtliche Form - eine Kooperation .....	12
2. Integration in der Form einer Internationalen Organisation .....	18
3. Supranationale Organisation als Integrationsform .....	27
i) Supranationalität als Integrationstendenz .....	27
ii) Supranationalität im rechtlichen Sinne als Integrationsform .....	28
4. Ein Staat als Integrationsform .....	32
B. Die Integrationsentwicklung beeinflussende Faktoren: Die Voraussetzungen der Integration .....	36
I. Globalisierung und Internationalisierung der Aufgaben .....	37
1. Die Globalisierung: das Bestehen von globalen Problemen .....	37
2. Die Internationalisierung .....	42
II. Der Wandel des Bewusstseins .....	43
1. Wertewandel .....	43
2. Anthropozentrik .....	43
i) Die Sanktionen .....	45

ii) Die Unionsbürgerschaft .....	46
iii) Die EU-Erweiterung .....	47
III. Die Existenz der souveränen Staaten .....	47
1. Der Staat im Integrationsprozess .....	47
2. Der Staat auf der Ebene der supranationalen Integration .....	49
C. Zusammenfassung : Kapitel 1 .....	53

## **Kapitel 2. Souveränitätsrelevante Aspekte in Bezug auf die Integrationsformen. Der Souveränitätsbegriff im Rahmen der europäischen Integration:**

<b>Systematische Analyse .....</b>	<b>57</b>
A. Souveränitätsbegriff im Bezug auf die Integration allgemein .....	57
I. Quantitative und qualitative Theorien der Souveränität .....	62
1. Souveränität quantitativ als Summe bestimmter Machtbefugnisse .....	62
i) Machtbefugnisse eines Staates und einer Internationalen Organisation .....	62
ii) Völkerrechtsunmittelbarkeit als souveräne Qualität .....	65
2. Souveränität qualitativ als <i>suprema potestas</i> .....	67
i) Funktionell .....	68
ii) Völkerrechtsunmittelbarkeit .....	68
1) Die formale Sichtweise .....	70
2) Die substantielle Sichtweise .....	72
3) Systematische Einordnung der Integration in der Völkerrechtsordnung .....	77
iii) Kompetenziell .....	81
1) Unabhängigkeit .....	81
2) Beständigkeit .....	86
3) Kompetenzkompetenz .....	88
iv) Potentiell exklusiv .....	88
II. Rechtssouveränität und staatliche Souveränität: Der Begriff der Unabhängigkeit .....	92
B. Souveränität als historischer Begriff .....	93
C. Souveränität im systematischen Bezug zur Integration .....	97
I. Monistische und dualistische Konzeptionen .....	98
1. Monistische Konzeptionen .....	98
2. Dualistische Konzeptionen .....	99
II. Das Völkerrecht als System .....	100



1. Die Rechtsstellung des Subjektes im Völkerrecht .....	102
i) Der Staat .....	103
ii) Das Volk oder die Nation .....	104
iii) Internationale Organisation .....	106
iv) Individuen .....	106
2. Bestimmung des Objektes der völkerrechtlichen Regulierung .....	107
3. Besonderheit der völkerrechtlichen Gesetzgebung .....	112
4. Durchsetzung der völkerrechtlichen Normen .....	114
D. Der Souveränitätsbegriff in Bezug auf die EU. Supranationalität .....	116
E. Zusammenfassung: Kapitel 2 .....	118

### **Kapitel 3. Souveränität und die Europäische Union. Verschiedene Integrationsformen**

<b>in Bezug auf die Rechtsnatur der Internationalen Organisationen .....</b>	<b>121</b>
A. Die Völkerrechtspersönlichkeit allgemein aus russischer Sicht .....	121
I. Zur Völkerrechtspersönlichkeit eines Staates .....	122
1. Die Besonderheit der primären Subjekte des Völkerrechts – die Souveränität .....	122
2. Die Bestandteile des Begriffes «Rechtspersönlichkeit» .....	125
II. Die Rechtsnatur und die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen .....	126
1. Die Besonderheit der Rechtsnatur der sekundären Subjekte des Völkerrechts: der Umfang und die Bestandteile der Rechtspersönlichkeit .....	126
i) Der derivative Charakter .....	126
ii) Der funktionale Charakter .....	128
iii) Der historische Charakter .....	129
2. Definition Internationaler Organisation .....	131
i) Historische Entwicklung (Gründungsverträge und weitere Entwicklung) .....	131
ii) Die Besonderheit der sekundären Subjekte des Völkerrechts: der Umfang und die Bestandteile der Rechtspersönlichkeit .....	134
3. Die Merkmale der Völkerrechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen (mit dem Schwerpunkt EG/ EU) .....	135
i) Die Gründung und das Funktionieren der Internationalen Organisation auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen den Mitgliedstaaten .....	135
ii) Die Mitglieder der Organisation sind die Staaten .....	141
iii) Die Organisation besitzt ihren eigenen Willen .....	142

iv) Die Organisation hat dauerhafte Organe, die den Willen der Organisation formulieren und ausdrücken .....	145
v) Die Organisation muss rechtmäßig sein und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern .....	150
4. Die Bestandteile sekundärer Völkerrechtspersönlichkeit .....	150
i) Das Recht zum Abschließen völkerrechtlicher Verträge .....	151
ii) Das Recht, internationale Immunität und Privilegien zu haben .....	154
iii) Das Recht auf diplomatische Vertretung .....	155
iv) Das Recht, den Rechtsweg zu beschreiten .....	155
v) Rechts- und Geschäftsfähigkeit .....	156
vi) Die Organe der Organisation haben international geltende Machtbefugnisse, z. B. Erlasse zu verabschieden und Abkommen zu schließen, die eine internationale Wirkung haben .....	156
B. Supranationalität .....	159
I. Definition der Supranationalität in der russischen Fachliteratur .....	159
II. Willensbildung und Kompetenz der Organisation .....	161
1. Kompetenzgrundlage .....	162
2. Kompetenzhoheit der Mitgliedstaaten. Kompetenzkompetenz .....	162
i) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	164
ii) Extensive Kompetenzausübung .....	165
iii) Final definierte Kompetenzen .....	166
iv) Verschiedene Kompetenzarten .....	166
3. Die Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzipien .....	168
III. Die juristische Qualifizierung der Supranationalität .....	171
1. Das Objekt und die Methode völkerrechtlicher Regulierung: mögliche Modifikationen .....	171
2. Die Frage nach der Natur des EG/EU-Rechtes: Supranationales Recht .....	176
3. Die Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten: die EU-Kompetenzordnung .....	177
Allgemein: Mögliche Standpunkte .....	178
1) Föderalistische Doktrinen .....	179
2) Autonomiedoktrinen .....	182
3) Völkerrechtliche Doktrinen .....	184

4) Politische Doktrinen .....	185
4. Die Rechtsnatur der Europäischen Union .....	186
i) Konföderation .....	188
ii) Föderation .....	190
iii) Die Besonderheit der EU .....	191
1) Das zugrunde liegende Recht .....	192
2) Kompetenzaufteilung .....	193
3) Sachkompetenz .....	195
4) Rechtszuständigkeit .....	198
C. Zusammenfassung : Kapitel 3 .....	200
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>203</b>



## Abkürzungen

bzw	beziehungsweise
COMECON	der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Diss	Dissertation
EG	die Europäische Gemeinschaft ggf die Europäischen Gemeinschaften
EGKS	der Vertrags zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EG/EU	die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union
EMRK	die Europäische Menschenrechtskonvention
EuGH	der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EU	die Europäische Union
EUV	der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EES	Ewropejskoje Ekonomitscheskoje Soobschestwo ( gleich Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
GUS	die Gemeinschaft unabhängiger Staaten
M	Moskau
Maastrichter Vertrag	der Vertrag über die Europäische Union
MGU	die Moskauer Staatlichen Universität
MO	Международные отношения (Mezdunarodnyje otnoschenija)
Rdnr	Randnummer
RF	die Russische Föderation
RGW	gleich COMECON Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Rome Verträge	der EWG-Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM); Vertrag
s.g.	Sogennante
Slg	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des

	Gerichts Erster Instanz
SPb	Sankt-Peterburg
u.a.	unter anderen
usw	und so weiter
TACIS	the Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TEMPUS	the Trans-European mobility scheme for university studies
UdSSR	die Sowjetunion
UNO	die Organisation der Vereinten Nationen
VUS	Hochschule / Universität
Vgl.im übrigen wegen sonstiger Abkürzungen <i>Kirchner, Hildebert</i> , Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, Berlin, NY, 1993.	

## Einleitung

Die Literatur zum Thema Souveränität und Europäische Integration ist umfangreich und vielfältig. In der westlichen Literatur wurden Themen wie die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft, föderalistische Entwicklungstendenzen in der Europäischen Union oder der Wandel der Souveränität im Rahmen der EU-Integration ausführlich behandelt. Da die Integration seit Gründung der drei Europäischen Gemeinschaften zum aktuellen und unmittelbaren Thema des europäischen Lebens geworden ist, setzen sich die westlichen Autoren intensiv mit den verschiedenen theoretischen Teilproblemen dieses Bereiches auseinander.

In einem anderen Denksystem als dem der kommunistischen Staaten werden Begriffe wie Souveränität, Integration und Supranationalität anders interpretiert, weil sie sowohl im Westen als auch im Osten nicht nur juristische Vorstellungen widerspiegeln, sondern auch sehr stark von der Ideologie und von politischen Ansichten geprägt sind.

Für die Russische Föderation und für die anderen ehemaligen Sowjetunion- und COMECON-Staaten<sup>1</sup> hat sich die Integrationsproblematik nach dem Zerfall des kommunistischen Systems und der sozialistischen Integrationsorganisationen unter anderen Gesichtspunkten dargestellt. Die Geschichte der Beziehungen von west- und osteuropäischen Integrationsorganisationen ist durch lange gegenseitige Nichtanerkennung und durch ein Verhältnis des Gegeneinanders gekennzeichnet. Die ideologischen und rechtlichen Unterschiede führten dazu, dass die zwei wichtigsten Wirtschaftsunionen in Europa, das COMECON und die Europäische Gemeinschaft, sich gegenseitig nicht anerkannten und deshalb partnerschaftliche Beziehungen zwischen ihnen lange nicht entstehen konnten.

Ab 1973 versuchten die Europäischen Gemeinschaften einerseits und COMECON andererseits, eine rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit zu schaffen. 1975 sind abgeschlossene Verträge zwischen den Mitgliedstaaten der beiden Organisationen ausgelaufen und auf Grund der Kompetenzasymmetrie zwischen der Europäischen Gemeinschaft und COMECON konnten keine neuen Verträge abgeschlossen werden. Die Kompetenzasymmetrie bestand darin, dass gemäß Art.110 und 113 des EWG- Vertrages die Handelspolitik im Bereich der ausschließlichen EG-Kompetenz lag; innerhalb des COMECON dagegen blieb

---

<sup>1</sup> COMECON – der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

die Handelspolitik in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die politische Position von COMECON, das die supranationalen Eigenschaften der EG nicht anerkannte, verhinderte den Abschluss von neuen Kooperationsverträgen. Erst 1988 wurde die Deklaration des gegenseitigen Anerkennens unterschrieben und dadurch die offiziellen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und COMECON begründet. 1989 wurde ein Handelsabkommen zwischen der UdSSR und der Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterschrieben. Die ehemaligen Teilstaaten der Sowjetunion, einschließlich Russland, haben in den Jahren 1994-1996 so genannte Partnerschaftsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften unterschrieben, 1994 wurde solch ein Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet. Die Zusammenarbeit hat sich daraufhin wesentlich intensiviert und zu Systemänderungen im Osten geführt, insbesondere in den Bereichen Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. TEMPUS- und TACIS-Programme wurden geschaffen und haben die Förderung der Bereiche Wirtschaft, Demokratie, Rechtsstaat zum Ziel.

Die Zusammenarbeit mit der EU nimmt für die europäischen Länder der ehemaligen Sowjetunion weitere und tiefere Formen an: Die Ukraine zum Beispiel hat Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union und passt sowohl ihr politisches System, als auch ihr Wirtschafts- und Rechtssystem an die europäischen Standards an. Einige Staaten der ehemaligen Sowjetunion wie Estland, Lettland und Litauen sind im Jahre 2004 der Europäischen Union beigetreten.

Die Entwicklung dieser wirtschaftlichen und politischen Kontakte zu Westeuropa förderte in Russland das neue Interesse und die Forschungen im Bereich der Europäischen Integration.

Die moderne europäische Integrationsthematik ist relativ neu für die russische Wissenschaft. Obwohl die russische Rechtswissenschaft sich traditionell intensiv mit der Frage der Souveränität, dem Recht Internationaler Organisationen und der Globalisierung beschäftigt, hatte sich die Integrationsforschung hauptsächlich mit der internationalen Entwicklung in den Nachkriegsjahren und mit Organisationen wie der UNO auseinandergesetzt. Der Kalte Krieg und die Bedeutung des Völkerrechts für die Staatspolitik in diesen Jahren hatten Einfluss auf die Auswahl und wissenschaftliche Behandlung dieser Themen. Die Integrationsentwicklung innerhalb des Ostblocks gehörte natürlich zu den Themen theoretischer Untersuchung. Die Supranationalisierung auf Seiten der Europäischen Gemeinschaften wurde jedoch aus ideologischen Gründen meist kritisiert, obwohl dies eine theoretische Auseinandersetzung mit der Integrationsproblematik nicht ausgeschlossen hatte.



Zu einer weiteren Intensivierung der Erforschung der Integrationsprobleme kam es durch den Zerfall der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Es wurden mehrere Untersuchungen zur Integration innerhalb der GUS sowie vergleichende Analysen der Integrationsentwicklung in West- und Osteuropa durchgeführt.

Die Entwicklung der Rechtswissenschaft in Russland in den letzten Jahren zeigt ein wachsendes Interesse für die Rechtsfragen der Integration innerhalb der Europäischen Union. Die neueste Forschung auf dem Gebiet ist aber in Westeuropa wenig bekannt geworden, insbesondere auf Grund der sprachlichen Schwierigkeiten. Die russische Forschung auf dem Gebiet der Souveränitäts- und Integrationsproblematik scheint aus zweierlei Gründen interessant: Zum einen neigt die russische Rechtswissenschaft zur Kontinuität und zur Tradition, was Forschungsmethoden und Auswahl der Problemstellungen betrifft, deshalb lässt sich am Beispiel ausgewählten Forschungsmaterials die historische Entwicklung der Rechtswissenschaft in Russland verfolgen. Zum anderen haben infolge der Demokratisierung der Gesellschaft und der Öffnung der Grenzen die modernen westlichen Bewertungen der Integrationsproblematik großen Einfluss auf die russische Forschung, die tradierte theoretische Grundlagen mit aktuellen Problemstellungen zu verknüpfen versucht.

Diese Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit der Forschung zur Europäischen Integration und der Europäischen Union als dem wichtigsten und komplexesten Beispiel einer sich immer weiter fortentwickelnden Integration. Dabei soll eine Analyse der russischen Forschung auf dem Gebiet im Vordergrund stehen, um ihren Stand und ihre Bereitschaft, westliche Bewertungen zu akzeptieren, zu ergründen. Die westliche Literatur wird zu Vergleichszwecken einbezogen, insbesondere dort, wo es um die Praxis der Europäischen Union geht, da die westliche Rechtswissenschaft sich unmittelbar mit der Integrationsentwicklung innerhalb der Europäischen Union beschäftigen muss.

Die vorliegende Arbeit ist im Wesentlichen in drei Teile gegliedert. Das 1. Kapitel widmet sich den Integrationsformen und den zur Integration führenden Gründen. Ebenso werden die die Integration begünstigenden Faktoren erörtert. Im 2. Kapitel wird der Zusammenhang zwischen Integrationsentwicklung und Souveränität untersucht. Im 3. Kapitel werden dann die komplexen Zusammenhänge von Souveränitätsproblematik und Integrationsentwicklung mit Blick auf Internationale Organisationen und deren Rechtspersönlichkeit, insbesondere die Europäische Union, dargestellt. Darüber hinaus werden föderalistische Theorien erörtert. Dabei wird jeweils die Frage gestellt, wie die russische Wissenschaft diese Thematik erfasst.

Eine Zusammenfassung versucht die unterschiedlichen Interpretationstheorien der Integrationsentwicklung zu erörtern und eine Bewertung der aktuellen und zukünftigen Entwicklung in der Europäischen Union aus der Sicht der russischen Rechtsschule vorzunehmen.

# Kapitel 1. Die Integrationsentwicklung in Europa

## A. Die Integrationsformen

### 1. Der Begriff der Integration

Die Grunddefinition der Integration (lateinisch «integer» – «unberührt, unversehrt») bezieht sich auf den wörtlichen Sinn und bedeutet «Herstellung eines Ganzen, Zusammenschluss, Vereinigung»,<sup>2</sup> «das Eingliedern, das Eingebundensein in eine Gemeinschaft»,<sup>3</sup> «Verbindung einer Vielfalt von einzelnen Personen oder gesellschaftlichen Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit»<sup>4</sup> oder mit anderen Worten ausgedrückt: Aus einzelnen Teilen wird ein Ganzes, eine Einheit.<sup>5</sup> Die Integration ist «eine Beziehung zwischen Einheiten, die voneinander abhängig sind und zusammen Systemeigenschaften hervorbringen, die jede von ihnen nicht besitzt», definiert der Politologe Deutsch den Begriff Integration.<sup>6</sup> Als Hauptaufgaben der Integration nennt er die Erhaltung des Friedens; die Erlangung eines größeren Mehrzweckpotentials; die Lösung einer spezifischen Aufgabe und die Gewinnung eines neuen Selbstverständnisses. Als Hintergrundbedingungen dafür dienen die gegenseitige Relevanz, Vereinbarkeit der Werte, gegenseitige Ansprechbarkeit und die gemeinsame Identität oder Loyalität.

Das Phänomen der Integration ist in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu beobachten. Die Integration kann nicht nur anhand der regionalen Integration oder der Integration in einem bestimmten Bereich beschrieben werden, sondern sie nimmt vielfältige Formen an. Die Integration wird nicht nur als *Ergebnis* einer gesellschaftlichen oder politischen Entwicklung verstanden, sondern vielmehr als *ein Prozess*,<sup>7</sup> der durch bestimmte Konditionen sowie den Integrationsgrad beschrieben wird.

<sup>2</sup> Wahrig, Wörterbuch der deutschen Sprache. Ausgabe 1997

<sup>3</sup> Langenscheidts Großwörterbuch, Deutsch als Fremdsprache. Auflage 2002

<sup>4</sup> Deutsches Universal Wörterbuch. Duden, 1989. S. 771- 772

<sup>5</sup> «Integration is the amalgamation of two or more units of some of their functions». Siehe Hay, Peter. Federalism and Supranational Organisations. Patterns for New Legal Structure. 1966. S. 1ff

<sup>6</sup> Deutsch, Karl.W. Wiedergegeben bei Frei, Daniel (Hrsgb.), Theorien der Internationalen Beziehungen, 2. Aufl. München 1977. S. 209

<sup>7</sup> Siehe z. B. Hay, Federalism and Supranational Organisations. Patterns for a New Legal Structures. Univ.of Illinois 1966.S. 3f, Mazan, Stephan. Der föderative Prozess in der Europäischen Union. S. 49f

Die Integration kann räumlich und inhaltlich begriffen werden, es gibt normative und nicht-normative Integrationsformen. Die Integration *in räumlicher Hinsicht* bedeutet die Vereinigung von Einheiten in einer Gemeinschaft, die schon mehr oder weniger homogen sind und sich auf Grund dessen in einen größeren Verband integrieren. Die räumliche Integration tritt am deutlichsten bei der Bildung von Föderationen zutage. Es gibt aber auch Beispiele von nicht-normativer räumlicher Integration, wie bei der Bildung von Fachvereinen oder Gewerkschaften. Die *inhaltliche Integration* findet dann statt, wenn nah beieinander liegende Einheiten sich unter dem Einfluss bestimmter Faktoren einander inhaltlich anpassen müssen, damit ihre Beziehungen harmonischer ablaufen. Die inhaltliche Integration benötigt Schritte wie zum Beispiel Rechtsreformen oder die Anpassung nationaler Rechtsordnungen an bestimmte internationale Rechtsnormen. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die Standardisierung des Menschenrechtsschutzes in Europa nach der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die *normative* Integration äußert sich in einer rechtlichen Norm, die *nicht-normative* erreicht nicht die rechtliche Formgebung und bleibt ein gesellschaftliches, kulturelles Phänomen.

Die Integrationsformen befinden sich in einer dynamischen Entwicklung. Sie sind durch Flexibilität und historisch bedingte Unterschiede gekennzeichnet. In Europa hat diese Entwicklung eine besondere Deutlichkeit und ist deswegen als Beispiel kennzeichnend. Der europäische Integrationsprozess insbesondere hat zwei Komponenten: In *räumlicher Hinsicht* ist die Integration durch eine Erweiterung der Zahl der Mitgliedstaaten gekennzeichnet, und in *inhaltlicher Hinsicht* bedeutet sie eine schrittweise Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.<sup>8</sup> Die *räumliche Integration* wird auch traditionell im Zusammenhang mit den föderativen Bündnissen und mit dem Prozess der föderativen Entwicklung behandelt.

Es gibt immanente Voraussetzungen für die räumliche und für die inhaltliche Integration, außerdem stehen die räumliche und die inhaltliche Integrationsentwicklung in einem Zusammenhang: Die Erweiterung der Mitgliederzahl einer Internationalen Organisation bringt notwendige institutionelle Änderungen mit sich, um die Effektivität der Organisation gewährleisten; die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bedeutet die Vereinheitlichung der Beziehungen zwischen ihnen, und in einem weiteren Wirkungskreis werden auch die Beziehungen mit den Drittstaaten beeinflusst, so dass die Außenbeziehungen einer Internationalen Organisation einheitlicher werden.

---

<sup>8</sup> Mazan, S., Das föderative Prinzip in der Europäischen Union. S.60; siehe Riklin, A., Die Europäische Gemeinschaft im System der Staatenverbindungen (Bern, Verlag Stämpfli, 1972;

Integrative Entwicklung in Europa ist aus zweierlei Gründen ein wichtiges Forschungsthema in der russischen Rechtswissenschaft: Zusammengefasst muss zum einem die eigene Integrationssituation analysiert werden - so die bestehenden Zusammenhänge zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt der Integration unter den neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Die neueste russische Rechtswissenschaft sieht ihre Aufgabe in der Überprüfung theoretischer Begriffe von dem Hintergrund der aktuellen Situation und in einer Modernisierung des Denkens unter den neuen Bedingungen. Zum anderen sind aus praktischer Sicht die Beziehungen zu den Nachbarländern der Europäischen Union ein entscheidendes Phänomen für die regionale Politik. Folgende Besonderheiten sollen im Detail festgestellt werden:

Die Ost-West-Teilung der internationalen Gemeinschaft wurde von den sowjetischen Autoren oft ideologisch behandelt und als klassenbedingte Integration dargestellt. Tatsächlich beruhte die Integration innerhalb der Sowjetunion und zum großen Teil auch innerhalb des COMECON auf einer anderen wirtschaftlichen und politischen Basis. Es müssen Faktoren wie das planwirtschaftliche Integrationsmodell sowie die Hegemonie der Russischen Föderation mit der stark zentralisierenden Rolle der Kommunistischen Partei bedacht werden, im Unterschied zur Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten ein relativ ähnliches Entwicklungsniveau hatten und deren Integration auf dem Gleichgewichtssystem und auf gegenseitigen Garantien beruhte.

In den Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion und der kommunistischen Staatenvereinigung hat sich die Frage nach den Möglichkeiten der inhaltlichen und räumlichen Integration auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gestellt. Die Gründung der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) intensivierte die Integrationsforschung in der Russischen Föderation und in den anderen Teilstaaten der ehemaligen Sowjetunion. Zur Integration führende Faktoren innerhalb der ehemaligen Sowjetunion sind zum Teil ähnlich, zum Teil unterschiedlich von denjenigen innerhalb der Europäischen Union: «Mit der Zerfall der UdSSR wurde eine geopolitische Struktur aufgelöst. Die wirtschaftliche Interdependenz der ehemaligen Gliedstaaten der Sowjetunion, die sich während der Zeit der Planwirtschaft entwickelt hat, konnte hingegen nicht abgeschafft werden. Dies führte zur Suche nach neuen Formen der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den nunmehr selbstständigen Staaten», so Balayan.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Balayan, O., Institutionelle Struktur der Wirtschaftsintegration in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Eine rechtliche Untersuchung der Organstruktur der GUS im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft. Diss. Berlin 1999. S. 15

Der sozialistische Wirtschaftsraum basierte auf regionaler Spezialisierung und gegenseitigem Zusammenhang von verschiedenen Industriebranchen in den verschiedenen Ländern. Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Notwendigkeit, diese Wirtschaftsverbindungen zu erhalten, ganz wesentlich. Die historisch stark integrierten Staaten konnten die traditionellen Wechselbeziehungen nicht auflösen, ohne gravierende Auswirkungen zu riskieren. Es wurde nach einer Integrationsform gesucht, die die wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen sicherstellte und gleichzeitig eine freiere und selbstständigere Entwicklung der ehemaligen Teilstaaten der Sowjetunion ermöglichte.

Zum Zweiten ist die Integrationsforschung aus praktischen Gründen so wichtig: Die Beziehungen zwischen dem COMECON und den Europäischen Gemeinschaften waren auf Grund der rechtlichen und ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Organisationen von einer langen Zeit der Nichtanerkennung gekennzeichnet. Die regionale Integration in Europa sowohl räumlich als auch inhaltlich konnte lange nicht entstehen. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Organisationen führte zum Entstehen von Kompromissformen der Zusammenarbeit.

Das Partnerschaftsabkommen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union wurde im Jahre 1994 unterschrieben und trat 1997 in Kraft. Es ist aktuell das wichtigste integrative Instrument zwischen den beiden Partnern. Die Bedeutung der inhaltlichen und somit auch der räumlichen Integration wurde von der EG-Kommission mehrfach betont. Die Russische Föderation sei ein Schlüsselakteur der internationalen Beziehungen und ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates sowie Schlüsselfigur, was die Stabilität in Europa betrifft. Mit seinem politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenzial sei Russland ein wichtiger Geschäftspartner der Europäischen Union sowie auch ihrer unmittelbarer Nachbarn.<sup>10</sup>

Russland und die EU-Staaten haben eine lange gemeinsame politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte. Während des Kalten Krieges waren diese langjährigen Kontakte eingefroren, und es hat lange gedauert, bis die Notwendigkeit der gegenseitigen Integration zumindest in einer vertraglichen Form von beiden Seiten anerkannt wurde.<sup>11</sup> Mehr als 25 Jahre gab es keine gegenseitige Anerkennung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem COMECON.

---

<sup>10</sup> Opinion adopted by the Committee of the Regions on the Northern Dimension of the European Union and Cross-Border Cooperation on the Border between the European Union and the Russian Federation and in the Barents Region, June 1996

<sup>11</sup> The European Union and Russia: the Future Relationship, Commission Communication to the Council, March, 1995

Im Jahr 1973 wurden schließlich die ersten Kontakte zwischen den beiden Organisationen angestrebt. 1975 liefen die bilateralen Verträge zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den Staaten des COMECON aus, aber neue Abkommen konnten nicht geschlossen werden. Dafür gab es zwei Gründe: Die beiden Organisationen hatten eine asymmetrische Kompetenzgestaltung und diese Asymmetrie wurde nicht vom COMECON anerkannt. Laut Art. 110 und 113 des EG-Vertrages gehörte die Wirtschaftspolitik zur ausschließlichen Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft; somit waren die EG-Organen und nicht die Mitgliedstaaten befugt, Abkommen mit den Drittstaaten abzuschließen. Umgekehrt blieben im COMECON diese Befugnisse in der staatlichen Kompetenz. COMECON erkannte die supranationalen Eigenschaften der Europäischen Gemeinschaften nicht an. Auf Grund dessen war es unmöglich, neue Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen EG und COMECON zu schließen. Stattdessen wurden so genannte sektorale Verträge in den Bereichen, die in der Kompetenz der EG-Mitgliedstaaten geblieben waren, abgeschlossen. Hierzu gehörten Kohle und Stahl, landwirtschaftliche und textile Produkte.

1988 wurde die Gemeinsame Deklaration über die gegenseitige Anerkennung unterschrieben. Dies war das Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion. Die beiden Organisationen hatten vor, eine gegenseitige Kooperation zu begründen, aber 1991 kam es zum Zusammenbruch der Sowjet Union. Es wurde jedoch parallel ein Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handelskooperation zwischen den drei Gemeinschaften und der Sowjetunion im Jahre 1989 unterschrieben, nach dem die Parteien den Meistbegünstigungsstatus erhielten. Es wurde ein institutioneller Mechanismus geschaffen, der für regelmäßige politische Kontakte sorgen sollte. Das Ziel des Abkommens war die Abschaffung quantitativer Einschränkungen im Handel. Das Abkommen erkennt die ausschließliche EG-Kompetenz im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik an und ersetzt die früheren Abkommen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und der Sowjetunion (Art.21, 23).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurde die Russische Föderation zu ihrem Nachfolger und als unabhängiger Staat seitens der EG anerkannt.<sup>12</sup> Die Europäische Union erkennt die Transformationsbedingungen in Russland an: politische und marktwirtschaftliche Annäherung wird als Voraussetzung für die inhaltliche Integration gesehen.<sup>13</sup> 1994

---

<sup>12</sup> Joint Statement of the Community and Member States concerning guidelines on the recognition of new States in Eastern Europe and in the Soviet Union: Bull. EC 12-1991, point 1.4.5.

Joint Statement of the Community and Member States concerning recognition of former Soviet Republics: Bull. EC 12-1991, point 1.4.13

<sup>13</sup> «The European Union and Russia: the Future Relationship», Commission Communication to the Council, March, 1995

wurde das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation unterzeichnet. Es handelt sich um ein Partnerschaftsabkommen, dessen Besonderheit im regelmäßigen politischen Dialog und in zusätzlichen Kooperationsbereichen liegt: Eine engere regionale Integration wird betont. Dies bestätigt klar den Zusammenhang zwischen inhaltlicher und räumlicher Kooperation, denn auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Transformation in Russland gibt es eine inhaltliche Annäherung an die EG- Rechtsgrundsätze sowie an Demokratie und freie Marktwirtschaft. Die Integration begünstigende Bedingungen setzen eine gewisse Gemeinsamkeit der integrierenden Parteien voraus. Sobald die Menschenrechtssituation in Russland nicht den europäischen verfassungsrechtlichen Standards entsprach, wurde ein Handelsabkommen im Jahre 1995 unterschrieben (1996 in Kraft getreten).

Es gibt offensichtliche Unterschiede zwischen den GUS-Staaten und der Europäischen Union: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wesentlich stärker integriert als die GUS-Staaten. Die GUS hat weder EU-ähnliche Institutionen noch hat sie ein eigenes Recht wie die Europäische Union. Auf Grund der unterschiedlichen Integrationsmethoden in der EU und der ehemaligen Sowjetunion sind in der GUS die Probleme um die nationale Identität der verschiedenen Gruppen und auch das Problem der Legitimation der zentralen Gewalt in der GUS stärker ausgeprägt als in der EU. Der Integrationsgrad in Westeuropa ist stärker, weil es im westeuropäischen Raum mehrere weitere internationale Organisationen gibt, die auch integrative Funktionen haben. Die GUS ist «funktionell überlastet», so Topornin,<sup>14</sup> weil es auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Teilstaaten keine andere integrierende Organisation gibt.

Die Integrationsgeschichte in Europa am Beispiel der Beziehungen zwischen dem COMECON und der Europäischen Gemeinschaften zeigt deutlich den wesentlichen Zusammenhang zwischen räumlicher und inhaltlicher (oder normativer) Integration: Die räumliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas konnte auf Grund ihrer inhaltlichen und normativen Unterschiede nicht entstehen. Um so wichtiger ist ein wissenschaftlicher Rechtsvergleich, der weitere Berührungspunkte zwischen den Regionen in Europa erforscht.

Die *Integration als gesellschaftlicher Prozess* äußert sich in einer ganzen Palette von unterschiedlichen Formen: Kulturaustausch, Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich, internationale Konferenzen, internationale Partnerschaften und wirtschaftliche Kontakte stellen

---

<sup>14</sup> Topornin B.N., *Evropejskie soobschestva: pravo i instituty* (Die Europäischen Gemeinschaften: das Recht und die Institutionen). Moskau. Institut für Staat und Recht. 1992. S. 7



in einem weiteren Sinne verschiedene Integrationsformen dar, ebenso wie jegliche Zusammenarbeit, die Verbindung und Austausch als Ziel hat.

Die *politische Integration* unterscheidet sich von der rein gesellschaftlichen dadurch, dass sie eine Einbeziehung von politisch bevollmächtigten Strukturen voraussetzt. Der politische Prozess des Zusammenschlusses ursprünglich selbständiger Einheiten zu einem neuen Verband oder Zusammenschluss mit den gleichen Funktionen wird politische Integration genannt.<sup>15</sup> Die politische Integration äußert sich in verschiedenen Formen – von Deklarationen, durch die ein gemeinsames Interesse verfolgt wird bis zur Schaffung von gemeinsamen rechtlichen Normen und oder gar der Bildung eines Staates. Die Integrationsformen sind durch einen unterschiedlichen Einheitsgrad gekennzeichnet. Nicht alle Formen der politischen Integration finden auch ihre *rechtliche* Gestaltung: Eine Integration auf politisch-sozialer Ebene wird oft keine rechtlich normative Form annehmen, sondern bleibt sozusagen im rein politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Bereich.

Bei der Integrationsforschung ist der Übergang von rein wirtschaftlicher und politischer Integration zu ihrer rechtlichen Form am wichtigsten, da er die Kriterien für eine Klassifizierung der Integrationsformen vorgibt. Das Verhältnis von *nicht-normativer* zu *normativer Integration* ist deswegen wichtig, weil die Bildung einer rechtlichen Norm eine höhere Integrationsstufe kennzeichnet, nämlich die Bereitschaft von Rechtssubjekten, ein Verhaltensmuster als verpflichtend zu akzeptieren.

In den internationalen Beziehungen findet man verschiedene Formen der politischen und rechtlichen Integration. Hier kann man am besten die fortschreitende Entwicklung von gesellschaftlicher Integration zu ihrer rechtlichen Formgebung verfolgen.

In ihrer generellen Ausprägung lassen sich die drei *normative* Integrationsformen des zwischenstaatlichen Lebens unterscheiden:

- die völkerrechtliche;
- die supranationale
- und die staatliche Form,

die sich dynamisch erweisen und verschiedene Zwischenformen bilden.

Die völkerrechtliche Integrationsform beginnt mit der Herausbildung eines gemeinsamen Interesses von mehreren Staaten. Dann wird eine Internationale Organisation gegründet, um einen dauerhaften Charakter der Zusammenarbeit zu garantieren. Mit der zunehmenden Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen bekommen die Interna-

---

<sup>15</sup> Mazan, S., Der föderative Prozess in der Europäischen Union. S. 60; Grabitz, E., Verfassungspolitik. S. 105f

tionalen Organisationen mehr Kompetenzen, ihre Machtbefugnisse erstrecken sich in die Bereiche der ehemaligen nationalen Kompetenz und Souveränität und sie erhalten supranationale Befugnisse. Der Staat kann auch als eine Integrationsform anderer Art verstanden werden, als die stärkste Integrationsform, die entweder die nationale Identität eines Volkes zum Ausdruck bringt (im Fall eines Einheitsstaates) oder die kulturelle Gleichheit mehrerer Völker in einer politischen Einheit vereint (im Fall eines föderalen Staates). Als historische Phänomene verändern sich die Integrationsformen: Für bestimmte Zeiträume sind bestimmte Integrationsformen typisch oder überwiegend. Die Unterscheidung von drei normativen Integrationsformen beruht auf historischen Beispielen und einer sich daraus ergebenden wissenschaftlichen Kategorisierung. Selbstverständlich weisen alle bekannten Formen Unterschiede und eine gewisse Dynamik auf, deswegen muss die Integrationsforschung stets aktualisiert werden.

Das Thema der Integrationsentwicklung wurde in der russischen Literatur seit Anfang des 20. Jahrhundert bearbeitet. Russische Wissenschaftler haben sich sowohl mit den Gründen als auch mit der allgemeinen Ausprägung der Integrationsformen auseinandergesetzt.<sup>16</sup> Das Thema wird im folgenden Abschnitt dieser Arbeit erörtert.

## **II. Die Integrationsformen in ihrer generellen Ausprägung**

### **Die Grundformen: völkerrechtliche, supranationale, staatliche Formen**

#### **1. Die völkerrechtliche Integrationsform – eine Kooperation**

Die völkerrechtliche Integrationsform setzt zunächst das Bestehen von eigenständigen Einheiten voraus, die in Kontakt treten müssen. Die wichtigsten politischen Subjekte des Völkerrechts sind die Staaten, die untereinander gleich sind und die Formen der Zusammenarbeit bestimmen. Ein bloßes Bestehen von eigenständigen Staaten, das bloße Vorhandensein einer

---

<sup>16</sup> Siehe unter anderem: *Schischkov J.*, Formirovanije integracionnogo kompleksa v Zapadnoj Ewrope: tendenzii i protiworechija (Die Bildung des Integrationskomplexes in Westeuropa: die Tendenzen und Widersprüche). Moskau 1979; *Baranowskij V.*, Politicheskaja integracija v Zapadnoj Ewrope. Nekotoryje woprosy teorii i praktiki (Die politische Integration in Westeuropa. Einige Fragen der Theorie und Praxis). Moskau 1979; *Borko J.*, Jekonomitscheskaja integracija i sozialnoje razwiitije w uslowijah kapitalizma: burschuaznyje teorii i opyt Ewropejskogo Soobschestwa (Die wirtschaftliche Integration und soziale Entwicklung im Kapitalismus: bürgerliche Theorien und die Erfahrung der Europäischen Gemeinschaft). Moskau 1984; *Zapadno-ewropejskaja integracija: politicheskije aspekty* (Die westeuropäische Integration: politische Aspekte). Moskau 1985; *Zapadno-ewropejskaja integracija: projekty i realnostj* (Die westeuropäische Integration: Projekte und die Wirklichkeit). Moskau 1986

staatlichen Aufteilung der Gesellschaft setzt die Notwendigkeit von zwischenstaatlichen Beziehungen voraus. Sobald die Gesellschaft in der Form des Staates existiert, muss eine Form der Koexistenz gefunden werden.

Eine solche Form der zwischenstaatlichen Kooperation sind völkerrechtliche Normen. Eine völkerrechtliche Norm enthält das Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen und ist insofern integrativ. Schon bei dieser Integrationsform wird der Zusammenhang zwischen Unabhängigkeitsproblematik oder der staatlichen Souveränität und dem Bedürfnis, gemeinsame Interessen einheitlich zu regeln, deutlich. Je stärker die gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit grenzüberschreitender einheitlicher Regulierungen werden bzw. je wichtiger die globalen Probleme werden, desto wichtiger wird auch die Integration durch völkerrechtliche Normen und dementsprechend relativer die absolute Unabhängigkeit eines einzelnen Staates.

Schon am Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die russische Doktrin eng mit der Frage der einheitlichen Regulierung in den internationalen Beziehungen beschäftigt. Einer der bedeutendsten russischen Völkerrechtler, Martens, vertrat die Meinung, dass die Entwicklung des Völkerrechts in den natürlichen Gesetzen der Volksentwicklung liegt und dass die völkerrechtliche «Verwaltung» zwei Seiten hat: Dem Staat dient sie als Verwaltung seiner Außenangelegenheiten und gleichzeitig dient sie als integrative zwischenstaatliche Verwaltung gemeinsamer Interessen.<sup>17</sup> Stojanov und Danevskij haben die Aufgaben des Völkerrechts in der angemessenen Vereinigung von Souveränität und internationaler Zusammenarbeit gesehen.<sup>18</sup>

Diese Stufe der Integrationsentwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass die eigenständigen Einheiten – die Staaten – ein gemeinsames Ziel verfolgen, jedoch ohne Bildung einer Internationalen Organisation. Ein gemeinsames international übergreifendes Ziel kann in diesem Fall durch die Abschließung von internationalen Verträgen formuliert und erreicht werden. Die Vermehrung der Zahl von multilateralen Verträgen ist ein Teil des allgemeinen Integrationsprozesses.

Das Verständnis der zunehmenden Integrationsentwicklung ging einher mit dem Abschluss von multilateralen Verträgen und der Gründung von ersten Internationalen Organisationen. Mehrere souveräne Staaten kommen zu einer Übereinkunft, die Verhältnisse untereinander *einheitlich* zu regulieren. Solche Regulierungen bedeuten die Schaffung einer rechtli-

---

<sup>17</sup> Martens F.F., *Sovremennoje mezhdunarodnoje pravo zivilisirovannyh narodov* (Das moderne Völkerrecht der zivilisierten Völker). Sankt-Peterburg. 1898.

<sup>18</sup> Stojanov A.N., *Issledovanija po istorii i dogmatike mezhdunarodnogo prava* (Studien der Geschichte und Dogmatik des Völkerrechts). Har'kov. 1875; Danevskij V.P., *Rukovodstvo po istorii i sisteme mezhdunarodnogo prava* (Handbuch der Geschichte und des Systems des Völkerrechts).

chen Norm, die das Beziehungsmuster für diese Staaten bildet. Wie einer der bedeutendsten sowjetischen Völkerrechtler, Tunkin, schrieb, lassen sich der Integrationsprozess und die Verstärkung des wechselseitigen Zusammenhanges in zwei Hauptformen beobachten. Die verstärkte Internationalisierung des Wirtschaftslebens, die sich als eine Intensivierung der internationalen wirtschaftlichen, technischen und anderen Verbindungen darstellt, führe unvermeidlich zu einer Steigerung der Zahl der Fragen, die in zwischenstaatlichen Beziehungen reguliert werden müssen, weil sie bilateral oder regional nicht mehr erfolgreich gelöst werden können und die Teilnahme von allen oder mehreren Staaten verlangen. Das zeige sich unter anderem in der ansteigenden Zahl der internationalen multilateralen Verträge. Ein anderer Aspekt der wirtschaftlichen und internationalen Entwicklung sei die Vervielfachung der internationalen Beziehungen, so Tunkin, und die damit einhergehende Notwendigkeit, einen dauernden Mechanismus zu schaffen, der solch komplexe Fragen zu lösen ermögliche. Dies führte zur Schaffung Internationaler Organisationen als Organe der staatlichen Zusammenarbeit, die sich mit der Lösung solcher Fragen zu beschäftigen haben.<sup>19</sup>

Insofern manifestiert sich der Prozess des gesteigerten wechselseitigen Zusammenhang in zwei Hauptformen: als Vermehrung der Zahl internationaler Verträge und als Verstärkung der Rolle Internationaler Organisationen in den internationalen Beziehungen. Je mehr gemeinsame Ziele die Staaten haben, desto stärker ist der wechselseitige Zusammenhang zwischen den Staaten und desto höher ist der Integrationsgrad.

Die völkerrechtliche Integrationsform hat eine lange Geschichte. In der russischen Doktrin des Völkerrechts hat sich die Auffassung herausgebildet, dass das Völkerrecht selbst sowie die völkerrechtlichen Normen (die die völkerrechtliche Integrationsform darstellen) gleichzeitig mit der Entstehung der souveränen Staaten entstanden sind,<sup>20</sup> so Tunkin. Dies geschah genau dann, «als den souveränen Staaten die Notwendigkeit bewusst wird, ...völkerrechtlichen Normen zu unterliegen, um die nationalen und die internationalen Interessen zu schützen», so Lukaschuk.<sup>21</sup>

Lange Zeit war der Krieg als Mittel zwischenstaatlicher Konflikte anerkannt und das Völkerrecht wurde hauptsächlich als Kriegs- und Friedensrecht verstanden. Das Recht auf Krieg (*jus ad bellum*) wurde als souveränes Recht behandelt. Diese Phase der zwischenstaatlichen Beziehungen ist durch ein geringes gemeinsames Interesse gekennzeichnet. Die Un-

<sup>19</sup> Tunkin G.I., *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau. 1970. S. 348f

<sup>20</sup> Siehe z. B. Tunkin G.I., *Mezhdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau 1994. S. 23; Lukaschuk I.I., *Mezhdunarodnoje pravo. Obschaja tchastj* (Das Völkerrecht. Allgemeiner Teil). Moskau 1997. S. 40

<sup>21</sup> Lukaschuk, I.I., *Mezhdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau. 1998. 2 Bnd. S. 41ff

abhängigkeit gehörte zu den Prioritäten der staatlichen Politik, das Recht des Starken spielte eine entscheidende Rolle. Das Verständnis von Souveränität hatte einen absoluten Charakter: Die Souveränität wurde als vollkommene Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit des Staates verstanden. So nennt Thomas von Aquin das Kriegserklärungsrecht eines der wichtigsten souveränen Rechte eines Staates.<sup>22</sup> Die Einsicht, dass die souveränen Rechte eines Staates nur dann tatsächlich existieren, wenn die souveränen Rechte eines anderen Staates gleichrangig anerkannt sind, bedeutete gleichzeitig die Anerkennung der souveränen Gleichheit aller Staaten und die Abschaffung des Rechtes auf Krieg. Diese Entwicklung steht unter dem Einfluss der wirtschaftlichen, technischen und politischen Veränderungen in den internationalen Beziehungen. In der russischen Rechtswissenschaft wird zwischen dem klassischen und dem modernen oder geltenden Völkerrecht unterschieden.

Die russischen Wissenschaftler führen die Gründung des klassischen Völkerrechts auf Hugo Grotius zurück.<sup>23</sup> Ab dem 16. -17. Jahrhundert bekamen die internationalen Normen ihren juristischen Charakter. Die Ordnung, die meist auf moralischen, religiösen und Gewohnheitsnormen beruht hatte, wurde durch völkerrechtliche Normen festgelegt.<sup>24</sup> Ab dem 18. -19. Jahrhundert gab es im Völkerrecht eine deutliche, mit den Ideen der französischen Revolution und der Verfassung der USA verbundene Entwicklung. Dennoch gab es in dieser Zeit noch keine allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts. Lukaschuk nennt das Recht der damaligen Zeit «weitdispositiv»,<sup>25</sup> d.h., dass die völkerrechtlichen Normen von den Vertragsparteien ganz flexibel und unterschiedlich formuliert werden konnten. Der Grad der Integration war noch sehr gering. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regulierung ist erst im Bereich Transport und Kommunikation entstanden: Auf die Gründung der Weltpostunion 1874 und der Telegraphunion im Jahre 1875, die Unterzeichnung der Eisenbahnkonvention 1890 und auf die Pariser Deklaration über die Handelsschiffahrt in den Kriegszeiten von 1856 wird verwiesen, wenn man über die erste Integrationsentwicklung spricht. Die Kodifizierung des Kriebsrechtes in den Jahren 1899 und 1907 auf der Haager Konferenz war ein wichtiger Schritt in Richtung Friedenssicherung und weiterer Integrationsentwicklung.

Das moderne Völkerrecht entstand nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung der Vereinten Nationen. Das Prinzip des Kriegsverbotes wurde gleichzeitig mit den Prinzipien der

<sup>22</sup> Thomas von Aquin in: Kleefens, Eelco N. van, Sovereignty in international Law in: RdC 82 (1953 I), 5. S. 36f.

<sup>23</sup> Das Buch von Hugo Grotius ist in russischer Sprache erschienen: *Grotius, Hugo. O prawe wojny i mira* (Über das Recht des Kriegs und des Friedens). Moskau 1956

<sup>24</sup> Malinowskij, V.F., Razmyslenija o wojne i mire// Traktat o wechnom mire (Überlegungen über Frieden und Krieg// Traktate über den ewigen Frieden). Moskau 1963. S. 163ff

<sup>25</sup> Lukaschuk, I.I., Mezunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1998. 2 Bnd. S. 51

Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und der friedlichen Konfliktlösung in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt.

Die Festlegung des Prinzips der souveränen Gleichheit aller Staaten im Statut der Vereinten Nationen ist ein wichtiger Schritt in Richtung hin zur Integration, weil – wie Lukaschuk schreibt – das Verhältnis zwischen Macht und Recht als Kernpunkt jeder Rechtsordnung erscheint.<sup>26</sup> Je größer der Integrationsbedarf in den internationalen Beziehungen wird, desto wichtiger ist die Rolle, die die völkerrechtlichen Normen und das normative Gleichgewicht in diesen Beziehungen spielen. Die Charta der Vereinten Nationen bedeutete eine Kodifizierung gemeinsamer Werte der Staatengemeinschaft und somit eine wesentliche integrative Entwicklung. Sie bewirkt vor allem eine Vereinheitlichung der politischen Werte und der Hauptprinzipien des Völkerrechts wie Friedenssicherung und Kriegsverbot. Die Charta der Vereinten Nationen spielt eine zentrale Rolle für die völkerrechtliche Integrationsform und ist normativer Kern zwischenstaatlicher Zusammenarbeit im geltenden Völkerrecht.

Die völkerrechtliche Integrationsform hat ihre Besonderheiten. Sie liegen in der Spezifik der Gesetzgebung im Völkerrecht. Alle wesentlichen Fragestellungen bezüglich der Relation zwischen staatlicher Souveränität, zunehmender Integration und Rechtsnatur verschiedener Völkerrechtssubjekte, die in den anderen Integrationsformen deutlicher auftreten, sind schon in der völkerrechtlichen Integrationsform relevant. Es wird von den russischen Autoren immer wieder betont, dass die völkerrechtliche Rechtsordnung von den Subjekten des Völkerrechts geschaffen wird und deswegen nur auf der Gleichheit ihrer Subjekte begründet werden kann. «Jede Pflicht des Staates berührt in bestimmtem Maß die Freiheit dieses Staates, seine Funktionen auszuüben,...» - schreibt Levin - «...wesentlich ist die Gegenseitigkeit in Begrenzung der staatlichen Gewalt».<sup>27</sup> Die gewachsene Notwendigkeit, in den zwischenstaatlichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen Probleme zu vermeiden bzw. zu lösen, hatte die Erweiterung der vom Völkerrecht geregelten Bereichen zur Folge. Die gemeinsamen Ziele und die wirtschaftliche Kooperation treten in den Vordergrund. Infolgedessen vermehren sich zweiseitige und multilaterale völkerrechtliche Normen und somit die Zahl völkerrechtlicher Verträge insgesamt.

Innerhalb der völkerrechtlichen Integrationsform spielt die Vermehrung der Zahl der internationalen Verträge eine wichtige Rolle. Der wachsende gegenseitige Zusammenhang hat einen wichtigen Einfluss auf die Formen der Gesetzgebung innerhalb der völkerrechtlichen

---

<sup>26</sup> *Lukaschuk, I.I.*, *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau 1998. 2Bnd. S. 247

<sup>27</sup> *Levin, I.D.*, *Suverenitet* (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 77

Rechtsordnung. Die beschleunigte Entwicklung und Veränderung der heutigen internationalen Beziehungen bestimmen *die vertragliche Form der Gesetzgebung als die wichtigste*, weil der Vertrag als die Quelle des Völkerrechts ein viel kürzeres Verabschiedungsverfahren im Vergleich zu den Gewohnheitsnormen hat. Eine Vermehrung der völkerrechtlichen Verträge verweist auf die allgemein anerkannte Unifizierung der völkerrechtlichen Verhaltensregeln. Die völkerrechtlichen Verträge sind im Vergleich zu völkerrechtlichen Gewohnheitsnormen eine ausdrückliche und klare Vereinbarung zwischen den Subjekten des Völkerrechts.<sup>28</sup> Der vertragliche gesetzgeberische Prozess ist effektiver, wenn es sich um eine Änderung in den normativen Beziehungen zwischen den Staaten handelt.

Die zunehmende Zahl völkerrechtlicher Verträge ist als Zeichen integrativer Entwicklung zu behandeln. Im Unterschied zu den Gewohnheitsnormen stellen die völkerrechtlichen Verträge eine schriftliche und dadurch deutlichere und klarere Norm des Völkerrechts dar und bringen somit die Wichtigkeit einheitlicher Regulierung zum Ausdruck. Die Tatsache, dass die Staaten diese Form völkerrechtlicher Gesetzgebung wählen, beweist den wesentlichen Übergang zu einer stärkeren internationalen Kooperation und Vereinheitlichung völkerrechtlicher Regulierung. Das Prinzip *pacta sunt servanda* wird als Basis zwischenstaatlicher Integration betrachtet. Ein rechtmäßiger Vertrag zwischen den Subjekten des Völkerrechts gestaltet ihre echte tatsächliche Vereinbarung, er widerspricht nicht den Normen *jus cogens*. Die Rechtmäßigkeit ist die Voraussetzung der Wirksamkeit des Vertrages, so Talalaev.<sup>29</sup>

Zu einer weiteren Integrationsentwicklung im Rahmen der völkerrechtlichen Integrationsform zählt *die Kodifizierung* von völkerrechtlichen Normen, hier müssen vor allem die Wiener Abkommen von 1969 und 1986 über die internationalen Verträge, das UNO-Seerechtsabkommen von 1982 und weitere internationale Verträge erwähnt werden.

Eine Zwischenstufe der völkerrechtlichen Integrationsform hin zur Integration durch Internationale Organisationen stellen *internationale Konferenzen* dar. Internationale Konferenzen sowie ähnliche Komitees, Ausschüsse, etc. gehören zu temporären Einrichtungen innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung: Obwohl es in der Geschichte des Völkerrechts internationale Konferenzen gab, die länger als manche Internationale Organisation existierten, z.B. die ca. 10 Jahre funktionierende III. UNO-Konferenz zum Seerecht, werden die internationalen Konferenzen nicht als dauerhafte Einrichtungen geschaffen, sondern

<sup>28</sup> Siehe dazu: Talalaev, A.N., Prawo mezdunarodnah dogoworow. Osnownyhje woprosy (Das Recht der internationalen Verträge. Allgemeine Fragen). Moskau 1980

<sup>29</sup> Talalaev, A.N., Juriditscheskaja dejstwitelnostj mezdunarodnyh dogoworow (Die juristische Wirksamkeit der völkerrechtlichen Verträge) in: Mezdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1999. S. 162-163

funktionieren nur eine bestimmte Zeit. Die Gründung einer internationalen Konferenz aus der Praxis des Völkerrechts geschieht gewohnheitsmäßig auf Grund einer Vereinbarung zwischen Staaten. Internationale Organisationen werden durch einen völkerrechtlichen Vertrag gegründet. Internationale Konferenzen sind keine Subjekte des Völkerrechts im Vergleich zu Internationalen Organisationen. Sie haben aber die Befugnis, bestimmte völkerrechtliche Entscheidungen zu verabschieden. Die internationalen Konferenzen sind eine Zwischenstufe innerhalb der völkerrechtlichen Integrationsform und bekunden ein größeres Interesse in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in einem bestimmten Bereich.

Die besondere Rolle der *Internationalen Organisationen* im völkerrechtlichen Gesetzgebungsprozess (vor allem die Teilnahme von Organisationen an der Vorbereitung und Verabschiedung von Texten völkerrechtlicher Verträge) und eine steigende Bedeutung ihrer Resolutionen als Quellen des Völkerrechts, so Krylow,<sup>30</sup> sind Ausdruck der Integrationsentwicklung innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung, da die Internationalen Organisationen eine solche Form der Vereinheitlichung der internationalen Beziehungen darstellen. Insofern stellen die Internationalen Organisationen auf Grund ihrer Rechtsstellung im Völkerrecht eine weitere Integrationsform dar.

Die Entwicklung der ersten – völkerrechtlichen - Integrationsstufe macht sichtbar, dass zuerst die wirtschaftlichen Interessen und später die politischen Faktoren sowie die Friedenssicherung die Triebkraft der Integration und die *wichtigsten Integrationsgründe* waren. Dieses Zwischenergebnis ist wichtig für das Verständnis des Integrationsprozesses bei der Bildung Internationaler und supranationaler Organisationen und zusammengesetzter Staatsformen.

Die völkerrechtliche Integrationsform existiert parallel zu den anderen Integrationsformen und ergänzt sie auch im 20. Jahrhundert - in der Zeit einer starken supranationalen Entwicklung. Dies ist das andere wichtige Ergebnis der Forschung zur völkerrechtlichen Integration.

## **2. Integration in der Form einer Internationalen Organisation**

Eine weitere Stufe der völkerrechtlichen Integrationsform stellt die völkerrechtliche Integrationsform mit der Schaffung einer Internationalen Organisation dar. Diese Integrationsform besteht darin, dass die eigenständigen Einheiten unter dem Einfluss eines verstärkten

---

<sup>30</sup> Krylow, S.B., *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). 1947. S.24



wechselseitigen Zusammenhang für die Verfolgung eines gemeinsamen Ziels einen dauerhaften Mechanismus in Form Internationaler Organisationen schaffen. Dies erfolgt dann, wenn die neu geschaffene völkerrechtliche Norm für ihre effektive Wirkung einen dauerhaft funktionierenden institutionellen Mechanismus benötigt. So ein Rechtsverhältnis kann sich auf mehrere Rechtssubjekte und verschiedene Fragen der staatlichen Beziehungen erstrecken. Mit anderen Worten «*Der Einheitsgrad*» solcher Regulierungen in Bezug auf den Subjekt-kreis und die Anzahl der Kooperationssphären kann sehr hoch sein.

Es wird immer wieder von den russischen Autoren betont, dass die wachsende Wirkung von Internationalen Organisationen ein charakteristisches Merkmal der zeitgenössischen Völkerrechtsordnung ist. Eine Organisation hat einen integrativen Charakter, den keines ihrer Mitglieder alleine besitzt, so Lukaschuk.<sup>31</sup>

Die Ursachen für die Gründung Internationaler Organisationen werden in einem weiteren Abschnitt dieses Kapitels ausführlich behandelt. Zu dieser Integrationsform als solche muss Folgendes ausgeführt werden: Internationale Organisationen haben je nach Gründungsgrund unterschiedliche Kompetenzen, Sachzuständigkeiten, unterscheiden sich ferner durch Subjektkreis und institutionellen Mechanismus.

Die ersten Organisationen wurden in den Bereichen *Transport und Kommunikation* gegründet; heute ist in mehreren Sphären des internationalen Lebens eine einheitliche Regulierung nötig. Die Internationalisierung der Gesellschaft im 20. Jahrhundert verlangte nach einer Politikänderung. Das vorher akzeptierte Mittel für die Lösung internationaler Konflikte – nämlich der Krieg – ist in einer Zeit der schnellen technischen Entwicklung, der auch die Waffen unterliegen, zu einem globalen Problem geworden und durch völkerrechtliche Normen verboten. Die Politik hat sich internationalisiert, und es musste eine stärkere Form der Koordination zwischenstaatlicher Interessen gefunden und die *Friedenssicherung* gewährleistet werden.

1919 wurde der Völkerbund gegründet. Der Völkerbund war die erste Internationale universelle Organisation. In dieser Rolle hat er sich die vorhergehende Entwicklung verschiedener völkerrechtlicher Integrationsmodelle angeeignet: Der Rat des Völkerbundes wurde auf der Basis des «Europäischen Konzerts» konzipiert; die Versammlung hatte die Haager Friedenskonferenzen als Vorbild und hatte das Ziel, eine laufende Diskussion über die aktuellen Probleme der internationalen Beziehungen zu ermöglichen. Das Sekretariat entwickelte die Idee von internationalen Büros, wie sie sich im Rahmen von administrativen Unionen

---

<sup>31</sup> Lukaschuk, I.I., *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau 1998. 2Bnd. S. 88f

herausbildeten. Es wurde ein internationaler Gerichtshof gegründet, der die wichtige Rolle des Hüters der neu gegründeten Rechtsordnung übernahm. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, die Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten mit Hilfe von Schiedsgerichten beizulegen. Das gesamte institutionelle System des Völkerbundes hatte durch die Integration in einer Internationalen Organisation versucht, ein Gleichgewicht in den internationalen Beziehungen zu erreichen. Der Völkerbund wurde mit dem Ziel gegründet, eine gemeinsame Assoziation der Nationen zu bilden und dadurch die gegenseitigen Garantien der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität von «großen» und «kleinen» Nationen zu gewährleisten. Folglich spielten die politischen Ziele die Hauptrolle bei der Gründung einer universellen Organisation. Diese Entwicklung ist insofern wichtig, weil sie für die Behandlung von weiteren Integrationsformen, so z.B. von supranationalen Organisationen und föderativen Bündnissen ein Kriterium schafft. *Politische Sicherheit und Stabilität* führten schon bei der Gründung Internationaler Organisationen zu einer stärkeren Integration und waren insofern die Ursachen für die intensive Zusammenarbeit. Dieses Phänomen – wie es später ausführlicher erörtert wird – spielt die gleiche Rolle bei der Entwicklung innerhalb der supranationalen und staatlichen Integrationsformen.

Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen 1945 war eine sukzessive Entwicklung hin zu einer stärkeren Integration: Das Statut der Vereinten Nationen hat die Grundprinzipien des Völkerrechts verankert und zum ersten Mal in der Geschichte des Völkerrechts die von der gesamten internationalen Gemeinschaft geschaffenen und akzeptierten imperativen Normen festgelegt. Die Gründung einer Internationalen Organisation mit solcher Kompetenz bedeutete die Institutionalisierung der völkerrechtlichen Gesetzgebung und Kontrolle. Das Entstehen der so genannten *imperativen Normen (jus cogens)* war eine sehr wichtige integrative Entwicklung. Die Gründung der UNO bedeutete auch einen Wertewandel und zwar in die anthropozentrische Richtung – sie brachte die Anerkennung der Bedeutung von *Friedenssicherung* und der *Sicherung der Menschenrechte* mit sich. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Stabilität in den internationalen Beziehungen nur durch Kooperation und den *Vorrang des Rechtes* gewährleistet werden. Die Gründung einer universellen Internationalen Organisation bedeutete eine Gewichtsverlagerung. Der Wille der universellen Staatengemeinschaft nahm an Bedeutung zu, im Vergleich zum Willen einzelner Staaten und galt als Grundlage der Rechtsgeltung, so Lauterpacht.<sup>32</sup> Die Staaten akzeptieren die obligatorische Kraft des Völkerrechtes und dessen Vorrang vor separaten Nationalinteressen

---

<sup>32</sup> Lauterpacht, H., *The Function of Law in the International Community*. Oxford 1933. S. 422- 437

in solch wichtigen Bereichen wie der globalen Sicherheit und der Friedenssicherung. Diese Bereiche haben eine besondere Bedeutung im Integrationsprozess, deswegen haben die Grundprinzipien und allgemein anerkannten Normen des Völkerrechtes Vorrang vor einzelstaatlichen souveränen Interessen. Es findet also eine Vergemeinschaftlichung internationaler Beziehungen durch das Recht statt.

Die Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, von der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten 1950 mit mehreren Zusatzprotokollen ausgestattet, und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 1966 und deren nachfolgende Wirkung auf die internationalen Beziehungen, auf das Völkerrecht und auf das nationale Recht, bestimmte die weitere *demokratische Entwicklung der internationalen Beziehungen*. Ebenso beeinflussten sie die Integration im weitesten Sinne als Realisierung von gemeinsamen Prinzipien und Standards sowohl im Völkerrecht, als auch innerhalb nationaler Rechtsordnungen. Dies führte zu einer «Internationalisierung des Individuumsschutzes», so Arnold.<sup>33</sup> Mit der Unterzeichnung von völkerrechtlichen Abkommen zum Schutze der Menschenrechte wurde nicht nur die internationale, sondern auch die verfassungsrechtliche Entwicklung innerhalb von einzelnen Staaten stark integrativ beeinflusst. Die integrative Wirkung von Verträgen auf den Umgang mit Menschenrechten innerhalb von nationalen Verfassungsordnungen in Europa hat sich, so Arnold, in drei Schritten gezeigt: zuerst durch die Orientierung der italienischen und deutschen Verfassungsgerichtshöfe an den neuen Standards des Individuumsschutzes; dann durch die Anerkennung einer neuen Herangehensweise durch die griechischen, spanischen und portugiesischen Verfassungsgerichte; und letztendlich durch die neueste Verfassungsentwicklung und Demokratisierung in den Staaten Ost- und Zentraleuropas.<sup>34</sup> Diese schrittweise Entwicklung ist durch einen starken integrativen Zusammenhang von nationalen Verfassungsgerichten, völkerrechtlichen Vertragsnormen und den Einfluss von internationalen Menschenrechtsorganisationen ermöglicht worden.

Somit zeigt sich nach der Gründung der UNO und der Unterzeichnung völkerrechtlicher Pakte zum Schutze der Menschenrechte eine integrierende Entwicklung in den Staaten Europas: Die Verbindung zwischen den Staaten werden stärker durch die Einbeziehung neuester richterlicher Entscheidungen in den verschiedenen Länder und durch die gemein-

<sup>33</sup> Arnold, R., A Fundamental Rights Charter for the European Union// Tulane European & Civil Law Forum. Volumes 15/18, 2000-2001. S. 45f

<sup>34</sup> Siehe dazu: Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechts, Festschrift H. Maurer. 2001. SS. 855- 68

same Orientierung an demokratischen Standards. Die *Demokratisierung der internationalen Beziehungen* spielt für die Integrationsentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle.

Für die einzelnen Staaten ist die Bildung von *Implementationsmechanismen* für die völkerrechtlichen Normen in die nationalen Rechtsordnungen ein wichtiger Schritt in der integrativen Entwicklung. Eine der wesentlichen Entwicklungen in diesem Zusammenhang sei der Vorrang internationaler Normen im Bereich des Menschenrechtsschutzes vor verfassungsrechtlichen Vorschriften. Dies betrifft primär natürlich die westeuropäischen Staaten, ist aber auch weltweit bedeutend. Es habe sich eine dynamische Entwicklung im Bereich des Grundrechtsschutzes vollzogen, entsprechend dem anthropozentrischen Grundsatz des modernen Völker- und Verfassungsrechts, wie es in der Straßburger Rechtsprechung entwickelt wurde und heute auch als Maßstab des nationalen Verfassungsrechts gilt.<sup>35</sup> Hierbei muss die *Rolle der Verfassungsgerichte* besonderes betont werden: Als entscheidendes Element eines *Rechtsstaates* orientieren sich die nationalen Verfassungsgerichte an den Integrationsvorschriften im weiteren Sinne - an den völkerrechtlichen und nationalen Standards eines demokratischen Rechtsstaates. Diese sind durch die Internationalen Organisationen wie den Europarat und die Europäische Gemeinschaft geformt worden.

Internationale Organisationen als Integrationsform weisen eine vielseitige *Dynamik* auf. Die Sachzuständigkeiten Internationaler Organisationen weiteten sich aus von administrativen Fragen des Transportes und Verkehrs zu politischen Fragen und Sicherheitsfragen; die Machtbefugnisse Internationaler Organisationen wandelten sich von Empfehlungen zu obligatorischen Normen. Je breiter die Zuständigkeit Internationaler Organisationen wird, desto stärker ändert sich die rechtliche Regulierungsmethode. Die zwischenstaatlichen Beziehungen werden im Rahmen Internationaler Organisationen stark integrativ reguliert, die einheitlichen Normen der völkerrechtlichen Rechtsordnung nehmen in ihrer Bedeutung zu.

Die russische Rechtsschule behandelt diese Entwicklung als eine logische und historisch begründete. Die Integration in Form Internationaler Organisationen wird genauso wie die kooperative völkerrechtliche Form in Zusammenhang mit der Entwicklung einer völkerrechtlichen Rechtsordnung gebracht. «Für jede Form und jeden Grad der Wirtschaftsintegration ist die Suche nach geeigneten institutionellen Integrationsinstrumenten von hervorragender Bedeutung», so Balayan.<sup>36</sup> Die Veränderungen in der Wirtschaft, technische

<sup>35</sup> Arnold, R., Entwicklungstendenzen des Europäischen Verfassungsrechts und ihre Interdependenz. Sonderdruck. S. 5

<sup>36</sup> Balayan O., Institutionelle Struktur der Wirtschaftsintegration in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Entwicklung und Globalisierung der internationalen Probleme führen dazu, dass die gegenseitige Verflechtung ein normatives Gleichgewicht benötigt, weshalb die mittels völkerrechtlicher Normen geregelten Bereiche zahlreicher werden. Die Notwendigkeit normativer Regulierung spricht von der demokratischen integrativen Entwicklung im Völkerrecht: Das geltende Völkerrecht ist durch mehrere einheitliche Normen gekennzeichnet. Die sich verändernde Rolle des Völkerrechtes ist ein Zeichen der *Integration durch das Recht*. Deshalb gilt der rechtlichen Integration besondere Aufmerksamkeit. Da die Internationalen Organisationen einen Teil der Völkerrechtsordnung darstellen, sind die Besonderheiten dieser Integrationsform im Kontext der Völkerrechtsordnung insgesamt zu behandeln. Internationale Organisationen sind ein Wahrzeichen des modernen Völkerrechtes. Die Breite ihrer sachlichen und juristischen Kompetenzen verändert die Struktur der völkerrechtlichen Rechtsordnung und betont die Wichtigkeit der organisierten und einheitlichen Regulierung im modernen Völkerrecht.

Diese Entwicklung lässt sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts deutlich beobachten und gewinnt die Aufmerksamkeit russischer Wissenschaftler. Für das Verständnis der Integrationsentwicklung in der Zeit der wechselseitigen Zusammenhangs zwischen den Staaten sind die Ideen des russischen Wissenschaftlers Kamarowskij, die er in der Diskussion in der russischen Literatur Anfang des 20. Jahrhunderts über «Die Vereinten Staaten Europas» geäußert hat, von großer Bedeutung.<sup>37</sup> Er hat versucht, eine möglichst allgemeine theoretische Erklärung für den Vereinigungsprozess, insbesondere für die föderale Entwicklung im weiteren Sinne, zu finden. Dieser Prozess wird mit dem *Begriff der Internationalen Organisation* beschrieben. Die Internationale Organisation wird von Kamarowskij sehr weit und umfassend im Sinne eines Systems des politischen Gleichgewichts und als internationale, vom Völkerrecht gestaltete öffentliche Rechtsordnung verstanden. Das Ziel solcher Internationalen Organisationen, das Vorhandensein von Organen und Rechtsnormen vorausgesetzt, sei internationaler Frieden und Harmonie in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Im Prozess der Festigung der völkerrechtlichen Ordnung spielen folgende Tendenzen eine sehr bedeutende Rolle:

- die Entwicklung der Schiedsgerichte;
- die föderalen Formen der Staatlichkeit, die so genannten Unionen;

---

(GUS)// Eine rechtliche Untersuchung der Organstruktur der GUS im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft. Diss. Berlin 1999. S. 34

<sup>37</sup> Kamarowskij, L.A., Wopros o mezhdunarodnoj organizazii. Objedinennje Staaty Evropy (Die Frage nach der Internationalen Organisation. Die Vereinten Staaten Europas). Moskau 1905

- das Neutralitätsprinzip;
- das Föderationsprinzip.

Diese Tendenzen werden als Grundtendenzen der Entwicklung völkerrechtlicher Rechtsordnung formuliert und begrifflich im weiteren Sinne erfasst.

*Das Föderationsprinzip*, wie es Kamarowskij bezeichnet, vereint die Staaten, ohne ihre Unabhängigkeit zu zerstören, in übergeordneten neuen politischen Gruppen mit bestimmten Zielen und Organen. Ihrem Wesen nach sollen die föderativen Formen als Übergangsstufe von staatlichen Formen zu Internationalen Organisation dienen. Es gibt zwei Hauptformen der föderativen Organisation: Staatenbund und Bundesstaat. Die Zwischenstufe davon ist «die reale Union».<sup>38</sup> Kamarowskij ist der Auffassung, dass der Unterschied zwischen den beiden Formen sich im Ergebnis «quantitativ» und nicht «qualitativ» darstellt. Hiermit wird festgestellt, dass *Föderalisierung* eine weitere Entwicklungstendenz der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert ist. Föderalisierung äußert sich in verschiedenen Formen, von völkerrechtlichen Staatenbündnissen über Internationale Organisationen bis hin zu den bundesstaatlichen Formen und ist durch die Integrationsnotwendigkeit bedingt. Die Tatsache, dass alle föderalen Formen von derselben Entwicklung ins Leben gerufen sind, begründet ihren gleichen Ursprung, aber auch quantitative Unterschiede zwischen ihnen.

Föderative Formen sind besonders in den Zeiten globaler Wirtschaft verbreitet. Wirtschaftliche Interessen dienen als Grundlage für Integration. Als Grund für die Verbreitung der föderativen Formen, so Kamarowskij, kann vor allem *das ökonomische Prinzip* genannt werden, das die Völker zu einer, auf föderativer Basis möglichen, politischen Annäherung und Vereinigung drängt. Die Internationalisierung als eine der Gesetzmäßigkeiten der modernen Entwicklung geschieht zunächst im ökonomischen Bereich, dann bewirkt sie die Notwendigkeit der politischen Annäherung.

Der föderative Grundsatz erweist sich als die Widerspiegelung des Prozesses des wachsenden wechselseitigen Zusammenhangs in den internationalen Beziehungen. Zur Verbreitung des föderativen Grundsatzes haben besonders *der Sieg demokratischer Ideen* und *das nationale Prinzip* beigetragen. Der föderative Grundsatz erscheint als nächster Schritt der nationalen Entwicklung, der die Möglichkeit mit sich bringt, die national unterschiedlichen, aber eine Vereinigung benötigenden Teile ohne den Verlust ihrer politischen Unabhängigkeit zu vereinen. Der Zusammenhang zwischen der Demokratisierung internationaler

---

<sup>38</sup> Kamarowskij, L.A., Wopros o mezdunarodnoj organizazii. Soedinennyye Staty Ewropy. (Die Frage nach der Internationalen Organisation. Die Vereinte Staaten Europas). Moskau. 1905. S. 44 f

Beziehungen und der weiteren nationalen Entwicklung ist besonderes für die Analyse der Souveränität und zusammengesetzter Organisations- und Staatlichkeitsformen interessant, da er die Vereinigung in höheren politischen und wirtschaftlichen Organisationen, wie z. B. der UNO oder der Europäischen Union, nicht als souveränitätsstörenden, sondern als souveränitätsfördernden Faktor begreift. Mehr hierzu wird im 2. Kapitel dieser Arbeit gesagt.

Das Föderationsprinzip, so Kamarowskij, sei eine grundlegende Tendenz, die sich in unterschiedlich stark integrierten Formen äußert. Es werden vor allem Föderationen und administrative Unionen genannt. Sie unterscheiden sich durch die Integrationsbasis und die Integrationsziele. Die «Föderationen» sind *politische* Vereine, denen eine höhere kulturelle oder nationale Gemeinsamkeit zugrunde liegt. Dagegen basieren «die administrativen Unionen» auf einer engeren und spezielleren Basis.

Mit dem Begriff «administrative Unionen» bezeichnet Kamarowskij eigentlich Internationale Organisationen. Die administrativen Unionen beruhen auf einem völkerrechtlichen Vertrag. Diese Verträge haben besondere Eigenschaften im Vergleich zu anderen völkerrechtlichen Verträgen.

Der Autor hebt folgende Eigenschaften der Gründungsverträge der «administrativen Unionen» hervor:

- Die Verträge werden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, aber für die von ihnen zu regulierenden Verhältnisse schaffen sie offenbar eine dauerhafte Ordnung.
- Die Zahl der Teilnehmer ist beträchtlich.
- Die Verträge über die Gründung der administrativen Unionen sind keine allgemeinen Verträge, sie führen eine Organisation ein.
- Drittstaaten haben Beitrittsrecht, und jedes Mitglied bewahrt sich die Austrittsmöglichkeit unter bestimmten Bedingungen.
- Alle Verbündeten haben gleiche Rechte und Pflichten.

Alle föderativen Vereine und Unionen – wie Kamarowskij feststellt – gründen sich auf einen Vertrag und erfordern einen Organisationsmechanismus. *Der vertragliche Ursprung von Unionen* stellt sich als wichtiges völkerrechtliches Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichheit der souveränen Hoheit der Staaten dar. Um eine Union zu gründen, ist eine gemeinsame Willensäußerung aller Mitglieder nötig. Somit wird die *Gegenseitigkeit* bei der Gründung Internationaler Organisationen als allgemeines Grundprinzip dieser Integrationsform verstanden. Das wird im Gründungsvertrag, anders gesagt – im Statut der Organisation – festgelegt. Die souveränen Kompetenzen der Mitgliedstaaten spielen bei dieser Integra-

tionsform eine überwiegende Rolle, im Gegensatz zu den *supranationalen* Organisationen, deren Aufgabe, einen höheren Einheitsgrad zu erreichen, im Vordergrund steht.

Die Forschungsergebnisse der föderativen Entwicklung und der Aufbauprinzipien Internationaler Organisationen, die Kamarovskij Anfang des 20. Jahrhunderts veröffentlichte, schaffen die Grundlage für das Integrationsverständnis und sind immer noch aktuell.

Die Integration äußert sich unter anderem in der Dynamik Internationaler Organisationen selbst. Die wichtigste Entwicklung Internationaler Organisationen besteht darin, dass deren Sachzuständigkeiten sich auf die Bereiche erstrecken, die früher zu den Nationalkompetenzen eines Staates gehörten, und dass die Kompetenzen sich in ihrer Wirkungskraft juristisch von Empfehlungen zu Direktiven entwickeln. Mit anderen Worten, es verstärkt sich die Rolle Internationaler Organisationen. Dieser Prozess wird sichtbar in der Kompetenzgestaltung der sekundären Subjekte des Völkerrechts. Die *Verlagerung des normativen und organisatorischen Gewichtes* von den primären Subjekten des Völkerrechtes – den Staaten – auf die sekundären Subjekte – die Organisationen – ist ein Zeichen der zunehmenden Integration und der Veränderung des Gleichgewichtes im modernen Völkerrecht. Organisationen an sich werden wichtiger, da sie einen höheren Grad der normativen und organisatorischen Vereinheitlichung vorsehen und gewährleisten können.

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass sich ein verstärkter Zusammenhang zwischen verschiedenen Integrationsformen zeigt. Staatliche Integrationsformen und die Integration durch Organisationen befinden sich in einer, sich gegenseitig bereichernden Beziehung. Je entwickelter und stärker die Integrationsform wird, desto wichtiger ist die Rolle, die die Rechtsnormen dabei spielen und desto wichtiger wird die Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten aller Mitglieder. Dies bedeutet generell die *Normativierung* der Integration. Das Völkerrecht spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Gestaltung einer starken Integrationsform, in der Form selbst spielt das eigene Recht der Organisation die Kernrolle.

Das andere Ergebnis der Forschung zu Internationalen Organisationen ist die Tatsache, dass der Wertewandel in die anthropozentrische Richtung – d.h. die Anerkennung der Wichtigkeit von Friedenssicherung und Sicherung von Menschenrechten, sowie der Begriff der Rechtsstaatlichkeit weitere Integrationsgründe sind. Der Vorrang des Rechtes gewährleistet stärkere Integration und Stabilität. Als nächstes gehört *Supranationalisierung* der Internationalen Organisationen zu aktuellen internationalen Entwicklung.



### 3. Supranationale Organisationen als Integrationsform

#### i) Supranationalität als Integrationstendenz

Die nächste Stufe der Integrationsentwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie eigenständige Einheiten für die Verfolgung eines gemeinsamen Ziels in Form einer Organisation mit supranationalen Kompetenzen schafft. Es stellt sich die Frage, was Supranationalität *sowohl als Integrationstendenz* (als Gesetzmäßigkeit der aktuellen internationalen Entwicklung), *als auch im rechtlichen Sinne* als Integrationsform bedeutet.

Dem Phänomen der Supranationalität wird sowohl in der westlichen, als auch in der russischen Rechtsliteratur große Aufmerksamkeit gewidmet. Supranationalität wird nicht nur bezüglich der Europäischen Gemeinschaften analysiert, sondern in einem breiteren theoretischen Kontext behandelt. Die Beurteilung dieses Phänomens geschieht einerseits mit Blick auf die praktischen Beispiele, vor allem natürlich die Europäische Union, andererseits ist es mit den grundlegenden theoretischen Begriffen der Politik- und Rechtswissenschaft verbunden, wie etwa dem der Souveränität und den monistischen und dualistischen Konzeptionen der völkerrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsordnungen. Es sei nicht einfach, dem Gemeinschaftsrecht seinen Platz im Gesamtsystem des Rechts zuzuweisen und Grenzlinien zu anderen Rechtsordnungen zu ziehen, so Hallstein.<sup>39</sup> Selbst das Wort «supranational» verweist auf diese Problematik. Supranationale Organisationen als Integrationsform befinden sich an der Grenze zwischen rein völkerrechtlichen und staatlichen Integrationsformen und somit auch an der Grenze zwischen den völkerrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsordnungen. Die Forschung zu einer Integrationsform, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden ist, hängt sehr stark mit der Forschung der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklung zusammen und ist nur mit Blick auf die neuesten integrationsfördernden Faktoren zu erklären.

Der Begriff «Supranationalität» drückt den *Grad der Vereinheitlichung*, also , nach vorausstehender Definition, der Integration aus.

Die *Supranationalisierung* gehört zu den großen Tendenzen der Verfassungsentwicklung im Europa, so Arnold.<sup>40</sup> Dabei wird Supranationalisierung als wesentliche Tendenz der heutigen völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Dynamik verstanden. Wichtig ist es,

<sup>39</sup> Hallstein, W., Die Europäische Gemeinschaft. Düsseldorf-Wien. 1.Auflage. 1973. S.36

<sup>40</sup> Arnold, R., Entwicklungstendenzen des Europäischen Verfassungsrechts und ihre Interdependenz. Sonderdruck . S. 2

die Supranationalisierung als Vereinheitlichung grundlegender moralischer und juristischer Prinzipien und Ideen sowohl im innerstaatlichen, als auch im internationalen Recht zu betrachten und sie deswegen als Zeichen einer Annäherung der beiden Rechtsordnungen zu sehen.

Die Supranationalisierung kann als die wichtigste Tendenz heutiger internationaler Beziehungen beschrieben werden und bedeutet im weiteren Sinne zunehmende Unifizierung und Eingliederung von unterschiedlichen politischen Werten und normativen Ordnungen. Die Supranationalisierung im Rahmen der Europäischen Union bringt eine zunehmende Eingliederung des nationalen Verfassungsrechts in die übernationale Ordnung der EG mit sich, ohne dass aber seine grundsätzliche Selbständigkeit verloren ginge. In mannigfacher Weise wird das nationale durch das supranationale Recht ersetzt, modifiziert und überlagert. Dessen Dynamik bestimmt zu einem wesentlichen Teil auch Tempo und Inhalt des verfassungsrechtlichen Fortschritts der Mitgliedstaaten. Ohne dass schon ein Verfassungsverbund entstanden ist,<sup>41</sup> wird hier die Interdependenz der nationalen Ebene mit der supranationalen Ebene, wie z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Gemeinschaften relevant.<sup>42</sup>

## *ii) Supranationalität im rechtlichen Sinne als Integrationsform.*

Die Besonderheit der supranationalen Integrationsform liegt im hohen Grad der Unabhängigkeit der sekundären Subjekte des Völkerrechtes von den primären Subjekten – den Staaten. Diese Unabhängigkeit äußert sich in der Willens- und Kompetenzgestaltung der supranationalen Organisationen und in der Vereinheitlichungswirkung ihrer Rechtsnormen. Die supranationale Integrationsform ist durch einen höheren Grad der Vergemeinschaftlichung und Integration gekennzeichnet. Bei dieser Form sind die gemeinsamen Interessen der eine supranationale Organisation gründenden Staaten wichtiger als deren Einzelinteressen. Die Europäischen Gemeinschaften entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Annahme, dass sie durch die wirtschaftliche Integration auch als friedenssichernder und politisch integrierender Faktor dienen können und dadurch zum Wohlstand und einer allgemeinen Wei-

---

<sup>41</sup> Pernice, I., JZ 2000, S. 866, 869 ff.

<sup>42</sup> Arnold, R., Entwicklungstendenzen des Europäischen Verfassungsrechts und ihre Interdependenz. Sonderheft . S. 2

terentwicklung und Demokratisierung beitragen würden.<sup>43</sup> Die supranationale Integrationsform entsteht somit aus der sich verstärkenden Notwendigkeit heraus, durch gemeinsame Normen und Standards Rechtssicherheit und Wohlstand zu erreichen. Dies geschieht zunächst durch die Gründung Internationaler Organisationen mit supranationalen Kompetenzen. Die rechtliche Bedeutung der Supranationalität liegt in den besonderen Kompetenzen der supranationalen Organisation.

Die Supranationalisierung von Internationalen Organisationen drückt sich dann aus, wenn die Integrationsstufe innerhalb solcher Organisationen höher ist, als innerhalb der klassischen Internationalen Organisationen. Mehrere Merkmale supranationaler Organisationen stellen sie zwischen die klassischen Internationalen Organisationen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und die staatlichen Integrationsformen.

Die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union sind natürlich die wichtigsten Beispiele der Supranationalisierung; diese Tendenz lässt sich aber auch bei anderen Bündnissen beobachten. Als historisches Beispiel kann der COMECON genannt werden. Im Gegenteil lassen sich keine Wesenszüge der Supranationalität bei der GUS-Vereinigung beobachten.<sup>44</sup> Je nach Kategorisierung von Supranationalität werden von manchen Autoren supranationale Eigenschaften auch bei universellen Organisationen wie der UNO festgestellt. Diese Arbeit begrenzt sich auf die Europäische Union und wesentlich auf die russischen Quellen.

Für die supranationale Integrationsform sind folgende Merkmale wichtig:

- Die Organisation ist grundsätzlich nicht auflösbar.
- Die Mehrheitsentscheidungen überwiegen.
- Die Entscheidungen haben verbindliche Wirkung und Vorrang vor nationalen Gesetzen.
- Die Aufgabenbereiche der Organisation werden breiter, es werden mehrere ehemalige staatliche Kompetenzen auf die Organisation übertragen. Hier spielt das qualitative Moment eine wichtige Rolle. Eine solche Akkumulation der Aufgaben auf der Organisationsebene bringt eine qualitative Veränderung mit sich und schafft eine Zwischenform zum Staat.

Kapustin spricht von zwei Organisationstypen, je nach Kompetenzumfang: Internationale Organisationen der Zusammenarbeit und Internationale Organisationen der Integration.<sup>45</sup>

<sup>43</sup> Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

<sup>44</sup> Siehe dazu: *Balayan, O.*, Institutionelle Struktur der Wirtschaftsintegration in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Eine rechtliche Untersuchung der Organstruktur der GUS im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft. Diss. Berlin. 1999.S.171.

<sup>45</sup> *Kapustin, A.J.*, Ponytie, predmet, istochniki i subjekty prava mezhdunarodnyh organizacij (Der Begriff, der Gegenstand, die Quellen und die Subjekte des Rechtes der Internationalen Organisationen) in: Lektzii po ak-

Art und Zahl der Aufgaben, mit der eine Internationale Organisation betraut ist, spiegeln den Umfang ihrer Kompetenzen wieder. Dieser kann sich von Organisation zu Organisation stark unterscheiden. Der Hauptunterschied zwischen den beiden Organisationstypen besteht darin, dass die Organisationen der Zusammenarbeit zum Ziel der Koordinierung der zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der Organisation geschaffen werden; der andere Organisationstypus strebt nach Integration, d.h. nach einem engeren Zusammenhang zwischen den Mitgliedstaaten in den Bereichen, in denen er mit übertragenen souveränen Rechten der Mitgliedstaaten ausgestattet ist. Heute gehören die meisten Internationalen Organisationen zu der ersten Gruppe. Sie sind sozusagen klassische Internationale Organisationen. Besondere Beachtung wird den souveränen Rechten der Mitgliedstaaten in verschiedenen institutionellen Formen dieser Organisationsgruppe zugeteilt. Diese Integrationsform gründet auf der Basis der Zusammenarbeit.

Die Organisationen der Integration sind ein Zeichen der späteren Entwicklung. Ihre Rolle im geltenden Völkerrecht ist durch eine aktive Position gekennzeichnet, sie stehen zwischen den klassischen Internationalen Organisationen und den Staaten. Diese Tendenz ist auch als *Supranationalisierung* zu bezeichnen.

Völkerrechtlich betrachtet bedeutet die Supranationalität das *Verhältnis* zwischen dem Willen der Organisation und dem Willen der Mitgliedstaaten, also das Verhältnis zwischen primären und sekundären Subjekten des Völkerrechtes. Somit bezieht sie sich letztendlich auf die Frage der Souveränität primärer Völkerrechtssubjekte. In der Erforschung der rechtlichen Komponenten der Supranationalität scheint die Frage nach der Übertragung der souveränen Rechte am wichtigsten zu sein. Inwieweit behalten die Staaten ihre Souveränität, wenn sie die Mehrheit ihrer Rechte an eine Organisation übertragen? Beispielsweise lässt sich die Frage, ob die Mitgliedstaaten wirklich noch Herren der Verträge sind,<sup>46</sup> bei der Kompetenzkumulierung auf EU-Ebene nicht leicht beantworten.

Die Supranationalität sei daher eine Frage des Verhältnisses zwischen der Souveränität der Mitgliedstaaten und die Kompetenzen der geschaffenen Organe, so Schibaeva.<sup>47</sup> Die Mitgliedschaft des Staates in einer Internationalen Organisation hat eine freiwillige Übertragung der souveränen Befugnisse an diese Organisation zur Folge. *Der Grad solcher Delegation*

---

tualnym problemom mezdunarodnogo i evropejskogo prava (Vorlesungen zu den aktuellen Problemen des Völker- und Europarechtes. Hrsg.: Galenskaja, L. N. und Entin, M. L. Sankt-Petersburg 2004. S. 145 ff

<sup>46</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union, Sonderheft. S. 3; Eveling, U., Festschrift für H. Moser. 1983. S. 173ff.

<sup>47</sup> Schibaeva, E.A., Prawo mezdunarodnah organizazii. (Das Recht Internationaler Organisationen). S. 115ff

ist gerade das Wesentliche für das Institut der Supranationalität. Diese Meinung scheint eine generelle Basis für verschiedene Definitionen zu sein, weil gerade der Grad der Delegation den Grad der Autonomie der Internationalen Organisation, die institutionelle Struktur und das Recht der Organisation bestimmt.

Die Selbständigkeit der Organisation alleine kann nicht als Kriterium der Supranationalität hinreichen, weil jede Internationale Organisation als Subjekt des Völkerrechts in bestimmtem Umfang einen eigenen Willen besitzt, und weil ihre Organe ihren Willen ausführen. Jede Internationale Organisation hat einen autonomen Willen. Dieser, so Talalaev, hat einen komplexen Charakter, weil er selbst das Resultat der Übereinstimmung des Willens von allen oder mehreren Mitgliedstaaten darstellt.<sup>48</sup>

Das Kriterium der Supranationalität liegt daher nicht bloß in der tatsächlichen Unabhängigkeit der Organe einer Internationalen Organisation, sondern wird auch vom Grad der Unabhängigkeit bestimmt. Der Unabhängigkeitsgrad äußert sich in bestimmten Merkmalen des organisatorischen Mechanismus der Organisation. Die Europäischen Gemeinschaften sind das bedeutendste Beispiel. Hier wird deutlich, wie die traditionell zum Innenkompetenzbereich des Staates gehörenden Sphären mittels eines spezifischen Mechanismus einheitlich koordiniert werden können. Die Regelungsmethode innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ist keine klassische völkerrechtliche Methode, die Veränderungen sind so wesentlich, dass man über supranationale Elemente in der Regelungsmethode sprechen kann.

Die Hauptcharakteristika der Europäischen Gemeinschaft, die ihren supranationalen Charakter ausmachen, sind, nach Pescatore,<sup>49</sup> folgende:

- die Originalität der institutionellen Struktur der Gemeinschaft, u.a. die Rolle des Parlamentes und der Kommission; die Mehrheitsentscheidung;
- die Eigentümlichkeit der Quellen des Gemeinschaftsrechts: «Im Unterschied zum traditionellen Völkerrecht, das nur mittels einer Revision der Völkerverträge erneuert werden darf, hat das EG-Recht ein rechtliches Selbstregulierungssystem, das eine Reaktion auf neue Probleme und eine Adaption an eine veränderte Umgebung ermöglicht»;
- die Änderungen in der Auslegung der Rechtsnormen, in erster Linie die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, die mehrere Beispiele der wesentlichen teleolo-

<sup>48</sup> *Talalaev, A.N.*, Prawo mezdunarodnyh dogovorov. Dogowory s uschastijem mezdunarodnyh organizacij (Das Recht der völkerrechtlichen Verträge. Die Verträge mit der Mitgliedschaft von Internationalen Organisationen). Moskau 1989

<sup>49</sup> *Pescatore, P.*, International Law and Community Law: A Comparative Analysis. // Common Market Law review. 1970. Vol. 7 .N2. P. 172f

gischen Auslegung geben. «Man kann sehen, dass die Auslegung des Gemeinschaftsrechtes nicht von der Idee der Erhaltung des erreichten Gleichgewichts, sondern von der Sicht der Europäischen Integration, die aufgebaut werden muss, abhängig ist.», so Pescatore;

■ die Originalität des Gerichtssystems und die Gerichtskontrolle in der Gemeinschaft: die obligatorische Gerichtsbarkeit des EuGH; das Recht der Privatpersonen, den Rechtsweg einzuschlagen; die gerichtliche Kontrolle über die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten; die gerichtliche Kontrolle über die Organentscheidungen; die Öffentlichkeit des EuGH für die Nationalgerichte jeder Instanz den Präjudizialverfahren; der Verzicht auf die Anwendung des traditionellen völkerrechtlichen Prinzips des Verbrauchs von nationalen Rechtsmitteln.

Die Mehrheitsentscheidung, die Arnold «einen Durchbruch für die institutionelle Supranationalität» nennt,<sup>50</sup> final definierte Kompetenzen der Europäischen Union, die eine Anpassung der EU-Aktionen ermöglichen und die Gestaltung richterlicher Gewalt innerhalb der EU sind die wichtigsten Merkmale der Supranationalität.

Auch bei den supranationalen Organisationen wird immer betont, dass Supranationalität nur auf der Basis von Gegenseitigkeit funktionieren kann. Jede Pflicht des Staates berührt in bestimmtem Maße die Freiheit dieses Staates, seine Funktionen auszuüben, schreibt Levin. Wesentlich ist die Gegenseitigkeit in Begrenzung der staatlichen Gewalt.<sup>51</sup> Hiermit bringt die russische Rechtsschule das Phänomen der Supranationalität in den völkerrechtlichen Kontext und behandelt es systematisch als einen strukturellen Teil der Völkerrechtsordnung. Mehr zur normativen Bedeutung der Supranationalität wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit gesagt.

Die supranationale Integrationsform weist mehrere Charakteristika auf, die sie weit von der völkerrechtlichen Integrationsform entfernen, und sie somit eher in die Nähe eines Staates rücken. Nun muss untersucht werden, welche Qualitäten und Integrationsmittel einem Staat im Integrations- und Globalisierungsprozess zur Verfügung stehen.

#### **4. Ein Staat als Integrationsform**

Der Staat als Integrationsform muss aus zweierlei Gesichtspunkten behandelt werden: Zum einen stellt der Staat eine besondere Integrationsform mit souveränen Charakteristika dar

---

<sup>50</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union. Sonderheft. S. 8ff

<sup>51</sup> Levin, I.D., Suverenität (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 77

(was auf die anderen Formen nicht zutrifft); dabei ist die Bildung zusammengesetzter Staatsformen, wie der Bundesstaat, von besonderem Interesse. Zum anderen gewinnt die Staatlichkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts, so Arnold,<sup>52</sup> neue Dimensionen, die mit der Integration und Globalisierung zusammenhängen. Die Staatlichkeit an sich bekommt neue Formen unter dem Einfluss der Integrationsfaktoren.

Der Staat ist aus Sicht der Integrationstheorie die stärkste und speziellste Integrationsform, so Kurdukov, da er die *Einheit* von Volk, Territorium und Souveränität darstellt<sup>53</sup> und der Träger der Souveränität ist. Als Souveränitätsträger ist der Staat das Hauptsubjekt des Völkerrechts, seine Rechtsstellung umfasst in vollstem Umfang völkerrechtliche Kompetenzen. Souveränität wird auf solche Weise in Verbindung mit Integration gebracht. Der Staat stellt im weitesten Sinne die stärkste Integrationsform dar, weil der Staat als *eine Einheit* sowohl im Innenbereich, wie auch nach außen handelt. Die Souveränität ist somit ein Merkmal der einheitlichen integrativen Qualität eines Staates.

Die Rechte eines Staates sind souveräne Rechte: Das bedeutet, dass solche Rechte nur mit der Zustimmung des Staates als Hoheitsträger durch eine von ihm vereinbarte völkerrechtliche Norm beschränkt werden können und nur auf der gegenseitigen Basis mit anderen Völkerrechtssubjekten. Die Rechte und Pflichten der Staaten werden innerhalb des einheitlichen Systems des Völkerrechts interpretiert. Das geltende, in seinem Wesen nach integrative, Völkerrecht stellt andere Verpflichtungen an einen Machtträger sowohl im Inneren, als auch im Außenbereich. Die Zusammenarbeit wird als Recht, aber auch als Pflicht eines Staates verstanden. Die Pflichten betreffen die Friedenssicherung und die Garantie, andere Grundprinzipien des Völkerrechts zu verwirklichen. Die Legitimität des staatlichen Handelns bedeutet heutzutage die Konformität mit den Normen *jus cogens* und allgemeinen Rechtsprinzipien. In der Europäischen Union ist diese Entwicklung besonders ausgeprägt. Die EU-Staaten sind laut Loyalitätsgebot des Artikels 10 des EG-Vertrages verpflichtet, konform mit den Normen des EU-Vertrages zu handeln. Die Staatengemeinschaft orientiert sich generell immer mehr an den allgemeinen Standards des Menschenrechtsschutzes und der Rechtsstaatlichkeit. Diese Entwicklung ist nicht nur innerhalb der Europäischen Union deutlich, sondern betrifft auch andere Staaten Europas und der Welt. Laut Arnold haben die «neuen Demokratien»

---

<sup>52</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union, in: Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, Oberreuter/M. Piazzoli (Hrsg.), München 2001, S. 119f

<sup>53</sup> Kurdukov, G.I., Gosudarstvo v sisteme mezhdunarodno- pravovogo regulirovanija (Der Staat im System der völkerrechtlichen Regulierung). Kazan 1979, S. 102

Osteuropas die aktuellste Rechtssprechung des Straßburger Gerichtshofes und der nationalen Verfassungsgerichte übernommen und diesen fortschrittlichen Standard weiterentwickelt.<sup>54</sup> Die allgemeinen Menschenrechte werden als innerstaatliche Norm höchster Bedeutung behandelt, die Verfassungen neuer Demokratien haben eine deutliche anthropozentrische Orientierung am Europäischen Verfassungs- und Völkerrecht. Hierbei spielt die Europäische Menschenrechtskonvention eine wesentliche integrative Rolle<sup>55</sup>. Generell gesagt, die Aufgabenerfüllung des Staates sei heute auf transnationale Formen der Kooperation angewiesen, betont Arnold,<sup>56</sup> Integration gehört zum Kern und zur Natur des modernen Staates.

Der Staat als Hoheitsträger wird als höchste Integrationsform betrachtet, gleichzeitig äußert sich aber die Integration innerhalb der staatlichen Form als *Bildungsprozess der zusammengesetzten Staatlichkeitsformen*. Die Integration als Zusammenbildung neuer Staatlichkeitsformen wird sowohl in der westlichen, als auch in der russischen Literatur oft als Teil des *föderativen* Prozesses behandelt,<sup>57</sup> in dem sich verschiedene Einheiten «zu einem föderativen Gesamtgebilde» zusammenschließen. Der Prozess des Zusammenschlusses mehrerer Staaten ist ein Merkmal der Integration. In diesem Sinne sei Föderalismus nicht nur eine bestimmte Struktur der Staatsorgane in ihrer Hierarchie, sondern eine ständige Regelung der Beziehungen zwischen der zentralen Regierung und den Mitgliedern der Föderation; zwischen Mitgliedern eines supranationalen Raumes und anderer öffentlicher Strukturen, die Vereinigungen bilden und die Aufteilung der öffentlichen Gewalt definieren, so Konjuchova.<sup>58</sup> Föderalismus wird als Form und Entwicklungsmethode des staatlichen oder supranationalen Raums verstanden. Föderation als eine Integrationsform kann als eine Vereinigung einzelner Gesellschaften, Organisationen (so wie die Gewerkschaften), als eine dezentralisierende Tendenz und Regionalisierung in den Einheitsstaaten, als Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen in Verbindungen wie der Europäischen Union oder dem Verbund der Russischen Föderation und Weißrussland oder gar als mögliche Vereinigung aller Staaten (die Vereinten

---

<sup>54</sup> Arnold. R., Fundamental Rights in Central and Eastern Europe: A Basic Analysis. Vortrag in Erfurt, 2004. S. 1, 4ff

<sup>55</sup> Arnold. R., Fundamental Rights in Central and Eastern Europe. 2004. S. 7

<sup>56</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union. 2001. S. 120

<sup>57</sup> Mazan, S., Das föderative Prinzip in der Europäischen Union. S. 7

<sup>58</sup> Konjuchova, I.A., Sowremennyj rossijskij federalizm i mirowoj opyt: itogi stanowlenija i perspektivy razwiti-ja (Der moderne russische Föderalismus und die Welterfahrung: die Entstehungsergebnisse und die Entwicklungsperspektiven). Moskau 2004. S. 18; Gosudarstvo, pravo i meshnazionalnyje otnoshenija v stranah zapadnoj demokratii (Der Staat, das Recht und die internationalen Beziehungen in den Ländern der westlichen Demokratie). Moskau 1993. S. 24



Staaten Europas oder die Weltföderation)<sup>59</sup> beobachtet werden. Das *Kooperationsprinzip* ist nach Treps eines der systembildenden Prinzipien des Föderalismus und habe eine Entwicklungsrichtung von der staatlichen Integrationsform hin zur gesellschaftlichen Integrationsform.<sup>60</sup>

Die Integration erweist sich somit als Grundlage der staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen im weitesten Sinne.

Bevor der *gegenseitige Einfluss von verschiedenen Integrationsformen* erläutert wird, muss bemerkt werden, dass die Rolle eines Staates in den internationalen Beziehungen heutzutage zum großen Teil durch seine Position in den Internationalen Organisationen, sowie durch die Teilnahme an den allgemeinen völkerrechtlichen Verträgen und Konventionen bestimmt wird. Die Internationalen Organisationen schaffen durch ihre Zusammenarbeit eine neue Zwischenstufe der Integration und eine besondere integrative internationale Rechtsordnung: So sollte zum Beispiel der gegenseitige Einfluss von Europarat und Europäischer Union und deren Mitgliedstaaten im Bereich der Standardisierung des Menschenrechtsschutzes nicht unterschätzt werden. Solche Integration nimmt verfassungsrechtliche Charakteristika an. Der Begriff Verfassungsrecht, traditionell auf die rechtliche Grundordnung eines Staates bezogen, kann heute auch auf nicht-staatliche Ordnungen übertragen werden, soweit sie einen besonderen Grad an Integration aufweisen, so Arnold<sup>61</sup>.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: entweder ökonomische oder politische Interessen, wie beispielsweise die Friedenssicherung oder die Vermeidung von Krieg und zwischenstaatlichen Konflikten waren die *wichtigsten Gründe der Integration*. Die Integrationsentwicklung von niedrigeren Integrationsstufen innerhalb der völkerrechtlichen Zusammenarbeit erfolgt meistens mit dem Ziel, Sicherheit und Frieden in den internationalen Beziehungen zu gewährleisten. Die ersten völkerrechtlichen Verträge waren Friedensverträge und Allianzverträge. Die Schaffung Internationaler Organisationen hat mit der Gründung von administrativen Unionen begonnen, so waren die Interessen der internationalen Kommunikation und die Verbesserung wirtschaftlicher Beziehungen die Triebkraft dieser Integrationsform. Die Supranationalisierung als Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ist im

---

<sup>59</sup> Abolin, O.J., Wsemirnyj i ewropejskij federalizm: werojatnyje perspektivy (Der Welt- und der europäische Föderalismus: mögliche Perspektiven) // Politicheskije issledowanija (Politische Studien). Moskau 1994. N5, S. 143ff

<sup>60</sup> Teps, D., Konceptualnyje osnovy federalisma (Die konzeptuellen Grundlagen des Föderalismus). Sankt-Petersburg 2002. S. 9, S. 169

<sup>61</sup> Arnold, R., Entwicklungstendenzen des Europäischen Verfassungsrechts und ihre Interdependenz. Sonderheft . S.1

wirtschaftlichen Bereich am effektivsten, so Hay.<sup>62</sup> Die Entstehung eines Staates bringt die nationalen Interessen eines Volkes oder mehrerer Nationalgruppen am deutlichsten zum Ausdruck.

Folglich hat jede Integrationsform bestimmte Voraussetzungen und Entstehungsbedingungen, es lassen sich jedoch allgemeine Hauptfaktoren, die die Entwicklung der Integrationsformen beeinflussen, herausstellen. Der Einfluss integrativer Tendenzen lässt sich bei allen Integrationsformen beobachten. Im Folgenden werden verschiedene Tendenzen der internationalen Entwicklung dargestellt.

## **B. Die Integrationsentwicklung beeinflussende Faktoren: Voraussetzungen der Integration**

Die zunehmende Integrationsentwicklung steht unter dem Einfluss unterschiedlicher Faktoren. Entscheidenden Einfluss auf die dynamische Transformation der Integrationsformen haben solche Phänomene der gesellschaftlichen Entwicklung wie die Internationalisierung des wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens, wie auch die Existenz der souveränen Staaten, so Tunkin.<sup>63</sup> Die *Transformation der Integrationsformen* – der Übergang von weniger intensiven zu dichteren Formen der Integration, wie sie oben erläutert worden sind – ist wesentlich durch gesellschaftliche Entwicklungen bedingt. Die dynamische Integrationsentwicklung spiegelt sich in den internationalen Normen wider. Auf Grund der Veränderungen in den internationalen Beziehungen und der Analyse der Integrationsentwicklung können folgende, die Integration begünstigende Faktoren festgestellt werden: die Globalisierung von Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit, zunehmende wirtschaftliche, technische und kulturelle Verflechtung, der anthropozentrische Wertewandel im modernen Völkerrecht und die internationale Standardisierung der Sphäre der Menschenrechte. Bei allen diesen Faktoren spielt allerdings auch gerade die Erhaltung des staatlichen Aufbaus der Gesellschaft eine wichtige Rolle.

Die Phänomene der Globalisierung, der Internationalisierung, der Anthropozentrik und der Souveränität in ihrem Zusammenhang mit der Integrationsentwicklung haben in der russischen Forschung durchaus Interesse und Beachtung gefunden. Sie beeinflussen nach

<sup>62</sup> Siehe z. B. Hay, P., *Federalism and Supranational Organizations. Patterns for New Legal Structures*. 1966. S. 4ff

<sup>63</sup> Tunkin, G.I., *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 1970. S. 343ff

Meinung der russischen Autoren die Dynamik und die Rechtsnatur der Integration und den Charakter des heutigen Völkerrechts. Die Veränderungen in der Rechtsordnung haben wesentliche Veränderungen im Völkerrecht zur Folge, die in Hinblick auf die Rechtsnatur des Völkerrechtes selbst bewertet werden müssen. Wie Schestakov schreibt, sind die internationalen Beziehungen der Boden für die Schaffung völkerrechtlicher Normen, die ihrerseits wiederum Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben.<sup>64</sup> Die Integration beeinflussende Faktoren haben eine substantielle gesellschaftliche Wirkung und verursachen letztendlich die normativen Änderungen im innerstaatlichen und internationalen Recht. Die integrative Entwicklung wird von beiden Seiten erforscht: sowohl der aktuelle Stand internationaler Beziehungen, als auch als normatives Bild des geltenden Völker-, Europa- und Staatsrechtes.

In der russischen Fachliteratur werden folgende Gründe für die Integration genannt:

- Die Globalisierung und das Bestehen von globalen Problemen;
- Die Internationalisierung;
- Der Wandel des Bewusstseins: die Anthropozentrik der modernen internationalen Entwicklung;

Das Bestehen der souveränen Staaten.

Nun müssen die Integrationsgründe im Einzelnen untersucht werden.

## **I. Globalisierung und Internationalisierung der Aufgaben**

### **1. Die Globalisierung: das Bestehen von globalen Problemen**

In der russischen Rechtswissenschaft wird zwischen der *Internationalisierung* der internationalen Aufgaben und der *Globalisierung* unterschieden: Unter dem Begriff der Globalisierung versteht man das Bestehen von globalen Problemen. Internationalisierung wird als zunehmende wirtschaftliche, technische und kulturelle Verflechtung verstanden. Die Globalisierung wird grundsätzlich auf die globalen Probleme bezogen. Globalisierung ist gleichbedeutend mit den großen Problemen zwischen Gesellschaft und Natur, mit denen sich die Menschheit zunehmend konfrontiert sieht, so etwa Umwelt- und Luftverschmutzung,

---

<sup>64</sup> Schestakov, L.N., Ponjatie mezunarodnogo prava (Der Begriff des Völkerrechts)/ Vorlesung. Westnik Moskovskogo Universiteta. Serie 11. Das Recht. 1997. N6. S. 92

sowie die Entwicklung von Atomenergie und Atomwaffen, Überbevölkerung, Klimaerwärmung und Energiekrisen. Unter Internationalisierung wird ein wechselseitiger wirtschaftlicher Zusammenhang verstanden, der mit der technischen Entwicklung und mit der strukturellen Veränderung der Weltwirtschaft einhergeht.

Hieraus folgend hat sich die Aufteilung auf Globalisierung und Internationalisierung in der russischen Rechtswissenschaft festgesetzt. Diese Aufteilung, die in der westlichen Literatur nicht gezogen wird, hat sich der Forschung des berühmten russischen Völkerrechtler Tun-kin zu verdanken. Er hat sich intensiv mit der völkerrechtlichen Entwicklung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg beschäftigt. Die rasende Waffenentwicklung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und die Notwendigkeit der Friedenssicherung führten zur Behandlung von globalen Problemen als einem die Integrationsentwicklung beeinflussenden Sonderfaktor, der zur Entstehung von universellen völkerrechtlichen Organisationen führte. In den späteren Jahren kamen die Umwelt- und Energieprobleme dazu.

Die Globalisierung gehört eindeutig zu den wichtigsten Ursachen der Integration. Die russischen Autoren bekunden großes Interesse an den so genannten globalen Probleme, die nicht einseitig von einzelnen Staaten gelöst werden können.

Die globalen Probleme werden als Probleme wissenschaftlicher, technischer, sozialer und politischer Natur definiert, die die Interessen aller Menschen beeinflussen, einen globalen Charakter haben und deswegen für ihre Bewältigung die Bemühungen aller Staaten und Menschen benötigen. Diese Probleme haben einen wichtigen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Menschheit, so Zagladin und Frolov.<sup>65</sup>

Als räumliche und inhaltliche Interdependenz lässt sich die Globalisierung in mehreren Bereichen des internationalen Lebens beobachten: als wirtschaftliche Globalisierung, die mit der immer einheitlicheren Marktstruktur unter dem Einfluss der WTO und einheitlichen Handelsstandards zu tun hat. Damit hängt die technologische Globalisierung zusammen, die verschiedene Kommunikations- und Produktionstechnologien, z.B. die Internetverbreitung umfasst. Das neue Verständnis der Beziehung zwischen Staat und Individuum führt zur Verbreitung von allgemeinen Standards des Menschenrechtsschutzes und des demokratischen Rechtsstaates. Klimaerwärmung und Energiekrisen sind Beispiele für die ökologische globale Probleme. Die Globalisierung hat durch die Entstehung der Massenkultur auch eine kulturelle Dimension. Solche globalen Probleme wie ökologische Katastrophen und

---

<sup>65</sup> Zagladin, V.V., Frolov, I.T., *Globalnyje problemy sovremennosti: nauchnyje i sozialnyje aspekty* (Die globalen Probleme der Gegenwart: wissenschaftliche und soziale Aspekte). Moskau 1981. S. 45

Umweltverschmutzung, Kriminalität oder Arbeitslosigkeit haben einen wesentlichen Einfluss auf die internationalen Beziehungen. Der Zerfall des kommunistischen Systems gehört auch zu den wichtigsten Problemen der heutigen Welt. Er hat die internationalen Beziehungen nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt beeinflusst.

Momentan ist die zunehmende Globalisierung jedoch auch innerhalb Europas selbst eine Herausforderung, vor der die Europäische Union steht: Die Verdoppelung der Zahl ihrer Mitgliedstaaten stellt die EU vor eine Reihe schwieriger Aufgaben, deren Lösung einerseits eine verstärkte Supranationalität, andererseits aber mehr Flexibilität und Demokratisierung des institutionellen Systems benötigt. Dieser Aspekt äußert sich vor allem als Legitimationsproblem. Die zunehmende Globalisierung und die damit zusammenhängende Verbreitung der Internationalen und supranationalen Organisationen stellt das Legitimitätsproblem hinsichtlich dieser organisatorischen Formen. Nicht nur die Staaten als klassische Hoheitsträger müssen durch die Bevölkerung legitimiert werden, sondern auch andere Integrationsformen, die im Globalisierungsprozess immer mehr Kompetenzen gewinnen. Innerhalb der Europäischen Union wird das Legitimitätsproblem als «demokratisches Defizit» und als die Notwendigkeit von mehr Transparenz und Verständlichkeit der Gesetzgebung beschrieben. Deswegen plädiert man für eine Verfassung für die Europäische Union, weil die auf der supranationalen Ebene akkumulierte Gewalt «dringend der direkten demokratischen Legitimation bedarf», so Arnold.<sup>66</sup>

Die Aufgabenbewältigung globalisiert sich aus der Natur der Aufgabe, aus den Bedürfnissen der Zusammenarbeit heraus. Alle genannten Aspekte der Globalisierung haben *Auswirkungen auf die Rechtsordnungen* und führen zur Verbreitung von Organisationsformen unterschiedlicher Natur. Damit im Zusammenhang steht auch die Tatsache, dass die Globalisierung die völkerrechtliche Rechtsordnung sowohl strukturell als auch inhaltlich beeinflusst. Die Zahl der zwischenstaatlichen Verträge wird größer und immer mehr völkerrechtliche Verträge regeln die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen globale Probleme auftreten. Als Beispiele seien das Kyoto-Protokoll oder die Menschenrechtskonvention genannt. Die Integrationsentwicklung und Institutionalisierung der internationalen Beziehungen sind kennzeichnend für das moderne Völkerrecht. Martens schrieb in seinem Kurs «Das zeitgenössische Völkerrecht der zivilisierten Völker», dass «die Staaten in ihren Beziehungen unter dem Einfluss der unverbrüchlichen Lebensnotwendigkeit und

---

<sup>66</sup> Arnold R., Thesen zur Frage der Konstitualisierung und Demokratisierung in der EU in: International and Comparative Law Review, Bd. 9, Olomouc 2003. S. 41-51

Verhältnisse handeln. Dieser Einfluss bestimmt auch die Bedingungen, unter denen die Staaten ihre Ziele erreichen können. Diese Bedingungen nehmen die Form von Rechtsnormen an. Wenn internationale Verträge die Lebensverhältnisse zwischen den Staaten formulieren, bilden die Rechtsnormen den Inhalt der zwischenstaatlichen Verträge».<sup>67</sup>

Talalaev verweist auf die Veränderungen der internationalen Beziehungen: «Die internationalen Beziehungen sind über den traditionellen zwischenstaatlichen Rahmen hinausgegangen. Es findet eine immer stärkere Institutionalisierung der internationalen Beziehungen und der internationalen Zusammenarbeit statt. Dieser Prozess hat einen objektiven Charakter. Die globalen Probleme, vor denen die Menschheit steht (wie die Aufgabe der Friedenserhaltung, Energie- und Umweltprobleme usw.) fordern die Bemühungen aller Staaten, die auf einer dauerhaften Basis mit der Hilfe eines Sondermechanismus vereinigt sind. Solche Probleme können von den einzelnen Staaten nicht zweckmäßig gelöst werden. Hier spielen die internationalen Organisationen eine aktive Rolle».<sup>68</sup>

Laut Grohalskij<sup>69</sup> spielen multilaterale Verträge, die Normen für alle oder für die Mehrheit von Staaten enthalten, bei der Regelung der globalen Probleme eine Sonderrolle. Der Wandel der internationalen Beziehungen hat also nicht nur eine Verstärkung der Rolle der völkerrechtlichen Verträge, sondern auch die Änderung des Charakters der in ihnen verankerten Normen zur Folge. Die Normen selbst und die Sicherstellung ihrer Einhaltung haben einen integrativen Charakter. Grohalskij gründet seine Meinung auf der Spezifik des gegenwärtigen globalen Sicherheitssystems, das eine Zusammenarbeit in allen Bereichen des internationalen Lebens benötigt. Die wechselseitige Abhängigkeit habe dazu geführt, dass die Festigung der eigenen Sicherheit auf Kosten der anderen nicht mehr möglich sei, so Grohalskij.<sup>70</sup> Eine solche Veränderung in den internationalen Beziehungen hatte die Verstärkung der Integration zur Folge. Die Vermehrung der Zahl internationaler Verträge und die Erhöhung der Rolle der Internationalen Organisationen sind die Folgen einer solchen Notwendigkeit für die internationale Zusammenarbeit.

---

<sup>67</sup> *Martens, F.*, Sowremennoje mezdunarodnoje pravo zivilizovannyh narodov (Das zeitgenössische Völkerrecht der zivilisierten Völker). Moskau 1996. 1 Band. S. 265f

<sup>68</sup> *Talalaev, A.N.*, Prawo mezdunarodnyh dogoworow . Dogowory s uchastiem mezdunarodnah organizacij (Das Recht der völkerrechtlichen Verträge. Die Verträge mit der internationalen Organisationen). Moskau. 19889. S.50f.

<sup>69</sup> *Grohalskij, S.*, Gosudarstwa w reschenii aktualnyh globalnyh problem (mezdunarondo- prawovyje aspekty) (Die Staaten bei der Lösung aktueller globaler Probleme (Die völkerrechtlichen Aspekte). Moskau 1998. S. 6

<sup>70</sup> *Grohalskij, S.*, Gosudarstva v reschenii aktualnyh globalnyh problem. S. 22

Wie Kazanskij angemerkt hat, «kann eine Internationale Organisation nur beim Vorhandensein von drei Bedingungen entstehen: gemeinsame Ziele, Interessen und eine Gefahr».<sup>71</sup>

Die Veränderung des Charakters der Internationalen Organisationen erweist sich als Merkmal der dynamischen Integrationsentwicklung unter Globalisierungsverhältnissen. Der sachliche Kompetenzbereich der Organisationen wird erweitert. Dies entspringt der Notwendigkeit, einen breiteren Problemkreis zu regulieren. Die Rechtszuständigkeit ändert sich, was sich aus der Notwendigkeit erklärt, eine einheitliche Regulierung zu erreichen. Nach Meinung von Kasanskij, wird die Vermehrung der administrativen Unionen den Krieg eher beseitigen als alle Entwürfe der politischen Reorganisation der Welt.<sup>72</sup> Mit anderen Worten sind die Internationalen Organisationen ein Rechtsweg, auf die globalen Probleme zu reagieren, ein Weg, der diese Probleme zu regulieren und zu lösen ermöglicht.

Auch in der Gründung der Europäischen Gemeinschaften hat sich die Idee der Integration als Antwort auf die Entstehung der globalen Probleme verwirklicht: So wird in der Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl betont, dass der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen unerlässlich ist, Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann. An die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten muss ein Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen rücken. Durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft muss der erste Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft der Völker gelegt werden, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren. Und es müssen die institutionellen Grundlagen geschaffen werden, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können».<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> *Kamarovskij, L.*, Wopros o mezdunarodnoj organizazii. Objedinenyje Staaty Ewropy (Die Frage der internationalen Organisation. Die Vereinigten Staaten Europas). Moskau 1905. S. 53, S. 101

<sup>72</sup> *Kasanskij, G.*, Vseobschije administrativnyje Souzy (Die allgemeinen administrativen staatlichen Vereine). 1987. Band 2. S. 350.

<sup>73</sup> Europarecht. Textausgabe. 13. Aufl. Baden-Baden

## 2. Die Internationalisierung

Unter Internationalisierung versteht man – nach Tunkins Auffassung – die Verstärkung und die Entwicklung der multilateralen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und anderen Verbindungen zwischen den Staaten, die als Ergebnis der internationalen Arbeitsteilung, ihrer Spezialisierung und Kooperation erscheinen.<sup>74</sup> Gemeinsam mit den globalen Problemen beeinflusst die Internationalisierung des heutigen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens sowohl die internationalen Beziehungen, als auch das Völkerrecht und führt zu einer weiteren Entwicklung der Integrationsformen.

Die Verstärkung des wechselseitigen Zusammenhangs zwischen den Staaten hat auch Bobrov als unmittelbaren dynamischen Faktor der Entwicklung der Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und des Völkerrechts anerkannt. Der Zusammenhang zwischen den Staaten sei nicht bloß die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Beziehungen, sondern stelle eine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit dar. Die Internationalisierung gehe mit der Entstehung der Staaten als solchen einher.<sup>75</sup>

Die Europäischen Gemeinschaften geben ein wichtiges Beispiel einer solchen Integrationsaufgabe. Nach Artikel 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, ist es das Ziel der Gemeinschaft, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Verfolgung einer gemeinsamen Politik und der Durchführung bestimmter Maßnahmen, eine harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftsleben innerhalb der Gemeinschaft und ein beständiges, nichtinflationäres und umweltverträgliches Wachstum zu gewährleisten und damit den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.<sup>76</sup> Die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Integration bedingten den Übergang von Bereichen des gemeinsamen Marktes auf die Ebene der Internationalen Organisationen. Die wirtschaftliche Integration wurde zur Basis für die weitere Verstärkung der supranationalen Elemente in der EG - Praxis: Schaffung der gemeinsamen Rechtsordnung durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, Entwicklung der gemeinsamen Rechtsprinzipien des EU - Rechts und weitere Vereinheitlichung der EU – Rechtsnormen. Die Logik der Integration führte zur sozialen und politischen wechselseitigen Abhängigkeit.

<sup>74</sup> *Tunkin, G.I.*, Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). S. 346

<sup>75</sup> *Bobrov, R. L.*, Osnownyje problemy teorii mezhdunarodnogo prava (Die Hauptprobleme der Theorie des Völkerrechts). S. 11

<sup>76</sup> EG-Vertrag Kommentar. Hrsg. Lenz. 1. Aufl. 1994. S. 9



## II. Der Wandel des Bewusstseins. Die Anthropozentrik des modernen Völkerrechts

### 1. Wertewandel

Das Vorliegen von Kollektivinteressen und einer gemeinsamen Identität wird zum notwendigen Hintergrund der Entstehung und Entwicklung des Integrationsprozesses.

Das anthropozentrische Konzept der modernen Rechtsordnung sei offensichtlich für die europäischen Staaten sowie für die neuen osteuropäischen Demokratien, so Arnold.<sup>77</sup> In der Analyse der föderativen Elemente des Europäischen Gemeinschaftsrechts legt Mazan viel Wert auf «subjektive bzw. sozialpsychologische Homogenität»<sup>78</sup> im Integrationsprozess. Der Wertewandel bedeutet eine Umorientierung des geltenden Völker- und innerstaatlichen Rechtes in Richtung des Individuumsschutzes, die Veränderung der Orientierung des staatlichen Handelns in Richtung Rechtsstaatlichkeit und den besonderen Schutz der Stellung des Individuums durch die Rechtssprechung.

### 2. Anthropozentrik

Die Menschenrechte wurden von den Staaten stets als ihr ureigener Wirkungsbereich angesehen, dem ihre besondere Aufmerksamkeit galt, da diese Rechte Auswirkungen auf alle Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens eines Landes haben. Die zunehmende Vernetzung zwischen den Staaten hat es möglich gemacht, die Anerkennung der Grundrechte aus dem rein nationalen Rahmen herauszulösen und diese Rechte durch die Annahme mehrerer Übereinkommen zum Gegenstand internationaler Beziehungen werden zu lassen.

Die Bedeutung der Menschenrechte für den Frieden und die Sicherheit wird in den internationalen Beziehungen immer größer. Dies stellt eine der wichtigsten Tendenzen der heutigen Integrationsentwicklung dar.

Es wird von vielen russischen Wissenschaftlern anerkannt, dass das moderne Völkerrecht sich mehr und mehr «anthropozentrisch» orientiert. Die Anerkennung des Vorranges der gemeinsamen Werte, so Tschernitschenko,<sup>79</sup> die zentrale Stellung des Menschen in der in-

<sup>77</sup> Arnold, R., Interdependenz des europäischen Verfassungsrecht, Essays in Honour of Georgios I. Kassimatis. Athen 2004. p. 737-739; Fundamental Rights in Central and Eastern Europe: A Basic Analysis. 2004. S. 1-3

<sup>78</sup> Mazan, S., Das föderative Prinzip in der Europäischen Union. Zürich. S. 54ff

<sup>79</sup> Tschernitschenko, S., Mezhdunarodnoje pravo: sowremennyye teoreticheskiye problemy (Das Völkerrecht: ak-

ternationalen Zusammenarbeit, die Sicherstellung seiner Rechte und der Gleichberechtigung erscheinen heute als eine der Aufgaben und gleichzeitig eine der Kriterien der Rechtmäßigkeit der internationalen Beziehungen. Heutzutage, schreibt Tchernitschenko, gewinne die Frage über den Vorrang der gemeinsamen menschlichen Werte eine besondere Bedeutung. Die Staaten werden in unterschiedlichem Maße zum Vertreter des allgemeinen menschlichen Willens, der von den wachsenden gemeinsamen menschlichen Interessen gestaltet wird.<sup>80</sup>

Die internationalen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Frage über den Schutz der Menschenrechte mit völkerrechtlichen Mitteln aufgeworfen. Besonders relevant wurden diese Fragen nach solchen Ereignissen, wie dem Ersten und dem Zweiter Weltkrieg, den Kolonialkriegen, Genoziden und Rassendiskriminierungen,» schreibt Schurschalov.<sup>81</sup>

In Europa hat dieser Prozess eine besondere Bedeutung.

Alle Mitgliedstaaten der EU sind der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten. Im Jahr 1996 hat der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, dass die Gemeinschaft, nach dem damaligen Stand des Gemeinschaftsrechts, nicht über die Zuständigkeit verfügt, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beizutreten. Nach ständiger Rechtsprechung gehören die Grundrechte zu den allgemeinen Grundsätzen, deren Wahrung der Gerichtshof zu sichern hat. Dabei lässt sich der Gerichtshof von den gemeinsamen Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten sowie von den Hinweisen leiten, die die völkerrechtlichen Verträge über den Schutz der Menschenrechte geben, an deren Abschluss die Mitgliedstaaten beteiligt waren oder denen sie beigetreten sind. In diesem Rahmen kommt der Europäischen Menschenrechtskonvention eine besondere Bedeutung zu. Zwar ist die Wahrung der Menschenrechte eine Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Gemeinschaft, doch hätte der Beitritt zur Konvention eine wesentliche Änderung des gegenwärtigen Gemeinschaftssystems in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte zur Folge, da er die Einbindung der Gemeinschaft in ein völkerrechtliches, andersartiges institutionelles System und die Übernahme sämtlicher Bestimmungen der Konvention in die Gemeinschaftsrechtsordnung mit sich gebracht hätte, so dass Gutachten des Europäischen Gerichtshofes.<sup>82</sup>

---

uelle theoretische Probleme). Moskau 1993. S. 6

<sup>80</sup> Tchernitschenko, S., *Mezdunarodnoje pravo: sovremennye teoreticheskie problemy* (Das Völkerrecht: aktuelle theoretische Probleme). S. 22

<sup>81</sup> Schurschalov, V., *Mezdunarodno-prawovye otnoschenija* (Die völkerrechtlichen Rechtsverhältnisse). Moskau 1971. S. 76

<sup>82</sup> Gutachten des Gerichtshofes vom 28. März 1996 «Beitritt der Gemeinschaft zur Konvention zum Schutze

In seiner Rechtsprechung hat der Gerichtshof die Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts entwickelt, zu denen auch der Schutz der Menschenrechte gehört. Die durch die Rechtsprechung bekräftigte Notwendigkeit dieses Schutzes wurde auch in Artikel 6 (ehemaliger Artikel F) des Vertrages über die Europäische Union bestätigt, wo es heißt: «Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit.... Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der...Konvention gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.»

Die Achtung der Menschenrechte wird als eines der Ziele der Außen- und Sicherheitspolitik genannt (Artikel 11, ehemaliger Artikel J.1 des EU-Vertrages).

In Artikel 177 (ehemaliger Artikel 130u) steht, dass die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit dazu beiträgt, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaates sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.

Es besteht gemäß Artikel 35 (ehemaliger Artikel K.7) eine gerichtliche Kontrolle und Auslegung im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Der Gerichtshof ist für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse bei Klagen zuständig, die wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften oder des ganzen Vertrages erhoben werden. Zu den wesentlichen Vorschriften gehören auch die Grundsätze der Union, unter anderem die Menschenrechte.

Folgende Beispiele bestätigen die Bedeutung des einheitlichen Grundrechtsschutzes.

#### *i) Die Sanktionen*

Die Fortführung der anthropozentrischen Entwicklung wird durch Schutznormen gewährleistet. Wenn die Grundsätze, auf denen die Europäische Union basiert, von einem der Mitgliedstaaten «schwerwiegend und anhaltend» verletzt werden, so kann der Rat die Regierung des betroffenen Mitgliedstaats zu einer Stellungnahme auffordern und sogar bestimmte Rechte, einschließlich die Stimmrechte des Vertreters der Regierung dieses Mitgliedstaats im Rat, suspendieren (Artikel 7, ehemaliger Artikel F.1 des EU-Vertrages).

---

der Menschenrechte und Grundfreiheiten». [1996]. EuGH I-1763

## *ii) Die Unionsbürgerschaft*

Eine der Neuerungen, die der Maastrichter Vertrag mit sich brachte, war die Einführung der Unionsbürgerschaft. Das Ziel dieser Innovation ist die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen der Mitgliedstaaten. Gemäß Artikel 17 (ehemaliger Artikel 8a) des EG-Vertrages, ergänzt die Unionsbürgerschaft die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht. Unionsbürger ist derjenige, der die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzt.<sup>83</sup> Die Unionsbürgerschaft bringt besondere Rechte mit sich: das Recht auf Freizügigkeit, das aktive und passive Wahlrecht bei Europa- und Kommunalwahlen sowie das Recht auf diplomatischen Schutz und Petitionsrecht beim Europäischen Parlament. Es wurde auch die Stelle des Ombudsmannes eingeführt.

Nach Meinung von Topornin ist das «ein beispielloser Schritt in der Geschichte sowohl des Instituts der Bürgerschaft als solche, als auch der zwischenstaatlichen Strukturen. Keine der regionalen Organisationen, ganz zu schweigen von den Internationalen Organisationen des klassischen Musters, kennt das Institut der Bürgerschaft in der Praxis und erkennt es juristisch an».<sup>84</sup> Viele Autoren unterstreichen die große ideologische Bedeutung der Einführung der Unionsbürgerschaft, denn durch dieses Institut hat sich die Idee des gemeinsamen Europas, die bei der Gründung der Gemeinschaften verkündigt wurde, verwirklicht. «Wenn die Menschen in Europa nicht nur eine Gemeinschaft der Staaten, sondern die Gemeinschaft der Völker sehen werden, bekommt die Integration festere Wurzeln» – schreibt Topornin.<sup>85</sup> Tchetverikov betrachtet die Bürgerschaft als eines der wichtigsten Attribute eines Staates und ist der Meinung, dass es falsch wäre, die Unionsbürgerschaft wegen ihres subsidiären, ergänzenden Charakters im Vergleich mit der nationalen Bürgerschaft (die Bürgerschaft der Mitgliedstaaten) als eine Erscheinung von geringer Bedeutung zu betrachten.<sup>86</sup>

Man muss der These über die wichtige ideologische Bedeutung der Unionsbürgerschaft zustimmen, es ist aber noch zu früh, um daraus einen Schluss über die Existenz einer föderalen Struktur zu ziehen. Der wirkliche Inhalt dieses Instituts ist immer noch «bescheiden», so Topornin; die Unionsbürgerschaft hebt die nationalen Bürgerschaften nicht auf. Andererseits wird es deutlich, dass die Einführung der gemeinsamen Bürgerschaft die Idee einer Entwicklung der Europäischen Union in die föderale Richtung stärkt».<sup>87</sup>

<sup>83</sup> EG-Vertrag. Europarecht. Textausgabe. 13. Auflage. 2001

<sup>84</sup> Topornin, B., *Ewropejskoje pravo*. (Das Europarecht). Moskau 1999. S. 157f

<sup>85</sup> Topornin, B., *Ewropejskoje pravo*. S. 161

<sup>86</sup> Die Grundlagen des Rechts der Europäischen Union./ Das Lehrbuch. Moskau 1997. S. 99f

<sup>87</sup> Topornin, B., *Ewropejskoje pravo*. S. 160

### *iii) Die EU-Erweiterung*

wird unter der Bedingung des demokratischen Grundrechtsschutzes vollzogen. Die Schaffung eines gemeinsamen Raums bedingt die Notwendigkeit, einheitliche Standards der Rechtsstellung des Individuums zu schaffen. Darin liegt ein weiterer Aspekt der anthropozentrischen Entwicklung: Die Verhältnisse zwischen dem Individuum und dem Staat haben sich innerstaatlich geändert und die Qualität dieses Verhältnisses, seine Konformität mit den völkerrechtlichen Standards wird zu einer der Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Handlungen des Staates und für seine internationale Anerkennung. Die Erfüllung der so genannten «Kopenhagener Kriterien» zum Beispiel ist eine der Voraussetzungen der Mitgliedschaft für die neuen EU-Beitrittskandidaten. Die Kriterien wurden vom Europäischen Rat von Kopenhagen definiert. Eine der genannten Voraussetzungen ist «die Stabilität der Institutionen, von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten». In den Bestimmungen von Kopenhagen steht, dass «der Beitritt stattfindet, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, die Verpflichtungen der Mitgliedschaft zu übernehmen, indem es die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen erfüllt».<sup>88</sup>

Die Bedeutung der Stellung des Individuums im europäischen Recht wird durch diese Beispiele deutlich: Dies fällt mit der zunehmenden Integration zusammen. Je mehr Bereiche internationalisiert wurden, desto wichtiger war es, die gleichen Rechte und Freiheiten des Individuums in allen Bereichen und in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Am Anfang wurden die Menschen mit der Gemeinschaftsordnung nur im Bereich des gemeinsamen Marktes konfrontiert, später hat sich die Gemeinschaftsordnung auch auf andere Bereiche, wie das Gesundheitswesen, die Sozialpolitik oder die Umweltpolitik ausgedehnt. Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts hat die Schaffung gemeinsamer Standards gefördert.

## **III. Die Existenz der souveränen Staaten**

### **1. Der Staat im Integrationsprozess**

Die Existenz der souveränen Staaten ist das nächste Phänomen, das nach Meinung der russischen Rechtsschule bei der Betrachtung der modernen Integrationsentwicklung berück-

---

<sup>88</sup> Die Bestimmungen des Europäischen Rates von Kopenhagen. . Unter <http://europa.eu.int>

sichtigt werden muss. Die Souveränität hat insofern mit der Integrationsentwicklung zu tun, weil eigenständige Staaten, sobald sie eine Kooperation eingehen, als souveränitätstragende Subjekte des Völkerrechts agieren. Das gilt sowohl für die weniger intensiven Kooperationsstufen, als auch für die Integration in verschiedenen organisatorischen Formen. Die Existenz der souveränen Staaten ist insofern bei der Integrationsforschung zu beachten, weil sie die Integrationsformen bestimmen und als Hauptsubjekte des Völkerrechts agieren.

Systematisch gesehen bedeutet Souveränität die Unabhängigkeit eines Staates in seiner Rolle als Teilnehmer an zwischenstaatlichen Beziehungen. Dies bedeutet aber keine absolute Unabhängigkeit. Nach Meinung von Levin<sup>89</sup> sind das integrationserfordernde Völkerrecht und die Souveränität nicht nur kompatibel, sondern bilden eine logisch nötige Korrelation, setzen einander voraus. In der Tat bedeutet die Souveränität eines Staates die Unabhängigkeit von den anderen, das heißt, dass sie das Dasein der anderen Staaten und die Beziehungen mit diesen voraussetzt. Diese Beziehung muss prinzipiell geregelt, normiert sein. Wenn jeder einzelne Staat nach eigenem Ermessen die Beziehungen mit anderen Staaten und deren Ordnung festgelegt hätte, hätte das die volle Abschaffung sowohl des Völkerrechts, als auch der Souveränität bedeutet. In diesem Fall wäre jeder Staat von den anderen, stärkeren abhängig und durch keine völkerrechtlichen Normen gebunden. Insofern setzen das moderne Völkerrecht mit dem Kriegs- und Gewaltverbot und die Souveränität einander voraus.

Es ist wichtig festzustellen, *wie sich der Souveränitätsbegriff in den Zeiten zunehmender Integration verändert* und wie auf Grund dessen die Position des Staates in den verschiedenen Integrationsformen definiert wird.

Sich in einer bestimmten Form neu organisierende Staaten verändern ihre Beziehungen untereinander. Der Grad solcher Modifikation ist je nach Integrationsform, die für die Zwecke der Zusammenarbeit ausgewählt wurde, unterschiedlich. Die in Form multilateraler Verträge ein gemeinsames Ziel verfolgenden Staaten sind wesentlich unanhängiger voneinander, als diejenigen, die für diese Zwecke eine Internationale Organisation gründen. Der Typ der Organisation spielt auch eine wichtige Rolle für die Definition der Integrationsform. Nach der herrschenden Meinung in der russischen Rechtswissenschaft bewahren Staaten, die eine Internationale Organisation gründen, ihre Unabhängigkeit, weil die Kompetenzzuteilung in der Internationalen Organisation *auf der Basis von Gegenseitigkeit* erfolgt. Insofern widersprechen die Integrationstendenz und die Existenz der souveränen Staaten einander nicht. Die Wesenszüge des Völkerrechts werden durch den Integrationsprozess nicht grundlegend

---

<sup>89</sup> Levin, I.D., Suverenität (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 112f

verändert. Die Sonderrolle der Internationalen Organisationen besagt nicht das «Absterben des Völkerrechts». Wie es von Schibaeva formuliert wurde,<sup>90</sup> bedeutet der Beitritt zu einer Internationalen Organisation nichts anderes als eine freiwillige Delegation eines Teils von souveränen Befugnissen an das Organ der Internationalen Organisation. Nach Meinung vieler russischer Autoren<sup>91</sup> kann der Staat bestimmte einzelne Fragen der innerstaatlichen Kompetenz zum Gegenstand der völkerrechtlichen Regulierung machen, weil die Grenze zwischen den beiden Bereichen nicht immer gleich bleibt und sich mit der Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen ändert. Zu den wichtigsten Fragen dieser Art gehört primär die der Friedenssicherung.

Die unmittelbare Friedenssicherung gehört zu den Hauptaufgaben eines modernen Staates und gestaltet im geltenden Völkerrecht die Staatlichkeit wesentlich mit. Die Rechtsnatur eines souveränen Staates ändert sich unter dem Einfluss allgemeiner Prinzipien des geltenden Völkerrechtes. Dazu gehören primär das Gewaltverbot und die Friedenssicherung. Die völkerrechtliche Friedenssicherung hat zwei Komponenten: ihre normative Komponente, die sich in den obligatorischen völkerrechtlichen Normen *jus cogens* äußert, und ihre organisatorische Komponente, die in dem kollektiven Sicherheitssystem der UNO und anderer Organisationen ausgeprägt ist. Es ist sehr bedeutend, dass die Europäische Union als eine der drei Vereinigungssäulen die Sicherheit und Gemeinsame Verteidigungspolitik nennt. Die Homogenität der westeuropäischen Gesellschaft (und in der letzten Zeit auch der neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa), vor allem die allgemeinen Standards der Menschenrechte, der Rechtsstaat und die soziale Orientierung des Staates, ermöglichen es, die normative Friedenssicherung mit der organisatorischen innerhalb Europas zu vereinbaren.

## **2. Der Staat auf der Ebene der supranationalen Integration**

Die Europäische Union kumuliert auf der supranationalen Ebene wesentliche Kompetenzen aus Kernkompetenzen eines traditionellen Staates, wie z. B. Währung, Finanzwesen, innere und äußere Sicherheit. Es stellt sich die Frage nach der rechtlichen Qualifikation einer sol-

---

<sup>90</sup> *Schibaeva, E.A.*, K woprosu o nadnazionalnom charaktere universalnyh mezdunarodnah organizacij (Zur Frage des supranationalen Charakters der universellen internationalen Organisationen) // Sowjetische Zeitschrift. 1992. N4. S. 45

<sup>91</sup> *Levin, D.B.*, Aktualnyje problemy teorii mezdunarodnogo prawa (Die aktuellen Probleme der Theorie des Völkerrechts). Moskau 1974. S. 67

chen Delegation bzw. nach der Beurteilung der Rechtsnatur einer solchen Verbindung. Im Fall der Europäischen Gemeinschaften hat es ursprünglich den traditionellen völkerrechtlichen gesetzgeberischen Prozess in seiner vertraglichen Form gegeben. Es hat einen Vereinbarungsprozess gegeben und als sein Ergebnis sind drei Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften entstanden. Die Gründung der Europäischen Union fand auch in Form eines völkerrechtlichen Vertrages und nicht in der Form einer Verfassung statt. Ursprünglich vertrat der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften auch diesen Standpunkt, später wurden aber die Sondercharakteristika wie die Supranationalität und die Autonomie der Gemeinschaftsordnung stärker hervorgehoben. Diese besonderen Charakteristika führten in der Rechtswissenschaft zu der Frage, ob die von einer supranationalen Organisation geregelten Sphären zum Völkerrecht gehören und ob die, eine supranationale Organisation gründenden Staaten, ihre Souveränität bewahren.

*Der Kreis der zum Völkerrecht gehörenden Fragen* ist vom Charakter der völkerrechtlichen zwischenstaatlichen Beziehungen abhängig. Jeder Staat kann auf Grund seiner Souveränität mit dem Ziel, die Gemeinsamkeit mehrerer Staaten in der Praxis zu erreichen, auf die einseitige Regulierung bestimmter Fragen verzichten. Der Inhalt des Völkerrechts und der Souveränität ändern sich mit der Zeit, und diese Veränderungen sind von gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmt. Die Europäischen Gemeinschaften haben im Vergleich mit klassischen Internationalen Organisationen einen ungewöhnlich breiten Kompetenzbereich. Diese Tatsache und die besonderen Charakteristika des Europarechts spiegeln die Notwendigkeit wieder, mehrere Fragen gemeinsam auf der völkerrechtlichen Ebene zu regulieren. Das spricht aber nach der Meinung der russischen Theoretiker nicht für die Theorie der Transformation des Völkerrechts in supranationales oder gar nationales Recht, insofern sich das Völkerrecht vom innerstaatlichen Recht unterscheidet. Den gegenseitigen Einfluss kann man nicht als eine Transformation definieren, weil die Transformation in einer Rechtsnorm ihre *formelle normative* Gestaltung findet. Solange eine solche Rechtsnorm nicht vorhanden ist, soll man dies als einen gesellschaftlichen, noch nicht in einer Rechtsnorm verkörperten Prozess betrachten. Das Völkerrecht ist ein Komplex von Normen, die als Ergebnis eines gesetzgeberischen Prozesses entstehen. Dabei schließt sich die Gesetzmäßigkeit der heutigen internationalen Beziehungen systematisch in die völkerrechtliche Rechtsordnung ein: Die Normen des Völkerrechts werden von seinen primären Subjekten in vertraglicher oder gewohnheitsrechtlicher Form geschaffen und drücken den souveränen Willen der Staaten aus. Es lässt sich aber eine deutliche Interdependenz beobachten. Die vormals partikulär-staatlichen Auf-



gaben werden in den integrierten Bereichen als «europäisch» wahrgenommen und mit institutionellen Mitteln versehen. Dies ist Ausdruck der *Supranationalisierung* des europäischen Verfassungsrechts im weiteren Sinne, so Arnold.<sup>92</sup> Als Komplex von Prinzipien wirkt das EG/EU-Recht seinerseits auf die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten. Somit lässt sich eine starke supranationalisierte Interdependenz beobachten.

Das Gewaltverbot in internationalen Beziehungen, eine grundlegende Rechtsnorm, ist entscheidend für die Entwicklung der Staatlichkeit im 20. und 21. Jahrhundert. Ihre Wirkung auf die Hauptsubjekte des Völkerrechts ist eine unifizierende und integrative, so dass von der «*internationalisierten Souveränität*» gesprochen wird.<sup>93</sup> Die Begriffe der Staatlichkeit in der Rechtstheorie und die staatlichen Befugnisse in der Praxis erleben deutliche Veränderungen durch die Anwendung von Normen *jus cogens*. In der besonders intensiv integrierten Europäischen Union zeige sich ein noch weitergehendes Phänomen, nämlich «*die supranationalisierte Staatlichkeit*», so Arnold. Die supranationalisierte Souveränität zeigt sich in der Staatlichkeit der Gemeinschaftsmitglieder, die in besonderer Weise durch supranationale Strukturen überlagert und modifiziert sind. Diese supranationalen Strukturen sind nicht nur die Rechtsordnung der Europäischen Union, sondern auch die integrierende normative Struktur des Europarates.

Nehme man das Beispiel der Europäischen Gemeinschaften, so zeigt sich die «fünffache wesentliche Prägung» der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch supranationale Gewalt, so Arnold.<sup>94</sup> Dazu gehören erstens die Kompetenzkumulierung auf der supranationalen Ebene; zweitens die Wirkungsweise der autonomen Gemeinschaftsgewalt in den Mitgliedstaaten, nämlich die unmittelbare Wirksamkeit und deren Vorrang vor staatlichem Recht; drittens der zunehmende Übergang vom souveränitätsschonenden Einstimmigkeitsprinzip zur Entscheidung aufgrund qualifizierter Mehrheit; viertens das stark aufgebaute Sanktionssystem, aufgrund dessen die Beachtung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten erzwungen werden kann; fünftens das gemeinschaftliche Wertesystem, das durch supranationale Institutionen durchgesetzt werden kann.

In der Schaffung eines neuen Subjekts der internationalen Beziehungen zeigt sich die Internationalisierung als allgemeine Tendenz der internationalen Entwicklung. «Zwei Strö-

---

<sup>92</sup> Arnold, R., Entwicklungsperspektiven des Europäischen Verfassungsrechts und ihre Interdependenz. Sonderdruck. S. 8ff

<sup>93</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union. Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union, in: Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, Oberreuter/M. Piazoll (Hrsg.), München 2001. S. 119.

<sup>94</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union. S. 122f.

mungen im staatlichen und zwischenstaatlichen Leben sind absolut ungünstig für die Ausarbeitung von jedweder völkerrechtlicher Form, und zwar Exklusivismus und Autoritarismus. Die Verslossenheit sei schädlich für die Entwicklung des Völkerrechts», schrieb der russische Wissenschaftler Korovin.<sup>95</sup> Das internationale Leben beruht mehr und mehr auf Gegenseitigkeit. Dieser Notwendigkeit folgend, schaffen die souveränen Staaten die neuen Subjekte des Völkerrechts, die in ihrer Tätigkeit zur Verwirklichung dieser Notwendigkeit beitragen. In der Forschung der Rechtspersönlichkeit der Internationalen Organisationen scheint dies ein wesentlicher Standpunkt zu sein. Der Gründungsvertrag bringt die souveräne Willensäußerung der Gründungsstaaten und die gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck. Die souveräne Gleichheit der Staaten äußert sich vor allem in der *Spezifik des gesetzgeberischen Prozesses im Völkerrecht*, in der Tatsache, dass die völkerrechtlichen Normen auf Grund einer staatlichen Vereinbarung geschaffen werden, und dass sie das Ergebnis ihrer «Willensabstimmung» sind. Die Willensabstimmung betrifft sowohl den Inhalt der Regel als auch die Anerkennung einer solchen Regel als Rechtsnorm. Die Willensabstimmung nimmt die gegenseitige Bedingtheit auf. Das bedeutet, dass Zustimmung für die Anerkennung einer völkerrechtlichen Norm als solche nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit gegeben wird. Der Wille muss nicht identisch sein. Die Interessen der Staaten können durchaus unterschiedlich sein. Letztendlich führen gegenseitige Zugeständnisse zu einer Einigung.<sup>96</sup>

Die zunehmende Integration zeigt sich dadurch, dass das Organisationselement im Völkerrecht wichtiger wird, und dass immer mehr wesentliche Bereiche durch Internationale und supranationale Organisationen geregelt werden. Die Überlagerung von Kompetenzbereichen einzelner Staaten durch Organisationen muss als Merkmal der Integration behandelt werden und ändert somit die Natur der staatlichen Souveränität. Aber nur in dem Sinne, dass gegenseitiger Zusammenhang zwischen den Staaten systematischer und grundlegender wird und somit das Gewicht im Rahmen der staatlichen Souveränität von den unabhängigen Interessen auf die Integrationsinteressen verlagert wird. Die supranationalen Merkmale der europäischen Staatlichkeit bedeuten wesentliche Prägung der Staatlichkeit durch Integration und ihre Einbindung in die integrative Normenordnung.

---

<sup>95</sup> Korovin, E.A. *Mezdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni* (Das Völkerrecht in der Übergangszeit). Moskau- S.Petersburg. S.

<sup>96</sup> Levin, D.I., *Suverenität* (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 26

## C. Zusammenfassung: Kapitel 1

Integration ist als immer stärker werdender Tendenz des internationalen Lebens in verschiedenen Formen zu beobachten. Mehrere Faktoren beeinflussen die integrativen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen: die Notwendigkeit, globale Probleme und Friedenssicherung gemeinsam zu beherrschen, Fortschritt der internationalen technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Interdependenz, sowie sich veränderte Stellung des Individuums im Verfassungs- und Völkerrecht äußern sich in den geänderten Formen der politischen und normativen Integration. Der Umfang der Integrationsnormen wird immer größer, die Staaten verlagern mehrere Kompetenzen auf die Organisationen, um effektiverer Regulierung zu schaffen. Die integrative Formen befinden sich in allen Bereichen des nationalen und internationalen Lebens und beeinflussen einander. Völkerrechtliche Zusammenarbeit in ihrer vertraglicher Form, Internationale Organisation, supranationale Organisation und ein Staat können als Hauptformen der normativen Integration definiert werden.

In den Zeiten sich verstärkender Internationalisierung und Integration und eines zunehmenden gegenseitigen Einflusses, bleibt die «Übereinkommensnatur» des Völkerrechts unverändert. Das Hauptprinzip des Völkerrechts, nämlich die Gleichheit seiner Subjekte, ist der Schlüssel zum Verständnis der Integration. Mit anderen Worten bleibt die Beziehung zwischen den Subjekten des Völkerrechts ungeachtet des Umfangs ihrer Befugnisse gleich. Souveränität bedeutet im gegenwärtigen Völkerrecht insofern nicht nur die Unabhängigkeit, sondern vielmehr in dem gegenwärtigen Völkerrecht die Gleichheit ihrer Subjekte. Darin äußert sich das Prinzip der souveränen Gleichheit der Mitgliedstaaten in den Internationalen und supranationalen Organisationen.

Eines der wichtigsten Mittel für die Lösung theoretischer oder methodischer Probleme, die in der Forschung zur Rechtsnatur Internationaler und supranationaler Organisationen auftreten, ist die Tatsache, dass im Ursprung jeder völkerrechtlichen Norm, vertraglicher oder gewohnheitsrechtlicher Art, der gesetzgebende Schaffungsprozess liegt. Das Wesen dieses Prozesses im Völkerrecht ist nach Meinung der russischen Theoretiker die Abstimmung des Willens souveräner Staaten. Der Ursprungspunkt für das Entstehen einer völkerrechtlichen Norm ist die souveräne Willensäußerung der Hauptsubjekte des Völkerrechtes. Da eine solche Willensäußerung souverän ist, sind die Staaten berechtigt, jede Völkerrechtsnorm zu schaffen, die nicht einer der obligatorischen Norm *jus cogens* widerspricht.

*Die Gegenseitigkeit als grundlegendes Prinzip der Integration* spielt eine entscheidende

Rolle bei allen Integrationsformen: gleiche Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten eines völkerrechtlichen Vertrags gewährleisten ihre Souveränität; die Teilnahme an einer Internationalen Organisation erfolgt auf der Basis der Gegenseitigkeit. Die supranationale Organisation als sekundäres Subjekt des Völkerrechtes hat wesentlich mehr Kompetenzen als eine Internationale Organisation, aber deren Mitgliedstaaten übertragen ihre Rechte auch auf einer gegenseitigen Basis. Dieses Prinzip spiegelt die Natur der völkerrechtlichen Gesetzgebung wieder und ist ein entscheidendes Merkmal des geltenden Völkerrechts. Hiermit wird auch ein Zusammenhang zwischen Integration und staatlicher Souveränität festgelegt: Mehr als die Unabhängigkeit einzelner Staaten gilt im modernen Völkerrecht die Gleichheit als Prinzip der Souveränität. Das Gleichheitsprinzip wird zum *Strukturelement* des modernen Völkerrechts und ändert somit die *Funktion* des klassischen Souveränitätsbegriffes. Durch die Verbreitung Internationaler Organisationen und die zunehmende Zahl völkerrechtlicher Verträge wird das Völkerrecht selbst integrativer und einheitlicher. Die frühere Theorie des «Weltstaates» versucht auf ihre Weise dieselbe Entwicklung zu bezeichnen: Der Umfang einheitlicher völkerrechtlicher Normen nimmt zu, die Rolle des Rechtes wird immer wichtiger und darauf gründet sich die internationale Gemeinschaft. Diese Theorie nimmt die vorhandenen Integrationstendenzen, wie die Globalisierung und Internationalisierung, wahr und betont den wechselseitigen Zusammenhang in den internationalen Beziehungen. Sie unterschätzt aber die Bedeutung der Existenz souveräner Staaten und gibt deswegen kein objektives Bild des geltenden Völkerrechtes. So wie die russische Rechtsschule erörtert, müssen alle aktuellen Entwicklungstendenzen in ihrer Gesamtheit behandelt werden: Der Ansatzpunkt für die Integrationsforschung soll die *normative Natur der internationalen Ordnung* sein. Die völkerrechtlichen Normen werden von den Subjekten des Völkerrechtes geschaffen, also bleibt die besondere, auf der Willensabstimmung ihrer Subjekte gegründete, Natur des Völkerrechtes gleich.

Die Verbreitung Internationaler und supranationaler Organisationen spielt eine wesentliche Rolle im Gesamtsystem des Völkerrechtes: Der vergrößerte Umfang der einheitlichen völkerrechtlichen Normen beeinflusst die *Methode völkerrechtlicher Regulierung* und dadurch die Struktur der internationalen Beziehungen. Internationale Organisationen ziehen sozusagen die Mehrheit derjenigen Fragen an sich, die vorher bilateral und unmittelbar zwischen den Staaten geregelt wurden. Die Entwicklung Internationaler Organisationen bedeutete auch die Entwicklung von *neuen Lösungsmethoden* der völkerrechtlichen Probleme und eine Vergrößerung des Anteils solcher Methoden im Vergleich zu traditionellen Methoden.

Diese neuen Methoden sind unterschiedlich und gekennzeichnet von der Anwendung der verschiedenen Mechanismen Internationaler Organisationen, so Tunkin.<sup>97</sup>

Damit wird in der russischen Rechtswissenschaft die aktuelle Entwicklung im Völkerrecht und in den internationalen Beziehungen zum Ausdruck gebracht: Die Verbreitung Internationaler Organisationen und die steigende Zahl völkerrechtlicher Verträge beweisen *grundlegende Änderungen in der Völkerrechtsordnung*. In ihrem Kern wird die Methode völkerrechtlicher Regulierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts *einheitlicher und integrativer*.

Im Folgenden wird detailliert untersucht, *wie sich der Souveränitätsbegriff in den Zeiten zunehmender Integration* wandelt und auf Grund dessen die Position des Staates in den verschiedenen Integrationsformen ändert.

---

<sup>97</sup> Tunkin, G.I., Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 1970. S. 343



## **Kapitel 2. Souveränitätsrelevante Aspekte in Bezug auf die Integrationsformen. Der Souveränitätsbegriff im Rahmen der europäischen Integration: Systematische Analyse**

### **A. Der Souveränitätsbegriff in Bezug auf die Integrationsformen allgemein.**

In diesem Kapitel wird die Souveränität hinsichtlich *auf Integration* behandelt und zwar grundsätzlich unter dem völkerrechtlichen Gesichtspunkt.

Wie im vorigen Kapitel dieser Arbeit erörtert wurde, ändert sich die Position eines Staates in den Zeiten sich verstärkender Integration. Die Vereinheitlichung der völkerrechtlichen Regulierung, die wachsende Zahl völkerrechtlicher Verträge, die wichtige Rolle Internationaler Organisationen, das Entstehen der supranationalen Organisationen und der Gesamtprozess der Föderalisierung verändern die Rolle des Staates und somit das Verständnis des grundlegenden Merkmales eines Staates, nämlich der Souveränität. Etliche grundlegende Begriffe der Allgemeinen Staatslehre müssen im Lichte der Europäischen Integration neu durchgedacht werden, so Häberle.<sup>98</sup> Die Europäische Integration kann nicht in die überkommene Denkformen internationaler Rechtsbildung eingeordnet, so Hallstein.<sup>99</sup> Einzelne Staaten werden immer stärker an die völkerrechtlichen Normen gebunden, dadurch nehmen die Eingriffsmöglichkeiten des einzelnen Staates ab, die Rolle einheitlicher Regulierungen wird immer wichtiger. Angesichts der Globalisierung muss das Verständnis des Souveränitätsbegriffes präzisiert werden.

Die theoretische Diskussion der Souveränität hat eine lange Geschichte und bietet klassische Definitionen, wie solche von Bodin, Jellinek oder Kelsen. Die russische Rechtsschule hat ihre theoretischen Untersuchungen natürlich im Dialog mit der westlichen Doktrin entwickelt. Die klassischen Definitionen gehören aber an sich nicht zum Hauptthema dieser Arbeit: Die gängigen Definitionen werden dogmatisch als Ausgangspunkt genommen, um die Entwicklung des Begriffes (vor allem aus der Sicht der russischen Rechtswissenschaft) sowie

---

<sup>98</sup> Häberle, P., Verfassungsvergleich und Verfassungsgebung – der Beitrag der Rechtswissenschaft zum Entstehungsvorgang der europäischen Verfassung(en) in: Klopfer, M., Pernice I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven der Europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. Baden-Baden 1999. S. 100

<sup>99</sup> Hallstein, W., Die Europäische Gemeinschaft. Düsseldorf-Wien 1973. S. 40

die faktische Situation der souveränen Machtbefugnisse in einer Zeit der zunehmenden Integration zu erläutern.

Das Phänomen der Supranationalität und die zunehmende Integration müssen einer weiteren Untersuchung unterzogen werden, da die Souveränität innerhalb der supranationalen Rechtsordnung bestimmte Veränderungen im Vergleich zum klassischen Souveränitätsbegriff des Völkerrechts erfährt. Die Staatlichkeit zu Beginn des 21. Jahrhundert hat eine neue Dimension gewonnen. Auf internationaler und besonderes auf europäischer Ebene haben sich Entwicklungen vollzogen, die die herkömmlichen Attribute eines Staates in Frage stellen, so Arnold.<sup>100</sup>

Die Entwicklung der Staatlichkeit unter dem Einfluss der Integration und der Globalisierung findet ihre normative Reflexion in der Rechtsordnung: Der Staat selbst in seiner innerstaatlichen Sphäre sowie die zwischenstaatlichen Beziehungen erleben einen entscheidenden Einfluss der Integration und integrationsfördernder Faktoren. Für einen Staat grundlegende Kategorien, wie die staatliche Unabhängigkeit und die Souveränität, ändern sich ebenso. Die Integration oder der föderative Grundsatz in weiterem Sinne erweist sich nach Meinung der russischen Rechtsschule als die Widerspiegelung des Prozesses des wachsenden wechselseitigen Zusammenhangs in den internationalen Beziehungen, zu dessen Verbreitung besonders der Sieg der demokratischen Ideen und das nationale Prinzip beigetragen haben. Der föderative Grundsatz erscheint als nächster Schritt der nationalen Entwicklung. Er schafft die Möglichkeit, die national unterschiedlichen und eine Vereinigung benötigenden Teile, ohne die Zerstörung ihrer politischen Unabhängigkeit, zu vereinen, so Kamarowskij.<sup>101</sup> Hiermit ändert sich auch der Begriff der Staatlichkeit.

In der Theorie der Rechtswissenschaft gibt es keine einheitliche Meinung darüber, welche Machtbefugnisse die staatliche Souveränität ausmachen. Die Zusammensetzung der Machtbefugnisse, die einer Einheit die Souveränitätsqualität verleiht, wird von verschiedenen Autoren in verschiedenen Zeiten anders aufgefasst, deswegen wird Souveränität als *historisch bedingter Begriff* in der Jurisprudenz behandelt. Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass die Souveränität zu den Begriffen gehört, die sowohl eine *rechtliche, als auch eine faktische* oder, anders gesagt, eine *politische Seite* haben: Das theoretische Verständnis des

<sup>100</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union. Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union, in: Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, Oberreuter/M. Piazoll (Hrsg.), München 2001. S. 119

<sup>101</sup> Siehe dazu: Kamarowskij, L.A., Wopros o mezunarodnoj organizazii. Sojedinennyje Staty Evropy (Die Frage nach der Internationalen Organisation. Die Vereinten Staaten Europas. Moskau 1905



Begriffes entwickelt sich aus der aktuellen tatsächlichen Situation. Es werden verschiedene Meinungen von russischen Autoren dazu erörtert, und es wird eine systematische Einordnung der Souveränität und der Integrationsproblematik vorgenommen, wie sie sich in der russischen Fachliteratur manifestiert hat.

Die internen und die externen Aspekte der souveränen Hoheitsmacht bekommen unterschiedliche Bedeutung: nach außen – als Beziehung gleicher Rechtssubjekte, im Inneren – als Ausübung souveräner Macht auf dem eigenen Territorium gegenüber dem eigenen Volk. Die zunehmende Einwirkung der Integration äußert sich dadurch, dass die allgemeinen Rechtsprinzipien und völkerrechtlichen Normen einen größeren Einfluss in der innerstaatlichen Sphäre durch die Rechtssprechung der Verfassungsgerichte und die Transformation der völkerrechtlichen Normen ausüben.<sup>102</sup> Es besteht dadurch eine wechselseitige Wirkung zwischen verfassungsrechtlichen und internationalen Normen: Die völkerrechtlichen Normen müssen hinsichtlich ihrer Konformität mit den nationalen Verfassungen überprüft werden.<sup>103</sup> Andererseits orientiert sich die Rechtssprechung der nationalen Verfassungsgerichte an den völkerrechtlichen Normen (so an der Europäischen Menschenrechtskonvention oder der UNO-Charta.<sup>104</sup>) Die Rechtssprechung internationaler Gerichte bekommt auch verfassungsrechtliche Züge, so wie die etablierte «Verfassungsrechtsprechung» des EuGH.<sup>105</sup> Somit lassen sich eine wechselseitige Wirkung der internen und externen Aspekte der Souveränität und eine stärkere Einbeziehung des Staates in die internationale Rechtsordnung beobachten.<sup>106</sup>

Die Souveränität hat nicht nur externe Bedeutung innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung, sondern auch eine innerstaatliche. Der innerstaatliche Aspekt der Souveränität in den Zeiten der zunehmenden Integration hat primär mit der Verwirklichung der *demokratischen Bürgerlegitimation und Volkssouveränität* zu tun und somit mit der Teilnahme der

---

<sup>102</sup> Morschakova, T.G., Justizreform in der Russischen Föderation. Vortrag in Regensburg am 21.06.2006.

<sup>103</sup> Siehe z. B. Dutheil de la Rochère, J., The French Conseil Constitutionnel and the constitutional development of the European Union in: Klopfer, M., Pernice I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. 1999. S. 43ff.

<sup>104</sup> Dazu: Arnold, R., The European Constitutional Law and the Transformation of national constitutional Law, 2005; siehe auch: Arnold, R., European Constitutional Law: some Reflections on a concept that Emerged in the Second Half of the Twentieth Century, Tulane European & Civil Law Forum, New Orleans 1999. p. 49-64

<sup>105</sup> Dazu: Hirsch, G., Die Kompetenzen des EuGH als «Verfassungsgericht» der EU in: Hummer (Hrsg.), Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrages. Wien 2001. S. 77ff

<sup>106</sup> Arnold, R., The Different Levels of Constitutional Law in Europe and their Interdependence, in: Nergelius, J. / Policastro, P. / Urata, K. (edit.), Challenges of Multi-Level Constitutionalism, JVR, 21<sup>st</sup> World Congress (Cracow 2004. S. 101-113

Bürger an der europäischen und innerstaatlichen Gesetzgebung.<sup>107</sup> Diese beiden Aspekte der Souveränität müssen im Zusammenhang betrachtet werden. Innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung hat die externe Wirkung der Souveränität eine maßgebliche Bedeutung, wenn es sich aber um die Übertragung von Kompetenzen an eine Internationale oder supranationale Organisation handelt, muss auch erörtert werden, ob die übertragende Einheit nach einer solchen Übertragung immer noch als souverän betrachtet werden kann. Dann müssen die *innerstaatlichen* Kompetenzen auch in die Untersuchung einbezogen werden, weil sie den Grad der Einbeziehung der Bürger in die Integrationsgesetzgebung bestimmen und letztendlich die Grundlage der staatlichen Souveränität in der Volkssouveränität sehen. «No globalisation without representation» sei die einzige Möglichkeit, den Globalisierungsprozess durch demokratische Institutionen zu regeln, so Levi.<sup>108</sup>

Die Europäischen Verträge räumen dem Europäischen Parlament bei der Weiterentwicklung der Unionsgrundordnung und sogar beim Prozess der europäischen Verfassungs-entstehung nur wenige ausdrückliche Befugnisse ein,<sup>109</sup> so Tsatsos und Schiffauer. Das Anhörungsrecht bei der Einberufung einer Regierungskonferenz und die Zustimmung bei der Annahme neuer Mitglieder seien die Legitimationsbasis für die parlamentarischen Beratungen zum Thema Vertragsänderung. Die demokratische Legitimation für die Rolle des Europäischen Parlaments liege in der Direktwahl.

Die Institutionen der Europäischen Union drängen die nationalen Parlamente in die innerstaatliche Gesetzgebung zurück, haben aber lange nicht die vergleichbare Legitimation, so Topornin.<sup>110</sup> Bieber bezeichnet das Verhältnis zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten als «diffus».<sup>111</sup> Obwohl die Europäische Union in den Mitgliedstaaten handelte und die Bürger unmittelbar aus der EU-Ordnung berechtigt und verpflichtet sind, seien die institutionellen Konsequenzen daraus noch nicht gezogen worden. Aus staatlicher Perspektive werde das Handeln der Union mit den Kategorien «Außenpolitik» und des «Völkerrechts» nicht erfasst. Das Legitimationsproblem, so Bieber, besteht darin,

<sup>107</sup> Maihofer, W., Prinzipien freiheitlicher Demokratie in: Benda, E., Maihofer, W., Vogel, H.-J., Handbuch des Verfassungsrechts. 2. Auflage. Berlin/ New York 1994. S. 461ff

<sup>108</sup> Levi, L., No Globalisation without Representation/ Lessons learnt from the Failure of the Seattle Summit in : The Federalist Debate, Year XIII, Number 1. April 2000. S. 4f

<sup>109</sup> Tsatsos, D., Schiffauer, P., Das Europäische Parlament als Verfassungsgeber? Legitimation und Grenzen der parlamentarischen Mitwirkung an der Entwicklung der Unionsgrundordnung in: Kloepfer, M., Pernice, I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. 1999. S. 81f

<sup>110</sup> Topornin, B.N., Ewropejskoje pravo (Das Europarecht). Lehrbuch. Moskau 1998. S. 213f

<sup>111</sup> Bieber, R., Die Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der Europäischen Union in: Hummer(Hrsg.), Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrages. 2001. S.147ff

dass die Befugnisse der staatlichen Institutionen und der EU-Institutionen sich überschneiden (Wahlverfahren, Vertragsänderungen, Beschlussfassung über eigene Mittel). Das zeigt sich darin, dass die Legitimation selbst zum Teil autonom – beim Europäischen Parlament (Art. 190, Abs. 1 EGV) -, zum Teil abgeleitet – beim Rat (Art. 203 EGV) - und zum Teil gemischt – bei der Kommission (Art. 214 EGV) - formuliert sei. Davon spricht auch das Bundesverfassungsgericht im Maastricht-Urteil:<sup>112</sup> «Der Vertrag von Maastricht räumt – insbesondere durch Erweiterung der EG-Kompetenzen und die Einbeziehung der Währungspolitik – europäischen Organen weitere wesentliche Aufgaben und Befugnisse ein, die auf der Ebene der Verträge bisher nicht von einer entsprechenden Stärkung und Erweiterung der demokratischen Grundlagen gestützt werden».

Die *systematische Behandlung der Souveränität und Integration* bedeutet, dass die Integrationsformen in ihrer Dynamik zusammen mit dem Vorhandensein der souveränen Staaten erörtert werden müssen, weil die souveränen Staaten die Verhältnissnormen innerhalb der internationalen Rechtsordnung schaffen und eine der wichtigsten Akteure des internationalen Lebens darstellen.<sup>113</sup> Die Integration als gesellschaftliches Phänomen wie es im 1. Kapitel gezeigt wurde, ist in verschiedenen Bereichen zu finden. Wenn man die Integration in den internationalen Beziehungen erforscht, müssen die Integrationsformen in Bezug auf die Spezifik des internationalen Systems behandelt werden. Die Entwicklung solcher Integrationsformen, wie einer Internationalen Organisation oder einer supranationalen Organisation, steht unter anderem im Zusammenhang mit der Existenz souveräner Staaten, die mit den Herausforderungen der zunehmenden Integration konfrontiert sind und zu den Hauptsubjekten des internationalen Systems gehören. Alle Subjekte oder Einheiten der internationalen Beziehungen oder der völkerrechtlichen Rechtsordnung müssen *vergleichend* in einer Gesamtheit behandelt werden, was eine juristische Einordnung neuer Formen ermöglicht und der aktuellen Entwicklung in den internationalen Beziehungen eine dogmatisch juristische Qualifizierung gibt. Diese Methodik ist besonders wichtig bei der Behandlung der Integrationsentwicklung innerhalb der Europäischen Union, weil sich gerade in der EU verschiedene Formen, die sich von den sonst bekannten Integrationsformen unterscheiden, mischen<sup>114</sup> und es eine Adaptation der völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Elemente an die Realien der

---

<sup>112</sup> BVerfG, Vertrag von Maastricht – 2 BvR 2134/92 und 2BvR 2159/92 – Urteil von 12. Oktober 1993; BverfGE 89. S. 155

<sup>113</sup> *Tunkin, G.I.*, Teorija mezdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 208

<sup>114</sup> *Entin, L.M.*, O predmete Ewropejskogo prava (Über den Gegenstand des Europarechts) in: Lekzii po aktualnym problemam mezdunarodnogo i ewropejskogo prava (Vorlesungen über die aktuellen Fragen des Völker- und Europarechts). Sankt-Petersburg 2004. S. 25f

europäischen Integration gibt:<sup>115</sup> Die Feststellung der besonderen Natur der europäischen Rechtsordnung (*sui generis*) ist nur innerhalb der systematischen Einordnung dieser Integrationsform und dieser Rechtsordnung möglich.

Die größte Aufmerksamkeit gehört bei dieser Fragestellung dem *Souveränitätsbegriff*, da nach der klassischen Auffassung der Jurisprudenz die Souveränität das Hauptmerkmal eines Staates ist.<sup>116</sup> Bei der systematischen Einordnung der Integrationsformen kann die Souveränität als Forschungsansatz dienen, weil sie am deutlichsten die Integrationsdynamik definieren kann: Ist die neue Integrationsform schon ein Staat, schon ein Subjekt des Völkerrechtes oder noch nicht. Diese Frage kann nur aus der theoretischen Befassung mit dem Souveränitätsbegriff beantwortet werden. Hiermit wird der Zusammenhang zwischen Integration und Souveränität festgestellt.

## **I. Qualitative und quantitative Theorien der Souveränität**

In der Rechtstheorie wird Souveränität *qualitativ* und *quantitativ* bestimmt.

### **1. Souveränität *quantitativ* als Summe bestimmter Machtbefugnisse**

#### *i) Machtbefugnisse eines Staates und einer Internationalen Organisation*

Der quantitative Begriff fasst die Souveränität als einen Satz bestimmter Komponenten, bestimmter Machtbefugnisse.

Es werden in der Rechtswissenschaft verschiedene Machtbefugnisse genannt als dem Staat eigene und die souveräne Gewalt konstituierende. Als Beispiele sind hier die klassischen Auffassungen von Aquin und Grotius zu nennen. Im Hinblick auf die internen Aspekte nennt Thomas von Aquin<sup>117</sup> die Befugnis zur Rechtsetzung, zur Erhebung von Abgaben zum Zweck der Förderung des *bonum commune*, die Bestrafung von Kriminellen

---

<sup>115</sup> Schelenkova, N.B., *Ewropejskaja Integrazija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Politik und Recht). Moskau 2003. S. 337

<sup>116</sup> Dazu: Bodin, Jean, *Six livres de la Republique*, 157; Jellinek, G., *Allgemeine Staatslehre*; Schmitt, C., *Politische Theologie*. 1934; Kelsen, H., *Allgemeine Staatslehre*. 1966

<sup>117</sup> Dazu in: Kleffens, Eelco N. van, *Souverenity in International Law*, in: RdC 82 (1953 I). S. 5

und die Kriegserklärung als die wichtigsten Attribute des souveränen Staates. Nach außen haben die Staaten Anspruch auf Schutz ihrer natürlichen Rechte. Das Recht auf Kriegserklärung galt als Ausdruck souveräner Macht im klassischen Völkerrecht, z.B. Grotius.<sup>118</sup> Die legislative Kompetenz ist die wichtigste laut Bodin.<sup>119</sup> Der russische Wissenschaftler Malinovskij nennt die Fragen des Krieges und Friedens als die am bedeutendsten für einen Staat.<sup>120</sup> Die wesentlichen Rechte und Pflichten eines Staates seien durch die Natur des Staates und die Natur der Gesellschaft bestimmt: Je mehr sich die Gesellschaft entwickelt, desto breiter und umfangreicher werde der Inhalt der Rechte, sie seien mit der Souveränität verbunden, so Lukaschuk.<sup>121</sup>

In der Verfassung der Russischen Föderation werden folgende Merkmale der staatlichen Souveränität festgelegt: Unversehrtheit der Grenzen und territoriale Einheit; die Einheit des Wirtschaftsraums, des Finanz-, Banken- und Währungssystems; einheitliche Armee, das Recht auf die Verteidigung der eigenen Souveränität und der eigenen Grenzen und der Rechte der Bürger; das Recht auf die Verteidigung eigener Interessen außerhalb des Staates; Außenpolitik, Staatsmonopol auf die Verwaltung wichtigster Wirtschafts- und Industriegebiete, das Recht auf Naturressourcen u. a. (Art. 4, 15, 71, 74, 75 u. a. der Verfassung der Russischen Föderation).<sup>122</sup>

Im Kontext der Integrationsproblematik scheint die wichtigste Frage zu sein, welche der souveränen staatlichen Kompetenzen ohne Souveränitätsverlust auf die Ebene der völkerrechtlichen Regulierung übertragen werden können. Im heutigen Völkerrecht kann prinzipiell jeder Gegenstand einer völkerrechtlichen Regelung unterworfen werden, so Müller-Wewel,<sup>123</sup> ohne dass dadurch die Souveränität der beteiligten Staaten beeinträchtigt würde. Das bedeutete umgekehrt, dass es keine bestimmten einzelnen Rechte oder Befugnisse gebe, über die ein Staat verfügen müsse, um als souverän zu gelten. Es gebe noch andere Souveränitätsattribute, wie etwa die Behandlung der eigenen Staatsangehörigen oder die Währungshoheit.

Das Problem der *Souveränitätsattribute* ist mit der Vermehrung der Zahl Internationaler Organisationen aufgetreten, die als sekundäre Subjekte des Völkerrechts bestimmte Machtbefugnisse übernommen haben. In den letzten Jahrzehnten sei nicht nur die Zahl Internationaler

---

<sup>118</sup> Dazu: Grotius, H., *Pravo wojny i mira* (De jure belli ac pacis). Moskau 1956

<sup>119</sup> Bodin, Les Six Livres, Band 1. 1986. S. 10

<sup>120</sup> Malinovskij, V.F., *Rassuzdenije o mire i wojne* (Reflektion über Frieden und Krieg). 1798

<sup>121</sup> Lukaschuk, I.I., *Mezhdunarodnoje pravo. Obschaja tchastj* (Das Völkerrecht. Allgemeiner Teil). Moskau 1997. S. 294f

<sup>122</sup> Verfassung der Russischen Föderation 1993

<sup>123</sup> Müller-Wewel, A., *Souveränitätskonzepte im geltenden Völkerrecht*. 2003. S. 212ff

Organisationen, sondern auch ihre Rolle, insbesondere in der rechtlichen Regulierung internationaler Beziehungen, gewachsen. Ihre Funktionen seien wesentlich breiter geworden, so Talalaev.<sup>124</sup> Damit entstand das Problem der völkerrechtlichen Rechtsstellung von Organisationen im Vergleich zu Staaten und die Frage, ob eine Gesamtheit der Machtbefugnisse gleich Souveränität bedeutet, da bestimmte Machtbefugnisse substantiell für die Völkerrechtsunmittelbarkeit und die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit sind. Wie es auch die russischen Autoren anerkennen, macht die Entwicklung der Internationalen Organisationen im 20. Jahrhundert sichtbar, dass eine klare Grenze zwischen der Zuständigkeit einer Organisation und den staatlichen souveränen Kompetenzen nicht immer gezogen werden kann. Es ist möglich, die Internationalen Organisationen nach dem Kriterium des Verhältnisses zwischen der Kompetenz der Organisation und der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten einzuordnen, so Kapustin.<sup>125</sup> Man kann zwischen Organisationen der Zusammenarbeit und Organisationen der Integration unterscheiden. In den meisten Organisationen behalten die Mitgliedstaaten ihre souveränen Rechte der Internationalen Organisation gegenüber; in manchen Organisationen übertragen die Mitgliedstaaten ihre souveränen Rechte an die Organisation, um eine integrative Fortentwicklung zwischen ihnen zu ermöglichen.

Die Organisationen der Zusammenarbeit gehören zu den klassischen Internationalen Organisationen, deren Zuständigkeit sich nicht auf die Bereiche der staatlichen Kompetenz erstreckt, sondern die Bereiche der internationalen Zusammenarbeit regelt. Im Gegensatz dazu sind die Organisationen der Integration mit Kompetenzen ausgestattet, die sie in die Lage versetzen, ehemals staatliche Funktionen ausüben.<sup>126</sup> Die Schwierigkeit liegt darin, dass es keine eindeutige Definition dafür gibt, welche Funktionen einem souveränen Staat eigen sind und was eine Übertragung der Hoheitsrechte bedeutet, d.h. ob eine Übertragung der Hoheitsrechte einen Verlust dieses Rechtes seitens des Staates bedeutet oder ob der Staat formal sein Recht behält, es aber nicht ausüben kann. Dazu gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen.

Sowohl die substantielle oder faktische als auch die formale Betrachtungsweise der übertragenen Hoheitsrechte finden in der russischen Doktrin auch ihre Aufnahme. Diese

---

<sup>124</sup> Talalaev, A.N., *Prawo mezhdunarodnyh dogovorov. Dogowory s uchastiem mezhdunarodnah organizacij* (Das Recht internationaler Verträge. Die Verträge mit der Teilnahme Internationaler Organisationen). Moskau 1989. S. 50f

<sup>125</sup> Kapustin, A.J., *Ponyatie, predmet, istochniki prava mezhdunarodnyh organizacij* (Der Begriff, der Gegenstand, die Quellen und die Subjekte des Rechtes der Internationalen Organisationen) in: Galenskaja, L. N. und Entin, M. L. (Hrsg.), *Lekzii po aktualnym problemam mezhdunarodnogo i evropejskogo prava* (Vorlesungen zu den aktuellen Problemen des Völker- und Europarechtes). Sankt-Petersburg 2004. S. 145 ff

<sup>126</sup> Vgl. Zum Begriff der Supranationalität Oppermann, Th. *Europarecht*. München. 1991. Rdnr. 390ff. Und 75ff.

Arbeit versucht die Diskussion der russischen Autoren vergleichend mit den westlichen Meinungen darzustellen. Es ist wichtig, die theoretischen Untersuchungen auf Grund der faktischen Entwicklung zu prüfen und die integrative Entwicklung *systematisch* zu behandeln. Die Diskussion zwischen den faktischen und normativen Perspektiven der Integration ist besonderes aktuell in derer Forschung supranationaler Organisationen, die bekanntlich etliche staatliche Aufgaben erfüllen. Das Vorhandensein bestimmter Rechte oder Machtbefugnisse macht eine Internationale Organisation zum völkerrechtlichen Subjekt, mittels dieser Rechte wird die Völkerrechtssubjektivität verwirklicht. Dazu gehören das Recht zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge mit Staaten und anderen Internationalen Organisationen, das Recht auf Immunität und Privilegien und auf diplomatische Vertretung sowie das Recht, ein Subjekt der völkerrechtlichen Verantwortung zu sein, so Talalaev.<sup>127</sup> Obwohl die meisten dieser Rechte auch zum Kern staatlicher Rechtspersönlichkeit gehören, unterscheidet sich die Rechtspersönlichkeit einer Internationalen Organisation wesentlich von der Rechtspersönlichkeit der Staaten. Die internationale vertragliche Rechtsfähigkeit der Organisationen sei speziell und durch den Gründungsvertrag bestimmt.<sup>128</sup>

## ii) Völkerrechtsunmittelbarkeit als souveräne Qualität

Es ist der Frage nachzugehen, ob die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit und die Souveränität inhaltlich aus der gleichen Summe von Machtbefugnissen zusammengesetzt sind oder ob Souveränität doch noch eine entscheidende *qualitative Komponente* in sich trägt. Diese Frage ist im Kontext des völkerrechtlichen Systems zu erforschen und muss unter dem folgenden Gesichtspunkt betrachtet werden: *Inwieweit ist die Souveränität ein notwendiger Bestandteil der völkerrechtlichen Rechtsordnung.* Diese Frage ist in soweit wichtig, weil es Internationale bzw. supranationale Organisationen gibt, die über das gleiche Maß der Machtbefugnisse verfügen wie Staaten. Wenn die Gesamtheit bestimmter Machtbefugnisse gleich Souveränität bedeutet, so müssen die Internationalen bzw. supranationalen Organisationen auch als souverän anerkannt werden. Wenn aber zusätzlich eine qualitative Dimension not-

<sup>127</sup> Talalaev, A.N., Prawo mezdunarodnyh dogovorov. Dogowory s uchastiem mezdunarodnah organizacij (Das Recht internationaler Verträge. Die Verträge mit der Teilnahme Internationaler Organisationen), Moskau.1989. S. 50F und 59

<sup>128</sup> Talalaev, A.N., Ibid. Prawo mezdunarodnyh dogovorov. Dogowory s uchastiem mezdunarodnah organizacij S. 61

wendig ist, oder anders gesagt – wenn Souveränität nicht bloß aus der Gesamtheit der Machtbefugnisse besteht, sondern auch eine Basis für solche Machtbefugnisse darstellt, dann kann man auch die supranationalen Organisationen mit dem weitesten Kompetenzumfang nicht als souverän anerkennen.

Nach der Auffassung von Levin muss man die Souveränität in erster Linie nicht als einen bestimmten Satz von Befugnissen behandeln, sondern – was viel entscheidender ist – als bestimmten Charakter oder als die Qualität dieser Befugnisse.<sup>129</sup> Das Wesentliche im Souveränitätsbegriff ist die Machtfülle und Unabhängigkeit in der Durchführung der Rechte. Bei einer solcher Auffassung des Souveränitätsbegriffs wird klar, dass die Internationalen Organisationen keine Machtfülle und Unabhängigkeit in der Verwirklichung der an sie übertragenen Rechte besitzen und insofern nicht als souverän betrachtet werden dürfen. Die Besonderheit Internationaler Organisationen als Subjekte des Völkerrechts liegt in ihrem sekundären Charakter: Die Internationalen Organisationen werden von den Staaten gegründet und haben insofern keinen souveränen Charakter, sondern werden von den Staaten mit einem bestimmten Umfang an Kompetenzen ausgestattet. Die klassischen Internationalen Organisationen gehören ausschließlich der völkerrechtlichen Rechtsordnung an, sie haben keine innere Rechtsordnung im klassischen Sinne. Die supranationalen Organisationen wie die Europäische Gemeinschaft stellen eine weitere Integrationsstufe dar, sind aber vom völkerrechtlichen Ursprung her vertraglich bestimmt. Die *Gegenseitigkeit* als grundlegendes Prinzip der Integration spielt eine entscheidende Rolle bei allen Integrationsformen: Gleiche Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten eines völkerrechtlichen Vertrages gewährleisten ihre Souveränität. Die Teilnahme an einer Internationalen Organisation erfolgt auf einer gegenseitigen Basis. Die supranationale Organisation als sekundäres Subjekt des Völkerrechtes hat wesentlich mehr Kompetenzen als eine Internationale Organisation, aber die Mitgliedstaaten übertragen ihre Rechte auch auf einer gegenseitigen Basis. Dieses Prinzip spiegelt die Natur der völkerrechtlichen Gesetzgebung in den Zeiten sich verstärkender Integration wieder und ist ein entscheidendes Merkmal des geltenden Völkerrechtes. Hiermit wird auch der Zusammenhang zwischen Integration und staatlicher Souveränität festgelegt: Mehr als die Unabhängigkeit einzelner Staaten gilt im modernen Völkerrecht die Gleichheit als Prinzip der Souveränität.

Nimmt man die Souveränität als das Grundmerkmal der staatlichen Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht, wird der Unterschied zur Stellung der Internationalen Organisationen deutlich: Auch wenn die Organisationen quantitativ gesehen einen großen Umfang an völker-

---

<sup>129</sup> Levin, I.D., Suverenitet (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 75



rechtlichen Kompetenzen genießen, haben sie doch qualitativ gesehen keinen souveränen Charakter. Die Internationalen Organisationen gelten als sekundäre Subjekte des Völkerrechts, deren Rechtspersönlichkeit auf einen Vertrag gegründet und durch die Mitgliedstaaten bestimmt ist. Sie genießen keine Machtfülle und Hoheit im Vergleich zu Staaten. Der Wille einer Organisation ist nicht souverän, weil sie selbst ein *Ergebnis der Willensübereinstimmung* der Mitgliedstaaten darstelle,<sup>130</sup> deswegen kann sie objektiv nicht souverän sein. Diese These begründet den qualitativen Souveränitätsbegriff aus der Struktur der Völkerrechtsordnung.

## 2. Souveränität *qualitativ* als *suprema potestas*

*Der qualitative Souveränitätsbegriff* wird von Bodin als Machtfülle in Rahmen einer Rechtsordnung begriffen. Bodin formulierte den Souveränitätsbegriff mit der Zielsetzung, hoheitliche königliche Macht zu legitimieren. Kelsen definierte Souveränität als eine Eigenschaft des Staates, nach der dieser als höchste Gewalt oder Ordnung menschlichen Verhaltens zu gelten habe.<sup>131</sup> Scherschenevitch und Palienko betrachten Souveränität als notwendiges Merkmal des Staates.<sup>132</sup> Die höchste Gewalt kann absolut oder relativ verstanden werden, die Souveränität und die Integrationsentwicklung werden in Zusammenhang mit der Charakteristik völkerrechtlicher und innerstaatlicher Rechtsordnungen gebracht. Das absolute Verständnis der Souveränität bezieht sich auf die absolute königliche Macht oder auf die Machtfülle eines Staates. Souveränität sei die äußerste Gewalt eines Staates, so C. Schmitt.<sup>133</sup>

Das relative Verständnis der Souveränität bezieht sich auf rechtliche Verpflichtungen oder auf die tatsächliche machtpolitische Situation. Jellinek behandelt Souveränität nicht als Grenzlosigkeit, sondern als Fähigkeit der juristisch unabhängigen Staatsgewalt, über sich zu bestimmen.<sup>134</sup> Wie Levin schreibt, gab es immer Grenzen der Souveränität, sie seien durch die wirtschaftlichen Bedingungen, die Entwicklung der internationalen Kooperation und die mo-

---

<sup>130</sup> Talaev, A.N., Prawo mezdunarodnyh dogoworow. Dogowory s utchastiem mezdunarodnyh organizacij. S. 65

<sup>131</sup> Kelsen, H., «Völkerrechtliche Souveränität» in: Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, Bd. 2. Berlin und Leipzig 1925. S. 554ff

<sup>132</sup> Scherschenevitch, G.F., Obschaja teorija prava (Allgemeine Theorie des Rechtes). 1910. S. 217; auch insgesamt Palienko, N.M., Suverenitet. 1930

<sup>133</sup> Schmitt, C., Verfassungslehre. 1928. S. 328

<sup>134</sup> Jellinek, G., Obschee utchenije o gosudarstve (Allgemeine Staatslehre). Sankt-Petersburg 1908. S. 352

ralisch-politischen Forderungen einer Epoche bestimmt.<sup>135</sup>

Allgemein wird der Begriff «Souveränität» als *suprema potestas* definiert.<sup>136</sup> Das heißt, dass der Souveränitätsträger:

- i). funktionell
  - ii). kompetenziell
  - iii). potenziell exklusiv
- in seinem Bereich über die höchste Gewalt verfügt.

#### *i) Funktionell*

Die funktionelle souveräne höchste Gewalt bedeutet, dass einem Staat die Gesamtheit aller Funktionen zugeordnet ist, die die höchste Gewalt innerhalb eines Territoriums und die *völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit und Unmittelbarkeit* zusammen bilden.

#### *ii) Völkerrechtsunmittelbarkeit*

Das Kennzeichen der Souveränität ist die völkerrechtliche Unmittelbarkeit. Die Frage der völkerrechtlichen Unmittelbarkeit besteht aus zwei Komponenten: dem *Prinzip der Unmittelbarkeit* und den *Bestandteilen der Völkerrechtsunmittelbarkeit*. Es muss festgestellt werden, ob die Unmittelbarkeit zur völkerrechtlichen Rechtsordnung in der Natur eines Staates liegt, unabhängig von der Funktionen, die der Staat ausüben kann, oder ob bestimmte Funktionen oder Machtbefugnisse die Unmittelbarkeit erst definieren. Falls die Völkerrechtsunmittelbarkeit eine Zusammensetzung von Funktionen ist, dann ist die zweite Frage zu erforschen, nämlich in welchem Umfang ein Staat bei der Übertragung der Hoheitsrechte an ein internationales Gebilde die Völkerrechtsunmittelbarkeit behält, und ob die Funktionen, die die Völkerrechtsunmittelbarkeit ausbilden, sich geschichtlich verändernde Tatsachen sind. Die juristische Qualifizierung der Völkerrechtsunmittelbarkeit beinhaltet die Frage, ob die Übertragung souveräner Rechte an ein Völkerrechtssubjekt, z. B. an eine Internationale Organisation, dem Staat die souveränen Rechte entzieht oder ob nur die Ausübung dieser

---

<sup>135</sup> Levin, I.D., Suverenitet (Die Souveränität). S. 7

<sup>136</sup> Bodin, Jean, Lex six livres de la République. 1576. Lateinische Ausgabe 1584.

Rechte übertragen wird.

*Das Prinzip der Völkerrechtsunmittelbarkeit* ist durch das System des Völkerrechts bestimmt: Da die Staaten die gesetzgebende Gewalt in den internationalen Beziehungen ausüben, bedeutet das Prinzip der Völkerrechtsunmittelbarkeit die normative Möglichkeit und die tatsächliche Teilnahme an der völkerrechtlichen Gesetzgebung.<sup>137</sup> Die Völkerrechtsunmittelbarkeit beinhaltet bestimmte Kompetenzen, die ihre Realisierung ermöglichen. Diese Kompetenzen werden *Teile der Völkerrechtsunmittelbarkeit* genannt.

Die völkerrechtliche Gesetzgebung erfolgt durch die Staaten, die Vereinbarungen miteinander treffen und diese als völkerrechtliche Normen zur (Handlungs-)Pflicht in den internationalen Beziehungen machen.<sup>138</sup> Die Kompetenz, völkerrechtliche Normen zu bestimmen, macht eine innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung handelnde Einheit völkerrechtsunmittelbar. Solange der Staat ein unmittelbarer Akteur der völkerrechtlichen Rechtsordnung bleibt und die Möglichkeit behält, an der völkerrechtlichen Gesetzgebung teilzunehmen, bleibt er souverän. Diese Betrachtungsweise behandelt die Völkerrechtsunmittelbarkeit als wirksame Teilnahme an der völkerrechtlichen Gesetzgebung insgesamt. Das Recht sei staatliche Willenserscheinung.<sup>139</sup>

Durch zunehmende Integration wird das souveräne Recht, die völkerrechtlichen Normen zu bestimmen, von der Praxis durch die Übertragung der Rechte an die Integrationsorganisationen getrennt. Es werden unter anderem viele Rechte, die die Teilnahme an den internationalen Beziehungen ermöglichen, an die Organisationen übertragen, so hat laut Art. 300 und 181 des EG-Vertrages die EG die ausschließlichen Rechte zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge im Bereich der Handelspolitik, hiermit wird den Mitgliedstaaten diese Kompetenz voll entzogen und sie üben keine Völkerrechtsunmittelbarkeit aus. Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten wird durch die doppelte Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten möglich gemäß Art. 49 des EUV. Es wird also nicht nur die Zustimmung der Mitgliedstaaten benötigt (wie in den klassischen Internationalen Organisationen), sondern auch die Zustimmung der Organe der Organisation selbst. Es muss untersucht werden, ob die übertragenen völkerrechtsunmittelbaren Rechte den Verlust der Völkerrechtsunmittelbarkeit und somit den Souveränitätsverlust bedeuten.

<sup>137</sup> Mezhdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1999. S. 5

<sup>138</sup> Tunkin, G.I., Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 75

<sup>139</sup> Tunkin, G.I., Mezhdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1999. S. 85f. Siehe auch: Movtchan, A.P., Mezhdunarodnyj pravoporjadok (Die völkerrechtliche Rechtsordnung). Moskau 1990; Mironov, N.B., Mezhdunarodnoje pravo: normy i ih juriditscheskaja sila (Das Völkerrecht: die Normen und ihre juristische Kraft). Moskau 1980

Daraus folgend stellt sich die Frage nach der *substantiellen* oder formalen Betrachtungsweise dieser Integrationsentwicklung.

Die westliche Rechtswissenschaft betrachtet die Völkerrechtsunmittelbarkeit *formal*<sup>140</sup> oder *substantiell*.<sup>141</sup> Die formale Betrachtungsweise führt die Völkerrechtsunmittelbarkeit auf den souveränen Willen eines Staates zurück, unabhängig davon, ob dieser Wille tatsächlich ausgeübt werden kann; bei der *substantiellen* Betrachtungsweise kommt es auf die Faktizität an: Ob der, in Gesetzen ausgedrückte, Wille eines Staates faktisch noch funktioniert, ob das Gesetz noch anwendbar ist, ist entscheidend für die Frage, ob ein Gebilde als souverän und völkerrechtsunmittelbar definierbar ist. Die *formale* Sichtweise der Völkerrechtsunmittelbarkeit in den Integrationsverbänden ist positivistisch begründet und bezieht sich auf die normative Lage in der Integrationsvereinigung. Die im Vertrag festgelegte Rechtsnorm ist entscheidend für die Bewertung der Völkerrechtsunmittelbarkeit der Organisation und der Mitgliedstaaten.

Bieber vertritt ebenfalls die positivistisch-normative Sichtweise: Auch wenn Vertragsveränderungen materiell längst zu Verfassungsänderungen herangewachsen seien, sowie die institutionelle Praxis zunehmend von diesem Qualitätsumschlag geprägt sei, werden die Änderungen nach der traditionellen Prozedur völkerrechtlicher Verträge in Kraft gesetzt, bedürfen die Ratifikationen der Vertragsparteien.<sup>142</sup>

1) *Die formale Sichtweise* der Völkerrechtsunmittelbarkeit in den Integrationsverbänden wird in der russischen Rechtslehre vertreten und gehört sogar zur klassischen russischen Doktrin.

Die Europäischen Gemeinschaften besitzen die funktional bestimmte *Völkerrechtsfähigkeit*. Sie besteht aus den Befugnissen zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge in den Bereichen Handelspolitik, Agrarpolitik, Fischerei und anderen. Die EG hat die Befugnis zur passiven und aktiven diplomatischen Vertretung. Dies liegt in den übertragenen souveränen Rechten der Mitgliedstaaten begründet. Die funktionale Völkerrechtsfähigkeit, die die Ausübung der Völkerrechtsunmittelbarkeit ermöglicht, ist nur ein Teil der Völkerrechtsun-

<sup>140</sup> Griller, S., Die Gemeinsame Handelspolitik nach Nizza – Ansätze eines neuen Außenwirtschaftsrechts? in: Die EU nach Nizza. 2002.S. 131ff: « Angesichts des immer dichter werdenden völkerrechtlichen Rahmens sind freilich auch « autonome » Maßnahmen beinahe schon im Regelfall völkerrechtlich determiniert. »

<sup>141</sup> Arnold, R., National Sovereignty and the European Union, Sonderdruck. Tartu 2000. S. 4: « The more EC Law priority interferes with national law, in particular with national constitutional law..., the more sovereignty is reduced »

<sup>142</sup> Bieber, R., Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der EU in : Hummer (Hrsg.), Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrags. 2001 S. 151f

mittelbarkeit selbst. Ein wesentlicher qualitativer Bestandteil der Völkerrechtsunmittelbarkeit ist die prinzipielle Offenheit der völkerrechtlichen Ordnung, die in der Souveränität verwurzelt ist.

Als Souveränitätsträger repräsentiert der Staat das Land in den internationalen Beziehungen und besitzt die Rechtsfähigkeit, international geltende Rechte und Pflichten zu tragen, so Lukaschuk.<sup>143</sup> Die den staatlichen Rechtsstatus realisierenden Normen, drücken sich also in der staatlichen Rechtspersönlichkeit aus. Die Rechtspersönlichkeit hat zwei Aspekte: *Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit*, die normalerweise untrennbar sind. Es kann aber Situationen geben, in denen die Staaten die Rechtspersönlichkeit behalten, obwohl sie teilweise oder ganz ihre Handlungsfähigkeit verlieren, so Tchernitchenko.<sup>144</sup> Nach der Auffassung der russischen Rechtsschule liegt die Rechtsfähigkeit in der Souveränität, und die Handlungsfähigkeit besteht aus bestimmten Befugnissen, die suspendiert oder übertragen werden können. Daraus ergeben sich die primäre und die sekundäre Rechtspersönlichkeit im Völkerrecht. Die primären Völkerrechtspersonen behalten ihre Rechtsfähigkeit, auch wenn die Handlungsfähigkeit übertragen wird, die Rechtspersönlichkeit sekundärer Völkerrechtspersonen wird erst durch ihre Handlungsfähigkeit begründet.

Gemäß dem Wiener Übereinkommen von 1986 gelten die Statute Internationaler Organisationen als völkerrechtliche Verträge *mit bestimmter Spezifik*. Das Statut einer Internationalen Organisation ist das Ergebnis des Willensabstimmungsverfahrens der Mitgliedstaaten, die ein neues Subjekt in den internationalen Beziehungen schaffen. Die Mitgliedstaaten verleihen der Organisation die für ihre Aufgaben notwendigen Befugnisse, legen ihren organisatorischen Mechanismus fest. Das Statut, ein Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten, schafft eine völkerrechtliche Norm, die als Grundlage der Tätigkeit dieser Organisation dient. Die Rechtspersönlichkeit der Internationalen Organisationen hat insofern *einen vertraglichen sekundären Charakter*.

*Das Prinzip* ist aber folgendes: Der souveräne Staat *kann das Rechtssubjekt aller Rechtsbeziehungen* sein. Die Internationale Organisation jedoch ist ein Rechtssubjekt nur in den Beziehungen, die ihren Funktionen entsprechen und welche von den Rechten der Staaten abgeleitet sind.<sup>145</sup> Die Rechte Internationaler Organisationen, egal in welchem Umfang,

<sup>143</sup> Lukaschuk, I.I., *Mezdunarodnoje pravo: obschaja tchstj* (Das Völkerrecht: allgemeiner Teil). Moskau 1997. S. 29.

<sup>144</sup> Siehe dazu: Tchernitschenko, S.V., *Gosudarstvo kak lichnostj, subjekt mezdunarodnogo prava i nositelj suvereniteta* (Der Staat als Person, Subjekt des Völkerrechts und Souveränitätsträger) // REMP. 1993- 994. Sankt- Peterburg 1995

<sup>145</sup> Schibaeva, E.A., *Mezdunarodnyje Organizazii kak subjekty mezdunarodnogo prava* (Die Internationalen

werden durch den Gründungsvertrag bestimmt, der souveräne Staat hingegen *ist nicht an den Kompetenzumfang gebunden* und übt alle, einer bestimmten historischen Situation entsprechenden, Rechte aus. *Also liegt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Staat und einer Organisation nicht im Kompetenzumfang, sondern im Kompetenzursprung.* Dadurch wird die normative und qualitative Betrachtungsweise der Souveränität begründet.

Obwohl die Europäischen Gemeinschaften die aktiven Teilnehmer in den internationalen Beziehungen seien und nach der Gründung der Europäischen Union die außenpolitische Aktivität dieses Integrationsverbandes stark zunehme, gebe es im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik keine Übertragung souveräner Rechte an die Europäische Union, so Entin : Da es in diesem Bereich keine normativen Akte gibt, die obligatorischen Charakter haben, behalten die Mitgliedstaaten ihre souveränen Rechte und somit die Völkerrechtsunmittelbarkeit.<sup>146</sup>

2) Eine *zweite substantielle Sichtweise* bezieht die Völkerrechtsunmittelbarkeit auf die wichtigsten staatlichen Funktionen in den internationalen Beziehungen als Ausdruck der Souveränität. Die Zusammensetzung der Funktionen, die die Völkerrechtsunmittelbarkeit und die Souveränität bilden, ist eine dynamische Kategorie. Welche Funktionen in dieser Hinsicht notwendig und welche ausreichend sind, ist nicht in den Normen des Völkerrechts festgelegt und muss in jeder Situation konkretisiert werden. Die Kriterien dafür finden sich in der Struktur der völkerrechtlichen Rechtsordnung: Der souveräne Staat ist die Grundlage und die Bedingung der modernen völkerrechtlichen Rechtsordnung,<sup>147</sup> deren Normen von souveränen Staaten geschaffen werden. Die Teilnahme an den internationalen Beziehungen benötigt eine Summe von Befugnissen, die die normale Kommunikation mit den anderen Staaten ermöglicht.

Ein Völkerrechtssubjekt benötigt bestimmte formale Attribute, die es handlungsfähig oder mit anderen Worten völkerrechtsunmittelbar machen. Teps zählt die Merkmale auf, die eine Republik in einem föderativen Verband als Staat charakterisieren und benennt die souveränen Rechte, die ihr den Status eines Staates verleihen:

- eigene Verfassung, die unabhängig von der Republik verabschiedet wird;
- eigenes Territorium, das ohne Zustimmung der Republik nicht geändert werden darf

---

Organisationen als Subjekte des Völkerrechts) in: Mezhdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1999. S. 110f

<sup>146</sup> Entin, L.M., Evropejskoje pravo (Das Europarecht). Lehrbuch. Moskau 2000. S. 225ff

<sup>147</sup> Lukaschuk I.I., Mezhdunarodnoje pravo: obschaja tchstj (Das Völkerrecht: Das allgemeine Teil). Moskau 1997. S. 293

(Das bedeutet unter anderem, dass die staatlichen Zwischengrenzen nur mit der Zustimmung der Grenzstaaten geändert werden dürfen);

- Bürgerschaft, die zusätzlich zur föderalen Bürgerschaft existiert;
- Staatsprache;
- das Vorhandensein einer Hauptstadt;
- Staatsattribute, wie die Fahne, das Wappen, die Hymne;
- das Recht, Außenbeziehungen zu unterhalten und diplomatische Vertretungen zu empfangen.<sup>148</sup>

In den unterschiedlichen Integrationsverbindungen – sei es eine Föderation, sei es eine Internationale Organisation – muss die Einheit bestimmter Charakteristika gegeben sein, damit die betreffende Einheit als Rechtssubjekt gelten kann.

Wie schon erwähnt, ändern sich diese Charakteristika mit der Entwicklung internationaler Beziehungen. Das Verständnis der wichtigsten Staatsaufgaben und Funktionen ändert sich mit der Zeit und bekommt, durch die Globalisierung bedingt, eine neue Qualität. Die Rechtsgeschichte kennt viele Beispiele dafür. So nennt Thomas von Aquin<sup>149</sup> als wichtiges Attribut des souveränen Staates in den internationalen Beziehungen die Möglichkeit zur Kriegserklärung. Nach außen haben die Staaten Anspruch auf Schutz ihrer natürlichen Rechte, sie sind untereinander gleich und unabhängig. Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den allgemeinen Prinzipien des modernen Völkerrechtes gilt das Verbot des Krieges und das Gebot der friedlichen Konfliktlösung. In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und in Russland nach der Oktoberrevolution war das Selbstbestimmungsrecht eines Staates bzw. einer Nation eines der wichtigsten Kriterien der souveränen Unabhängigkeit und Gleichheit. Korovin kritisiert das im Statut des Völkerbundes festgelegte, Institut der Vormundschaft als Entziehung der Völkerrechtsunmittelbarkeit der «weniger entwickelten» Völker und versteht es letztendlich als Diskriminierung.<sup>150</sup> Die erste russische Verfassung von 1918 und der Unionsvertrag von 1922 zur Gründung der Sowjetunion legten zumindest formal das Selbstbestimmungsrecht der Unionsvölker fest.<sup>151</sup>

<sup>148</sup> Teps, D., *Konzeptualnynye osnovy federalisma* (Die konzeptuellen Grundlagen des Föderalismus). Sankt-Petersburg 2002. S. 127f

<sup>149</sup> Kleffens, Eelco N. van, *Souverenity in international Law*, in: RdC 82 (1953 I), 5

<sup>150</sup> Korovin, E.A., *Mezdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni* (Das Völkerrecht der Übergangszeit). Moskau 1923. S. 36

<sup>151</sup> *Konstituzija Rossijskoj Sowjetskoj Respubliki 1918* (Die Verfassung der Russischen Sowjetischen Republik); *Dogovor o sozdanii Sojusa Sowjetskich Sozialisticheskikh Respublik* (Der Vertrag zur Gründung der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken) 1922

Es lässt sich somit eine deutliche historische Entwicklung im Verständnis staatlicher Funktionen beobachten: vom klassischen zum modernen Völkerrecht bis zu den neuesten Veränderungen unter dem Einfluss der Integration. Hiermit äußert sich die wechselseitige Verbindung verschiedener Elemente des Völkerrechtssystems: Das System des Völkerrechts hat integrative Qualität. Die Qualitäten des Systems seien nicht die bloße Summe ihrer Komponenten, sondern stellen eine neue Qualität dar, so Tunkin. Als Ergebnis verschiedener Veränderungen im 20. Jahrhundert habe sich das Völkerrecht als soziale Einrichtung geändert, man spricht von einem neuen Völkerrecht.<sup>152</sup> Systematisch gesehen zeigt die neueste Entwicklung deutlich, dass die Elemente des Völkerrechtssystems viel stärker aneinander gebunden sind: Diese neue Qualität der völkerrechtlichen Rechtsordnung ist durch Integration und Globalisierung bedingt und wird «supranationalisierte Staatlichkeit» genannt. Daraus folgend ändert sich das Verhältnis einzelner Rechtssubjekte bezüglich der Rechtsordnung insgesamt. Somit wird auch der Inhalt der Völkerrechtsunmittelbarkeit verändert.

Die integrative Entwicklung im Völkerrecht seit der Gründung der Vereinten Nationen und die Eliminierung des *jus ad bellum* durch Gewaltverbot führten zu einer Neuorientierung der Staatlichkeit und zur supranationalisierten Souveränität, so Arnold.<sup>153</sup> Die internationalisierte oder gar supranationalisierte Souveränität löse den klassischen Souveränitätsbegriff ab und sei Ausdruck der «offenen Staatlichkeit». Die Globalisierung internationaler Beziehungen, insbesondere in politischen und rechtlichen Bereichen, hat wesentliche Auswirkungen auf die staatliche Souveränität: Zum einen äußert sie sich in der Entstehung «geteilter Souveränität», zum anderen in der Stärkung der nationalen Souveränität mittels gemeinschaftlicher Elemente der Völkerrechtsordnung. So stärken z. B. die entkolonisierten Entwicklungsländer ihre Souveränität durch die Teilnahme an Organisationen wie den Vereinten Nationen, so Paulus.<sup>154</sup>

Der Staat sei völkerrechtlich bedingt, so Arnold. Die Qualitäten des Staates ändern sich aber in den Zeiten zunehmender Integration. Im besonders intensiv integrierten europäischen Raum zeigt sich das Phänomen der supranationalisierten Staatlichkeit.<sup>155</sup> Die staatliche Souveränität wird durch zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der Staaten eingeschränkt. Die

---

<sup>152</sup> Tunkin, G.I., *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau. 1999. S. 73f

<sup>153</sup> Arnold, R., *Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union*. Sonderheft . 2001. S. 1-2

<sup>154</sup> Paulus, A.L., *Die internationale Gemeinschaft im Völkerrecht. Eine Untersuchung der Entwicklung des Völkerrechts im Zeitalter der Globalisierung*. 2001. S. 118

<sup>155</sup> Arnold, R., *Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union*. Sonderheft . 2001. S. 2



Auswirkungen der Globalisierung auf politische und rechtliche Grundkonzeptionen, wie Souveränität und Staatlichkeit, haben Einfluss auf das Modell der «komplexen Interdependenz», wie durch den Begriff «Governance without Government» deutlich wird.<sup>156</sup>

Die neuesten Entwicklungen im Völkerrecht zeigen sich in den besonders intensiven Interdependenzformen: Das Verhältnis zwischen verschiedenen Rechtssubjekten ändert sich, und somit ändern sich die Gleichgewichte innerhalb des völkerrechtlichen Systems. Die westlichen Autoren äußern verschiedene Meinungen zum Thema «Völkerrechtsunmittelbarkeit» bei der Übertragung souveräner Hoheitsrechte von den primären Völkerrechtssubjekten an die sekundären Völkerrechtssubjekte.

Die tatsächliche Entwicklung in der Europäischen Union in den letzten Jahren, vor allem die weitgehende und überwiegende Gesetzgebung seitens der EU, sei entscheidend, so Arnold. Die Souveränität und die Völkerrechtsunmittelbarkeit müssen als historische Begriffe behandelt werden, die in Einklang mit der heutigen Situation gebracht werden müssen. Die Tatsache, dass EU-widrige Gesetze nicht anwendbar sind<sup>157</sup> und deswegen nicht ihre normative Funktion erfüllen, ist für den Autor ein Argument für die *substantielle* Betrachtungsweise der Souveränität und der Problematik der völkerrechtlichen Unmittelbarkeit.<sup>158</sup>

Zippelius betont auch die Wirksamkeit in der Verwirklichung souveräner Rechte und damit die substantielle Betrachtungsweise der Supranationalität.<sup>159</sup> «Souveränität bedeutet völlige, Organsouveränität weitgehende Freistellung von der rechtlichen Bedingtheit und Beschränkung der Entscheidungsmacht. Durch die tatsächlichen, insbesondere die machtpolitischen Gegebenheiten, werden aber auch die verfassungsgebende Gewalt und der Inhaber staatlicher Kompetenzhoheit *faktisch* in ihren Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt. Wenn die tatsächlichen Umstände, insbesondere die internationalen Abhängigkeiten, ihnen generell die Chance nehmen, bestimmte Regelungen durchzusetzen, beschneiden sie im gleichen Maße auch ihre Regelungsmacht: eine Befugnis, rechtswirksam zu handeln, geht immer nur so weit, wie die generelle Chance ihrer *wirksamen Durchsetzung* reicht».

Die substantielle Betrachtungsweise bezieht sich auf die in den nationalen Verfassungen festgelegten Normen über die «Übertragung von Kompetenzen» an die Europäischen Ge-

---

<sup>156</sup> Paulus, A.S., Die internationale Gemeinschaft im Völkerrecht: Eine Untersuchung zur Entwicklung des Völkerrechts im Zeitalter der Globalisierung. 2001. S. 101f

<sup>157</sup> EuGH 237/82 «J.Kaas» (1984) ECR 201: Der Gerichtshof betont, dass er keine Befugnisse hat, die nationalen Gesetze für nichtig zu erklären. Das EG-Recht hat Anwendungsvorrang, aber keinen Wirkungsvorrang.

<sup>158</sup> Arnold, R., European Constitutional Law: Some Reflections on a Concept that Emerged in the Second Half of the Twentieth Century in: Tulane European & Civil Law Forum. Vol.14, 1999.S.51ff.

<sup>159</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. 14. Auflage. 2003. S. 68

meinschaften, so Arnold: Manche Verfassungen sprechen von «Übertragung von Kompetenzen» (so Spanien, Österreich, Dänemark), die anderen von «Übertragung souveräner Rechte» (Deutschland) oder Beschränkung der Souveränität (Frankreich, Italien). Die wesentliche Frage dabei ist, ob die Kompetenzen selbst oder das Recht ihrer Ausübung übertragen werden.

Wenn die Grundcharakteristika der Europäischen Rechtsordnung, (wie etwa der Vorrang des EU-Rechtes) und ihre unmittelbare Wirkung in Betracht gezogen werden, wird deutlich, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre internen staatlichen Rechtsordnungen öffnen und die normative Einwirkung der supranationalen EG-Ordnung erlauben. Das bricht die Exklusivität der souveränen staatlichen Rechtsordnung und ist somit ein Merkmal der supranationalisierten Staatlichkeit. Da die «Außennormen» akzeptiert werden, ist die Völkerrechtsunmittelbarkeit in vielen von der EG geregelten Bereichen substantiell unterbrochen und gilt nicht nur für den Staat alleine, sondern nur gemeinsam mit der supranationalen Gemeinschaft.

Die Staatsgewalt in Europa sei relativiert, die EU-Staaten seien einander nicht mehr «Ausland», sondern «europäisches Inland», so Häberle.<sup>160</sup> Hiermit wird eine der souveränen Grundlagen des Staates, nämlich sein Territorium, relativiert, und damit wird wiederum die Völkerrechtsunmittelbarkeit in Frage gestellt.

Die unmittelbare Wirkung des Gemeinschaftsrechts in den nationalen Rechtsordnungen sei jedoch unabdingbare Grundvoraussetzung für die Existenz der Gemeinschaft als Rechtsgemeinschaft, so Hirsch.<sup>161</sup>

Manche russische Autoren vertreten die Meinung, dass in den Zeiten der Globalisierung die klassische zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Integration direkt entgegengesetzt wird, so Topornin.<sup>162</sup> Die Integration sei ein Hinausgehen über die Grenzen der völkerrechtlichen Kooperation hin zur Schaffung einer supranationalen einheitlichen Struktur. Diese Sichtweise schließt sich der westlichen *substantiellen* Theorie der Völkerrechtsunmittelbarkeit an und behandelt den Staat in den Zeiten sich verstärkender Integration nicht mehr als völkerrechtsunmittelbar im klassischen Sinne, sondern supranational bedingt.

---

<sup>160</sup> Häberle, P., Verfassungsvergleich und Verfassungsgebung – der Beitrag der Rechtswissenschaft zum Entstehungsvorgang der europäischen Verfassung(en) in: Klopfer M., Pernice I., Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. Baden-Baden 1999. S. 100f

<sup>161</sup> Hirsch, G., Die Kompetenzen des EuGH als «Verfassungsgericht» der EU in: Hummer (Hrsg.), Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrages. 2001. S. 83

<sup>162</sup> Topornin, B.N., Evropejskoje pravo (Das Europarecht). Moskau 1998. S. 14f

### 3) Systematische Einordnung der Integration in der Völkerrechtsordnung

Die Diskussion zwischen den substantiellen und normativen Perspektiven ist im Kontext der Völkerrechtsordnung zu behandeln.

Dabei ist nochmals der Frage nachzugehen, ob bestimmte Funktionen *wesentlich* zur Souveränität und zur Völkerrechtsunmittelbarkeit gehören und was passiert, wenn sie an eine Organisation übertragen werden. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Kompetenzen und der Art, wie sie übertragen werden, am wichtigsten: Da der Staat die gesetzgebende Einheit innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung ist, spielen die rechtliche *Form* und die *Methode* der Übertragung eine entscheidende Rolle. Falls die Staaten sich in der Form einer Internationalen Organisation integrieren, dann wird dies in Form eines völkerrechtlichen Vertrages festgelegt; falls eine Föderation gebildet wird, findet die Gründung dieser staatlichen Integrationsform mittels einer Verfassung statt. Folglich ist nicht nur der Umfang der übertragenen Kompetenzen von Bedeutung, sondern auch die Form, in der sich die primären Rechtssubjekte der völkerrechtlichen Rechtsordnung verpflichten.

Die nächste Frage ist, ob die souveräne Qualität überhaupt eingeschränkt werden kann und ein Staat seine Funktionen in einem eingeschränkten Umfang ausüben kann. Diese Frage stellt sich bei der Forschung der Integrationsproblematik und der Übertragung souveräner Rechte auf ein internationales Gebilde bzw. bei der Gründung zusammengesetzter Staatsformen.

Viele russische Autoren vertreten die Meinung, dass die Souveränität stabil und nicht zu enteignen ist, so Schevzov.<sup>163</sup> Außerdem ist eine Vielzahl russischer Autoren der Ansicht, dass die Souveränität in den verschiedenen Integrationsformen nicht teilbar ist, egal, ob es sich um eine Organisation oder eine Föderation handelt, in der die Rechte der Gesamteinheit und ihrer Mitglieder aufgeteilt werden.<sup>164</sup>

Westliche Ideen, u. a. die Idee des kooperativen Föderalismus, fanden mehr Anerkennung. So geht Usenko bei der Analyse des Souveränitätsproblems in Föderationen davon aus, dass das Territorium das entscheidende Merkmal für das Wesen der Souveränität sei und schreibt folgendes: «Ist die Souveränität eine unabhängige staatliche Macht, die nicht den

<sup>163</sup> Schevzov, V.S., Suverenitet v sowjetskom gosudarstve (Die Souveränität im sowjetischen Staat). Moskau. 1972. S. 216

<sup>164</sup> Konuchova, I.A., Sovremennyh rossijskij federalizm i mirovoj opyt (Der moderne Russische Föderalismus und internationale Erfahrung). 2004. S. 318; siehe auch: Uschakov, N.A., Suverenitet v sovremennom mezdunarodnom prave (Die Souveränität in modernen Völkerrecht). Moskau 1963

Vorschriften einer anderen Macht unterliegt, dann kennzeichne nicht die Unterordnung einer Macht unter eine andere die Föderation, sondern die Aufteilung der Machtbefugnisse auf dem selben Territorium, das sowohl der Föderation, als auch den Mitgliedern gehöre. Daraus ergebe sich ein Territorium mit *doppeltem Rechtsstatus*, und jedes der Rechtssubjekte trete hier als Souverän auf, aber im Rahmen seiner Kompetenz». <sup>165</sup>

Die volle Jurisdiktion als Ausdruck der Souveränität kann begrenzt werden, wenn ein Staat zwar die Möglichkeit habe, ein Verhalten vorzuschreiben, aber nur begrenzte Mittel besitze, die Erfüllung der Vorschriften zu gewährleisten, so Lukaschuk. <sup>166</sup> Die staatliche Jurisdiktion unterteilt sich somit auf die volle und die begrenzte.

Levin äußert sich im gleichen Sinne und sieht die wichtigste Qualität der Souveränität in ihrer Verbindung mit der Hoheitsgewalt. Die aktuelle Schwierigkeit liegt darin, dass es seit Abschaffung der absolutistischen Staatsmodelle kein einzelnes Organ mehr gebe, das die Hoheitsmacht faktisch und juristisch alleine kumuliert. <sup>167</sup>

Zudem ist die Ausübung vieler staatlicher Funktionen zunehmend von der integrativen Entwicklung in den internationalen Beziehungen beeinflusst: Die anthropozentrische Entwicklung des modernen Völkerrechts setzt neue Standards für das inner- und zwischenstaatliche Handeln. Die Souveränität wird sowohl im innerstaatlichen Bereich, als auch in den internationalen Beziehungen durch das Vorhandensein einer einerseits normativen Ordnung und andererseits einer zum internationalen Standard gewordenen Sphäre der Menschenrechte und durch das Recht geschützten Sphäre des Individuums gekennzeichnet. Dort, wo der anthropozentrische und rechtstaatliche Kern der modernen völkerrechtlichen Rechtsordnung angegriffen wird, verliert die Souveränität ihre absolute Dimension, die anthropozentrische Problematik wird in den zwischenstaatlichen Bereich einbezogen. Somit verändert sich die funktionelle Souveränität: Die vorher eindeutig vom souveränen Willen geregelten Funktionen werden durch die Integrationsentwicklung beeinflusst und völkerrechtlich geregelt. Die funktionelle Souveränität wird integrativ. Hallstein betont die Souveränitätsbeschränkungen, die nach der Grundung der Europäischen Gemeinschaften für die EG-Mitgliedstaaten wirkend sind: «Kompetenzgemäß gesetztes Gemeinschaftsrecht geht jedem entgegenstehenden Recht der Mitgliedsstaaten vor. Es ist nicht nur stärker als das frühere nationale Recht, sondern entfaltet eine Sperrwirkung gegen späteres. Nicht nur nationales Recht,

<sup>165</sup> Usenko, E. T., Gosudarstwo i pravo (Der Staat und das Recht).1991. N5. S. 21-22

<sup>166</sup> Lukaschuk, I.I., Mezhdunarodnoje pravo: obschaja tchstj (Das Völkerrecht: Das allgemeine Teil). Moskau 1997. S. 298

<sup>167</sup> Levin, I.D., Suverenitet (Die Souveränität). Moskau 1948. S.52

auch die Grundentscheidungen der nationalen Verfassungen können die Geltung des Gemeinschaftsrecht nicht einschränken».<sup>168</sup>

Nach Zippelius kann man die Souveränität nicht isoliert sehen, sondern die Souveränität, die Einheit der Staatsgewalt und das Monopol legitimer physischer Gewalt hängen miteinander zusammen. Sie sind aber keine schlechthin notwendigen Merkmale eines politischen Gemeinwesens, sondern Ergebnisse einer historischen Entwicklung, «in deren weiterem Verlauf es auch wieder zu Einbrüchen in die Souveränität kommen kann, wie sich das heute auf Grund zwischenstaatlicher Integrationsprozesse vollzieht». Die Einheit der «Staatsgewalt» kann auf diese Weise aufgebrochen werden. Auch dann ist aber die Homogenität der rechtlichen Ordnungsgewalt zu wahren. Zu diesem Zweck sind die staatlichen und die supranationalen Kompetenzen in rechtlich definierter Weise so zu verteilen und zu koordinieren, dass auf ihrer Grundlage eine widerspruchsfreie Verhaltensordnung hervorgeht».<sup>169</sup>

Koppensteiner erkennt die Möglichkeit einer beschränkten Souveränität an: Ein Staat bleibe so lange souverän, solange er noch im Besitz von Kompetenzen sei, die ihm das Völkerrecht unmittelbar delegiert. Solange dies der Fall ist, kann er, weil insoweit vertragsfähig, auf der Ebene originärer Gleichordnung mit anderen souveränen Staaten verkehren. Er bleibe unabhängig von rechtlichen Bindungen, außer denen des Völkerrechts, so Koppensteiner.<sup>170</sup> Solange die übertragenen Kompetenzen dem Staat die Regelungsmacht nicht vollständig nehmen, bleibt er souverän.

Dies ist der Nachweis für die Gültigkeit des *qualitativen Begriffs der Souveränität*: Die Eigenschaft der Souveränität ergibt sich nicht aus einem Zusammenschluss bestimmter Funktionen, sondern ist eine Voraussetzung dieser Funktionen. Deswegen ist die Übertragung bestimmter Funktionen an ein internationales Gebilde (Organisation) möglich.

Die qualitative Souveränitätstheorie ermöglicht es, die Ansätze der formalen und substantiellen Sichtweisen der Kompetenzübertragung in Übereinstimmung zu bringen: Solange die souveräne Qualität nicht an ein anderes Völkerrechtssubjekt übergeht, behalten die Gründungstaaten diese, und es handelt sich um die Integrationsstufe einer Organisation. Wenn die souveräne Qualität an das neue Subjekt des Völkerrechts übergeht, dann wird ein primäres, und nicht ein sekundäres Völkerrechtssubjekt geschaffen. Hier handelt es sich um

<sup>168</sup> Hallstein, W., Die Europäische Gemeinschaft. 1. Auflage. 1973. S.37f.

<sup>169</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. S. 68f

<sup>170</sup> Koppensteiner, H., Die Europäische Integration und das Souveränitätsproblem, Baden-Baden, 1963, Berlin. New York, 1999. S. 46

die Bildung einer Staatsform. Der Prozess der Übertragung der Hoheitsrechte an eine Organisation unterscheidet sich *rechtlich* von der Bildung zusammengesetzter Staatsformen, wie z. B. Föderationen, ist aber, vom Gesichtspunkt des Integrationsprozesses gesehen, der Übertragung von Staatskompetenzen an eine Internationale Organisation sehr ähnlich.

In der russischen Rechtswissenschaft wird die qualitative Souveränitätstheorie vertreten. So stellt Levin fest, dass die Souveränität nicht als eine Gesamtheit von bestimmten Hoheitsrechten gekennzeichnet werden kann. Die Souveränität besteht nicht aus den Befugnissen, sondern ist die Basis dieser Befugnisse. Die Machtfülle und Unabhängigkeit eines Staates erweist sich in der *Funktionsausübung* und setzt das Vorhandensein bestimmter Hoheitsrechte, die die Erfüllung solcher Funktionen ermöglichen, voraus. Das Vorhandensein solcher Hoheitsrechte ist eine notwendige Voraussetzung für die Befugnisse, aber nicht eine ausreichende. Eine bloße Summe von bestimmten Befugnissen bedeutet längst nicht die Souveränität.<sup>171</sup> Hier wird funktional argumentiert: Eine Befugnis im Völkerrecht bedeutet eine *funktional wirkende Befugnis*, das heißt, dass das Recht seine Verwirklichung mit einschließt. Deswegen bedeutet die Übertragung souveräner Rechte und ihre Kumulation auf der Ebene supranationaler Organisation *keine Übertragung der Souveränität* als Grundlage der primären völkerrechtlichen Persönlichkeit, solange die Staaten die Möglichkeit behalten, diese Rechtsübertragung zu widerrufen. Schevzov ist der Meinung, dass der qualitative Zustand der staatlichen Macht – die staatliche Souveränität nämlich – durch das Niveau der Rechte, ihrer souveränen Qualität definiert sei, sich aber nicht aus bestimmten Rechten ergebe<sup>172</sup>.

Die Souveränität und die Völkerrechtsunmittelbarkeit können nicht als Summe bestimmter Bestandteile beschrieben werden, sondern haben einen qualitativen Charakter. Sie haben eine bestimmte *Qualität*, deren Ursprung im *souveränen Willen des Volkes* liegt. Die Internationalen und die supranationalen Organisationen als sekundäre Völkerrechtssubjekte haben ihren Ursprung in der Willensabstimmung der Gründungsstaaten und nicht unmittelbar in der Volkssouveränität. Es gibt kein Subjekt der Legitimation in den Europäischen Gemeinschaften, denn es gibt kein «europäisches Volk» weder de jure, noch de facto, so Schelenkova.<sup>173</sup> Solange die Europäische Union keine direkte Volkslegitimation bekommen hat, kann

<sup>171</sup> Levin, I.D., Suverenitet (Die Souveränität) S. 74

<sup>172</sup> Schevzov, V.S., Suverenitet v sojuznom gosudarstve (Die Souveränität im Bundesstaat). Moskau 1972. S. 217

<sup>173</sup> Schelenkova, N.B., Evropejskaja integracija: politika i pravo (Die Europäische Integration: Politik und Recht). Moskau 2003. S. 94

sie nicht als souveränes Völkerrechtssubjekt betrachtet werden, auch nicht in Anbetracht der besonderen tatsächlichen Kumulation der staatlichen Befugnisse auf der europäischen Ebene. Hiermit ist der normative Zusammenhang zwischen Kompetenzübertragung und Souveränität festgestellt.

### *iii) Kompetenziell*

Eine der wichtigsten russischen Forschungen zur Souveränitätsproblematik stammt von Levin. Er ist der Meinung, dass die Souveränitätsanalyse von den unbestrittenen Elementen und Merkmalen dieses Begriffes ausgehen sollte. Hierzu gehört die Verbindung von Souveränität mit dem Begriff der Hoheitsgewalt. Die unstrittigen konstituierenden Elemente der Hoheitsgewalt sind ihre *Unabhängigkeit*, *Beständigkeit* und *Kompetenzkompetenz*. Diese drei Begriffe beschreiben die souveräne Gewalt im Sinne ihrer Machtbefugnisse und Kompetenzen.

Das Vorhandensein von Kompetenzkompetenz ist das entscheidende Merkmal einer souveränen Gewalt.

Die Beständigkeit der souveränen Gewalt bedeutet die temporale Qualität ihrer Kompetenzen, die Gewähr des dauerhaften Charakters der dahinterstehenden Organisationsmacht.

Die Unabhängigkeit der souveränen Gewalt schafft letztendlich ihren Inhalt und bringt den Willen des Volkes zum Ausdruck.

### *1) Unabhängigkeit*

Die Unabhängigkeit beschreibt die Stellung eines Subjektes gegenüber den anderen Subjekten der Rechtsordnung, d.h., dass die Unabhängigkeit ein Verhältnis von gleichen Rechtssubjekten innerhalb einer Rechtsordnung ist. Es ist wichtig zu bemerken, dass man den Begriff «Unabhängigkeit» nicht hinsichtlich der Verhältnisse innerhalb einer innerstaatlichen Rechtsordnung benutzt, da diese die Machtverhältnisse zwischen einem Individuum und dem Staat darstellen. Man spricht von Menschenrechten und Individuumsschutz, stellt aber den Staat und das Individuum nicht auf die gleiche Ebene. Die Verhältnisse innerhalb der innerstaatlichen Rechtsordnung sind prinzipiell anderer Natur, es sind Machtverhältnisse. Die Unabhängigkeit gehört terminologisch zum völkerrechtlichen System, dessen Subjekte rechtlich gleichgestellt sind.

Unter Souveränität versteht Levin daher lediglich die Machtfülle eines Staates über sein Gebiet und seine Unabhängigkeit von den anderen Staaten<sup>174</sup>.

Die Unabhängigkeit kann *politisch und rechtlich* begriffen werden.

Rechtlich bedeutet die Unabhängigkeit die Selbstständigkeit der Macht und ihre Exklusivität innerhalb eines bestimmten Gebietes. Trubetskoj nach liegt die Besonderheit eines Staates in der Selbstständigkeit seiner Macht und der Unverträglichkeit mit jeder anderen nicht-untergeordneten Macht. Sicher gebe es außer dem Staat, Vereinigungen und Organisationen auch andere Gefüge, deren Macht einen territorialen Charakter hat, wie z. B. kommunale autonome Vereinigungen, diese besitzen aber keine Selbstständigkeit.<sup>175</sup>

Die Unabhängigkeit wird im geltenden Völkerrecht juristisch durch die Prinzipien der UNO-Charta garantiert: das Prinzip der souveränen Gleichheit und die Achtung politischer Unabhängigkeit und territorialer Unversehrtheit aller Staaten.<sup>176</sup> Sie ist faktisch erst möglich geworden nach der Abschaffung des kolonialen Systems. Juristisch gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen «zivilisierten» und «nicht zivilisierten» Staaten.

Die politische Unabhängigkeit und Gleichheit hängen von mehreren Faktoren ab und bezeichnen die tatsächliche Situation in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Tunkin sieht, vom demokratischen Standpunkt aus, einen Widerspruch zwischen juristischer und politischer Gleichheit und Unabhängigkeit, der besonders auf internationalen Konferenzen sichtbar wird: Die Rolle und das politische Gewicht von kleinen Staaten sei anders als von «Großmächten». Auf der anderen Seite sei die proportionale Volksrepräsentation von kleinen Staaten auf Grund der Stimmenverteilung immer höher als die der großen.<sup>177</sup>

Die Ambivalenz des Unabhängigkeitsbegriffes wird auch in der westlichen Fachliteratur diskutiert. Die Souveränität sei ein Begriff an der Grenzlinie zwischen Recht und Wirklichkeit, stellt Krüger fest.<sup>178</sup> Wenn man sich die Souveränität als reinen Rechtsbegriff vorstellt, dann muss man für die politische Souveränität einen anderen Begriff einsetzen, z. B. Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit «dient zur Darstellung faktischer Machtverhältnisse. Da die Macht im Gegensatz zum Recht nur an der ihr entgegenstehenden Gegenmacht gemessen werden kann, ist der Begriff der Unabhängigkeit eines Staates ein relativer Begriff. Insofern

<sup>174</sup> Levin I.D., Suwerenität (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 64

<sup>175</sup> Trubetskoj, E.N., Enzyklopedija prava (Enzyklopädie des Rechtes). Sankt-Petersburg 1998. S. 208

<sup>176</sup> Charta der Vereinten Nationen. Art. 2. // Völkerrechtliche Verträge. Deutscher Taschenbuch Verlag. 1988.

<sup>177</sup> Tunkin, G.I., Osnownyje principy mezhdunarodnogo prava (Die Hauptprinzipien des Völkerrechts) in: Mezhdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau 1999. §§1-6, 8-10. S. 117f

<sup>178</sup> Krüger, H. Zum Problem der Souveränität, in: Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, Heft 1. 1957. S. 1 ff



ist der relative politische Begriff der Unabhängigkeit vom absoluten Rechtsbegriff der Souveränität streng zu unterscheiden».<sup>179</sup>

Wie Koppensteiner aus der Entwicklungsgeschichte des Souveränitätsbegriffes feststellt, wurde dieser «immer zur Kennzeichnung einer übergeordneten Gewalt gebraucht». Unterschiedlich sei allerdings die Stellung, die dem souveränen Staat im Verhältnis zu anderen Staaten zugeteilt wurde. Der von keiner heteronomen Gesetzlichkeit, sondern nur durch seinen eigenen Zweck determinierte, insoweit absolut zuhöchst stehende Staat, stehe zwar fremdstaatlichem Zwang, aber nicht einem, der Bindung an die Regeln des Völkerrechts freien, insoweit relativ zuhöchst stehendem Staat gegenüber.<sup>180</sup>

Das *Selbstständigkeitskriterium* hält Bobrov für entscheidend für den sich historisch verändernden Souveränitätsbegriff.<sup>181</sup> Die Souveränität erfordert bestimmte Eigenschaften der öffentlichen Gewalt, so wie:

- die Einheit der staatlichen Gewalt, die als Vorhandensein eines oder mehrerer Hoheitsorgane, die zusammen das Ganze der staatlichen Gewalt ausdrücken, auftritt;
- das Monopol oder die Konzentration des staatlichen Zwangs, der an ein Organ delegiert werden kann;
- die Unbeschränktheit der staatlichen Gewalt und
- die äußere Unabhängigkeit der staatlichen Gewalt.

Bei der Übertragung von souveränen Rechten an eine supranationale Organisation wie die Europäische Gemeinschaft wird die staatliche Gewalt zwischen den innerstaatlichen Organen und den Organen der Internationalen Organisation aufgeteilt, dadurch verliert sie ihren monopolen Charakter und ihre Unbeschränktheit. Die Entscheidung *Costa v. ENEL* weist eindeutig darauf hin:

«Zum Unterschied von gewöhnlichen internationalen Verträgen hat der EWG-Vertrag eine eigene Rechtsordnung geschaffen, die bei seinem Inkrafttreten in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten aufgenommen wurde und von ihren Gerichten anzuwenden ist. Denn durch die Gründung einer Gemeinschaft für unbegrenzte Zeit, die mit eigenen Organen, mit Rechts- und Geschäftsfähigkeit, mit internationaler Handlungsfähigkeit und insbesondere mit echten, aus der Beschränkung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten oder der Übertragung

<sup>179</sup> *Gunst*, Der Begriff der Souveränität im modernen Völkerrecht. Berlin 1953. S. 105

<sup>180</sup> *Koppensteiner, H.*, Die Europäische Integration und das Souveränitätsproblem. Baden-Baden, Bonn 1963. S. 29f

<sup>181</sup> *Bobrov, R.L.*, Osnownyje teoreticheskiye problemy mezhdunarodnogo prava (Die Hauptprobleme der Theorie des Völkerrechtes). Moskau 1968. S. 41f

von Hoheitsrechten ausgestattet ist, haben die Mitgliedstaaten, wenn auch auf einem begrenzten Gebiet, ihre Souveränitätsrechte beschränkt und so einen Rechtskörper geschaffen, der für ihre Angehörigen und sie verbindlich ist».<sup>182</sup>

Die Entscheidung *Costa v. ENEL* weist ausdrücklich darauf hin, dass durch die Übertragung souveräner Rechte eine Organisation mit eigenem Willen, Organen und Kompetenzen gegründet wird. Das Vorhandensein des eigenen Willens und der Ordnung einer Internationalen Organisation ist an sich keine Ausnahme im geltenden Völkerrecht; die Ausnahme macht der Integrationsgrad innerhalb der EG, der durch die Übertragung souveräner Rechte entsteht und *eine besondere strukturell verbundene Rechtsordnung* schafft.

Die Struktur der internationalen Beziehungen ändert sich als Ergebnis der integrativen Entwicklung. Bei den höheren Integrationsstufen bekommt der Zusammenhang innerhalb eines integrativen Modells einen strukturellen oder faktisch unauflösbaren Charakter, wird zum Merkmal der Integrationsform.

Bei der Analyse der Europäischen Integration in den siebziger Jahren beispielsweise ist Koppensteiner zu der Schlussfolgerung gekommen, dass die klassische, im europäischen politischen Denken und Tradition entwickelte politische Unabhängigkeit nicht möglich sei, weil durch die zwischenstaatliche Interdependenz, die Entwicklung von Kriegstechnik und die Bildung von Machtblöcken die europäischen Staaten für die tatsächliche unabhängige Außenpolitik keine Chance haben.<sup>183</sup> Durch die Aufspaltung der Welt in die zwei feindlichen, militärisch geprägten Machtblöcke mit Hegemonie der Sowjetunion und der USA gab es für die anderen Staaten keine Möglichkeit als «Stellungswechsel» oder Neutralität. Die Staatenblöcke nennt Koppensteiner «ein Strukturelement» der damaligen internationalen Ordnung.

Die aktuelle Situation in der Europäischen Union hat zwar diesen negativen Widerstandscharakter nicht - die integrative Politik in Europa hat umgekehrt Stabilität und Wohlstand für die Bürger zum Ziel -, aber *strukturell* schafft die Rechtsordnung in der EU *faktisch* einen Zusammenhang zwischen den Mitgliedstaaten, der nicht von einzelnen Staaten ausgelöst werden kann. Der Integrationsgrad und der normative Zusammenhang innerhalb der europäischen Rechtsordnung sind so hoch, dass die Rückkehr zur früheren Unabhängigkeit politischer Entscheidungen nicht mehr möglich ist. Die Aufgabenerfüllung eines Staates sei sehr auf transnationale Formen der Kooperation angewiesen, so Arnold. «Auch die klassischen Politikbereiche, die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch

<sup>182</sup> EuGH, Rs 5/9 (*Costa v. ENEL*), Slg. 1964. S. 1251

<sup>183</sup> *Koppensteiner, H.*, Die Europäische Integration und das Souveränitätsproblem. Baden-Baden, Bonn 1963. S. 60ff

wichtige Teile der Innenpolitik, der Verbrechensbekämpfung, die Gesundheitspolitik, die Asylpolitik und viele andere Bereiche mehr, sind schon lange nicht mehr einzelstaatlich zu bewältigen. Die grenzüberschreitende Verknüpfung der Staatsaufgaben ist heute die Regel, die einzelstaatliche Beschränkung bei der Lösung von Aufgaben ist die Ausnahme».<sup>184</sup>

Die Integration bedeutet auch eine Friedenskonsolidierung und Wohlstand in der Region, dadurch werden die einzelnen Länder aus den machtpolitischen Konflikten herausgelöst. Da die Vergemeinschaftlichung gleichzeitig die Stabilisierung der Macht bedeutet, so Schwarzenberger,<sup>185</sup> sei das Vorhandensein von Integrationsnormen ein Zeichen des *geordneten Kraftverhältnisses* in den internationalen Beziehungen und somit der Rechtsgemeinschaft. Dass die Integration nicht nur *Souveränitätsverlust*, sondern auch *Souveränitätsstabilisierung* bedeuten kann, ist durch die normative Wirkung des Völker- bzw. Gemeinschaftsrechts zu beweisen. Wenn die zwischenstaatlichen Beziehungen auf einer friedlichen und stabilen rechtlichen Basis geregelt werden, gewinnt jeder einzelne Staat dadurch an *tatsächlicher Unabhängigkeit* und somit an Souveränität, weil seine Gleichheit und Selbstständigkeit gegenüber den anderen Staaten wesentlich im gesetzgeberischen Prozess des Völker- oder Gemeinschaftsrechts gesichert werden kann. Hierin zeigt sich ein entscheidender Zusammenhang zwischen Integration und Demokratisierung.

Die russischen Autoren betonen auch besonders die integrativen Merkmale europäischer Verbindungen, die der staatlichen Unabhängigkeit im klassischen Sinne nicht mehr entsprechen und in Richtung eines politischen Verbundes föderalistischer Natur gehen.

In der Europäischen Union lag die Besonderheit der Integrationsentwicklung in der Notwendigkeit, die Kluft zwischen der wirtschaftlichen und politischen Integration zu beseitigen, so Topornin.<sup>186</sup> Die Besonderheiten und Qualifikationen der Integrationsverbände seien so spezifisch, dass sie praktisch aus den klassischen Internationalen Organisationen ausgeschlossen werden sollen, so Entin.<sup>187</sup>

Schelenkova betont den integrativen Charakter der EU: Die Verträge seien auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, was sie auf die Stufe einer Verfassung stelle.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> Arnold, R., Neue Formen der Staatlichkeit? Die Europäische Union und ihre Mitglieder. Sonderheft. 2001. S. 1

<sup>185</sup> Schwarzenberger, G./ Brown, E., A Manual of International Law. 1976. S. 26ff

<sup>186</sup> Topornin, B.N., Ewropejskoje pravo (Das Europarecht). Moskau 1998. S. 137ff

<sup>187</sup> Entin, L.M., O predmete Ewropejskogo prawa (Über den Gegenstand des Europarechts) in: Lekzii po aktualnym problemam mezdu narodnogo i ewroepjskogo prawa (Vorlesungen über aktuelle Probleme des Völker- und Europarechts). Sankt-Petersburg 2004. S. 23f

<sup>188</sup> Schelenkova, N.B., Ewropejskaja integracija: politika i pravo (Die Europäische Integration: Politik und Recht). Moskau 2003. S. 91

Diese faktische Situation in der Europäischen Union wurde in diesem Sinne von Fischer in seiner Rede zum Thema «Ost-Erweiterung» erläutert.<sup>189</sup> Ein Rückschritt oder Stillstand der europäischen Integration hätte die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union infrage gestellt. Fischer sieht keine Alternative zur Osterweiterung und zur politischen Integration: Die Staaten haben sich durch die Währungsunion und in ihrer ökonomisch-politischen Existenz unauflösbar miteinander verbunden. Die Europäische Integration kann sich darüber hinaus nur progressiv entwickeln und zwar in Richtung einer stärkeren Integrationsstufe – einer Europäischen Föderation.

«Die Rückübertragung der auf die Union übertragenen Hoheitsgewalt ist nicht durch einen einseitigen Willensakt einzelner Mitgliedstaaten, sondern, wie im Bundesstaat, nur in einem gemeinschaftlichen Akt aller Mitgliedstaaten möglich», so Tsatsos und Schiffauer.<sup>190</sup> Folglich kann auf Grund der aktuellen Situation in der EU eine politische Entscheidung des Mitgliedstaates nur integrativ sein: Man kann nicht mehr von der Unabhängigkeit im klassischen Sinne sprechen, nach dem die Staaten, je nach der politischen Situation, unterschiedliche Koalitionen schließen konnten. Die faktische Entscheidungsfunktion des Staates, die die souveräne Hoheitsgewalt verkörpert, ist integrativ bestimmt und bedingt.

## 2) Beständigkeit

Diese Qualität der souveränen Gewalt ist folgendermaßen zu verstehen: Die Beständigkeit bedeutet die Dauerhaftigkeit und die Einheit der souveränen Gewalt bei möglichen historischen Veränderungen von staatlichen Funktionen und die Zugehörigkeit einer staatlichen Organisation zur ursprünglichen Souveränität des Volkes. Ein modernes politisches Verständnis geht davon aus, dass ein Staat nur dann als souverän gelten kann, wenn er den Volkswillen realisiert und wenn sein Regierungssystem demokratisch ist, so Krylov.<sup>191</sup>

Die ursprüngliche Souveränität eines Volkes oder einer Nation findet ihre Verankerung in der Souveränität eines Staates, die sich in den juristischen Normen zur Geltung kommt.

<sup>189</sup> Fischer, J., Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration. Integration 23. Jg., 3/ 2000. S. 149ff

<sup>190</sup> Tsatos, Schiffauer. Das Europäische Parlament als Verfassungsgeber? Legitimation und Grenzen der parlamentarischen Mitwirkung an der Entwicklung der Unionsgrundordnung in: Entwicklungsperspektiven der Europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam, Kloepper, M., Pernice, I., (Hrsg.). S. 76

<sup>191</sup> Krylov, B.S., Problemy suvereniteta w Rossijskoj Federazii (Die Probleme der Souveränität in der Russischen Föderation). Moskau 1994. S. 14

Die juristische Souveränität als im Gesetz festgelegte höchste Gewalt der Staatsorgane ist auf solche Weise in den rechtlichen Formen verwirklicht. Die rechtliche Form der Souveränitätsverwirklichung gewährleistet eine Beschränkung, eine Ordnung ihrer Wirkungskreise. Inhaltlich ist Souveränität die höchste politische Gewalt und in diesem Sinne ist sie die Quelle jedes Rechtes, die Basis für jedes Gesetz. Der Staat als eine politische Organisation, die ihren Willen mittels ihrer Organe äußert, ist der Träger der Souveränität als eine Einheit von politischem Inhalt und juristischer Form zu verstehen, so Levin.<sup>192</sup> Somit ist die souveräne Macht auf die dauerhaften, langfristigen Modelle des Staatswesens und auf das Funktionieren der Staatsorgane ausgerichtet. Wie die Internationalisierung und die Integrationstendenz im 20. Jahrhundert zeigen, gewährleistet die völkerrechtliche Zusammenarbeit in Form einer Organisation wesentlich mehr Stabilität weltweit (UNO) oder regional (Europarat, die Europäischen Gemeinschaften) und schafft dadurch eine stabile Form für die Realisierung staatlicher und zwischenstaatlicher Interessen. Die Integrationsentwicklung im 20./ 21. Jahrhundert zeigt deutlich eine Tendenz hin zu mehr Beständigkeit auch im internationalen Recht selbst: Die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit und des Menschenrechtsschutzes hat wesentlich zugenommen und ist zum Kriterium des zwischen- und innerstaatlichen Handelns geworden.

Die Europäische Union als Internationale Organisation liegt innerhalb dieser Integrationstendenz. Die Gründungsverträge sind auf unbestimmte Zeit geschlossen und drücken damit den Willen aus, der Organisation einen dauerhaften Charakter zu verleihen. Darin äußert sich der souveräne Wille der Gründungsstaaten: Die EG/EU-Organen bekommen Befugnisse in bestimmten Bereichen und verwirklichen den an sie übertragenen souveränen Willen der Mitgliedstaaten. Durch direkte Wirkung und Vorrang in den innerstaatlichen Ordnungen bekommen die europäischen Normen einen dauerhaften Charakter. Die Mitgliedstaaten erkennen durch diese Übertragung den eigenen Willen der Organisation an und schaffen eine beständige integrative Rechtsordnung. Art. 1, Abs. 2 der EUV erklärt eine immer engere Union der Völker Europas zum Ziel und bestätigt die Europäischen Gemeinschaften als Grundlage der Union (Art. 1, Abs. 3); laut Art. 2, Abs. 1 achtet die Union auf die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und seine Weiterentwicklung.

Ein wichtiges Merkmal der Europäischen Union, so Topornin, liegt darin, dass sie für die Lösung langfristiger Aufgaben gegründet worden sei und eine historische Perspektive habe, sie sei keine Konjunkturverbindung. Eine weitere Besonderheit liege darin, dass die Europäische Union als «Union der Völker» gegründet worden sei und nicht auf die «Konser-

---

<sup>192</sup> Levin, I.D., Suverenität (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 52ff

vierung» der Staatlichkeit der vereinten Länder ziele, sondern auf ihre Auflösung.<sup>193</sup> Damit betont Topornin die dauerhafte Zielsetzung der Europäischen Integration und ihre Grundlage in der Souveränität der Völker Europas.

### 3) Kompetenzkompetenz

Verdross beschreibt Souveränität als eine besondere Kompetenz, die die Staaten auf Grund des Völkerrechts besitzen.<sup>194</sup> Die Besonderheit dieser Kompetenz liegt in der Spezifik der völkerrechtlichen Rechtsordnung, deren Normen von den Subjekten dieser Rechtsordnung geschaffen werden. Die Staaten sind die primären, ursprünglichen Subjekte der völkerrechtlichen Rechtsordnung, die legislative Kompetenz innerhalb dieser Rechtsordnung besitzen. Diese Besonderheit der völkerrechtlichen Rechtsordnung gründet sich auf der Tatsache, dass die Staaten zueinander nicht untergeordnet sind, gemäß der Prinzipien des modernen Völkerrechts gleich sind und das gleiche Recht haben, völkerrechtliche Normen zu schaffen. Kompetenzkompetenz - also das Recht, die eigene Kompetenz durch die Änderung der eigenen Verfassungen zu ändern - sei die Hauptprärogative des souveränen Staates, so Schevzov.<sup>195</sup>

In der Europäischen Gemeinschaft bzw. in der Europäischen Union ist die Frage der Kompetenzkompetenz die Frage nach dem Verhältnis zwischen zwei Rechtsordnungen: jener der Gemeinschaft und jener der Mitgliedstaaten. Das EG-Recht genießt den Vorrang und die direkte Wirkung in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten und verleiht den Bürgern unmittelbar die Rechte und Pflichten.<sup>196</sup> Solche Rechte und Pflichten entstehen sogar aus den nicht durch die Mitgliedstaaten umgesetzten Richtlinien.<sup>197</sup> Andererseits ist die EG auf dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung gegründet: Art. 300 des EUV.

Inwieweit die Mitgliedstaaten ihre Souveränität im Rahmen einer supranationalen Organisation behalten ist eine wesentliche Kernfrage. Die Frage nach der Kompetenzkompetenz bei einem supranationalem Integrationsgrad ist die Frage danach, ob die Mitgliedstaaten

---

<sup>193</sup> Topornin, B.N., *Ewropejskoje soobschestvo: pravo i instituty* (Die Europäische Gemeinschaft: das Recht und die Institute). Moskau 1992. S. 62f

<sup>194</sup> Verdross, *Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf der Grundlage der Völkerrechtsverfassung*. Tübingen 1923. S. 35

<sup>195</sup> Schevzov, V. S., *Suwerenität v sojuznom gosudarstwe* (Die Souveränität im Bundesstaat). Moskau 1972. S. 222

<sup>196</sup> EuGH, Rs. 26/62, N.V. *Allgemeine Transport- en Expeditie Onderneming van Gend & Loos/ Niederländische Finanzverwaltung*. Slg 1963. 1

<sup>197</sup> Vgl EuGH, Rs 148/78, *Strafverfahren gegen Tullio Ratti*, Slg. 1979. 1629.

die «Herren der Verträge» bleiben. Obwohl die Integration immer verschiedene Sphären einschloss bis hin zur vollen Marktintegration (Gluharev<sup>198</sup>), der Integrationsprozess etliche Widersprüche aufzeigte (Baranovskij<sup>199</sup>) und die Gemeinschaft ihrerseits Funktionen übernommen habe, die eigentlich ureigene staatliche Kompetenzen sind (Hirsch<sup>200</sup>), so sind doch die Mitgliedstaaten nach wie vor die «Herren der Verträge». Aber die Gemeinschaft ist nicht nur durch die Gründungsverträge verfasst, hinzutreten die allgemeinen Rechtsprinzipien, insbesondere die Grundrechte, wie sie vom EuGH als Bestandteil des Gemeinschaftsrechts anerkannt sind. Dies bedeutet nicht, dass der Nationalstaat in der Europäischen Gemeinschaft in seiner Souveränität insgesamt reduziert sei, er habe vielmehr Teile abgegeben und dafür globalere Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, so Hirsch. Palienko zieht folgende Schlussfolgerung: Die Verpflichtungen, die durch einen Vertrag bestimmt seien, gründen sich auch nur auf diesen Vertrag. In dem Fall entziehe eine solche Vereinbarung von zwei formal gleichen Staaten ihnen nicht die Souveränität, es gehe um die gegenseitigen Zugeständnisse und Leistungen.<sup>201</sup>

Aber, so schreibt Levin, ein Staat verliert seine Souveränität, wenn er mittels eines Vertrages seine, für das staatliche Funktionieren nötigen, Befugnisse anders als mit der Zustimmung eines anderen Staates zu verwirklichen ablehnt. Eine solche Übertragung bedeutet den Verlust der Souveränität, weil die übertragene Befugnis nicht anders als mit der Zustimmung von allen Vertragsparteien wiederhergestellt werden kann.<sup>202</sup> Wenn ein Staat sich also, was die Erlangung und den Verlust seiner Befugnisse angeht, von einem anderen Staat abhängig macht, dann verliert er seine Souveränität. Wenn er aber das Austrittsrecht aus dem Verbund oder der Internationalen Organisation behält, geht die Souveränität nicht verloren, weil der Staat nicht von der Entscheidung der anderen abhängig ist.

<sup>198</sup> Siehe *Gluharev, L.I.*, *Ewropejskije soobschestva v poiskah nowoj strategii* (Die Europäischen Gemeinschaften auf der Suche nach der neuen Strategie). Moskau 1990. S. 59

<sup>199</sup> *Baranovskij, V. G.*, *Ewropejskoje soobschestwo v sisteme mezdunarodnyh otnoshenij* (Die Europäische Gemeinschaft im System internationaler Beziehungen). Moskau 1986. S. 38

<sup>200</sup> *Hirsch, G.*, Die Kompetenzen des EuGH als «Verfassungsgericht» der EU in: *Rechtsfragen in der Anwendung Amsterdamer Vertrages*, *Hummer* (Hrsg.). 2001. S. 78f

<sup>201</sup> *Palienko, N.I.*, *Suwerenitet: istoricheskije razvitije idei suwereniteta i ego znachenije* (Die Souveränität: historische Entwicklung der Souveränitätsidee und ihre rechtliche Bedeutung). Jaroslavl 1903. S. 397ff

<sup>202</sup> *Levin, I. D.*, *Suwerenitet*. S. 76f

iv) *Potentiell exklusiv*

Die Gewalt an sich kann zur Definition eines Staates dienen, bloß, so Trubetskoj, müssen die Unterschiede zwischen der staatlichen Gewalt und der Gewalt anderer Vereine und Institutionen festgestellt werden. Das Hauptmerkmal eines Staates sei die selbstständige und exklusive Gewalt innerhalb eines Gebietes.<sup>203</sup>

Die Exklusivität der souveränen Gewalt liegt darin, dass der Souverän keine andere höhere Gewalt anerkennen muss. Das nennt Schwarzenberger negative Souveränität.<sup>204</sup> Teps vertritt dieselbe Meinung: Die Souveränität sei in ihrem Wesen die unabhängige staatliche Macht, die einer anderen staatlichen Macht nicht untergeordnet sei.<sup>205</sup> Jeder Staat kann von seinen Rechten, die der vollen Souveränität eigen sind, Gebrauch machen und andere Staaten seien verpflichtet, diese Rechte zu respektieren und sich nicht in ihre Realisierung einzumischen, so Lukaschuk.<sup>206</sup>

Damit korrespondiert die positive Souveränität mit der Handlungsfreiheit eines Staates.<sup>207</sup> Der Staat verfügt über die höchste Gewalt innerhalb seines Gebietes und über Unabhängigkeit in den internationalen Beziehungen mit anderen Staaten.

Negative und positive Souveränität nennt Lukaschuk *volle Jurisdiktion*: Die volle Jurisdiktion bedeutet die Macht eines Staates, ein Verhalten vorzuschreiben, und die Realisierung dieser Vorschriften mit rechtmäßigen Mitteln zu gewährleisten.<sup>208</sup> Die Jurisdiktion eines Staates werde gemäß bestimmter Prinzipien durchgeführt: dem territorialen Prinzip; dem Prinzip der Bürgerschaft; dem «passiven personalen Prinzip», das staatliche Macht auch auf Ausländer im Ausland ausweitet. Hier geht es um internationale Strafrechtsfälle, die an der Kreuzung von staatlichen Interessen, Sicherheitsprinzipien und Ausländerrechten stehen, so Lukaschuk.

Die Exklusivität der souveränen Gewalt wird historisch erweitert oder einschränkend ausgelegt. Das absolute exklusive Höchststellung als theoretische Auffassung der Souveränität spielte in der Zeit des Absolutismus eine organisierende Rolle, da es die nationale Selbst-

<sup>203</sup> Trubetskoj, E.N., Enzyklopedija prava (Enzyklopädie des Rechts). Sankt-Petersburg 1998. S. 211

<sup>204</sup> Schwarzenberger, The Forms of Sovereignty // Current Legal Problems (Zeitschrift) 1957. S. 264

<sup>205</sup> Teps, D., Konceptualnyje osnovy federalizma (Die konzeptuellen Grundlagen des Föderalismus). Sankt-Petersburg. 2002. S. 65

<sup>206</sup> Lukaschuk, I.I., Mezhdunarodnoje pravo. Obschaja tchastj (Das Völkerrecht. Allgemeiner Teil). Moskau 1997. S. 298.

<sup>207</sup> Vgl. Problemy suvereniteta v Rossijskoj Federazii (Die Probleme der Souveränität in der Russischen Föderation). Moskau 1994. S. 4

<sup>208</sup> Lukaschuk, I.I., Mezhdunarodnoje pravo. Obschaja tchastj (Das Völkerrecht. Allgemeiner Teil). S. 298



bestimmung begründete. Das Völkerrecht der späteren Zeitperioden, vor allem das moderne Völkerrecht nach der Gründung der UNO, hat sich als System der allgemeinen Prinzipien und Gleichgewichte entwickelt, was - mit anderen Worten - die vorrangige Stellung der völkerrechtlichen Rechtsordnung selbst und ihrer allgemeinen Normen bedeutete. Dies hat zur Folge, dass die souveränen Staaten unter Achtung der völkerrechtlichen Normen handeln müssen und dass die Exklusivität ihrer Gewalt durch die Hauptprinzipien des Völkerrechts begrenzt ist. Die Souveränität sei die Macht, die durch das Recht begrenzt ist, so Jellinek.<sup>209</sup> Nicht alle Normen des Völkerrechts haben gleichrangige Wirkung: Als Kern des völkerrechtlichen Systems gelten in der russischen Rechtslehre seine Hauptprinzipien, die bindende Wirkung für die Subjekte des Völkerrechts haben, Talalaev.<sup>210</sup> Die souveränen Staaten bleiben *potenziell exklusiv*, binden sich aber rechtlich durch die selbst geschaffenen völkerrechtlichen Normen. Die Theorie der absoluten Souveränität steht im Widerspruch zu der vorrangigen Stellung des Völkerrechts. Die integrative Wirkung des Völkerrechts ist nicht mit der absoluten Unabhängigkeit eines Staates in den zwischenstaatlichen Beziehungen vereinbar. Das moderne Völkerrecht selbst spielt eine wichtige integrative Rolle, da es imperative allgemeine Prinzipien enthält und dadurch alle Staaten zu einem bestimmten Verhalten verpflichtet. Die Autonomie der souveränen Macht, so Müller-Wewel,<sup>211</sup> vor allem die Verfassungsautonomie als «besondere Ausprägung der Souveränität des Staates», sei viel wesentlicher für den Begriff der Souveränität und der Unabhängigkeit.

Eine wissenschaftliche Theorie der Souveränität kann nur auf Grund des Verhältnisses zwischen dem Inhalt der Souveränität und ihrem juristischen Ausdruck geschaffen werden. Ob ein Staat tatsächlich absolut unabhängig sein kann, ist auch eine politische und praktische Frage. Die Position eines Staates im internationalen Leben bedeutet Beziehungen mit anderen gleich souveränen Staaten und die Berücksichtigung ihrer Interessen, ansonsten wären zwischenstaatliche Beziehungen *faktisch* nicht möglich.

<sup>209</sup> Jellinek, G., *Prawo sovremennogo gosudarstva* (Das Recht des modernen Staates). Moskau 1908. S. 352

<sup>210</sup> Talalaev, A.N., *Prinzipy i normy* (Die Prinzipien und Normen) in: *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau 1999. S. 75, S. 77-89, siehe dazu: *Lukaschuk, I. I.*, *Funkcionirovanije mezdunarodnogo prava* (Das Funktionieren des Völkerrechts). Moskau 1992; *Aleksidze L. A.*, *Hekororyje voprosy teorii mezdunarodnogo prava. Imperativnyje normy (jus cogens)* (Ausgewählte Fragen der Theorie des Völkerrechts. Die imperativen Normen (jus cogens)). Tbilisi 1982.

<sup>211</sup> Müller-Wewel, A., *Souveränitätskonzepte im allgemeinen Völkerrecht*. Frankfurt am Main. 2003. S. 206

## II. Rechtssouveränität und staatliche Souveränität Der Begriff der Unabhängigkeit

Die Zusammenfassung des Staatlichkeitsbegriffes hat weitgehend zwei unterschiedliche Komponenten: eine faktisch-politische und eine rechtliche Komponente. Diese beiden müssen im Zusammenhang untersucht werden, da jeder einzelne Staat sowohl durch die Verfassung und völkerrechtliche Verpflichtungen, als auch durch die faktischen machtpolitischen Verhältnisse definiert wird. Diese zwei Seiten sind besonders zu beachten in den Zeiten zunehmender Integration.

Die Rechtssouveränität bezieht sich auf die rechtliche Handlungsfreiheit eines Staates und seiner Gebundenheit an die Normen des Völkerrechts.

Die staatliche Souveränität wird als politische Souveränität verstanden.

Diese Unterteilung führt generell zur Diskussion der substantiellen und formalen Sichtweisen bei der Ausübung der Rechte in Integrationsverbindungen, u. a. in der Europäischen Union. In der Literatur werden unterschiedliche Meinungen dazu geäußert: Zusammenfassend stellt Müller-Wewel fest, dass nach der stärker auf formale Kriterien abstellenden Variante die rechtliche Souveränität durch eine völkerrechtliche Bindung nicht betroffen werde, solange eine völkerrechtliche Möglichkeit bestehe, sich von den vertraglichen Bindungen wieder zu lösen; die andere Meinung bezieht stärker die materiellen Kriterien ein und hält bestimmte Verträge für souveränitätsbeeinträchtigend; dazu gehören neben den ungleichen Verträgen auch die Bindung an *jus cogens* ein und Beitritt in eine supranationale Organisation.<sup>212</sup>

In der Souveränitätstheorie von Bodin erhaltene Absolutheit bedeutet nicht die rechtliche Schrankenlosigkeit, denn Bodin erkennt die Bindung des Herrschers an das Göttliche und das natürliche Gesetz an. Die *summa potestas* bedeutet nach Bodin zwar die Freiheit von der *lex* anderer Herrscher, schließt aber eine Bindung an Recht nicht aus. Dies bedeutet nicht nur eine Relativierung der Souveränität im Innenverhältnis, sondern auch im Verhältnis zu den anderen Staaten.<sup>213</sup> Der Kelsenischen Theorie nach kann die Souveränität oder die exklusive höchste Gewalt sowohl absolut, als auch relativ verstanden werden, je nachdem, ob man über die Rechtssouveränität oder über die staatliche Souveränität spricht, da für Kelsen die Grundnorm, das Recht, an der Spitze der völkerrechtlichen Rechtsordnung steht und die komplette Rechtsordnung rechtfertigt und bestimmt und dadurch absolute souveräne Eigenschaften bekommt. Die staatliche Souveränität dagegen kann nur relativ verstanden werden,

---

<sup>212</sup> Müller-Wewel, A., Souveränitätskonzepte im geltenden Völkerrecht. S. 190f

<sup>213</sup> Mehr dazu siehe: Müller-Wewel, A., Souveränitätskonzepte im geltenden Völkerrecht. S. 31ff

weil sie durch das Vorhandensein anderer gleichstehender souveräner Staaten und den Vorrang des Völkerrechts relativiert wird.

Die Unabhängigkeitsanspruch ist insofern unter zwei Gesichtspunkten zu behandeln: Einerseits ist die historische, tatsächliche Komponente zu beachten, nämlich dass der Unabhängigkeitsanspruch und der daraus entstandene Souveränitätsbegriff aus dem Gegensatz des Staates zu anderen Mächten im Mittelalter und aus der absoluten Königsgewalt im 16. Jahrhundert entstanden. Die Souveränität bedeutete politische Unabhängigkeit, die sich in der normativen Rechtsordnung widerspiegelte. Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die heutige integrative Entwicklung, dass eine absolute politische oder wirtschaftliche und technische Abgrenzung unmöglich ist und dass die Verflechtung im internationalen Leben immer stärker wird. In der heutigen wechselseitig abhängigen Welt, bei dem vorhandenen Integrationsgrad und der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ist eine absolute wirtschaftliche, politische und rechtliche Unabhängigkeit in den internationalen Beziehungen undenkbar.

Es stellt sich daher die nächste Frage, wie man diese historische Entwicklung bewerten soll. Bedeutet die relative Unabhängigkeit noch Souveränität? Kann man Souveränität als dynamisches Konzept betrachten? Dieser zweite Gesichtspunkt hat mit der rechtlichen Komponente der Souveränität zu tun. Man muss die Frage beantworten, ob auch in den Zeiten des Absolutismus eine vollkommene Souveränität überhaupt möglich war. Umso fraglicher wird die vollkommene Unabhängigkeit in einer Zeit der Integration, Globalisierung und intensiven rechtlichen Verflechtung und dem Vorhandensein allgemeiner Menschenrecht- und Rechtsstaatsstandards.

## **B. Souveränität als historischer Begriff**

Zusammenfassend aus den schon erwähnten Definitionen und Untersuchungen aus der Integrationsforschung soll betont werden, dass die **Souveränität** als die grundlegende Definition eines Staates eine historische Definition ist. Sie ändert sich mit der Entwicklung des Staates und der internationalen Beziehungen. Die historische Entwicklung der Souveränität steht in einem objektiven Zusammenhang mit der Dynamik der Integrationsformen. Je stärker die zwischenstaatliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit ist, desto stärkere Integrationsformen werden von den Staaten gewählt, um dieser Zusammenarbeit gerecht zu werden, und desto offener werden die Souveränitätsgrenzen verstanden.

In der Geschichte der staatlich organisierten Gesellschaft wird der Begriff «Souveränität» unterschiedlich aufgefasst. In der Zeit der absoluten Monarchie wurde die Souveränität als absolute Hoheitsgewalt verstanden. Eine ihrer Merkmale war die völlige Freiheit des Souveränitätsträgers. Die ersten demokratischen Verfassungen haben die Unteilbarkeit der Souveränität gefestigt, so wie die französische Verfassung von 1791. Später wurde unter Souveränität eine bestimmte Eigenschaft der Staatsgewalt verstanden, so Jellinek, der in der Souveränität nicht die «Unbeschränktheit», sondern die Fähigkeit einer unabhängigen staatlichen Gewalt sah, über sich selbst zu bestimmen.<sup>214</sup>

Bei der Untersuchung des Souveränitätsbegriffs muss man die historische Bestimmtheit sowie die Mischung politischer und rechtlicher Aspekte des Begriffs berücksichtigen. Der Gebrauch des Begriffs «Souveränität» in der sowjetischen Rechtswissenschaft und seine inhaltliche Aufladung in der Zeit nach der Oktoberrevolution, nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Zeit des Kalten Krieges macht deutlich, dass der Begriff eine entscheidende Rolle in der politischen Auseinandersetzung gespielt hat. Korovin kritisiert die «Dämmerung des Staates», die die Rechtswissenschaftler im Westen propagieren und die klassischen Souveränitätsbegriffe, die der modernen Entwicklung des Begriffs nicht entsprechen würden.<sup>215</sup> Die Selbstbestimmung der Nation als politischer Brennpunkt spielte eine wesentliche Rolle nach der Oktoberrevolution. Der sowjetische Staat und die europäischen Staaten füllten die Begriffe der Souveränität und Selbstbestimmung mit wesentlich unterschiedlichen Inhalten, so Korovin. In dem die europäische Entwicklung sich in Richtung einer Verringerung der Souveränität und Verstärkung der gegenseitigen Verflechtung bewegt, sei Russland angehalten, die klassische Souveränitätsdoktrin zu verteidigen, um seine eigenen Grenzen schützen zu können.<sup>216</sup> Schroeder analysiert die Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie und stellt fest, dass die Staats- und Souveränitätsbegriffe wichtige Bereiche der Ideologie darstellen.<sup>217</sup> Lenins Staatsauffassung betont vier Merkmale: der institutionelle Charakter (der Staat als Organ, ein Apparat); der gewalttätige Charakter (die Hauptfunktion des Staates sei Anwendung von Gewalt und Zwang); der disharmonische, disintegrative Charakter (Staat als Instrument für die Unterdrückung ein Teil der Bevölkerung). In den sechziger Jahren wurde der Staat als «Volksorganisation der Werktätigen» aufgefasst und hiermit sei die

---

<sup>214</sup> Jellinek, G., Allgemeine Staatslehre. Sankt-Petersburg 1908. S. 352

<sup>215</sup> Korovin, E.A., Mezhdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni (Das Völkerrecht der Übergangszeit). 34ff

<sup>216</sup> Korovin, E.A., Mezhdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni (Das Völkerrecht der Übergangszeit). S. 43f

<sup>217</sup> Schroeder, F.-Ch. Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. München. Beck. 1979. S. 13ff.

Souveränität dem Volk genommen und den Organen der Staatsgewalt übertragen worden.<sup>218</sup> Tunkin schreibt, dass der sozialistische Staat, der sich in seinem Klassenwesen vollkommen von den davor bestehenden Staaten unterscheide, neue Prinzipien in die internationalen Beziehungen einführe und qualitativ neue Ideen in Praxis und Theorie des Völkerrechts einbrachte.<sup>219</sup>

Die inhaltlichen Veränderungen in der staatlichen Befugnissen werden durch die Änderungen in der Staatsfunktionen, die Änderungen in der Tätigkeitsformen des Staates und die Änderungen des Wesens der internationalen Beziehungen verursacht. Dies alles wirkt auf die konkrete Ausübung der Souveränität ein. Die Ausübung der Staatssouveränität kann auch durch die Gründung einer Internationalen Organisation verwirklicht werden.

Große Aufmerksamkeit wurde dem Problem des Souveränitätsträgers zuteilt, Rousseau führte die Theorie der Volkssouveränität ein, Hegel beschäftigte sich mit der Staatssouveränität und die französische Rechtsschule entwickelte die Theorie der Souveränität der Nation. Kelsen verkündete «die Rechtssouveränität». Sie ist insoweit wichtig, als sie als Kriterium bei der Betrachtung der Integrationsdynamik und Übertragung souveräner Rechte dient: der Souveränitätsträger entscheidet letztendlich über die Übertragung souveräner Rechte und hat Kompetenzkompetenz inne. Das Legitimationsproblem oder letztlich das Problem des Souveränitätsträgers im Zusammenhang von Integration und Souveränität ist von besonderer Bedeutung und muss genauso wie die Dynamik der Souveränität im Zeitalter der Globalisierung auf Grund der systematischen Charakteristika der Völkerrechtsordnung erörtert werden.

Korovin kritisierte zeitgenössische Auffassungen von Souveränität als nicht übereinstimmend mit den modernen völkerrechtlichen Bedingungen: die Bodinische Tradition kennzeichnet Souveränität als «summa potestas» und verweist auf die Unbeschränktheit der souveränen Gewalt (unbeschränkte Monarchie – unbeschränktes Volk – unbeschränkter Staat), während für die moderne Situation eine wechselseitige Abhängigkeit charakteristisch sei. Viel aktueller – Korovins Auffassungen nach – sind die Definitionen, die ein spezifisches Merkmal der Souveränität in ihrer «Urwüchsigkeit», in ihrem ursprünglichen Charakter sehen. Die Wurzeln der Souveränität und der Entstehung der staatlichen Gewalt liegen danach in der Selbstbestimmung der Nation.<sup>220</sup>

---

<sup>218</sup> *Schroeder, F.-Ch.* Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. S.30ff.

<sup>219</sup> *Tunkin, G. I.*, *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 1ff

<sup>220</sup> *Korovin, E. A.*, *Mezhdunarodnoje pravo perehodnogo wremeni* (Das Völkerrecht der Übergangszeit). Moskau- Sankt-Petersburg. S. 35f

Levin spricht von einer geschichtlichen Entwicklung und Veränderung mancher staatlichen Funktionen, so z. B. kann sich infolge der Entwicklung der völkerrechtlichen Organisationen die militärische Funktion eines Staates auf die Teilnahmepflicht an kollektiven Maßnahmen gegen einen Aggressor reduzieren.<sup>221</sup>

Die wirtschaftliche und politische Verflechtung und die Integrationsentwicklung führen dazu, dass neue Definitionen gefunden werden müssen, die dem aktuellen Stand entsprechen.

Schurschalov schrieb, dass die Internationalen Organisationen als eine der Realisierungsmöglichkeiten von Hoheitsrechten auftreten.<sup>222</sup>

Jaschenko findet das besondere Merkmal einer Föderation nicht in der Souveränität der zentralen Gewalt oder der Souveränität der einzelnen Staaten, sondern darin, dass die Souveränität zur «synthetischen» Untrennbarkeit der zentralen und lokalen Gewalten gehöre.<sup>223</sup>

Arnold verwendet den Begriff der «supranationalisierten Staatlichkeit» oder «offenen Staatlichkeit».<sup>224</sup>

Die historische Bedeutung des Souveränitätsbegriffes liegt darin, dass die Untersuchungen unter dem geschichtlichen Blickwinkel dessen wesentlichen Kern herausstellen und somit dessen mögliche Realisierungsformen. Als unveräußerliche Eigenschaft eines Staates ist die Souveränität eine obligatorische Voraussetzung seiner völkerrechtlichen Persönlichkeit und dadurch ist sie für seine Position in den internationalen Beziehungen unentbehrlich. Der Begriff der Souveränität verändert sich in der Zeit einer starken Integrationsentwicklung. Unter anderem werden die Definition der staatlichen Rechtspersönlichkeit und folglich die Grenzen der Souveränität revidiert. Die qualitative absolute Machtvollkommenheit eines Staates wird in Zusammenhang mit der Wirkung von modernen völkerrechtlichen Bedingungen gebracht. Wie Levin schrieb, gab es immer die Grenzen der Souveränität: sie wurden von den wirtschaftlichen Bedingungen, von der internationalen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und moralisch- politischen Forderungen der Zeit bestimmt. Diese Grenzen verschieben sich mit der Änderung der oben genannten Faktoren.<sup>225</sup>

---

<sup>221</sup> Levin, I. D., Suverenitet (Die Souveränität). S. 74ff

<sup>222</sup> Schuschrarov, V.M., Mezhdunarodnyje pravoотношения (Die völkerrechtlichen Rechtsverhältnisse). Moskau 1973. S. 66

<sup>223</sup> Jaschenko, A. S., Teorija federalizma: Opyt sinteticheskoi teorii gosudarstva i prava (Die Theorie des Föderalismus: der Versuch der synthetischen Theorie des Rechts und des Staates). 1912. S. 319ff

<sup>224</sup> Arnold, R., Formen neuer Staatlichkeit in der Europäischen Union, in: Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel, Oberreuter/M. Piazzoli (Hrsg.), München 2001. S. 119-130

<sup>225</sup> Levin, I. D., Suverenitet (Die Souveränität). S. 7

Die rechtliche Betrachtungsweise der Souveränität liegt im Kontext der gesamten Rechtsordnung und ist mit der Besonderheiten der völkerrechtlichen Rechtsordnung verbunden. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu beantworten, ob Souveränität *absolut* oder *relativ* zu begründen ist.

### **C. Souveränität im systematischen Bezug zur Integration**

Die systematische Behandlung des Souveränitätsbegriffes und der integrativen Entwicklung in der Form einer Organisation zielt primär auf die Frage ab, ob die Mitgliedstaaten «die Herren der Verträge» bleiben, weil dann die Frage beantwortet wird, ob ein Staat noch als Subjekt der souveränen Willens existiert oder ob das durch einen Vertrag gegründete Gebilde unabhängig vom Gründungsvertrag wird.

Die Russische Rechtslehre behandelt den Zusammenhang zwischen Integration und Souveränität innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung als Gegensatz von souveränen (primären) und sekundären Subjekten des Völkerrechtes.<sup>226</sup>

Hierbei sind mehrere Faktoren zu beachten:

- die Dauerhaftigkeit der Organisation und die Möglichkeit, den Gründungsvertrag zu beenden;
- das Austrittsrecht der Mitgliedstaaten;
- das Entscheidungsverfahren in der Organisation (Einstimmigkeit oder Mehrheitsentscheidungen);
- Beibehaltung der Hoheitsrechte (welche Kompetenzen werden an die Internationale Organisation übertragen, welche behält der Staat, dieser Punkt stellt eine besondere Schwierigkeit dar, da er mit der Frage verbunden ist, ob eine Übertragung einen Verlust des Rechtes bedeutet oder ob der Staat sein souveränes Recht behält).

Souveränität dient als Hauptkriterium für die Unterscheidung zwischen primären und sekundären Subjekten des Völkerrechts und andererseits streckt sich auf Innen- und Aussenangelegenheiten eines Staates, also ist Souveränität für die Völkerrechts- und Innenstaatliche Rechtsordnungen relevant.

---

<sup>226</sup> Siehe dazu: *Schibaeva, E. A.*, Prawo mezdunarodnyh organizacij. Voprosy teorii (Das Recht Internationaler Organisationen. Theoretische Fragen) Moskau 1986

Für das Verständnis des Zusammenspiels der Integrationsentwicklung und der Souveränität ist das Verhältnis zwischen Völkerrecht und innerstaatlichem Recht von Bedeutung, weil Integration in den zwischenstaatlichen Beziehungen unmittelbar die äußere Souveränität und die innere Sphäre eines Staates beeinflusst. Der Zusammenhang zweier Rechtsordnungen kann die Änderungen der Souveränität im Zeitalter der Globalisierung erklären. Es wird traditionell zwischen dualistischen und monistischen Theorien unterschieden.

## **I. Monistische und dualistische Konzeptionen**

### **1. Monistische Konzeptionen**

«Die monistische Theorie begreift das gesamte Recht als einheitliches System.<sup>227</sup>» Es wird zwischen Monismus mit Völkerrechtsprimat (Kelsen, Verdross) und Monismus mit Primat des Staatsrecht (Bergbohm, Zorn) unterschieden.

Innerhalb von monistischen Konzeptionen, so wie in der von Kelsen, wird ein Staat als souverän beschrieben, weil er die völkerrechtliche Unmittelbarkeit besitzt und durch völkerrechtliche Delegation die höchste Gewalt. Kelsen definiert Souveränität als die höchste rechtliche Instanz oder Kompetenz eines Staates, die nur auf Grund des Völkerrechts beschränkbar ist.<sup>228</sup> Verdross definiert Souveränität als «besondere Kompetenz, die die Staaten auf Grund des Völkerrechts besitzen».<sup>229</sup>

Die andere monistische Konzeption behandelt das Völkerrecht als «außenstaatliches Recht», dessen Normen ihre Gültigkeit in dem innerstaatlichen Recht haben.<sup>230</sup> Solche Konzeptionen sind in der Hegelischen Staatstheorie verwurzelt und entsprechen der Entwicklung des Völkerrechts im 19. Jahrhundert und der vorrangigen Stellung des Nationalrechts. Da es kein Völkerrecht als zwischenstaatliches Recht gab, bekam die Souveränität einen absoluten Charakter. «Auf der Grundlage absoluter Souveränität kann es also im zwischenstaatlichen Verkehr keine Verbindlichkeit, also kein Recht geben».<sup>231</sup> Die Konsequenz daraus ist nämlich folgende: die staatliche höchste Gewalt besteht darin, dass «der Staat rechtlich keinen anderen

<sup>227</sup> Dazu ausführlich: *Gloria, C.*, Völkerrecht und Landesrecht in: *Ipsen, K.*, Völkerrecht. 3. Auflage. München. SS.1071-1109

<sup>228</sup> *Kelsen, H.*, The Principle of Sovereign Equality of States as a Basis for International Organisation, Yale Law Review, 53. Bd. 1944. S. 208

<sup>229</sup> *Verdross, A.*, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf der Grundlage der Völkerrechtsverfassung. Tübingen 1923. S. 35

<sup>230</sup> *Zorn, A.*, Grundzüge des Völkerrechts. Leipzig 1903. S. 8 f.

<sup>231</sup> *Koppensteiner, H.*, Europäische Integration und das Souveränitätsproblem. Baden-Baden. Bonn 1963. S. 35.



Bindungen unterliegt als den durch das Völkerrecht stipulierten» und dass die Souveränität nur relativ zu sehen ist.

## 2. Dualistische Konzeptionen

Die dualistische Theorien akzeptieren die Existenz von zwei von einander wesentlich verschiedenen, aber nicht einander unterstellten Rechtsordnungen.<sup>232</sup> Das Völkerrecht und das Landesrecht sind zwei Rechtskreise, die in ihrer Zuständigkeiten, Verfahren, Personenkreisen unterschiedlich sind, laut Triepel. Diese zwei Rechtsordnungen sind streng zu trennen. Die gemäßige dualistische Schule erkennt den gegenseitigen Einfluß von den beiden Rechtskreisen<sup>233</sup>. Das Völkerrecht und das nationale Recht hängen derart zusammen, dass die Gültigkeit der Normen einer Rechtsordnung von den Normen der anderen abhängig ist. Es stellt sich dann die Frage, welche Rechtsordnung primär ist. Alle dualistische Konzeptionen haben die Frage zu beantworten, welche Rechtsordnung den Vorrang in einem Kollisionsfall hat: ob die Geltung eines staatlichen Gesetzes von einer völkerrechtlichen Norm abhängt oder eine völkerrechtliche Norm nur so lange gültig ist, so lange sich der Staat auf Grund seiner innerstaatlichen Ordnung verpflichten will.

Die russische Rechtsschule vertritt im Allgemeinen die dualistische Konzeption<sup>234</sup> und definiert sich selbst als auf dem Vorrang des Völkerrechts gründende dualistische Schule. Diese Konzeption beruht auch auf dem in der Verfassung der Russischen Föderation verankerten Prinzip des Vorranges der völkerrechtlichen Verpflichtungen vor der innerstaatlichen Gesetzen (Art.15 der Verfassung der Russischen Föderation von 1993).

Diese historisch begründete Konzeption basiert auf der vorrangigen Stellung von dem im Statut der Vereinten Nationen festgelegten, Vorrang des Völkerrechts (*jus cogens*). Das Völkerrecht verpflichtet die Staaten und die Durchführung dieser völkerrechtlichen Verpflichtungen wird mit Mitteln des Staatsrecht gewährleistet.

Nach der Meinung von Lukaschuk spiegelt die dualistische Konzeption das Verhältnis zwischen dem Staatsrecht und dem Nationalrecht in richtiger Weise wieder. Der Zusammenhang zwischen den beiden Konzeptionen muss besonders betont werden, wie auch der zunehmende Einfluss des Völkerrechts auf das nationale Recht.<sup>235</sup>

<sup>232</sup> Triepel, H., Völkerrecht und Landesrecht. Leipzig 1899. S. 111.

<sup>233</sup> Mehr dazu: Gloria, C., Völkerrecht und Landesrecht S. 1074.

<sup>234</sup> Vgl. Kurs mezdnunarodnogo prava (Der Kurs des Völkerrechts). In 7.Bänder. Moskau. Band 1. 1989.

<sup>235</sup> Lukaschuk, I. I., Mezdnunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). S. 220 ff.

Die völkerrechtlichen und innerstaatlichen Rechtsordnungen hängen zusammen und ihr gegenseitiger Einfluss wird in der Zeit der Integration und zunehmender Verflechtung der internationalen Beziehungen immer wichtiger. Als eine der wichtigsten Charakteristika des Rechtsstaates bezeichnet Lukashuk die rechtmäßige Außenpolitik als Ausdruck einer Gemeinsamkeit von außenpolitischer und innerstaatlicher Gesetzlichkeit.<sup>236</sup> Das bedeutet, dass die außenpolitische Unabhängigkeit eines Staates nicht absolut verstanden werden kann, sondern vielmehr mit seiner innerstaatlichen Ordnung zusammenhängt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung der Menschenrechte gehören zu den Grundlagen eines modernen Staates und bestimmen seine Außenbeziehungen.

Es gibt Sonderfälle des Zusammenhanges zwischen Völker- und Staatsrecht. Dazu gehören an erster Stelle die Friedensverträge von 1947, die einen Einfluss auf das innerstaatliche Recht vorsehen. Diese Besonderheit hängt mit der Wichtigkeit der Friedenssicherung und dem Verbot des Krieges zusammen. Ein anderer Fall stellt die Europäische Union dar: eine integrative Rechtsordnung, innerhalb derer die völkerrechtlichen Normen Teil der innerstaatlichen Rechtsordnungen geworden sind.

## **II. Das Völkerrecht als System**

Die Rechtsnatur der Integration im Bezug auf Souveränität lässt sich auf Grund der spezifischen Charakteristika des völkerrechtlichen Systems feststellen. Systematisch gesehen müssen die souveränitätsrelevanten Aspekte bezüglich Integration im Zusammenhang mit Definitionscharakteristiken des Völkerrechts erörtert werden, weil die Integration eine der Formen der zwischenstaatlichen Daseins darstellt.

Die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der Staaten veranlasste die Veränderungen der staatlichen Souveränität neu zu erforschen. Viele russische Wissenschaftler sind der Meinung, dass jedes neue Phänomen in den internationalen Beziehungen systematisch mit der Hilfe rechtstheoretischer Begriffe erörtern werden muss, damit man auch diese Begriffe unter den neuen Umständen präzisieren kann und die Besonderheit des Völkerrechts als flexibles System darstellen kann.

Tchernitchenko schreibt z. B. folgendes: «unter dem Einfluss von schwerwiegenden Änderungen in der heutigen Welt, Integrationsprozessen und Globalisierung besteht die

---

<sup>236</sup> *Lukashuk, I. I., Mezhdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht) S. 219.*

Gefahr, die grundlegende Begriffe des Völkerrechts ohne Grund umzudeuten. Das Völkerrecht ist sicherlich ein lebender Organismus und kein Schema, man muss es immer als ein funktionierendes System betrachten, vor allem als das System der Normen in ihrer praktischen Anwendung. Die Besonderheit des Völkerrechts kann nur zusammen mit dem Völkerrecht als sozialem Phänomen verschwinden. Solange die Welt aus verschiedenen Gesellschaften besteht, die als Staaten in Aktion treten, werden die typischsten Charakteristiken des Völkerrechts als *zwischenstaatliches Rechts* erhalten bleiben, und dementsprechend werden die Grundbegriffe des Völkerrechts ihre Bedeutung behalten».<sup>237</sup>

Die Rechtsnormen und Rechtsverhältnisse im Völkerrecht haben eine gewisse Spezifik, so Schurschalov<sup>238</sup>. Im Landesrecht das Hauptgesetzgebungsprozeß sei Verabschiedung eines Gesetzes. Innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung gibt es kein gesetzgebendes Organ. Andererseits hat kein Staat praktische Möglichkeit, alleine die internationale Fragen zu lösen. Dies sei objektiv, so Schurschalov.

Die Definition des Völkerrechts als besonderer Rechtsordnung, die sich vom nationalen Recht unterscheidet, gründet sich auf das Vorhandensein souveräner Staaten geprägt durch eine Gesetzmäßigkeit der modernen internationalen Beziehungen im Sinne von:

1. Rechtsstellung des Subjektes im Völkerecht;
2. Bestimmung des Objektes der rechtlichen Regulierung;
3. Besonderheit der Gesetzgebung im Völkerrecht;
4. Frage nach der Durchsetzung völkerrechtlicher Normen.

Alle diese Besonderheiten erlauben es, das Völkerrecht als Spezialgebiet zu definieren. Bobrov beachtet die Kriterien, die das Völkerrecht von jedem Gebiet des nationalen Recht unterscheiden und ist der Meinung, dass die objektive Grundlage jeder völkerrechtlichen Norm sich als eine Kombination aus der staatlichen Teilung der Gesellschaft und dem immer wieder sich entwickelnden Bedarf von getrennten Einheiten (Staaten) nach interstaatlichen Beziehungen erweist. Die selbständige Existenz der Staaten und ihre wachsende Tendenz zum wechselseitigen Zusammenhang seien zwei Seiten der staatlichen Stellung zueinander und zusammen die Voraussetzungen für die Existenz des Völkerrechts an sich.<sup>239</sup>

<sup>237</sup> Tchernichenko, S. V., *Mezdunarodnoje pravo: aktualnyje teoreticheskiye problemy* (Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Probleme). Moskau 1993. S. 6 f.

<sup>238</sup> Schurschalov W.M., *Mezdnunarodnyje prawootnoschenija* (Die Rechtsverhältnisse). Moskau. 1971.S.16 f.

<sup>239</sup> Bobrov, R.L., *Osnovnyje problemy teorii mezdnarodnogo prava* (Die Hauptprobleme der Theorie des Völkerrechts). Moskau 1968. S. 5

Diese zwei Charakteristika der zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen die Entwicklung der Integrationsformen: Je stärker der Bedarf nach Kooperation und nach einer gemeinsamen Lösung von globalen Problemen ist, desto stärker ist die Integrationsform, desto mehr Kompetenzen werden auf die Ebene der Internationalen bzw. supranationalen Organisation übertragen.

## 1. Rechtsstellung des Subjektes im Völkerrecht

Das Völkerrecht ist eine Rechtsordnung, die durch eine bestimmte Rechtsstellung ihrer Subjekte gekennzeichnet ist. Bestimmte Merkmale machen die in den internationalen Beziehungen handelnden Einheiten zu Subjekten des Völkerrechts. Im Völkerrecht sei sein Subjekt das wesentlichste Teil des Rechtsverhältnisses, so Schurschalov<sup>240</sup>. Die Völkerrechtssubjektivität genießen nicht alle Teilnehmer internationaler Beziehungen und nicht im gleichen Maße. Korovin schreibt folgendes: es gebe keine «eingeborenen» Rechtssubjekte, keine Träger der Rechte und Pflichten schlechthin: in verschiedenen Epochen, unter unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen kann das Rechtsobjekt von gestern (Sklave) das Rechtssubjekt von heute werden. Als Rechtssubjekte können nicht nur die Staaten gelten, sondern auch Nationen, Personen und internationale Organisationen der Arbeiter. Dies bedeutet aber nicht, dass alle genannten Rechtspersonen unter sich gleich sind, denn im geltenden Völkerrecht wird die meiste Rechtsaktivität den Staaten zugeschrieben.<sup>241</sup>

In der Russischen Doktrin werden folgende Merkmale als entscheidend genannt:

- Teilnahme an der völkerrechtlichen Gesetzgebung, vor allem vertragliche Rechtsfähigkeit;<sup>242</sup>
- die Möglichkeit, internationale Immunität und Privilegien zu haben;<sup>243</sup>
- das Recht auf diplomatische Vertretung (aktive und passive);
- die Fähigkeit, international unabhängig zu handeln und Völkerrechtsnormen unabhängig umzusetzen;<sup>244</sup>

<sup>240</sup> Schurschalov W.M., *Mezhdunarodnyje pravoотношения* (Die Rechtsverhältnisse).S.43

<sup>241</sup> Korovin, E. A., *Mezhdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni* (Das Völkerrecht der Übergangszeit). Sankt-Petersburg 1923. S. 34ff

<sup>242</sup> Tchernitchenko, S. V., *Litschnostj i mezhdunarodnoje pravo* (Die Person und das Völkerrecht). Moskau 1974. S. 107

<sup>243</sup> Dazu: Ganuschkin, B. D., *Diplomaticheskoe pravo mezhdunarodnyh organizacij* (Das diplomatische Recht der Internationalen Organisationen). Moskau 1972; auch: Kuznezov, S. A., *Predstaviteli gosudarstv pri mezhdunarodnah organizacijah* (Die Vertreter der Staaten bei den Internationalen Organisationen). Moskau 1980

<sup>244</sup> Ignatenko, G. V. K., *vorosu o ponjatii i klassifikazii subjektov mezhdunarodnogo prava/ Materialy konferenzii*

- die Fähigkeit, Partei vor einem Gericht zu sein.<sup>245</sup>

Nun sollen verschiedene Teilnehmer der Völkerrechtsordnung im Einzelnen betrachtet werden.

### *i) Der Staat*

Aus theoretischer Sicht muss das Vorhandensein der souveränen Staaten als eine Gesetzmäßigkeit der modernen internationalen Beziehungen behandelt werden und ist die überwiegende Form der Verwirklichung der Volkssouveränität. Die Souveränität der Hauptsubjekte des Völkerrechts - der Staaten - bestimmt alle anderen Eigenschaften des Völkerrechts voraus, so Schestakov.<sup>246</sup> Wie Levin schreibt, setzen sich das Völkerrecht und die Souveränität eines Staates gegenseitig voraus: «Das ist eine notwendige Korrelation. Souveränität bedeutet Unabhängigkeit eines Staates von anderen Staaten. Dies setzt also das Vorhandensein dieser Staaten und Beziehungen mit ihnen voraus. Dort, wo eine Beziehung vorhanden ist, muss es auch das Prinzip dieser Beziehung geben. Wenn jeder Staat eigenwillig seine Beziehungen mit anderen Staaten regelt, bedeutet eine Aufhebung sowohl des Völkerrechts wie auch der Souveränität, weil die Souveränität eines Staates völlig von dem Gutdünken eines stärkeren Staates abhängig wäre. Ein starker Staat hätte sich nur von eigenen Rechtsnormen für gebunden gehalten.»<sup>247</sup> Das moderne, Aggression und Gewaltanwendung verbietende Völkerrecht setzt insofern Souveränität voraus.<sup>248</sup>

Die Souveränität der Nation oder des Volkes wird durch einen Staat realisiert, und gerade dies macht einen Staat zum Hauptsubjekt des Völkerrechts im Unterschied zu sekundären, nicht-souveränen Rechtssubjekten. Mit anderen Worten ist ein Staat die Form der Realisierung der Souveränität des Volkes, d.h. durch den Staat realisiert das Volk oder die Nation ihre Souveränität. Die Souveränität wird als Ausdruck der Selbstbestimmung der Nation

---

po itigam nautcho-issledowatelskoj raboty za 1968 god (Zur Frage über den Begriff und die Klassifizierung der Subjekte des Völkerrechts in: Arbeitspapiere der Abschlußkonferenz des Jahres 1968). Swerdlowsk 1969. S. 220

<sup>245</sup> Dazu: Kolosow, J.M., *twetstwenostj w mezdunarodnom prawe* (Die Verantwortung im Völkerrecht). Moskau 1975; auch: Levin, D. B., *twetstwenostj gosudarstw w sowremennom mezdunarodnom prawe* (Die Verantwortung der Staaten im zeitgenössischen Völkerrecht). Moskau 1966

<sup>246</sup> Schestakov, L. N., *Ponjatije mezdunarodnogo prava* (Lekzija) (Der Begriff des Völkerrechts (Vorlesung)). Vestnik MGU. Reihe 11. Recht. 1997. N6. S. 93

<sup>247</sup> Levin, I. D., *Suwerenitet* (Die Souveränität). S. 112f

<sup>248</sup> Schestakov, L.N., *Ponjatije mezdunarodnogo prava* (Lekzija) (Der Begriff des Völkerrechts (Vorlesung)). Vestnik MGU. Reihe 11. Recht. 1997. N6. S. 97

verstanden. Die souveräne Macht sei «eigenständig, nicht- abgeleitet» von einer anderen Macht, so Korovin.<sup>249</sup> Die Rechtspersönlichkeit eines Staates ergibt sich aus dem Wesen der souveränen Gebilde. Die Quelle und die rechtliche Grundlage ihre Rechtspersönlichkeit sei ihr inhärent eigener souveräner Wille als Ausdruck der Souveränität der Nation. Diese Begründung der Rechtspersönlichkeit eines Staates vertritt Malinin.<sup>250</sup> Die Grundlage der internationalen Rechtspersönlichkeit eines Staates liegt in ihrer Souveränität, «in der Hoheit und Unabhängigkeit der staatlichen Gewalt innerhalb des eigenen Territorium und in Bezug auf andere Staaten. Als die wichtigste Eigenschaft der staatlichen Gewalt überhaupt erscheint die Souveränität als das qualitative Merkmal des Staates».<sup>251</sup>

## *ii) Das Volk oder die Nation*

Diese Fragestellung in der Russischen Rechtsliteratur wurde besonderes intensiv in der Zeit nach der Oktoberrevolution und während Sowjetzeiten bezüglich Selbstbestimmungsrechten der Mitglieder der Sowjetunion diskutiert.<sup>252</sup> Das Volk oder die Nation besitzt die Souveränität, hat aber keine internationalen Rechte und Pflichten. Die Souveränität des Volkes wird durch die politische Organisation eines Staates zum Ausdruck gebracht. Die wesentliche Frage im Kontext der Völkerrechtsordnung ist, ob die Volkssouveränität sich anders als in einem Nationalstaat ausdrücken kann oder, anders gesagt, ob die Nation von dem Staat getrennt werden kann. Diese Frage ist die Frage nach der Legitimität einer Rechtsordnung, deren Ursprung in der Volkssouveränität liegt.

Die Frage nach der Begründung der staatlichen Souveränität sollte im Kontext der juristischen Festlegung der Völkerrechtspersönlichkeit behandelt werden. Nach der Meinung von Feldman, seien die Statuten der Vereinten Nationen, die wichtigsten völkerrechtliche Verträge

<sup>249</sup> Korovin, E. A., *Mezdunarodnoje pravo perehodnogo vremeni* (Das Völkerecht der Übergangszeit). Moskau 1923. S. 35f

<sup>250</sup> Malinin, S. A., *O Prawosubjektnosti mezdunarodnyh ogranisazij* (Über die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen). «Westnik LGU»/ Wirtschaft, Philosophie und Recht. 1965. №17. S. 105

<sup>251</sup> Malaja Enzyklopedija konstituzionnogo prava (Die kleine Enzyklopädie des Verfassungsrechts). Moskau 1998. S. 442f

<sup>252</sup> Siehe dazu: Levin, I. D., *Suwerenitet* (Die Souveränität). S. 57: «Die Klassendiktatur ist der Kern, das Wesen der Souveränität. Im bürgerlichen Staat ist die politische Souveränität des Volkes unmöglich»; Korowin, E. A., *Mezdunarodnoje pravo perehodnogo perioda* (Das Völkerecht der Übergangszeit), S. 87: «Das russische Verständnis der nationalen Selbstbestimmung ist kein formal-theoretischer Begriff, sondern ist mit einem bestimmten materiellen Inhalt gedacht...und zwar, dass der Volkswille durch das Volk und nicht durch privilegierte Gruppen geäußert werden muss»; auch: Deklarazija praw narodow Rossii (Deklaration der Rechte der Völker Russlands). 1917.

und verschiedene Normen der internationalen Konferenzen die juristischen Quellen der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit. De lege lata ist die völkerrechtliche Persönlichkeit eine bestimmte, in den völkerrechtlichen Normen anerkannte Eigenschaft.<sup>253</sup> Tschernischenko ist der Meinung, dass die primären Subjekte des Völkerrechts als solche nicht von jemanden geschaffen sind, deswegen stelle die Rechtspersönlichkeit der Staaten eine objektive Gesetzmäßigkeit dar. Sie entstehe in der Form bestimmter gesellschaftlicher Mechanismen, die mit einander wirken müssen; deswegen gehört die Befugnis zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge zu den Grundcharakteristika jedes Staates. Es wäre richtig, die Folgerung über die Rechtspersönlichkeit der Staaten nicht auf ihren Befugnissen, sondern auf ihrem tatsächlichen Bestehen zu gründen.<sup>254</sup>

In der Rechtswissenschaft sei die Korrelation zwischen Demokratie und einem Nationalstaat fest verankert.<sup>255</sup> Auf Grund dessen wird oft der Föderationscharakter der Integrationsverbindungen abgelehnt. Wie Mancini schreibt, wird nur das Staatsvolk als Grundlage für die demokratische Legitimation berücksichtigt. Es gibt aber historische Beispiele dafür, dass es Demokratie auch in multikulturellen Gesellschaften geben kann. Er vertritt die Meinung, dass der Europäische Staat sich auf die Vielzahl von Nationen, eben auf einen *demos*, gründet. Die gesamte Anthropozentrik des modernen Völker- und Europarechts, der Integrationscharakter des Schutzes der Menschenrechte, die EU- Unionsbürgerschaft, die unmittelbaren Wirkung des EU-Rechtes der Europäischen Union haben eindeutig föderative Wesenszüge und heben die Diskussion auf, ob die Europäische Union als Organisation die «Staatlichkeitsschwelle» überschritten hat.<sup>256</sup> Diese Frage kann auf Grund anderer Charakteristika der Völkerrechtsordnung, wie dem Objekt, der Besonderheiten der Gesetzgebung oder der Durchsetzungsprinzipien im Völkerrecht, beantwortet werden.

<sup>253</sup> Mezdunarodnaja prawasubjektnost' / Nekotoryje teoreticheskiye woprosy (Die Völkerrechtliche Persönlichkeit/ Einige theoretische Fragen). Moskau. 1971. S. 8f

<sup>254</sup> Tschernischenko S.V. Mezdunarodnoje pravo: aktualnyje teoreticheskiye problemy (Das Völkerrecht: aktuelle theoretische Fragen. Moskau) . 1993. S. 103

<sup>255</sup> Siehe dazu: Judge Mancini, G.F., Europe: The Case for Statehood. In: Democracy and Constitutionalism in the European Union. Collected Essays. Oxford – Portland Oregon 2000. S. 51ff

<sup>256</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. 14.Auflage. 2003. S. 57f

### iii) Internationale Organisationen

Die Besonderheit der Rechtspersönlichkeit internationaler Organisationen lässt sich am besten im Vergleich mit der Rechtspersönlichkeit der Staaten feststellen. Die Rechtssubjektivität internationaler Organisationen ist kein notwendiger Bestandteil der völkerrechtlichen Rechtsordnung im Vergleich zur Rechtssubjektivität von Staaten, die völkerrechtliche Normen in der Ausübung zwischenstaatlicher Beziehungen schaffen.

Die Staaten werden als primäre Rechtssubjekte innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung definiert, weil sie *völkerrechtsunmittelbar* und souverän sind. Es gibt aber innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung Internationale Organisationen, die völkerrechtsunmittelbar, aber nicht souverän sind. Das bedeutet, dass die Souveränität als Kriterium für die Unterscheidung zwischen verschiedenen Subjekten des Völkerrechts genutzt werden kann. Die klassischen Internationalen Organisationen haben keine innere Rechtsordnung, sie sind ausschließlich völkerrechtsunmittelbar.

Die völkerrechtliche Subjektivität Internationaler Organisationen hat einen sekundären, derivativen Charakter im Vergleich zur ursprünglichen, originären Rechtssubjektivität von Staaten. Internationale Organisationen haben einen *zeitlich* weniger dauerhaften Charakter als der Staat. Der Staat ist in der Regel viel dauerhafter angelegt als eine Internationale Organisation.

### iv) Individuen

Manche russischen Autoren erkennen die Möglichkeit für natürliche Personen an, völkerrechtliche Teilsbjektivität zu haben, so etwa Ignatenko, Tiunov, Muellerson,<sup>257</sup> die andere, wie Tchernitchenko oder Kolossov, betrachten die Personen wegen der besonderen Charakteristika dieser Rechtsordnung nicht als Subjekte des Völkerrechts, die mit der aktiven Teilnahme in der völkerrechtlichen Gesetzgebung verbunden sei.<sup>258</sup>

<sup>257</sup> Ignatenko, G. V., Tiunov, O. I. (Red.) *Mezdunarodnoje publitchnoje pravo*. (Das öffentliche internationale Recht). Moskau 2001. S. 84; Muellerson, R., *O mezdunarodnoj pravosubjektivosti inyh obrasovanij i fizicheskikh liz*. Kurs mezdunarodnogo prava. V 7 tomah. T.1. (Über die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit der anderen Gebilde und der natürlichen Personen). Moskau 1989. S. 179ff

<sup>258</sup> Tchernitchenko, S. V., *Teorija mezdunarodnogo prava v 2-h tomah* (Die Theorie des Völkerrechts in 2 Bänden). 1. Band. Moskau 1999. S.117; Kolosov, J. M., Krivtchikova, E. S. (Hrsgb.) *Mezdunarodnoje pravo*. (Das Völkerrecht). Moskau 2000. S. 86



Viele Subjekte des Völkerrechtsverhältnisses sind *keine* Subjekte des Völkerrechts, so Schurschalov<sup>259</sup>. Sie haben keine Merkmale der Völkerrechtssubjektivität, haben vor allem keine Fähigkeit zur Schaffung völkerrechtlicher Normen, deswegen müssen sie bloß als *Subjekte des Völkerrechtsverhältnisses* betrachtet werden.

Der ausführliche Vergleich verschiedener Völkerrechtssubjekte und der Grundlage Ihrer Rechtsnatur wird im 3. Kapitel dieser Arbeit dargestellt. Die Integrationsentwicklung des 21. Jahrhundert bringt neue Vereinigungsformen, die an der Grenze zwischen dem Staat und einer Organisation stehen. Ihre Position in der völkerrechtlichen Ordnung muss untersucht werden.

## **2. Bestimmung des Objektes der völkerrechtlichen Regulierung**

Die Besonderheit der völkerrechtlichen Objekte wurde in vorigen Teil dieses Kapitels besprochen, nun wird die Besonderheit völkerrechtlicher Objekte systematisch in Bezug auf andere Charakteristika der Völkerrechtsordnung behandelt.

Das Objekt der völkerrechtlichen Regulierung sei ein Kernelement des völkerrechtlichen Rechtsverhältnisses, verbunden mit den höchsten, souveränen Rechten und Interessen eines Staates, so Schurschalov<sup>260</sup>.

Aus der Sicht des klassischen Völkerrechts wurden bestimmten Bereiche innerhalb eines Staates geregelt und andere durch völkerrechtliche Regelungen zwischen den Staaten normiert. Die neueste Entwicklung des 20.- 21.Jahrhunderts zeigt deutlich, dass ein Schritt weg von dieser klassischen Aufteilung gemacht wurde und dass das moderne Völkerrecht durch Integration, Globalisierung, Anthropozentrik und wechselseitigen Zusammenhang gekennzeichnet ist.<sup>261</sup> Daraus folgend, ändern sich die Objekte innerstaatlicher und völkerrechtlicher Regulierung.

Insofern ist die Integration in der Form einer Internationalen oder supranationalen Organisation eine der Formen, in der sich die staatliche Souveränität realisiert. Die Bedeutung der einheitlichen Regulierung wird immer wichtiger, die Organisationen gewinnen eine

---

<sup>259</sup> Schurschalov W.M., Mezdnunarodnyje prawootnoschenija (Die Rechtsverhältnisse).S.55

<sup>260</sup> Schurschalov W.M., Mezdnunarodnyje prawootnoschenija (Die Rechtsverhältnisse).S.43

<sup>261</sup> Vgl. Arnold, R., The Different Levels of Constitutional Law in Europe and their Interdependence, in: Challenges of Multi-Level Constitutionalism, JVR, 21<sup>st</sup> World Congress (J.Nergelius/P.Policastro/K.Urata (edit.), Cracow 2004.; Arnold, R., The European Constitutional Law and the Transformation of National Constitutional Law, 2005.

immer stärkere Rolle als sekundäre Subjekte des Völkerrechts. Dieser Prozess hat mit der Entwicklung des *Gegenstands* der völkerrechtlichen Regulierung zu tun: die Sphäre, die eine koordinierte Regulierung benötigt, wird immer größer. Der Gegenstand bestimmt die Methode, so Schibaeva.<sup>262</sup> Die *Methode* der völkerrechtlichen Regulierung wird durch die Schaffung von sekundären Subjekten des Völkerrechts einheitlicher: sowohl in ihrem Themenkreis, wie auch in dem Grad der Integration. Diese Entwicklung entspricht der objektiven Notwendigkeit zur Kooperation. Die Staaten übertragen immer mehr Fragen auf die Ebene der Organisationen: Die Sphäre der völkerrechtlichen Regulierung wird größer; man kann so von einer qualitativen Entwicklung der Staatlichkeit sprechen.

Es stellt sich die Frage, ob es Bereiche gibt, die «inhärent» zu der völkerrechtlichen bzw. ausschließlich zur innenstaatlichen Regulierung gehören. Diese Fragestellung ist wesentlich bei der Übertragung souveräner Rechte an eine Organisation: Bei höheren Integrationsstufen werden die Kompetenzen übertragen, die typischerweise zu den inneren Kompetenzen eines souveränen Staates gehören und die Souveränität als Machthoheit ausbilden, so wie Finanzpolitik, Steuerrecht und Staatsbürgerschaftsrecht. Es ist zu erforschen, ob es bei der einheitlichen Regulierung durch die Normen des Völkerrechts eine Schwelle gibt, hinter der ein Staat seine Staatlichkeit, seine souveräne Wesensqualität verliert, weil die ihn ausmachenden Machtbefugnisse an die internationale Organe übertragen wurden.

Der französische Conseil Constitutionnel hat die Doktrin «der essenziellen Voraussetzungen der Ausübung der nationalen Souveränität» ausgearbeitet.<sup>263</sup> In der Entscheidung n. 85- 188 DC vom 22 May 1985 hat der Conseil Constitutionnel «due respect to the institutions of the Republic, continuity of the life of the nation, guarantee of fundamental rights and freedoms of citizens». Auf dieser Grundlage werden die Grenzen der Übertragbarkeit souveräner Rechte auf der Ebene der Organisation überprüft. Es werden nicht nur die Bereiche von übertragbaren souveränen Rechten nachgeprüft, sondern auch das Verfahren einer solchen Übertragung: das Entscheidungsverfahren im Rat ist in dieser Hinsicht maßgeblich. Die einstimmige Entscheidung schützt nach der Meinung des französischen Verfassungsgerichts die souveräne Autonomie jedes Staates.<sup>264</sup>

---

<sup>262</sup> Vgl. Schibaeva E.A. Prawo mezhnunarodnyh organizacij: Woprosy teorii (Das Recht Internationaler Organisationen: Theoretische Fragen). Moskau. 1986.

<sup>263</sup> Dutheil de la Rochere, J., The French Conseil Constitutionnel and the constitutional Development of the European Union in: Klopfer, M./ Pernice, I. (Hrsg.), .Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. Baden-Baden 1999. S. 49ff

<sup>264</sup> Dutheil de la Rochere, J., The French Conseil Constitutionnel. S. 51ff

In der Föderationsrede nennt Fischer Währung, innere und äußere Sicherheit als «drei wesentliche Souveränitäten des modernen Nationalstaates».<sup>265</sup> Die Währung «ist nicht nur eine ökonomische Größe, sondern sie symbolisiert auch die Macht des Souveräns, der sie garantiert». Der Aufbau eines gemeinsamen Raums des Rechts und der inneren Sicherheit innerhalb der Europäischen Union bedeutet eine starke Integration durch das gemeinsame Recht; die gemeinsame außenpolitische Handlungsfähigkeit bedeutet eine Verbundenheit der «ökonomisch-politischen Existenz» der Mitgliedstaaten der EU. Die Zuständigkeitsfestlegung in diesen drei Bereichen auf der Ebene der europäischen Institutionen ist ausschließlich für die Währung und geteilt zwischen Mitgliedsstaaten und EU im Bereich der Innen- und Außenpolitik. Dies ist die Grundlage der Souveränitätsaufteilung von Europa und Nationalstaat, so Fischer.

Es hat aber immer Gründe gegeben, die Entwicklung des zwischenstaatlichen Daseins sehr stark in Richtung Kooperation und Integration zu fördern; eine davon ist *die Friedenssicherung*. In der Souveränitätsforschung wird unter anderem die Tatsache anerkannt, dass die gegenseitige Einschränkung der Souveränität mit dem Ziel, ein höheres Niveau des einheitlichen gemeinsam bindenden Verhaltens der Staaten zu erreichen, zur friedlichen Koexistenz beitragen soll. Wie Kamarovskij schrieb: «Die Staaten sind souverän, aber nicht absolut, wenn sie die Mitglieder einer Gesellschaft sind, die nicht auf die Willkür, sondern auf den Bedingungen für ein gemeinsames Leben ruht».<sup>266</sup> Obwohl die Sicherheit der Staaten generell immer noch zur ihrer Souveränität gehört, so Kapustin, verbinden viele, insbesondere kleine und mittlere Staaten das Erhalten ihrer Sicherheit mit der Tätigkeit Internationaler Organisationen, wie UNO oder entsprechenden regionalen Organisationen.<sup>267</sup>

Die fortschreitende Entwicklung der heutigen internationalen Beziehungen ist nicht möglich in der Isolierung: das moderne Leben wird immer stärker wechselseitig gebunden. Man kann über die qualitative Entwicklung der Staatlichkeit unter dem Einfluss der objektiven Gesetzmäßigkeiten sprechen. Die Staaten werden intensiver gegenseitig gebunden, nicht nur in den Fragen der Friedenssicherung oder Atomwaffenkontrolle, sondern auch in der Technologieentwicklung oder Weltraumforschung. Das bedeutet natürlich, dass immer mehr

<sup>265</sup> Fischer, J., Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität zu Berlin. Integration 23. Jg., 3/ 2000. S. 151

<sup>266</sup> Kamarovskij, L. A., Wopros o mezdunarodnoj organizazii. Soedinennye Staty Ewropy. Moskau (Die Frage nach der Internationalen Organisation. Die Vereinte Staaten Europas). 1905.S.89

<sup>267</sup> Kapustin, A. J., Ponjytie, predmet, istotchniki i subjekty prava mezdunarodnyh organizacij (Der Begriff, der Gegenstand, die Quellen und die Subjekte des Rechtes Internationaler Organisationen) // Lekzii po aktualnym problemam mezdunarodnogo evropejskogo prava (Vorlesungen zu den aktuellen Probleme des Völker- und Europarechts). Sankt-Petersburg 2004. S. 115f

Fragen internationale Koordinierung benötigen und tatsächlich nicht mehr zum Innenkompetenzbereich eines Staates gehören können. Durch Schaffung von völkerrechtlichen Normen (Verträgen) überführen die Staaten bestimmte Fragen in den Bereich der völkerrechtlichen Regulierung, die zum Objekt des Völkerrecht werden. Gleichzeitig schränken die Staaten dadurch ihre Souveränität ein. Dies ist ein freiwilliger und auf Gegenseitigkeit beruhender Schritt, um bestimmte Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen einheitlich zu regulieren. Dadurch verlieren die Staaten ihre Souveränität nicht, da die Übergabe von bestimmten Fragen in den Bereich der internationalen Regulierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erfolgt.

Das bestätigt das moderne Verständnis der Souveränität im Völkerrecht: die aus der Praxis der heutigen Entwicklung und dem zunehmenden wechselseitigen Zusammenhang entstehende Einschränkung der Souveränität lässt ein grundlegendes Prinzip des Völkerrechts unangetastet, nämlich den Grundsatz der *Gleichheit seiner Subjekte*. Auch wenn die Staaten in den höheren Integrationsstufen ihre Souveränität sehr stark einschränken, erfolgt dies auf einer freiwilligen und gegenseitigen *Basis*. Dies gilt für die allgemeinen völkerrechtlichen Verträge mit zwei oder mehr Parteien sowie für die Verträge, die eine Internationale oder supranationale Organisation etablieren. Auch wenn sehr viele Fragen, die traditionell zum Innenkompetenzbereich eines Staates gehören, auf die Ebene einer Internationalen Organisation übergeben werden, bleibt *die Gleichheit der Staaten innerhalb der Organisation* das Kriterium für die Existenz souveräner Staaten, was Tunkin als die Gesetzmäßigkeit der internationalen Beziehungen bezeichnet.<sup>268</sup> Diese Einschränkung der Souveränität steht in Übereinstimmung mit der völkerrechtlichen Ordnung, in der die Normen von der Subjekten selbst geschaffen und garantiert werden. Hier wird die Natur des modernen Völkerrechts deutlich: Hoheit und Unabhängigkeit eines Staates ist eine in der Völkerrechtsordnung relative Kategorie. Auch ein vollkommen unabhängiger Staat kann nicht ohne Berücksichtigung der Interessen anderer handeln. In der Berücksichtigung der Interessen anderer manifestiert sich die moderne Realität der souveränen zwischenstaatlichen Beziehungen, die durch wechselseitigen Zusammenhang und Globalisierung gekennzeichnet ist. Es ist wichtig zu bemerken, dass die russische Rechtsschule Internationale Organisationen gerade als einer der Formen betrachtet, in der sich die Funktionsausübung eines Staates realisieren kann. Wie Schurschalov sagt, sind die Internationalen Organisationen eine der Realisierungsformen der staatlichen Souveräni-

---

<sup>268</sup> Tunkin, G., *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 1970. S. 360

tät.<sup>269</sup> Die Integrationsform, die in der Gründung einer Internationalen Organisation zur Wirkung kommt, nimmt eine immer wichtiger werdende Stelle in den internationalen Beziehungen ein, weil immer mehr Fragen einheitlich reguliert werden müssen. Diese Form erweist sich als die passende für die Regulierung komplexe Probleme, die einen dauernden und effektiven organisatorischen Mechanismus brauchen. Die Verstärkung des zwischenstaatlichen Zusammenhanges und die Entstehung globaler Probleme beeinflussen die Entwicklung des modernen Völkerrechts und seine Regulierungsmethoden.

Gerade die Möglichkeit, die einseitige Regulierung einer Frage aufzuheben, ist für Levin ein Merkmal der staatlichen Souveränität: Jeder Staat kann auf Grund seiner Souveränität die einseitige Regulierung aufheben, um ein einheitliches Vorgehen mehrerer Staaten zu erreichen.<sup>270</sup> Das bestätigt die historische Entwicklung der Souveränität und die These, dass die Souveränität und das moderne Völkerrecht sich gegenseitig voraussetzen, weil die Veränderung der Souveränität durch die von allen beteiligten Staaten geschaffenen Normen und nicht «von einer höheren Ordnung»<sup>271</sup> erfolgt. Die Souveränität und die Integrationsentwicklung stehen also in festem Zusammenhang mit der Gesetzgebung im Völkerrecht.

Levin betont die besondere Qualität der Souveränität, die nicht auf einen bloßen Satz von Funktionen hinausläuft, und erlaubt es, innen- und zwischenstaatliche Funktionen je nach aktuellen Bedürfnissen ein- oder gegenseitig unter mehreren Staaten flexibel zu realisieren. Es können sich sowohl die Funktionen, als auch die Mittel der Realisierung dieser Aufgaben ändern. Diese Entwicklung wird von wirtschaftlichen Veränderungen sehr stark beeinflusst. Der Inhalt der staatlichen Kompetenzen verändert sich je nach der Entwicklung der staatlichen Funktionen, der Veränderung der Formen der staatlichen Funktionen und dem Charakter der internationalen Beziehungen.

Dies spiegelt sich in dem Umfang der staatlichen Kompetenzen wieder. Verschiedene Kompetenzen können nach Levins Auffassung aus den aktuellen Funktionen ausgeschlossen werden, andere werden gegenstandslos, weitere werden schließlich erst realisierbar. Diese gesamte Entwicklung realisiert sich in der konkreten Ausübung der Souveränität.<sup>272</sup>

Diese Fragestellung sowie die umgekehrte – ob bestimmte Bereiche durch das Völkerrecht reguliert werden müssen - werden auf der Grundlage der monistischen und dualistischen Konzeptionen gelöst. Die russische Doktrin definiert sich selbst grundsätzlich «gemäßigt

---

<sup>269</sup> Schurschalov, V. M., *Mezdunarodnyje otnoshenija* (Die Internationalen Beziehungen). Moskau 1973. S. 66

<sup>270</sup> Levin, I. D., *Suwerenitet* (Die Souveränität). Moskau. 1948. S. 125ff

<sup>271</sup> Levin, I. D., *Suwerenitet* (Die Souveränität). S. 127

<sup>272</sup> Levin, I. D., *Suwerenitet* (Die Souveränität). S. 76f

dualistisch»: die Grenze zwischen dem nationalen Recht und dem Völkerrecht wird anerkannt, die beiden Systeme werden aber in einer Wechselwirkung zueinander aufgestellt. Die Meinung von Kelsen, dass die materielle Wirkungssphäre des Völkerrechts potenziell zumindest nicht begrenzt ist und deswegen das Völkerrecht sich nicht an seinem Objekt definieren lässt,<sup>273</sup> wird von Uschakov zurückgewiesen. Er vertritt der Meinung, dass die Sphäre der innenstaatlichen Kompetenz unabhängig vom Völkerecht existiert und nicht von ihm abgeleitet wird. Durch die Anerkennung eines innenstaatlichen Bereichs und des Gebots der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten konstatiert das Völkerrecht diese objektive Tatsache, die eine Folge der staatlichen Souveränität ist.<sup>274</sup>

Es stellt sich die Frage, wo die Grenze echten Willens und unentbehrlicher Interessen eines Staates liegt, und ob es - theoretisch gesehen - einen Umfang der Kompetenzen gibt, der einem Staat seine Staatlichkeit verleiht, oder anders gesagt, ob es Bereiche gibt, die für die qualitative Definition eines Staates unentbehrlich sind. Nach der Auffassung von Bobrov, kann man hier kein einheitliches Kriterium finden, vielmehr muss in jeden Fall untersucht werden, was für einen Staat wesentlich, wichtig, grundlegend und lebenswichtig ist.<sup>275</sup>

### **3. Besonderheit der völkerrechtlichen Gesetzgebung**

Die Besonderheit des Völkerrechtes besteht darin, dass seine Normen von den eigenen Subjekten geschaffen, geändert und aufgehoben werden, weil es in den internationalen Beziehungen kein der gesetzgebenden innerstaatlichen Institutionen ähnliches Organ gibt. Die Hauptsubjekte des Völkerrechts sind die Staaten, also haben sie die Befugnisse, völkerrechtliche Normen zu schaffen. Die souveräne Gleichheit der Völkerrechtssubjekte äußert sich hauptsächlich in der Besonderheit der Gesetzgebung im Völkerrecht, also darin, dass die Normen des Völkerrechts als eine Vereinbarung geschaffen werden, deren Grundlage die Willensübereinstimmung ist. Die Willensvereinbarung betrifft den Inhalt der Norm sowie seine obligatorische Wirkungskraft, so Levin.<sup>276</sup>

---

<sup>273</sup> Kelsen, H., *Principles of International Law*. N.Y. – Chicago – S. Francisco- Toronto – London 1967. S. 291ff

<sup>274</sup> Uschakov, N. A., *Suverenitet v sowremennom mezdunarodnom prawe* (Die Souveränität im modernen Völkerrecht). IMO 1963. S. 143

<sup>275</sup> Levin, I. D., *Suverenitet* (Die Souveränität) S. 64ff

<sup>276</sup> Levin, D. B., *Aktualnye problemy teorii mezdunarodnogo prava* (Die aktuellen Probleme der Theorie des Völkerrechts). Moskau 1974. S. 26

Ein wesentlicher Beitrag der russischen Rechtschule liegt darin, dass der Gesetzgebungsprozess im Völkerrecht nicht als Verschmelzung des Willens verschiedener Staaten, sondern als deren Übereinstimmung zu sehen ist. Im 19. Jahrhundert haben die russischen Wissenschaftler die von Triepel eingeführte Aufteilung in Vertrag und Vereinbarung<sup>277</sup> zum Teil übernommen, so unterscheidet Korkunov zwischen «konstituierenden» und «reglementierenden» Verträgen, je nachdem, ob ein einzelnes konkretes Rechtsverhältnis geregelt wird oder ob allgemeine Normen für mehrere gleichartige Rechtsverhältnisse normativ gestaltet werden, obwohl diese Unterscheidung nicht die normative Kraft der Verträge beeinflusst.<sup>278</sup> Diese Unterscheidung trifft prinzipiell auch Martens.<sup>279</sup> Die meisten Wissenschaftler erkannten den theoretischen Charakter dieser Unterscheidung, weil jeder von den Staaten verabschiedeter Akt diese oder andere normative Bedeutung habe, so Korovin.<sup>280</sup> Die «bürgerliche» Konzeption des Vertrages hatte einen wichtigen Kern laut Tunkin, nämlich dass Vertrag, Vereinbarung das einzige Mittel der völkerechtlichen Gesetzgebung ist, sie hatte aber trotzdem nicht das Wesen des Gesetzgebens im Völkerecht erörtert<sup>281</sup>. Das Wesen des Gesetzgebens innerhalb der völkerechtlichen Ordnung liegt darin, dass die gleichen souveränen Staaten ihrer Interessen gegenseitig vereinbaren und daraus folgend schaffen eine völkerechtliche Norm als Verhaltensregel.

Die souveräne Gleichheit der Staaten kommt vor allem im gesetzgeberischen Prozess im Völkerrecht zum Ausdruck: Die völkerechtliche Normen werden aufgrund eines Übereinkommen, als Ergebnis einer Vereinbarung, geschaffen. «Die Willensvereinbarung zwischen den Staaten betrifft sowohl den Inhalt der entsprechenden Norm, als auch deren Anerkennung als solche. Die Willensvereinbarung schließt ihre wechselseitige Bedingtheit ein, die darin besteht, dass die Anerkennung einer Regelung (in der Eigenschaft) als eine völkerechtliche Norm von einem Staat unter dem Vorbehalt einer analogen Zustimmung anderer Staaten erfolgt. Die staatlichen Willen müssen dabei nicht identisch sein, sie können kollidieren, aber als Ergebnis wechselseitiges Entgegenkommens werden sie in Übereinstimmung gebracht»,

<sup>277</sup> Siehe dazu: *Triepel, H.*, Völkerrecht und Landesrecht. Leipzig 1899

<sup>278</sup> Dazu: *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Sankt-Petersburg 1886. S. 121f

<sup>279</sup> *Martens, F.*, Sowremennoje mezdunarodnoje pravo zivilizovannyh narodov (Das moderne Völkerrecht zivilisierter Völker). Sankt-Petersburg 1888. S. 188f

<sup>280</sup> *Korovin, E.*, *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). 1951. S.1 6; siehe auch: *Koschevnikov, F.*, *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). 1957; *Schurschalov, V.*, *Osnovnyje voprosy teorii mezdunarodnogo dogowora* (Die Hauptfragen die Theorie des völkerechtlichen Vertrages). 1959

<sup>281</sup> *Tunkin G.I.*, *Teorija mezdunarodnogo prawa* (Die Theorie des Völkerechts). Moskau. 2000. S.184ff

so Levin.<sup>282</sup> Tunkin betrachtet den gesetzgebenden Prozess im Völkerrecht als Prozess der Vereinbarung staatlicher Willen, dessen Ergebnis eine sich in den Vertragsnormen realisierende Übereinkunft sei.<sup>283</sup>

Tunkin schreibt dazu: Das Wesen des Völkerrechts muss primär von dem Gesichtspunkt der Schaffung seiner Normen untersucht werden. In dem gesetzgeberischen Prozess werden der Inhalt und die Besonderheit der Völkerrechtsordnung am deutlichsten. Die Normen des Völkerrechts werden in den zwischenstaatlichen Beziehungen gestaltet. Die Internationalen Organisationen kumulieren die Organisation des Vertragsabschlusses in den zu ihrer Kompetenz gehörenden Fragen. Da die Gesetzgebung im Völkerrecht zwei Phasen einschließt – die Willensvereinbarung bezüglich des Inhaltes einer völkerrechtlichen Regelung und als zweites bezüglich der Anerkennung dieser Regelung als einer völkerrechtlichen Norm, spielen die Internationalen Organisationen eine besondere Rollen in der ersten Phase des Prozesses. Die von der Internationalen Organisationen vorbereiteten Regelungen werden durch die staatliche Anerkennung erst zu den Normen des Völkerrechts. Ohne solche Anerkennung kann der Vertrag nicht als bindende Norm gelten.<sup>284</sup> Daher werden als nächstes die Direktiven Internationaler Organisationen untersucht. Tunkin stellt fest, dass sie keine neue Form der völkerrechtlichen Gesetzgebung darstellen, sondern ihrer Rechtsnatur nach innerhalb der Willensvereinbarungsprozesse souveräner Staaten liegen. Ob das Einverständnis mit dem Inhalt völkerrechtlicher Norm (in Form einer Direktive) direkt oder indirekt geäußert wird, ändert nichts an der Rechtsnatur des gesetzgebenden Prozesses.<sup>285</sup>

Die zunehmende Integration steht insofern in keinen Widerspruch zu der Existenz souveränen Staaten oder zur Souveränität allgemein, soweit die Formen dieser Integration von der Staaten bestimmt werden.

#### **4. Die Frage nach der Durchsetzung der völkerrechtlichen Normen**

Die Völkerrechtsordnung besitzt keine von ihr eingesetzte Gerichtsinstanz, die dem Völkerrecht Geltung verschaffen könnte. Das Fehlen einer Exekutive gehört so zu den Besonderhei-

---

<sup>282</sup> *Levin, D. B.*, Aktualnyje problemy teorii mezhdunarodnogo prava (Die aktuellen Probleme der Theorie des Völkerrechts). Moskau 1974. S. 26

<sup>283</sup> *Tunkin, G.*, Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 82

<sup>284</sup> *Tunkin, G.*, Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 87ff

<sup>285</sup> *Tunkin, G.*, Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 89ff



ten der Völkerrechtsordnung. Die Durchführung der völkerrechtlichen Normen wird nicht von einem über den Staaten stehenden Organ überwacht; solche Institutionen (wie Schiedsgerichte und internationale Institutionen) werden auf Grund von Staatsverträgen eingesetzt, deswegen wird der Staat als souverän bezeichnet. Die obligatorische Kraft der völkerrechtlichen Normen liegt zum einen in der juristischen Verpflichtung der Staaten: Der völkerrechtliche Normbildungsprozess schließt zwei Vereinbarungen mit ein: eine über den Inhalt der Norm, die andere über die Verleihung der obligatorischen Wirkungskraft an diese Norm. Dies gilt für das Völkerrecht insgesamt und äußert sich in dem Prinzip «pacta sunt servanda». Die juristische Pflicht ist zweitens mit der einer praktischen Notwendigkeit verbunden: Die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen garantiert die Wahrung der nationalen und internationalen Interessen und den Frieden.<sup>286</sup>

Das Problem der Wirkungskraft der völkerrechtlichen Normen steht im Mittelpunkt der Haupttheorien des Völkerrechts. Die naturrechtliche Theorie erklärt sie durch Naturgesetze und menschliche Vernunft; die positivistische Theorie erklärt die Wirkung des Völkerrechts auf einer Vereinbarung. Nach Koppensteiner wird «die Souveränität einmal verwendet zur Bezeichnung des in der Stufenordnung des Rechts an der obersten Stelle stehenden Rechtskreises, zum anderen dient sie der Charakterisierung der Staatsgewalt» «Der Inhalt der Souveränität wechselt notwendig, wenn man das Völkerrecht rechtssystematisch oder rechtssoziologisch erklärt, wenn man staatliches Recht und Völkerrecht als getrennte Rechtskreise ansieht oder einer monistischen Konstruktion den Vorzug gibt, und wenn man endlich innerhalb eines monistischen Systems vom Primat des Staatsrechts oder des Völkerrechts ausgeht».<sup>287</sup>

Die Russische Rechtsschule zählt zum positivistischen Lager und lehnt die «Selbstverpflichtungstheorie» als nihilistisch ab, so Lukaschuk.<sup>288</sup> Die *Autolimitationstheorie*, wie sie in der Russischen Rechtslehre genannt wird, lehnt das völkerrechtliche Hauptprinzip «pacta sunt servanda» ab und betont die absolute Freiheit des staatlichen Willens. Als Grundnorm oder als Stützsäule des Völkerrecht wird oft gerade das Prinzip «pacta sunt servanda» bezeichnet, das selbst in den sittlichen Normen, einer Gewohnheitsvereinbarung zwischen Staaten gegründet ist<sup>289</sup>.

<sup>286</sup> Tunkin, G. I., *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). 2000. S. 181-241

<sup>287</sup> Koppensteiner, H., *Die Europäische Integration und das Souveränitätsproblem*. Baden-Baden 1963. S. 16

<sup>288</sup> Lukaschuk, I. I., *Mezhdunarodnoje pravo. Obščaja tschastj* (Das Völkerrecht. Allgemeiner Teil). Moskau 1997. S. 25ff

<sup>289</sup> Dazu Talalaev, A. N., *Prawo mezhdunarodnaw dogoworow* (Das Recht der Völkerrechtsverträge). Moskau. 1980.

Nach Meinung von Bodin schließt die Unabhängigkeit eines Staates die Verbindlichkeit von *lex divina* und *lex naturae* nicht aus,<sup>290</sup> Verdross geht davon aus, dass die Verbindlichkeit der völkerrechtlichen Verpflichtungen die innerstaatliche Machtfülle nicht verringert.<sup>291</sup> Diese Theorie geht von der Völkerrechtsunmittelbarkeit eines Staates aus: Die Souveränität eines Staates oder seine äußere Machtfülle und Unabhängigkeit kann nur durch völkerrechtliche Normen begrenzt werden.<sup>292</sup>

Die Unbeschränktheit der Souveränität ist eine ihrer umstrittensten Charakteristika. Nach Levin kann man die Unbeschränktheit nicht im Sinne von unbeschränkten Befugnissen eines Organs verstehen. Die Unbeschränktheit ist «ein selbstständiges Merkmal der Souveränität, das nicht mit der Monopolisierung der Machtbefugnisse zusammenfällt. Die Monopolisierung der Machtbefugnissen bedeutet, dass der Staat allein den Zwang antun kann; die Unbeschränktheit der Macht dagegen bedeutet die Möglichkeit dann den Zwang anzutun, wenn der Staat es für nötig hält».<sup>293</sup> Die Unbeschränktheit der staatlichen Souveränität bedeutet vor allem die formelle Freiheit des Staates, sein Recht zu bestimmen, nur der Staat legt sein Recht und seine Ordnung fest.

#### **D. Der Souveränitätsbegriff im Bezug auf die EU. Supranationalität**

Die Frage nach der Unbeschränkbarkeit der Souveränität der Mitgliedstaaten der Europäischen Union muss Gegenstand einer speziellen Untersuchung sein. Gemäß den Gründungsverträgen dürfen manche Fragen nicht selbständig von der Mitgliedstaaten geregelt werden: solche Bereiche wie z. B. die gemeinsame Wirtschaftspolitik werden in der ausschließlichen Kompetenz der EU übergeben. Im Bereichen der überschneidenden Kompetenzen der EU und der Mitgliedstaaten hat das EU- Recht den Vorrang vor dem nationalen Recht im Falle einer Kollision.

Die Schuman-Erklärung hat im Jahr 1950 zum ersten Mal die Supranationalität als Aufbauprinzip einer internationalen Organisation eingeführt: «Das wichtigste in unserem Vorschlag ist, eine supranationale Macht zu schaffen, die Ausdruck der Solidarität der Mitglied-

<sup>290</sup> *Etter*, Vom Einfluss des Souveränitätsgedankens auf das internationale Privatrecht. 1959. S. 41

<sup>291</sup> *Verdross, A.*, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf Grund der Völkerrechtsverfassung, 1923. S. 14ff

<sup>292</sup> *Kelsen, H.*, The Principle of Sovereign Equality of States as a Basis for International Organization, 53 Yale L.J. 1944. S. 207f

<sup>293</sup> *Levin, I.D.*, Suverenitet (Die Souveränität) .S. 92

staaten und die Teilvereinigung der nationalen Souveränitäten wäre. Die supranationale Macht wird sowohl von der Staaten wie auch von den privaten Interessen unabhängig». Die Idee der Supranationalität wurde sehr deutlich von Jeann Monnet geprägt. Als Hauptprinzip der Supranationalität nannte er den Verzicht auf souveräne Rechte in einem begrenzten, aber wichtigen Bereich. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bezeichnete er als unbedingt notwendig, aber als nicht ausreichend für die damalige Situation, und meinte, dass man die europäischen Interessen nicht ausgleichen, sondern verschmelzen sollte.<sup>294</sup>

Das Supranationalitätsproblem wird nicht nur anhand der Begriffe des Völkerrechts bewältigt, aber auch anhand solcher des Verfassungsrechts, vor allem spricht man über die Entwicklung des Föderationsbegriffs. Diese Problematik wird sowohl von den westlichen Autoren als auch von russischen Autoren bearbeitet. Eine der bedeutendsten Analysen der Föderation hat Hay in seinem Buch «Föderalismus und die Internationale Organisationen» durchgeführt.<sup>295</sup> Haas sieht supranationale Organisation als eine Form an, die der Föderation sehr nahe steht, aber deren Kompetenzbereich einer internationalen Organisation ähnlich ist.<sup>296</sup> Diese Meinung wird auch von den russischen Autoren vertreten.<sup>297</sup> Gerade «die Komplexität und die Vielfältigkeit der Föderationsform und ihre Besonderheiten in jeden konkreten Fall»<sup>298</sup>, wie Mischin schreibt, machen einen Vergleich zwischen einer Föderation und der Europäischen Union möglich. Die Forschung der Evolution von der EEG zur der supranationalen oder föderativen Struktur zeigt, wie Olteanu schreibt, dass «man zum ersten Mal in den zwischenstaatlichen Beziehungen eine neue Art der internationalen Organisation findet, die nach einer Kombination von staatlicher Zusammenarbeit mit dem Erwerb von supranationaler Kompetenz strebt». Die Supranationalität sei, nach der Auffassung von Olteanu, die Form, die «in der Zeit der Entwicklung der Integration eine Vereinigung der staatlichen Souveränität mit der Notwendigkeit einem unabhängigen institutionellen System ermöglicht. In der Formulierung von Olteanu «transformiert sich die Europäische Gemeinschaft in der Art Vereinter Staaten Europas».<sup>299</sup>

---

<sup>294</sup> *Monnet, J.* Memories, Trans. Richard Payne, London, Collins 1978. P. 316

<sup>295</sup> Vgl. *Hay P.*, Federalism and International Organizations. Patterns for a New Legal Structure. 1966

<sup>296</sup> *Haas, E.*, The Uniting of Europe. Stanford 1968

<sup>297</sup> Siehe: *Afanasjev, E.*, Federalism Evropejskogo Sojuza (Der Föderalismus der Europäischen Union). Diss. Moskau 1999

<sup>298</sup> *Mischin, A. A.*, Konstituzionnoje (gosudarstvennoje)pravo zarubeshnyh stran (Verfassungsrecht (Staatsrecht) der ausländischen Staaten). 6 Aufl. Moskau 1999. S. 85

<sup>299</sup> *Olteanu, O.*, Pravovoj mechnism evoluzii EEG po napravleniju k supranacionalnym federativnym strukturam (Der Rechtsmechanismus der Evolution EEG zur supranationalen föderativen Strukturen). // Vestnik MGU. Serija 11. Pravo. 1993. N1. S. 59ff

Wie von Ispolinov mit Recht angemerkt, «stellt die Einzigartigkeit der EG mit ihrer für die Rechtslehre neuen Problematik, die nur sehr schwer mit der festgesetzten Terminologie zu definieren ist, eine schwere Aufgabe für den Forscher dar. Daher ist es sehr wichtig, das Neuartige, das die Europäische Union in die Praxis bringt, nicht in die bereits bekannten Schemata hineinzudrängen. Die sorgfältige Forschung an der vielfältigen EU-Praxis kann das Völkerrecht sehr bereichern und einen neuen Weg der Transformation der regionalen internationalen Organisationen aufzeigen.»<sup>300</sup>

Da der Grad der Delegation von Hoheitsrechten für die Definition der Supranationalität entscheidend ist, ist es wichtig, die Grenze zu finden, die ein Subjekt des Völkerrechts entweder als einen Staat oder als eine internationalen Organisation zu definieren erlaubt.

## **E. Zusammenfassung : Kapitel 2**

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Integration und die normative Wirkung des Völkerrechts einen wesentlichen Einfluss auf die Staatlichkeit und auf die Souveränität ausüben. Die Souveränität wird immer weniger als absoluter Unabhängigkeitsbegriff verstanden, sondern als souveräne Gleichheit und geteilte bzw. supranationalisierte Hoheit und Staatlichkeit in der Situation des wechselseitigen Zusammenhangs.

In dieser Situation zeigt sich eine gewisse *Annäherung* der Rechtsnatur von primären und sekundären Völkerrechtssubjekten: Die zwischenstaatliche Kooperation im Rahmen einer Organisation wird immer wichtiger, d. h., dass immer mehr ein dauerhafter organisatorischer Mechanismus gebraucht wird und die Organisationen immer mehr Kompetenzen bekommen. Dadurch wird die Interdependenz zwischen den Staaten immer entscheidender und *systematischer*. Die Übertragung von souveränen Kompetenzen an die sekundären Subjekte des Völkerrechts wird zum Strukturmerkmal der völkerrechtlichen Rechtsordnung.

Die Besonderheit der völkerrechtlichen Subjektivität ist auf der Souveränität gegründet, von daher ergeben sich aus dem Vergleich von verschiedenen Subjekten des Völkerrechts die Kriterien für die Analyse der jeweiligen Ausprägung Integration. Die Staaten, die in keiner Verbindung miteinander stehen, genießen eine unbeschränkte Souveränität. Je stärker die drei oben genannten Aspekte der Souveränität (*suprema potestas* funktionell, kompetentiell und

---

<sup>300</sup> Ispolinov, A..S., *Mezhdunarodno-prawowyje aspekty dejatel'nosti Komissii ES* (Die Völkerrechtlichen Aspekte in der Tätigkeit der EG-Kommission). Diss. Moskau 1995. S. 4

potentiell exklusiv) eingeschränkt sind, desto stärker ist die Integration und desto stärkere Organisationsformen können begründet werden.

Die Europäischen Gemeinschaften sind ein neuer Organisationstypus und die Übertragung von Hoheitsrechten an eine Internationale Organisation mit der Schaffung eines Mechanismus für die Ausarbeitung der unmittelbar in der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten geltenden Normen ist bisher beispiellos. Sowohl die Besonderheiten des institutionellen Mechanismus, als auch die Erweiterung der EG/EU-Kompetenzen sind Beweise dafür, dass die EG als Internationale Organisation eine neue supranationale Qualität gewinnt und dass dieses Prozess föderative Merkmale hat. Man muss jedoch zwischen einem gesellschaftlichen und einem juristischen Prozess unterscheiden und die rechtlichen Bedingungen, die zur Gestaltung einer Föderation bzw. einer internationalen Organisation führen, herausarbeiten.

Die Integration in ihrer Grundformen, der Internationalen Organisation und der supranationalen Organisation, stellt die Subjekte des Völkerrechts dar, die sich am besten im Vergleich mit den Hauptsubjekten, den Staaten, definieren lassen. Dieser Vergleich ermöglicht die Transformation der Souveränität im Integrationsprozess im Rahmen einer Organisation festzustellen. Die Stellung von supranationalen Organisationen in ihrer Beziehung zu der Internationalen Organisation und dem Staat ist für die Integrations- und Souveränitätsforschung wichtig, weil dieser Vergleich die Entwicklung der Staatsformen und der Rechtssubjekte in der internationalen Rechtsordnung aktuell erörtert. Diese Fragestellung wird nachfolgend im 3. Kapitel dieser Arbeit behandelt.



## **Kapitel 3. Souveränität und die Europäische Union. Verschiedene Integrationsformen in Bezug auf die Rechtsnatur der Internationalen Organisationen**

### **A. Die Völkerrechtspersönlichkeit allgemein aus der russischer Sicht**

Im zweiten Kapitel wurde der Zusammenhang von Integrationsformen und Souveränität erörtert. Es wurde festgestellt, dass beide Aspekte dieser Thematik systematisch mit Bezug auf die Rechtsordnung des Völkerrechts untersucht werden müssen und die Entwicklung dieser Integrationsformen im Bezug zu den besonderen Charakteristika dieser Rechtsordnung zu setzen ist.

Im vorliegenden Kapitel wird die Frage der Völkerrechtssubjektivität der verschiedenen Phänomene der Integration aus dem Blickwinkel der Völkerrechtsordnung systematisch behandelt, damit als *Ergebnis eines Vergleichs* der verschiedenen Rechtssubjekte des Völkerrechts die besondere Stellung der EG/ EU juristisch qualifiziert werden kann. Diese soll insbesondere die russische Perspektive auf die Völkerrechtssubjektivität von EG/EU umfassen. Mit dieser Thematik ist die Frage nach der Rechtsnatur der EG/ EU verbunden – diese Untersuchung setzt *eine Definition ihrer Rechtsstellung* voraus, indem ihre Völkerrechtspersönlichkeit im Vergleich zu derjenigen eines Staates und zur Völkerrechtspersönlichkeit klassischer Internationaler Organisationen untersucht wird. Die Abgrenzung der verschiedenen Organisationsformen, die im Rahmen des Integrationsprozesses erscheinen, macht es notwendig, die besonderen supranationalen Merkmale der EG/EU hervorzuheben.

Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei die Abgrenzung gegenüber der Rechtsstellung eines Staates sein. Dabei müssen die theoretischen Grundlagen der Staatlichkeit und insbesondere der «zusammengesetzten» Staatlichkeit, der *föderalen Staatlichkeit und Entwicklung* herangezogen werden. Dies schließt auch einen Blick auf den Entstehungsprozess zusammengesetzter Staatsformen mit ein.

Als zweiter Aspekt ist hiermit aber auch die Frage nach der Beziehung der betreffenden Organisation zu ihren Mitgliedstaaten verbunden. Diese Beziehung wird durch *das Recht der Organisation* bestimmt, was Rückwirkungen auf die Stellung dieser Personen in der Völker-

rechtsordnung einerseits und auf die Wirkung des Rechtes dieser Organisation in den nationalen Rechtsordnungen hat - dadurch wird auch die Rechtsnatur des betreffenden Organisationsverbandes gekennzeichnet. Diese Beziehung reflektiert die soziale und die rechtliche Dynamik der Integration.

Die Subjekte des Völkerrechts sind Akteure der internationalen Beziehungen, sie besitzen Rechte und Pflichten, die aus dieser Rechtsordnung resultieren, und die sie auf Grund des Völkerrechts erfüllen. Dem entspricht auch ihre völkerrechtliche Verantwortung.<sup>301</sup> Dies gehört zu den unentbehrlichen Merkmalen des Begriffes «Staat», wie er durch berühmte Definition von Bodin nahe erfasst wird.

In der westlichen, ebenso wie in der russischen Fachliteratur wird zwischen *verschiedenen Kategorien von Subjekten* unterschieden. Man trennt wesentlich zwischen Hauptsubjekten und anderen Subjekten, die sich durch die Ausgestaltung ihrer Rechtspersönlichkeit definieren. Zu den wichtigsten Subjekten des Völkerrechtes gehören die Staaten, die Internationalen Organisationen und auch Gebilde, die sich in der Gründungsphase der Staatlichkeit befinden<sup>302</sup>.

Die Aufmerksamkeit der russischen Wissenschaft gilt den neuesten Entwicklungen im Bereich der Völkerrechtssubjektivität, vor allem der völkerrechtlichen Rechtsstellung des Individuums und der Weiterentwicklung der Völkerrechtsstellung der Internationalen Organisationen.<sup>303</sup>

## **I. Zur Völkerrechtspersönlichkeit eines Staates**

### **1. Die Besonderheit der primären Subjekte des Völkerrechts – die Souveränität**

Der Staat wird als primäres Völkerrechtssubjekt bezeichnet, da er die wichtigste politische Organisationsform in der heutigen Welt darstellt. Wichtigstes Merkmal eines Staates ist seine Souveränität. Somit ist die Souveränität die Qualität dieses politischen Gebildes, das eine völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit besitzt.

---

<sup>301</sup> Talalaev, A. N., Subjekty mezhdunarodnogo prava (Die Subjekte des Völkerrechts. in: Das Völkerrecht). 1999. S. 89

<sup>302</sup> Siehe z. B. Epping, V., Völkerrechtssubjekte in: Ipsen, K., Völkerrecht, 5. Auflage. 2004. S. 55-111

<sup>303</sup> Mezdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Das Lehrbuch. Moskau. 1999. S. 90f



Im vorliegenden Zusammenhang ist die Frage wesentlich, wie Souveränität und Rechtspersönlichkeit im Rahmen sich verstärkender Integration gegenseitig voneinander abhängig sind. Diese Abhängigkeit kann folgendermaßen beschrieben werden: Besitzt ein sozialer Verband Rechtspersönlichkeit, so ist er stärker integriert als ein solcher ohne Rechtspersönlichkeit. Diese Überlegung kann auch auf soziale Verbände übertragen werden, die sich aus einzelnen Völkerrechtssubjekten, insbesondere aus Staaten, zusammensetzen.

Die Aktionsbereiche, die Pfeiler II und III der Europäischen Union, werden ebenfalls nach weit überwiegender Meinung als Gebilde ohne Rechtspersönlichkeit erfasst – hier handeln die Staaten gemeinsam, als Mitgliedstaaten, bringen also ihre eigene Völkerrechtssubjektivität ein, ohne eine autonome Völkerrechtssubjektivität des Gesamtverbandes zu begründen. Die Integrationsdichte ist bei einem solchen Verband ohne eigene Rechtspersönlichkeit geringer als diejenige der supranationalen Gemeinschaft selbst, zu der die Aufgabenerfüllung in Pfeiler I der EU gehört. Die Supranationalität als Ausdruck besonderer Integrationsdichte ist bei der Europäischen Gemeinschaft, ausgestattet mit eigener Völkerrechtssubjektivität, vorhanden, während dies bei auf dem Gebiet von Pfeiler II und III der EU handelnden Mitgliedstaaten, nicht der Fall ist. Hier wird der Zusammenhang zwischen Integrationsdichte, Supranationalität und Völkerrechtssubjektivität deutlich.

Die Rechtspersönlichkeit eines Staates ruht in seiner Souveränität.

Die Souveränität, eine wesensmäßig dem Staat zukommende Qualität, wird – wie es im zweiten Kapitel herausgearbeitet wurde – in wachsendem Maße auch von der russischen Literatur nicht im Sinne einer auf ein Territorium bezogenen Rechtsmacht aufgefasst, sondern sie wird der aktuellen Situation in den internationalen Beziehungen und damit an das moderne Völkerrecht angepasst.<sup>304</sup>

Hier wird deutlich, dass sich der Bezug eines Herrschaftsverbandes auf ein Territorium immer mehr von dem Begriff der Souveränität löst und Souveränität eher funktionell verstanden wird. Je stärker sich auch die transnationale Wirkung staatlicher Akte äußert, um so mehr wird die direkte Bezogenheit von staatlicher Hoheitsmacht, gegründet auf Souveränität und staatliches Territorium, relativiert.

Souveränität, schreibt Zippelius, bezeichnet einen historisch gewordenen Tatbestand. «Sie ist ein Begriff, der in seiner historischen Bedingtheit zu sehen ist, und bezeichnet kein schlechthin unentbehrliches Merkmal politischen Gemeinwesens. Auch zwingt nichts dazu,

---

<sup>304</sup> Siehe dazu z. B.: *Ushakov, N. A.*, Gosudarstvo v sisteme meydunarodno- pravowogo regulirowanija (Der Staat in dem System der völkerrechtlichen Regulierung). 1997

sie als schlechthin unentbehrliches Merkmal in den Begriff «Staates» aufzunehmen, wie dies Bodins berühmte Definition nahe legt.»<sup>305</sup>

Allerdings werden die Souveränität, also die einem Staat innewohnende höchste Gewalt auf seinem Territorium, und ebenso die Unabhängigkeit des Staates immer mehr durch die Normen des Völkerrechtes begrenzt.

Die Souveränität äußert sich unabhängig von dieser Begrenzung eher in der souveränen Gleichheit aller Staaten, unabhängig von deren Größe, der Bevölkerungszahl der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung eines Staates. Das Prinzip der souveränen Gleichheit ist dementsprechend auch im Statut der Vereinten Nationen als eines der Hauptprinzipien des Völkerrechtes festgelegt. Talalaev<sup>306</sup> sieht dementsprechend den wesentlichen Ausdruck der staatlichen Souveränität darin, dass die Staaten nicht einander unterworfen sind. Dies entspricht dem Gedanken der souveränen Gleichheit.

Staatliche Souveränität in den internationalen Beziehungen ist mit der Frage der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit des Staates verknüpft. Die Frage nach der Begründung der staatlichen Souveränität sollte in der Dimension der juristischen Festlegung der völkerrechtlichen Persönlichkeit behandelt werden. Nach Meinung von Feldman sind das Statut der Vereinten Nationen, die wichtigsten völkerrechtlichen Verträge und auch auf internationalen Konferenzen festgelegte Normen die Rechtsquellen für die Bestimmung der Völkerrechtspersönlichkeit. *De lege lata* ist die völkerrechtliche Persönlichkeit eine bestimmte, in den völkerrechtlichen Normen anerkannte Eigenschaft.<sup>307</sup>

Im modernen Völkerrecht besitzt die Völkerrechtspersönlichkeit eines Staates Wirkung *erga omnes*, und bedarf deshalb keine Anerkennung durch andere Staaten.<sup>308</sup>

Tschernischenko stimmt dieser Ansicht voll zu, indem er betont, dass die primären Subjekte des Völkerrechts als solche nicht von jemanden geschaffen worden seien. Und eben deswegen stelle die Rechtspersönlichkeit der Staaten eine objektive Gesetzmäßigkeit dar. Staaten entstünden als gesellschaftliche Mechanismen, die miteinander in Kontakt treten müssten. Es sei richtig, die Rechtspersönlichkeit des Staates *nicht auf dessen Befugnisse*, sondern *auf das tatsächliche Bestehen* eines Verbandes als Staat zu gründen.<sup>309</sup>

<sup>305</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. S. 63

<sup>306</sup> Talalaev, A. N., Subjekty mezhdunarodnogo prava (Die Subjekte des Völkerrechts. in: Das Völkerrecht). 1999. S. 91f

<sup>307</sup> Mezhdunarodnaja prawosubjektnost' / Nekotoryje teoreticheskiye woprosy (Die Völkerrechtspersönlichkeit/ Einige theoretische Fragen). 1971. S. 8f

<sup>308</sup> Tunkin, G. I., Teoria mejdunarodnogo prawa (Die Theorie des Völkerrechtes). Moskau 1970. S. 410

<sup>309</sup> Tschernischenko, S. V., Mezhdunarodnoje pravo: aktualnyje teoreticheskiye woprosy (Das Völkerrecht: aktuelle theoretische Fragen). Moskau 1993. S. 103

Aus diesem Grund ist die Frage nach dem Umfang der Rechtspersönlichkeit bei primären Subjekten des Völkerrechts überflüssig, da deren Rechtspersönlichkeit hiervon nicht abhängig ist.

## 2. Die Bestandteile des Begriffes «Rechtspersönlichkeit»

Allerdings bleibt die Frage wichtig, welche Befugnisse *unerlässlich* für ein Subjekt des Völkerrechts sind und wesensmäßig an die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit gebunden sind. Diese Frage wird detailliert in dem Abschnitt III dieses Kapitels über die Dynamik der Integrationsformen und die Forschung der Grenzen zwischen verschiedenen Formen besprochen.

Es darf aber, wie Levin herausstellt, die Souveränität in erste Linie nicht als eine bestimmter Satz von Befugnissen behandelt werden, sondern sie muss – was viel entscheidender ist – als bestimmter Charakter oder als Qualität solcher Befugnisse beurteilt werden.<sup>310</sup> Dem ist zuzustimmen. Das Wesentliche bei dem Souveränitätsbegriff sei, so Levin weiter, die Machtfülle und Unabhängigkeit in der Durchführung der Rechte. In den heutigen internationalen Beziehungen gründen sich die Machtfülle und die Unabhängigkeit auf der Gleichheit aller primären Subjekte, auf dem Prinzip der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines Staates und auf dem Verbot der Androhung oder Verwendung von Gewalt.<sup>311</sup>

Somit ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Souveränität der Rechtspersönlichkeit der Staaten als primäre Subjekte des Völkerrechts, unabhängig von deren Befugnissen, inhärent ist und *die Voraussetzung ihrer Rechtspersönlichkeit* ist. Die Tatsache, dass die Rechtspersönlichkeit eines Staates unabhängig vom Willen anderer Staaten besteht, bedeutet die Verwirklichung des Prinzips der souveränen Gleichheit.

Die Souveränität ist also den primären Subjekten des Völkerrechtes inhärent, so dass auf Grund dieses Charakteristikums die anderen Subjekte des Völkerrechtes analysiert werden können. Die Spezifik der Rechtspersönlichkeit einer Internationalen Organisation lässt sich am besten im Vergleich mit derjenigen eines Staates feststellen. Die Souveränität kommt somit allen Staaten zu. Die Staaten sind primäre Hauptsubjekte des Völkerrechts. Die

---

<sup>310</sup> Levin, I. D., Souveränität (Die Souveränität). Moskau 1948. S. 75

<sup>311</sup> Charta der Vereinten Nationen. Art. 2

Grundlage ihrer Rechtspersönlichkeit, die sie zu primären, unabhängigen Subjekten des Völkerrechts macht, ist die Souveränität. Alle anderen Subjekte des Völkerrechts können nicht als souverän beschrieben werden, insofern ist das Wesen der Souveränität das Vergleichskriterium für primäre und sekundäre Subjekte des Völkerrechts, also das entscheidende *Kriterium für die Klassifizierung völkerrechtlicher Subjekte*.

## **II. Die Rechtsnatur und die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen**

### **1. Die Besonderheit der Rechtsnatur der sekundären Subjekte des Völkerrechts: der Umfang und die Bestandteile der Rechtspersönlichkeit**

Die Rechtspersönlichkeit anderer Subjekte des Völkerrechts ist anderer Natur und deswegen nach anderen Kriterien zu erforschen. Da die anderen Rechtssubjekte nicht souverän sind, kann deren Rechtspersönlichkeit nicht von ihrer Souveränität abgeleitet werden. Die Rechtsnatur anderer Subjekte des Völkerrechts ist aus den Normen des Völkerrechts herzuleiten.

Da die sekundären Subjekte des Völkerrechts nicht die souveräne Fülle besitzen, stellt sich die Frage nach dem Umfang der Rechtspersönlichkeit: Im Gegensatz zu Staaten besitzen die sekundären Subjekte des Völkerrechts die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit *nicht immer, sondern nur unter bestimmten Umständen*. Die Besonderheiten oder *die Bedingungen*, die zum Entstehen der sekundären Subjekte des Völkerrechtes führen, werden im folgenden Abschnitt dieses Kapitels erörtert.

Da die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit der sekundären Subjekten *bedingt* ist, ist der *Umfang* der Befugnisse und dadurch der Rechtspersönlichkeit ein entscheidender Faktor für die Behandlung dieser Rechtssubjekte und deren Rechtsnatur.

#### *i) Der derivative Charakter*

Im Unterschied zur Staaten, deren Rechtspersönlichkeit mit Entstehen des Staates zustande kommt, sind die Internationalen Organisationen sekundäre, derivative Subjekte des Völkerrechts. Das ist das Hauptmerkmal ihrer Rechtsnatur. Diese abgeleitete Eigenschaft der Rechtspersönlichkeit besteht darin, dass eine Organisation von den Mitgliedstaaten für die

Lösung bestimmter Fragen gegründet wird. Das bedeutet, dass die Organisation nur in einem bestimmten Umfang die völkerrechtliche Subjektivität besitzt. Dagegen genießen die Staaten auf Grund ihrer Souveränität den vollen Umfang von völkerrechtlichen Befugnissen.

Das konstituierende Merkmal der Rechtsnatur Internationaler Organisationen ist deren Begründung durch einen internationalen Vertrag, so Schibaeva.<sup>312</sup> Aus der völkerrechtlichen Natur dieses Vertrages, den die Staaten als Völkerrechtssubjekte abgeschlossen haben, leitet sich auch der völkerrechtliche Charakter Internationaler Organisationen ab.

Die Rechtsnatur Internationaler Organisationen ist vom Willen der Gründungsstaaten abhängig. Diese besitzen ein Ermessen besonderer Art: Sie entscheiden nicht die Frage, ob eine Internationale Organisation Völkerrechtssubjektivität besitzen könnte, sondern ob eine bestimmte Organisation die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit habe und in welchem Umfang sie diese besitzen solle, betont Tschernischenko.<sup>313</sup> Es geht also nicht darum, ob die Staaten die Absicht haben, Völkerrechtssubjektivität für eine Organisation zu schaffen oder nicht, da eine Internationale Organisation objektiv die Befugnisse zur Teilnahme an internationalen Beziehungen besitzt, da sie ja auf zwischenstaatlicher Basis gegründet wurde.

Die Europäische Union besitzt laut Vertrag keine ausdrückliche Bestimmung ihres Status, deswegen muss die Frage nach der Rechtsnatur der Europäischen Union auf der Basis des Gründungsvertrages juristisch ausgelegt werden.

Während der Europäischen Union als solcher ausdrücklich keine Völkerrechtspersönlichkeit zukommt, ist dies bei den Europäischen Gemeinschaften anders. Die drei Europäischen Gemeinschaften (gegründet 1951 (EGKS) und 1957 (EWG, 1993 bei Wahrung ihrer Rechtsidentität in EG unbenannt) sowie Euratom) sind selbst mit Völkerrechtspersönlichkeit ausgestattet, wie dies die Gründungsverträge belegen. Spezielle Vertragsvorschriften sind Basis für die Völkerrechtssubjektivität, so Art. 281 des EG-Vertrages und Art. 184 des Euratom-Vertrages. Diese Vorschriften betreffen die Rechtspersönlichkeit im externen Sinne, also die Völkerrechtspersönlichkeit, während die benachbarten Vorschriften, Art. 282 des EGW-Vertrages und Art. 185 des Euratom-Vertrages die innerstaatliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit der EG erfassen.

---

<sup>312</sup> Schibaeva, E. A., Potochnyj M., Prawowyje woprosy struktury i dejatel'nosti meudunarodnah organizacij (Die rechtlichen Fragen der Struktur und der Tätigkeit Internationaler Organisationen). MGU. Moskau 1988. S. 18

<sup>313</sup> Tschetnischenko, S. V., Litschnostj i mezdunarodnoje pravo (Die Persönlichkeit und das Völkerrecht). Moskau 1974. S. 47f

Indirekt kommt der Wille der Gründungsstaaten, den Europäischen Gemeinschaften Völkerrechtssubjektivität zu verschaffen, dadurch zum Ausdruck, dass den Gemeinschaften im Gründungsvertrag ausdrückliche Kompetenzen zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge eingeräumt wurden. Sollen sie diese Befugnisse besitzen, muss ihnen Völkerrechtssubjektivität, wenn auch nur in bestimmten begrenzten Bereichen, zukommen. Damit sind dies Bestimmungen zur indirekten Begründung von Völkerrechtssubjektivität.<sup>314</sup>

## ii) *Der funktionale Charakter*

Jede Internationale Organisation wird von den Mitgliedstaaten für die Lösung bestimmter Aufgaben geschaffen, sie hat bestimmte Ziele und dementsprechend werden ihr bestimmte Kompetenzen und Funktionen zugeteilt. Das bedeutet, dass die Rechtsfähigkeit einer Internationalen Organisation einen *funktionalen* Charakter hat und der Umfang ihrer Kompetenzen von ihren Aufgaben abgeleitet und bestimmt wird. Wie Jellinek schrieb, dienen die Staatenverbindungen entweder einem innerstaatlichen Ziel (wie der Postverband) oder führen Tätigkeiten aus, die ein einzelner Staat nicht selbst verwirklichen kann, z. B. die Europäische Donaukommission, der Weltpostverein oder die internationale Seeschiffahrtorganisation.<sup>315</sup>

Mehrere russische Autoren betonen die besondere Rechtsstellung und völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen im Gegensatz zu Staaten. Schibaeva erkennt am Beispiel der UNO die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen an, betont aber ihre Sonderqualität. Der Unterschied Internationaler Organisationen zu den Hauptsubjekten des Völkerrechts liegt in *der Rechtsnatur ihrer Kompetenzen*. Die Rechte einer Internationalen Organisation sind das Ergebnis der im Gründungsvertrag festgelegten Willensabstimmung aller Mitgliedstaaten. Die Rechte einer Organisation sind abgeleitet von den Rechten der Mitgliedstaaten.<sup>316</sup> Talalaev ebenso unterscheidet zwischen primären und sekundären Subjekten des Völkerrechts und betont, dass Organisationen keine Souveränität besitzen, und dass der Umfang ihrer Rechtspersönlichkeit im Gründungsvertrag festgelegt werde und von den konkreten Kompetenzen der Organisation abgeleitet sei.<sup>317</sup>

<sup>314</sup> Vergleiche: *Arnold, R.*, Außenhandelsrecht der EG. Grundfragen. in: *Dausen*, EG-Wirtschaftsrecht, Abschnitt KI, Randnummer 24

<sup>315</sup> *Jellinek, G.*, Die Lehre von den Staatenverbindungen/ Neudruck der Ausgabe Wien 1882. 1968. S. 8f

<sup>316</sup> *Schibaeva, E. A.*, Mezhdunarodnaja rwavosujektnostj/ Nekotoryje teoreticheskie woprosy (Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit/ Einige theoretische Fragen). Moskau 1971. S. 96f

<sup>317</sup> *Talalaev, A. N.*, Prawo dogoworow. Dogowory s utchastiem mezdunarodnyh organizacij (Das Recht der Ver-

## EU

Der funktionale Charakter des EG/EU-Rechtes ist in den Gründungsverträgen eindeutig festgelegt: Das EU-Recht hat einen bestimmten Effekt innerhalb der Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten zum Ziel, und zwar die Schaffung eines Binnenmarktes. Weiter wird durch die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und durch die Errichtung einer Wirtschafts- und Sozialunion die Schaffung eines Raumes ohne Binnengrenzen angestrebt. Nicht weniger wichtige Ziele sind die Behauptung der Identität der Organisation; die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und die Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes durch die im Vertrag eingeführte Politik und Formen der Zusammenarbeit.<sup>318</sup>

Die Europäischen Gemeinschaften funktionieren im Rahmen ihrer Ziele und im Rahmen der in den Gründungsverträgen festgelegten Kompetenzen (Art. 5A, Abs. 1 A des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Die EG-Organe wirken entsprechend der Ziele und Bedingungen des Vertrages (Art. 249A, Abs.1 des EG-Vertrages; Art. 161, Abs. 1 des Euratom-Vertrages; Art. 14, Abs. 1 EGKS; Art. 2A und 5A des Vertrages über die Europäische Union). Das bedeutet, dass die Tätigkeit der EG/ EU-Organe ein Ziel verfolgen muss und einen rechtlichen Grund haben muss, das sogenannte «Prinzip der begrenzten Ermächtigung» (*principe des pouvoirs d'action limités*). Dieses Prinzip unterscheidet die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften von der gesetzgeberischen Tätigkeit eines Staates.

### *iii) Der historische Charakter*

In Bezug auf die Internationalen Organisationen ist die Rechtspersönlichkeit eine historische Kategorie, d. h., dass die Organisationen im Gegensatz zu Staaten die Rechtspersönlichkeit nicht auf Grund ihrer «natürlichen Eigenschaften als solche» haben, so Schibaeva,<sup>319</sup> nämlich auf Grund der Souveränität, sondern je nach der objektiven historischen Situation besitzen. Die Staaten gründen eine Internationale oder auch eine supranationale Organisation für die

---

träge. Die Verträge mit Internationalen Organisationen). Moskau 1989. S. 56ff

<sup>318</sup> EU-Vertrag, Art. 2

<sup>319</sup> Schibaeva, E. A., *Prawosubjektivnostj mezhdunarodnyh organizacij/ Mezhdunarodnaja pravosubjektivnostj. Nekotoryje teoreticheskie woprosy Die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen/ Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Einige theoretische Fragen.* 1971. S. 83

Lösung bestimmter Fragen, die vorher unmittelbar zwischenstaatlich geregelt waren ohne die Institutionen einer Organisation.

Diese Fragen, festgelegt im Gründungsvertrag, werden zur sachlichen Kompetenz der Organisation.<sup>320</sup> Je nach der historischen Situation werden verschiedene Fragen zur sachlichen Kompetenz einer Organisation bestimmt. So wird die Rechtsnatur der Organisation und der Umfang ihrer Rechtspersönlichkeit historisch unterschiedlich aufgefasst. Die Aufgabengebiete Internationaler Organisationen umfassen die Sicherung des Weltfriedens und die Koordinierung unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Fragen (wie im Falle der UNO und ihrer Spezialorganisationen) oder, wie etwa bei regionalen Organisationen der Fall, verteidigungspolitische, wirtschaftliche, kulturelle und andere Fragen, sowie die Sicherung der Menschenrechte (z. B. Europarat).

Für die Durchführung der Aufgaben bekommen die Internationalen Organisationen unterschiedliche Machtbefugnisse, die auch durch die historische Situation bestimmt sind. Die Notwendigkeit, eine weitere Koordinierung in den internationalen Beziehungen zu erreichen, führte zum Entstehen von zuerst temporären, später dauerhaften Internationalen Organisationen mit Empfehlungsbefugnissen. Noch später entstanden universelle Internationale Organisationen. Die Befugnisse der Organisationen haben sich auch erweitert. Sowohl durch den Umfang der Befugnisse, wie auch durch die Machtfülle der Kompetenzen wird die Rechtspersönlichkeit jeder Internationalen Organisationen durch die Mitgliedstaaten im Gründungsvertrag bestimmt - somit hat ihre Rechtsnatur einen historischen Charakter.

*Die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen unterscheidet sich insofern grundsätzlich von der staatlichen Rechtspersönlichkeit. Sie ist historisch (je nach den konkreten Bedürfnissen in den internationalen Beziehungen) und systematisch (entsprechend der Spezifik der völkerrechtlichen Rechtsordnung und dem gesetzgeberischen Prozess im Völkerrecht) bedingt.*

---

<sup>320</sup> Schibaeva, E. A., Potoschnij M. Prawowyje woprosy struktury i dejatel'nosti mezdunarodnyh organizacij. Die rechtlichen Fragen der Struktur und Tätigkeiten Internationaler Organisationen. MGU. 1988. S. 45f



## 2. Definition Internationaler Organisation

### *i) Historische Entwicklung der Internationalen Organisationen aus der Perspektive der zunehmenden Integration*

Die Problemstellung der Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen im *historischen Zusammenhang* bietet ein wichtiges Kriterium für die Integrationsforschung. Die Internationalen Organisationen hatten nicht immer die Qualität der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit und stellen dadurch ein Beispiel der historischen Dynamik dar. Darüber hinaus waren sie nicht immer als Subjekte des Völkerrechts anerkannt, deswegen stellt ihre Forschung eine wichtige methodische Entwicklung in der Rechtswissenschaft dar, die für die Forschung der supranationalen Organisationen und föderativen Formen wichtig ist. Die Methoden der Forschung zu Internationalen Organisationen machen die Definitionen und die Abgrenzung der Organisationen von anderen Völkerrechtssubjekten deutlich.

Die Rechtsstellung der Internationalen Organisationen war in der russischen Rechtswissenschaft lange ein Diskussionsthema. Eine Gruppe von russischen Wissenschaftlern erkannte die Rechtspersönlichkeit der Internationalen Organisationen überhaupt nicht an. Modzoryan<sup>321</sup> war z. B. der Meinung, dass der Gründungsvertrag kein neues Subjekt des Völkerrechts schaffe, sondern den Mitgliedstaaten bestimmte Rechte und Pflichten verleihe. Der gleichen Meinung war Schurschalov, der die Internationalen Organisationen als eine Art der zwischenstaatlichen Beziehungen, als eine Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit behandelte.<sup>322</sup> Eine der wichtigsten Bestandteile der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit, nämlich die Teilnahme am völkerrechtlichen gesetzgeberischen Prozeß wurde hinsichtlich der Internationalen Organisationen unterschiedlich interpretiert. So wurde etwa die Teilnahme Internationaler Organisationen an der Vorbereitung und Unterzeichnung von internationalen Verträgen unterschiedlich beurteilt. In der Sowjetunion der sechziger Jahre wurde sie nicht von allen Wissenschaftlern als gesetzgeberische Tätigkeit im Völkerrecht anerkannt. Es gab unterschiedliche Einschätzungen der Teilnahme von Internationalen Organisationen an der Vorbereitung von Texten völkerrechtlicher Verträge und der Unterzeichnung von Verträgen seitens Internationaler Organisationen. Manche Wissenschaftler erkannten das Recht Interna-

<sup>321</sup> Modzoryan, L. A. K woprosu o subjektah mezhdunarodnogo prawa. Sowjetskoje gosudarstwo i pravo. Zu der Frage über die Subjekte des Völkerrechts. Der Sowjetische Staat und Recht. 1956. N6. S. 97f

<sup>322</sup> Siehe z. B. Schurschalov, V. M., Mezhdunarognyje otnoschenija. Die internationalen Beziehungen. Moskau 1971

tionaler Organisationen, selbständig völkerrechtliche Normen zu schaffen, nicht an. Modzorian schreibt folgendes: «Die Ziele der UNO sind die Ziele, die von den Mitgliedstaaten verfolgt werden, sie haben in dem Statut die Mittel und Wege dazu vorgesehen. Die Anerkennung der UNO als Völkerrechtspersönlichkeit, mit anderen Worten die Anerkennung der öffentlichen Funktionen der Organisation führt zur ihrer Entgegenstellung gegenüber der Mitgliedstaaten und zu einer Verwandlung in den «Suprastaat».<sup>323</sup> Dieser Standpunkt kommt auch in der westlichen Literatur als Diskussionsthema vor.<sup>324</sup>

Diese Position wurde in der russischen Literatur sehr stark kritisiert als falsches Gleichsetzen zweier Begriffe: der Völkerrechtspersönlichkeit und der staatlichen Souveränität. Die Festlegung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit auf Grund der Souveränität führt zu einer Begrenzung des Kreises der völkerrechtlichen Subjekte. Die Souveränität soll die Grundlage für die Klassifizierung der Subjekte des Völkerrechts sein, ein Kriterium für ihre Einteilung in primäre und sekundäre Subjekte, souveräne und nicht-souveräne.<sup>325</sup>

Die Unterzeichnung von völkerrechtlichen Verträgen durch Internationale Organisationen wird als kritisches Hauptargument gegen diese Theorie vorgebracht. Die Verneinung der Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen steht im Widerspruch zur völkerrechtlichen Rechtsordnung, die das Recht zur Schaffung völkerrechtlicher Normen für das Grundkriterium der völkerrechtlichen Subjektivität und der Rechtspersönlichkeit hält. Talalaev nennt das Recht zum Abschluß völkerrechtlicher Verträgen als ein Hauptmerkmal der völkerrechtlichen Subjektivität. Ohne dies kann keine Organisation als Rechtssubjekt gelten.<sup>326</sup>

Die Kritik von Feldman sollte für richtig gehalten werden: Die, die Rechtspersönlichkeit der Internationalen Organisationen verleugnende Theorie identifiziert die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit mit der Souveränität und schränkt dadurch unnötig den Kreis der völkerrechtlichen Subjekte ein. Die Souveränität dient als objektives Kriterium der Klassifizierung von völkerrechtlichen Subjekten, nach dem zwischen Hauptsubjekten (souveränen) und den anderen (nicht-souveränen) unterschieden wird.<sup>327</sup> Diese Klassifizierung hilft, die

<sup>323</sup> Modzorian, L. A., Subjekty mezdunarodnogo prava. Subjekte des Völkerrechts. Moskau 1958

<sup>324</sup> Siehe z. B. Meng, W., Das Recht der internationalen Organisationen - eine Entwicklungsstufe des Völkerrechts. Baden-Baden 1979

<sup>325</sup> Mezdunarodnaja prawosubjektivnostj (teoreticheskie woprosy). Die Völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit (theoretische Fragen). Moskau 1971. S. 10ff

<sup>326</sup> Talalaev, A. N., Prawo mezdunarodnyh dogoworow. Dogowory s utchastiem mezdunarodnyh organizacij. Das Recht der völkerrechtlichen Verträge. Die Verträge mit den Internationalen Organisationen. Moskau 1989. S. 60f

<sup>327</sup> Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Theoretische Fragen. Hrgb. Feldman, D. I. Moskau 1971. S. 10f

Besonderheiten der rechtlichen Stellung von Internationalen Organisationen im Völkerrecht zu klären.

Die allgemeine Nichtanerkennung der Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen wurde von mehreren russischen Autoren auf Grund der historischen Entwicklung der sekundären völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit kritisiert. Schibaeva betont die historische Entwicklung der Rechtsstellung Internationaler Organisationen im Völkerrecht: «Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit ist kein universelles Merkmal in der Definition der Internationalen Organisation. Die ersten Internationalen Organisationen – die internationalen administrativen Bündnisse – hatten keine völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Sie ist erst später entstanden. Aber am Ende des 20. Jahrhunderts haben fast alle zwischenstaatlichen Organisationen internationale Rechtspersönlichkeit.»<sup>328</sup> Die Autorin ist der Meinung, dass in der Zeit der zunehmenden Integration und wechselseitigen Abhängigkeit fast jede gegründete Internationale Organisation die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit besitzt, um ihre Aufgaben entsprechend erfüllen zu können.

In den heutigen Publikationen wird dieser Standpunkt als aufgehoben nicht mehr diskutiert, und die russische Rechtswissenschaft erkennt die Völkerrechtssubjektivität Internationaler Organisationen an. Die russische Doktrin behauptet, in der heutigen Situation der wirtschaftlichen Verflechtung und Globalisierung gibt es kaum Organisationen, die ähnlich der früheren Organisationen keine völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit haben. Das wichtigste, für alle Subjekte des Völkerrechts geltende Merkmal sei die Fähigkeit, am gesetzgeberischen Prozess im Völkerrecht teilzunehmen, weil das Völkerrecht die einzige Rechtsordnung sei, deren Normen von den eigenen Subjekten geschaffen sind.

Die internationale Rechtspersönlichkeit basiert auf der Fähigkeit, an internationalen Beziehungen teilzunehmen. Eine Internationale Organisation kann Teilnehmer an den internationalen Beziehungen werden, weil sie auf einer zwischenstaatlichen Basis gegründet worden ist. Hinsichtlich der Internationalen Organisationen ist eine solche Fähigkeit vom Willen der Mitgliedstaaten abhängig.

---

<sup>328</sup> Schibaeva, E. A.; Potochnij, M., Prawowyje woprosy struktury i dejatel'nosti mezdunarodnyh organizacij. Die rechtlichen Fragen der Struktur und Tätigkeiten Internationaler Organisationen. MGU. 1988. S. 20

*ii) Die Besonderheit der sekundären Subjekte des Völkerrechts:  
der Umfang und die Bestandteile der Rechtspersönlichkeit.*

Insofern kann die in der russischen Rechtsliteratur herrschende Meinung wie folgt zusammengefaßt werden: Die Internationalen Organisationen sind Subjekte des Völkerrechts, die sich von den Hauptsubjekten – den Staaten – unterscheiden.

Die Rechtssubjektivität der Internationalen Organisationen liegt nicht in der Souveränität begründet, sondern wird von den Gründungsstaaten im Vertrag festgelegt. Damit bekommen verschiedene Internationale Organisationen verschiedene Kompetenzen, je nach der historischen Situation, den Aufgabengebieten und der Zielsetzung. Der Umfang der Kompetenzen bestimmt auch die Rechtssubjektivität und die Rechtsnatur der Organisation.

Laut Zippelius sind die Zwecke, die ein Staat verfolgt und das Ausmaß der Befugnisse bzw. die Herrschaftsformen immer von der historischen Situation bestimmt und diese Frage «lässt sich nicht ...für alle Zeiten in gleichbleibender Weise beantworten.»<sup>329</sup> Welche Befugnisse in der Kompetenz eines Staates bleiben und unentbehrlich für die Staatlichkeit sind und welche an die Internationale Organisation übertragen werden, wird abhängig von der historischen Situation in den Normen des Gründungsvertrages bestimmt.

Bekanntlich wurden an die Europäische Gemeinschaft mehrere wichtige Kompetenzen übertragen, die zum Teil den Kern staatlicher Kompetenzen bilden. Die Europäische Union bekam noch weitere Sachzuständigkeiten, die aber andere juristische Qualität besitzen und den Charakter von Teilrechtsordnungen haben.

Unter der Rechtsnatur einer Internationalen Organisation verstehe man – nach dem bedeutendsten russischen Völkerrechtler Tunkin – ihre wichtigsten völkerrechtlichen Wesenszüge.<sup>330</sup> Der Besitz der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit ergibt sich im Fall einer Internationalen Organisation nicht aus der bloßen Tatsache ihres Vorhandenseins (wie im Fall eines Staates), sondern entsteht auf Grund eines völkerrechtlichen Vertrags und bildet sich aus der Summe bestimmter Eigenschaften. Bei den sekundären Rechtspersonen ist der Umfang ihrer Machtbefugnisse und ihrer Rechtspersönlichkeit besonders wichtig. Da die Internationalen Organisationen die sekundären Subjekte des Völkerrechts sind, ist die Gesamtheit der für die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit notwendigen Merkmale unerlässlich, um eine Organisation als Völkerrechtssubjekt zu beschreiben. Die Gesamtheit dieser Merkmale ist das

<sup>329</sup> Zippelius, R. Allgemeine Staatslehre. Politikwissenschaft. 14. Auflage. 2003. S. 53

<sup>330</sup> Tunkin, G. I., Teoria mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 269

Kriterium der sekundären völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit. Dazu gehören folgende Merkmale:

### **3. Die Merkmale der Völkerrechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen mit dem Schwerpunkt EG/EU**

Eine Internationale Organisation sei die Vereinigung von Staaten, gegründet gemäß völkerrechtlicher Normen auf einem völkerrechtlichen Vertrag. Ihr Zweck ist die Erfüllung bestimmter Aufgaben mithilfe eines institutionellen Systems. Die Internationale Organisation hat Rechte und Pflichten, die sich von den Rechten und Pflichten der Mitgliedstaaten unterscheiden. So wird der Begriff der Internationalen Organisation von Schibaeva definiert.<sup>331</sup> Diese Definition beinhaltet alle wichtigen Merkmale der Rechtsnatur Internationaler Organisationen.

#### *i) Die Gründung und das Funktionieren der Internationalen Organisation auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen den Mitgliedstaaten*

Der völkerrechtliche Vertrag bestimmt den Umfang der Kompetenzen der Organisation und ist von daher entscheidend für die Frage, ob eine Internationale Organisation die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit besitzt und in welchem Umfang. Der Gründungsvertrag bietet die Kriterien für die Analyse der Rechtspersönlichkeit einer Internationalen Organisation. Die völkerrechtlichen Verträge, die die Gründung einer Internationalen Organisation vorsehen, werden als Verträge *sui generis* charakterisiert, da sie die Gründung eines Rechtssubjektes konstituieren.

Die Analyse des Gründungsvertrages im Fall EG/EU ist entscheidend für die konkrete Frage, ob man die Europäische Union als einen Staat behandeln kann oder als eine Internationale Organisation mit besonderen Charakteristika, und inwieweit die Gründungsverträge eine «Verfassung» der Europäischen Union darstellen.

---

<sup>331</sup> Schibaeva, E. A., Potoschnij M. Prawovye woprosy struktury i dejatelnosti mejdunarodnyh organizacij (Die rechtlichen Fragen des Struktur und Tätigkeit der Internationalen Organisationen) MGU, Moskau 1988. S. 17f

Zunächst müssen die wesentlichen Änderungen, die mit den internationalen integrativen Prozessen zusammenhängen, erörtert werden.

Sowohl die Verfassung, als auch der Vertrag sind die Quellen des Rechtes der normativen Ordnung. Wie Lukashuk schreibt, waren in der Vergangenheit die Verfassungen ausschließlich nach innen orientiert, hatten sich fast nur mit innenpolitischen Fragen beschäftigt.<sup>332</sup> Die Staatsmacht in der Außenpolitik wurde als unabhängiger Bereich behandelt und wurde sehr wenig vom Verfassungsrecht beeinflusst. Der zunehmende wechselseitige Zusammenhang in den internationalen Beziehungen hat dazu geführt, dass die internationalen Standards, z. B. im Bereich Menschenrechte, Rechtsstaat usw., in die Verfassungen übernommen wurden.

Auch wenn ein Staat die Freiheit hat, seine innerstaatliche Rechtsordnung selbst und unabhängig zu bestimmen, so setzt das moderne Völkerrecht doch bestimmte Regeln für diese Rechtsordnung voraus. Die Rechtsordnung eines Staates muss die allgemeinen völkerrechtlichen Standards gewährleisten, sie muss so aufgebaut werden, dass die Beziehungen mit anderen Staaten im Rahmen der internationalen Gesetzlichkeit verlaufen. Alle diese Momente spiegeln sich in den modernen Verfassungen wieder und lassen sich in dem Begriff «Rechtsstaatlichkeit» zusammenfassen. Rechtsstaat und Rechtsgemeinschaft verwirklichen sich auch durch die Öffnung zum Völkerrecht. Die ordnende und begrenzende Macht des Rechts ist gerade im souveränitätsbetonten Völkerrecht von großer Bedeutung, so begreift Arnold die Internationalisierung des Verfassungsrechts.<sup>333</sup> Lukashuk ist der Meinung, dass unter diesen Umständen der außenpolitische Bereich immer mehr vom Verfassungsrecht beeinflusst wird.

Die EG/EU-Gründungsverträge beinhalten, ähnlich wie viele europäische Verfassungen, die weltweit anerkannten demokratischen Grundnormen und richten sich nicht nur (wie die traditionellen völkerrechtlichen Verträge) an die Mitgliedstaaten, sondern auch an die Völker Europas. Das ist ein Ergebnis des wechselseitigen Zusammenhangs.

Es gibt also eine integrative gegenseitige Beziehung zwischen dem modernen Völker- und Verfassungsrecht. Diese Beziehung wird am Beispiel der Europäischen Union deutlich.

Als Ergebnis der aktuellen Entwicklung wird die inhaltliche Verflechtung von völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Normen immer stärker. Dies führt dazu, dass oft von der Verfassung der Europäischen Union oder von der Konstitutionalisierung der Gründungsverträge gesprochen wird. Wie der Richter Mancini schrieb, unterscheiden sich die Verträge

<sup>332</sup> Lukashuk, I. I., *Mezhdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Moskau.1997. Band 1. S. 228ff

<sup>333</sup> Arnold, R., *Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechts*. Festschrift für Harmut Mauer, M.-E.Geis/D.Lorenz (Hrsg.), München 2001, S. 867.

von den Verfassungen grundsätzlich aber durch die Praxis des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften. Sie wurden «konstitutionalisiert» oder anders gesagt, wurden die Unterschiede zwischen einem Vertrag und einer Verfassung eliminiert und ein «Verfassungsrahmen» für die föderationsähnliche Struktur in Europa geschaffen.<sup>334</sup>

Den Sondercharakter der von den EG-Verträgen geschaffenen Rechtsordnung betont auch der russische Rechtswissenschaftler Müllerson. Die EU-Rechtsnormen berühren die zwischenstaatlichen Beziehungen, Beziehungen zwischen den juristischen Personen verschiedener Länder und die innenstaatlichen Beziehungen.<sup>335</sup>

Schelenkova bemerkt den «Verfassungscharakter» der EU-Gründungsverträge, der in der Festlegung der Ziele, der Integrationsprinzipien und des organisatorischen Systems liege.<sup>336</sup>

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften geht vom autonomen Charakter der Gemeinschaftsrechtsordnung aus: Von der völkerrechtlichen Natur der Gründungsverträge ausgehend, entwickelt der Gerichtshof die Theorie der Rechtsordnung sui generis, was unter anderem die Veränderung der Rechtsnatur der Gründungsverträge und ihre Konstitutionalisierung bedeutet, obwohl solche Veränderung in den Verträgen nicht vorgesehen ist, so Schelenkova. Es sei nicht zweckmäßig, in den Verträgen die Souveränitätsmerkmale zu suchen, es sei aber unbestritten, dass sie eine neue Realisierungsform der Staatsgewalt darstellen.<sup>337</sup>

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat in seinem Urteil Van Gend & Loos,<sup>338</sup> ausgehend von der völkerrechtlichen Natur des EWG-Vertrages, Ausführungen zur Sondernatur des Gründungsvertrages von 1957 gemacht und festgestellt, dass «dieser Vertrag mehr als ein Abkommen ist, das nur wechselseitige Verpflichtungen zwischen den vertragsschließenden Staaten begründet. Diese Auffassung wird durch die Präambel des Vertrages bestätigt, die sich nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Völker richtet». Nach dieser Auslegung des Gerichtshofes gelten die Bestimmungen des Vertrages nicht nur als ein zwischenstaatliches Abkommen, sondern wirken auch auf die Verfassung der Gemeinschaft zurück.<sup>339</sup>

<sup>334</sup> Mancini, G.F., *Democracy and Constitutionalism in the European Union*. Collected Essays. Oxford 2000. S. 1 f.

<sup>335</sup> Müllerson, R. K., woprosu o «prawe Ewropejskich Soobschestv» (Zu der Frage «des Rechtes der Europäischen Gemeinschaften») // Vestnik MGU. Seria 11. Pravo. 1982. N5. S. 49

<sup>336</sup> Schelenkova, N. B., *Ewropejskaja integracija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). S. 103

<sup>337</sup> Schelenkova, N. B., *Ewropejskaja integracija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). S. 102.

<sup>338</sup> EuGH, 5. 2. 63, 26/62, Van Gend & Loos, Slg, 1963, 3

<sup>339</sup> Siehe z. B. Lenz, *EG-Vertrag Kommentar*, 1994, S. 7; Bernhardt, in: *Dreißig Jahre Gemeinschaftsrecht*.

Auf den Sondercharakter (*sui generis*) des Gründungsvertrages wurde ausdrücklich im Urteil *Costa v. ENEL* hingewiesen:

«Im Unterschied zu gewöhnlichen internationalen Verträgen hat der EWG-Vertrag eine eigene Rechtsordnung geschaffen, die bei seinem Inkrafttreten in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten aufgenommen wurde und von ihren Gerichten anzuwenden ist. Denn durch die Gründung einer Gemeinschaft für unbegrenzte Zeit, die mit eigenen Organen, mit Rechts- und Geschäftsfähigkeit, mit internationaler Handlungsfähigkeit und insbesondere mit echten, aus der Beschränkung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten oder der Übertragung von Hoheitsrechten der Mitgliedstaaten auf die Gemeinschaft herrührenden Hoheitsrechten ausgestattet ist, haben die Mitgliedstaaten, wenn auch auf einem begrenzten Gebiet, ihre Souveränitätsrechte beschränkt und so einen Rechtskörper geschaffen, der für ihre Angehörigen und sie verbindlich ist».<sup>340</sup>

Viele weitere Entscheidungen des Gerichtshofes sprechen von «Verfassungsordnung».<sup>341</sup>

Die Frage der Beschränkung der souveränen Rechte kommentiert Pernice wie folgt: «Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften und ihrer schrittweise Fortentwicklung zur Europäischen Union wird nicht nur supranationale öffentliche Gewalt konstituiert, sondern als Folge des Übertragungsakts gleichzeitig dem Staat Kompetenz entzogen, Zuständigkeit «destituiert» und damit auch die staatliche Verfassung materiell geändert».<sup>342</sup> Er ist der Meinung, dass auf der europäischen Ebene eine Verschmelzung vom Vertragsrecht der EU und dem Verfassungsrecht der Mitgliedstaaten geschah, dass die beiden Elemente aufeinander bezogen sind und zusammen eine Europäische Verfassung darstellen. Die beiden Komponenten «ergänzen sich».

Die Rechtsnatur einer Verfassung unterscheidet sich von der Rechtsnatur eines Vertrages, was Annahmeverfahren, Regelungsbereich, Inkrafttreten und Änderungsverfahren betrifft.

Verfassung ist ein Akt der Verfassungsgebung, die verfassungsgebende Gewalt, das souveräne Volk, entscheidet über die grundlegenden Normen der Staatsorganisation. Ein völkerrechtlicher Vertrag über die Gründung einer Internationalen Organisation wird von der gesetz-

---

S. 77.

<sup>340</sup> EuGH, Rs 5/9 (*Costa v. ENEL*), Slg. 1964. S. 1251

<sup>341</sup> EuGH, Rs 294/83 (*Les Verts v. Parlament*), Slg. 1986, S. 1339, 1365. EuGH, Gutachten I/91 vom 14.12.91 (EWR-Gutachten I), Slg. 1991, I-6079, Entscheidungsgründe, Randnummern 20 und 21

<sup>342</sup> Pernice, I., Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam in: Klopfer, M./ Pernice, I. (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven der europäischen Verfassung im Lichte des Vertrages von Amsterdam. Baden-Baden 1999. S. 20f



gebenden Gewalt des Staates abgeschlossen. Der klassischen Auffassung nach wird einer Verfassung mit der juristischen Kraft durch die Selbstbestimmung des Souveräns, nämlich des Volkes, zugestimmt. Dies geschieht entweder auf einem Referendum oder durch Bildung eines verfassungsgebenden Organs.

Es besteht momentan kein souveränes einheitliches europäisches Volk, deswegen fehlt das Subjekt der Verfassungslegitimation innerhalb der Europäischen Union, so Schelenkova.<sup>343</sup> Die «doppelte Legitimation» der Europäischen Union bekundet sich vor allem in den Normen über die Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments und den nationalen Parlamenten: Die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente wird gefördert, und sie werden in die Tätigkeit des Europäischen Parlaments stärker einbezogen.<sup>344</sup>

Obwohl die EG/EU-Verträge sehr viele Normen beinhalten, die für die klassische Verfassungsordnung charakteristisch sind (z.B. die Normen über die Menschenrechte, Bürgerschaft der Europäischen Union), behalten sie andererseits, was die Annahme- und Änderungsverfahren betrifft, die juristische Form eines völkerrechtlichen Vertrages.

Die Verträge wurden von den Mitgliedstaaten abgeschlossen und unterschrieben.

Die Änderung der EU-Gründungsverträge bleibt eine Befugnis der Mitgliedstaaten.

Laut Art. 47 des EU-Vertrages bleiben die EG-Gründungsverträge sowie die nachfolgenden Verträge und Akte bis zu ihrer Änderung und Ergänzung und EU-Vertrag selbständig und unberührt.

Die Rechtslage der Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gründet sich auf dem völkerrechtlichen Rechtsgrundsatz «pacta sunt servanda», der in Art.10 des EWG – Vertrages formuliert wird: Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag oder aus den Handlungen der Organe der Gemeinschaft ergeben. Sie erleichtern dieser die Erfüllung ihrer Aufgabe (Art. 10, 1 des EVG-Vertrages). Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrages gefährden könnten (Art. 10, 2 des EWG-Vertrages). Die Verbindlichkeit des EG-Rechtes wird *völkerrechtlich* aus dem Recht der Verträge formuliert.

Natürlich gewährleistet alleine die unbeschränkte Gültigkeitszeit der Gründungsverträge (Art. 312 des EG-Vertrages; Art. 51 des EU-Vertrages) einen dauerhaften Mechanismus der Organisation und hat zum Ziel, einen stärkeren Zusammenhang zwischen der Organisati-

<sup>343</sup> Schelenkova, N. B., *Ewropejskaja integracija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). Moskau. 2003.S. 93ff

<sup>344</sup> Protokoll Nr. 9 zum EU-Vertrag

on und den Mitgliedstaaten zu schaffen. Diese Verschmelzung, die der Begriff supranationale Organisation als Integrationsform zum Ausdruck bringt, hat eine andere Qualität als die traditionelle Zusammenarbeit innerhalb einer Internationalen Organisation.

In den modernen Rechtsordnungen wird die *inhaltliche* Verflechtung von völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Normen in Zeiten zunehmender Integration immer deutlicher. Man kann tatsächlich von die Verfassungselemente der EG/EU-Rechtsordnung sprechen. *Formell* werden aber die völkerrechtlichen Verträge von Verfassungen unterschieden, da sie im Rahmen von unterschiedlichen Rechtsordnungen funktionieren. «Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft soll nach dem Willen ihrer Schöpfer Teil eines Aufbauwerks sein, das zur Föderation führt. Sie ist selbst bereits ein präföderales Gebilde, wie sich in ihrer Verfassungsstruktur nachweisen läßt», so Hallstein.<sup>345</sup>

Zippelius macht darauf aufmerksam, dass der Begriff «Verfassung» oft weit ausgelegt werde und dadurch die Grundnormen und Freiheitsgewährleistungen und grundlegenden Zweckbestimmungen supranationaler Organisationen umfasse. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn zwischen *einer Verfassung* und *einer Staatsverfassung* unterschieden werde und die Ausweitung des Begriffes nicht die «Staatlichkeit» jener Organisation begründet.<sup>346</sup>

Das Kriterium der Letztentscheidungskompetenz sei für richtig zu halten, wenn über «die Schwelle zur Staatlichkeit» zu entscheiden sei: Geht diese Kompetenz endgültig ganz oder zum Teil von den Mitgliedstaaten einer Organisation an die Organisation selbst über, so überschreitet eine solche supranationale Organisation die Schwelle zur Staatlichkeit und der Vertrag wandelt sich in eine Verfassung um, so Zippelius.

Tunkin beschäftigt sich mit der Frage, ob das Statut einer Organisation ein völkerrechtlicher Vertrag *sui generis* ist oder eine Verfassung. Er lehnt die Argumentation der Verfassungstheorie ab, die eine indirekte Vertragsänderung vorsieht, und die, die Internationale Organisation gründende Verträge als «flexible Dokumente» betrachtet. Tunkin ist der Meinung, dass, obwohl die Gründungsverträge Internationaler Organisationen viele Besonderheiten aufweisen, das Recht der völkerrechtlichen Verträge trotzdem eindeutig auch in diesem Fall anwendbar ist.

Das Statut einer Organisation ist im Vergleich zu anderen völkerrechtlichen Verträgen ein Völkerrechtskörper, der auf Grund dieses Vertrages funktioniert. Der Vertrag bestimmt die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Organisation und der Organisation selbst, die

---

<sup>345</sup> Hallstein, W., Die Europäische Gemeinschaft. 1.Auflage. 1973. S.36

<sup>346</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. Beck- Verlag. 14. Auflage. 2003. S. 58

Funktionen und die Kompetenzen der Organe, die Beziehungen zwischen den Organen und der Organisation und so weiter. Mit anderen Worten, schreibt Tunkin, sei das Statut einer Organisation ein komplexeres Phänomen als ein herkömmlicher völkerrechtlicher Vertrag.<sup>347</sup> Deswegen sei es selbstverständlich, dass die Vorbereitung und vor allem die Anwendung eines solchen Vertrages bestimmte Besonderheiten habe. Aber die meisten Bestimmungen des Rechtes der Verträge seien auch auf die Statuten anwendbar. Das finde auch Bestätigung im Art. 4 des Wiener Abkommens über völkerrechtliche Verträge. Der Versuch, die Statute Internationaler Organisationen als staatliche Verfassungen zu behandeln, habe keine Begründung, da sich die Internationalen Organisationen qualitativ von den Staaten unterscheiden.

Somit wird das Statut als eines der wesentlichen Merkmale Internationaler Organisationen bestimmt und die Rechtsnatur eines völkerrechtlichen Vertrages von der Verfassung unterschieden.

## *ii) Die Mitglieder der Organisation sind die Staaten*

Dieses Merkmal ist in zweierlei Hinsicht wichtig: Einerseits gibt es Internationale Organisationen, deren Mitglieder natürliche oder juristische Personen sind (sogenannte nicht-gouvernementale zwischenstaatliche Organisationen). Diese Art von Organisationen ist von den internationalen zwischenstaatlichen Organisationen zu unterscheiden.

Andererseits ist das Staatlichkeitsmerkmal gerade für die Abgrenzung verschiedener komplexer internationaler Formen voneinander wichtig: Konföderation, Föderation, Internationale Organisation. Die Rechtsstellung der Mitglieder einer Konföderation oder einer Föderation ist anders als die Rechtsstellung der Mitglieder einer Internationalen oder supranationalen Organisation. Diese Problematik wird in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels bearbeitet.

Die Mitglieder einer Konföderation sind auch Staaten, die ihre volle Völkerrechtspersönlichkeit behalten. Bestimmte Fragen – normalerweise außenpolitischer Natur – werden an die gemeinsamen Organe übertragen oder von einer zentralen Gewalt koordiniert. Eine Konföderation ist ähnlich wie eine Internationale Organisation auf einem Vertrag gegründet. Im Gegensatz zur Internationalen Organisation hat sie aber nicht einen überwiegend

---

<sup>347</sup> Tunkin, G. I, *Teorija mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 283ff

funktionellen Charakter, sondern eher einen politischen. Da die Konföderation eine ziemlich seltene Verbindungsform ist, die auch keine Stabilität und Langfristigkeit beweist, entwickelten sich Konföderationen entweder zu einer Föderation oder lösten sich auf.

Die Mitglieder einer Föderation können Staaten und andere Einheiten sein: So zählen z. B. zu den Föderationsmitgliedern der Russischen Föderation nicht nur Staaten – die Republiken – , sondern auch Gebiete, Regionen und Städte. Der Status verschiedener Kategorien von Subjekten ist unterschiedlich, obwohl sie rechtlich alle gleichgestellt sind. Nur die Republiken besitzen innerhalb der Russischen Föderation die Staatlichkeit; ihre Rechtsordnungen gründen sich auf Verfassungen, wo hingegen andere Subjekte der Russischen Föderation nur Statute haben. Die Verfassungen der Republiken und die Statute der Regionen und Gebieten müssen in Übereinstimmung mit der föderalen Verfassung stehen. Insofern ist die Rechtsstellung eines Staates innerhalb einer Föderation anders als in einer Konföderation oder einer Internationalen Organisation.

### *iii) Die Organisation besitzt ihren eigenen Willen*

Jede Internationale Organisation wird von den Gründungsstaaten mit einem bestimmten Grad an Autonomie versehen, weil jede Internationale Organisation für die Lösung bestimmter Fragen gegründet wird und diesbezüglich Entscheidungen fällen können muss.

Nach Meinung von Tchernitchenko bedeutete das Recht, *im eigenen Namen* auf der internationalen Arena aufzutreten, im juristischen Sinne das Recht, im eigenen Namen bestimmte Handlungen zu unternehmen, die als Handlungen eines Völkerrechtssubjektes angesehen werden und unmittelbar von den Völkerrechtsnormen geregelt werden.<sup>348</sup> Unter solchen Akten versteht man Verhandlungen oder die Verabschiedung von Resolutionen, welche obligatorischen oder Empfehlungscharakter haben. Alle solche Akte beweisen die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit.

Talalaev betont: Die Rechtspersönlichkeit bedeute das Vorhandensein von bestimmten Rechten, mittels welcher sie zum Ausdruck gebracht wird.<sup>349</sup>

<sup>348</sup> Tchernitchenko, S. V., *Mezdunarodnoje pravo: sovremennyye teoreticheskiye problemy* (Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Probleme). Moskau. 1993. S. 108

<sup>349</sup> Talalaev, A. N., *Pravo mezhdunarodnyh dogovorov. Dogovory s uchstiem mezhdunarodnyh organizacij* (Das Recht der Völkerrechtsverträge. Die Verträge mit der Teilnahme Internationaler Organisationen). Moskau 1989. S. 59

Levin schreibt folgendes: «Die Hauptmerkmale der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit sind: erstens, die Teilnahme an den internationalen Beziehungen; zweitens, das Vorhandensein des eigenen Willens des Teilnehmers an internationalen Beziehungen; drittens, das Vorhandensein seiner eigenen Rechte und Pflichten den anderen Teilnehmern internationaler Beziehungen gegenüber. Fehlt eines dieser Merkmale, gibt es kein Subjekt des Völkerrechts»<sup>350</sup> Der Grad der Autonomie unterscheidet eben eine Internationale Organisation von einer supranationalen Organisation. Eine supranationale Organisation besitzt einen höheren Grad der Unabhängigkeit vom Gründungswillen der Mitgliedstaaten oder anders gesagt, sie genießt größere Autonomie.

## EG/EU

Die Analyse von Gründungsverträgen erlaubt die Aussage, dass der Wille supranationaler Organisationen in größerem Maße vom Willen der Gründungsstaaten unabhängig ist. Die Organe einer supranationalen Organisation können die innerstaatlichen Organe durch ihre Entscheidungen verpflichten, auch wenn sie nur von der Mehrheit getroffen worden sind. Aber sind, so betont Schibaeva, auch in solchen Fällen sei der Wille supranationaler Organisation nicht grenzenlos, weil seine Bildung innerhalb des Gründungsvertrages der Organisation ablaufe. Außerhalb dieses Rahmens dürfe er sogar dann nicht gebildet werden, wenn die Anwendung von impliziter Kompetenz möglich sei.<sup>351</sup>

Auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften gibt es ein hohes Maß an Integration und «autonomer Gesetzgebung». Die Frage nach dem Vorhandensein des eigenen Willens der Europäischen Union benötigt eine detaillierte Untersuchung. Die Europäische Union besteht aus drei Gemeinschaften mit expliziter Rechtspersönlichkeit und sie ergänzender Politik und Formen der Zusammenarbeit (Art. 1 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Union). Es muss geklärt werden, ob die Union als Ganzes einen eigenen Willen besitzt, mit anderen Worten: Es muss geklärt werden, ob die Union eigene Ziele besitzt, die durch die Willensbildung innerhalb der EU-Organen realisiert werden. Laut Art. 6 (4) des EU-Vertrages stützt sich die Union auf die Mittel, die zum Erreichen ihrer Ziele und der Durchführung ihrer Politik erforderlich sind. Die Ziele, die sich die Europäische Union setzt (Art. 2 des

<sup>350</sup> Levin, D. B., K voprosu o ponjatii i sisteme sovremennogo mezhdunarodnogo prava (Zu der Frage über den Begriff und das System des modernen Völkerrechts). Sowjetskoje gosudarstvo i pravo (Der Sowjetische Staat und Recht). 1947. N5. S. 39

<sup>351</sup> Schibaeva, E. A., Prawo mezhdunarodnyh Organizacij. Woprosy Teorii (Das Recht Internationaler Organisationen. Theoretische Fragen). Moskau 1986. S. 37

EU-Vertrages), umfassen zum großen Teil die Ziele der Europäischen Gemeinschaften (Art. 2, 3, 4 des EG-Vertrages) sowie die Forderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Die Einführung der Unionsbürgerschaft entspricht dem Schutz der Rechte und Interessen der Bürger der Mitgliedstaaten in Art. 17- 22 des EG-Vertrages. Die EG setzt, genau wie die EU, als Ziel den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes (Art. 3, Art. 61 des EG-Vertrages; Art. 2, Art. 11 des Vertrages über die Europäische Union).

Andererseits setzt die Europäische Union eigene Ziele, die sich von den Zielen der Gemeinschaften unterscheiden, was aus dem Art. 2, 2 hervorgeht. Die Union strebt laut Art. 2, 1 des EU-Vertrages die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene an. Die Union verwirklicht ihre Unabhängigkeit und Unversehrtheit im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen (Art. 11). Dieser Verweis auf das in der UNO-Charta festgelegte Prinzip der Unversehrtheit bestätigt indirekt das selbst Verständnis der Europäischen Union als ein unabhängiger Rechtskörper bzw. unabhängiges Rechtssubjekt.

Der Wille jeder Organisation bildet sich in den Institutionen dieser Organisation. Die Besonderheiten des Willens einer Organisation lässt sich am besten an Beispielen der Willensbildung innerhalb ihrer Organe feststellen. Die Gemeinschaft sei eine Rechtsordnung, so Hallstein. «Sie ist ein geschlossenes System von Rechtsätzen, die der Vertrag selbst und Organakte, besonderes die Verordnungen des Rats, auf seine Grundlage geschaffen haben. Sie beschränkt sich nicht auf Regeln für das gute Funktionieren des Gemeinsamen Marktes, sondern gewährleistet zugleich, wie jede echte Rechtsordnung, die Gesetzmäßigkeit des Handelns der Organe und den Rechtsschutz der den Normen Unterworfenen.»<sup>352</sup> Die Beurteilung des Willens der Europäischen Union ist deshalb schwierig, weil die EU ihren Willen durch die Gemeinschaftsorgane ausdrückt. Es lässt sich feststellen, dass die Union eigene Ziele hat, und dass die Gemeinschaftsorgane für die Erfüllung der EU-Aufgaben mit Rechtsmitteln ausgestattet sind. Die EG/EU-Organen bekamen zwei verschiedene Bereiche der Sachzuständigkeit, jeweils die Gemeinschaftszuständigkeit und die Zuständigkeit im Rahmen der Europäischen Union, ihre Beschlüsse sind dementsprechend mit unterschiedlicher juristischer Kraft ausgestattet: Im EG-Zuständigkeitsbereich haben die Organbeschlüsse direkte Wirkung und Vorrang vor den nationalen Gesetzen, im EU-Zuständigkeitsbereich existiert eine Teilrechtsordnung ohne supranationalen Charakter, die EU-Organen haben in diesem Bereich Koordinationskompetenzen.

---

<sup>352</sup> Hallstein, W., Die Europäische Gemeinschaft. S.35

Der Aufbau der Organe erinnert an den Aufbau eines Bundesstaates, sei jedoch anderer Art, so Lenz.<sup>353</sup> Die exekutive Gewalt liegt normalerweise bei den Behörden der Mitgliedstaaten oder bei der Kommission nach der Maßgabe des Vertrages oder auf Grund einer Ermächtigung durch den Rat oder beim Rat. Die gesetzgebende Gewalt verteilt sich auf die Kommission, das Europäische Parlament und den Rat mit unterschiedlichem Gewicht. Die beiden Gerichte sind in der Zusammenarbeit der Organe laut Art. 10, 218, 251, 252 EVG nicht eingebunden und führen eine eigenständige Kontrolle aus.

Dies bedeutet, dass das institutionelle System der EU/ EG nicht mit der Gewaltenteilung eines Bundesstaates vergleichbar. Außerdem handeln die Organe nur im Rahmen der, ihnen im Verträge zugewiesenen, Befugnisse.<sup>354</sup>

Die neuen Organe können nur von den Mitgliedstaaten auf dem Wege einer Vertragsänderung nach Art. 48 errichtet werden. Dies spricht auch für den völkerrechtlichen Charakter des EG-Gründungsvertrages.

*iv) Die Organisation hat dauerhafte Organe, die den Willen der Organisation formulieren und ausdrücken*

Hiermit unterscheidet sich eine Organisation von z. B. internationalen Konferenzen, deren Organe nur für kurze Zeit gebildet werden. Das Vorhandensein von dauerhaften Organen macht eine Internationale Organisation zum Rechtskörper.

Die EU-Organe – das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, der Gerichtshof und der Rechnungshof – bringen den Willen der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union zum Ausdruck, indem sie Rechtsakte zur Erfüllung ihrer Aufgaben erlassen. Zu den Rechtsakten gehören Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen (Art. 249 EG-Vertrages).

Die EG- Kommission wird als «supranationales Organ» beschrieben. Die Supranationalität der Kommission lässt sich an fünf Punkten feststellen:

■ Erstens das Ernennungsverfahren der Kommission: Die Kandidaten werden vom Rat mit der qualifizierten Mehrheit ernannt und die Kommission wird vom Europäischen Parlament bestätigt (Art.214);

<sup>353</sup> Lenz, C-O.; Borchardt, K-D. (Hrgeb.), EU- und EG-Vertrag/ Kommentar. S. 230f

<sup>354</sup> EugH, C-93/00, EP/Rat, Slg. 2001, I-10119, Rn.39

- Zweitens die Kommissionsmitglieder sind unabhängig von den Regierungen und bekommen keine Anweisungen. Dem entspricht auf der anderen Seite die Verpflichtung der Staaten, die Kommissionsmitglieder nicht zu beeinflussen (Artikel 213);

- Drittens müssen die Kommissionsmitglieder ihre volle Unabhängigkeit garantieren;

- Viertens arbeitet die Kommission unter der Führung ihres Präsidenten, der ebenso eine politisch unabhängige Stelle hat (Artikel 219);

- Fünftens der Misstrauensantrag und die Amtsenthebung der Kommission erfolgt nur durch die Entscheidung des Europäischen Parlaments (Artikel 201).

Das Vorhandensein supranationaler Organe, wie die EG-Kommission und ihre Kompetenzen beweisen das Vorhandensein eines eigenen unabhängigen supranationalen Willens der Europäischen Gemeinschaften.

Eine besondere Aufmerksamkeit muss in diesem Zusammenhang der Tätigkeit des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften geschenkt werden. Die Aufgabe des Gerichtshofes ist die Wahrung des Rechtes bei der Auslegung und Anwendung des EG-Gründungsvertrages (Art. 220 des EG-Vertrages). Die Präzedenzfälle des Gerichtshofes können als tatsächlich bestehende Quellen des EG-Rechtes qualifiziert werden. Der Gerichtshof hat bei der Auslegung des Gründungsvertrages teleologische Methoden angewandt und dadurch die meisten Prinzipien des EG-Rechts entwickelt, vor allem die Begründung des autonomen Charakters der EG-Rechtsordnung.

Wie schon bemerkt worden ist, liegt die Schwierigkeit der Klassifizierung der Europäischen Union darin, dass die Union ihre Ziele durch die Gemeinschaftsorgane verwirklicht (Art. 3, 4, 5 des EU-Vertrages). Die Europäische Union «leiht» sozusagen ihre Institutionen der Europäischen Gemeinschaften, so Schelenkova.<sup>355</sup> Die Europäische Union verfügt laut Art. 3 des EU-Vertrages über einen einheitlichen institutionellen Rahmen, der die Kohärenz und Kontinuität der Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sicherstellt. Dies passiert unter gleichzeitiger Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstands (Art.3, 2).

Laut Art. 5 des EU-Vertrages üben das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, der Gerichtshof und der Rechnungshof ihre Befugnisse nach Maßgabe und im Sinne der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und der Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Union aus. Die EG und die Europäische Union verfügen über den gleichen institutionellen Rahmen und sind - organisatorisch gesehen - vereint.

---

<sup>355</sup> *Schelenkova, E. N.*, *Ewropejskaja integracija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). Moskau. 2003.S. 117



Die zentrale Rolle für die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union spielt der Rat, der zur Koordinierung des Vorgehens der Mitgliedstaaten einberufen ist (Art. 34 des EU-Vertrages). Der Europäische Rat wird in Art. 13 des Vertrages über die Europäische Union als einziger ausdrücklich für die Festlegung der Leitlinien im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik genannt. Art. 301 des EG-Vertrages sieht Sofortmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vor, die auf Grund der gemeinsamen Punkte oder gemeinsamen Aktionen in GASP-Bereich ein Tätigwerden der Gemeinschaft benötigen. Dann trifft der Rat die erforderlichen Sofortmaßnahmen.

Nicht alle Ziele und Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union werden vom Gerichtshof überwacht, so werden z. B. laut Art. 46 des EU-Vertrages die Vorschriften über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus der Zuständigkeit des EuGH ausgeschlossen.

Es besteht auf Grund dessen eine organisatorische Einheit der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union, die Institutionen handeln für die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, die unterschiedlich sind.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Tätigkeit der Organe für die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union sich auf die EG/EU-Vertragsbestimmungen gründet: Die Organe üben ihre Befugnisse nach Maßgabe und im Sinne der Verträge laut Art. 5 des EU-Vertrages aus. Die Kompetenz der Organe im Rahmen der EU-Zuständigkeitsbereiche ist auch, wie für die EG, vertraglich bestimmt. Die Machtbefugnisse der Institutionen werden durch den Willen der Mitgliedstaaten bestimmt.

An dieser Stelle ist die Frage nach der impliziten und immanenten Kompetenz einer Internationalen Organisation zu behandeln.

Die russische Rechtsschule hat sich mit den beiden Fragen besonderes intensiv im Zusammenhang mit der UNO-Tätigkeit beschäftigt. Tunkin fasst die Problematik von «*immanenter Kompetenz*» folgendermaßen zusammen:<sup>356</sup> Laut dieser Theorie gründet sich die Tätigkeit Internationaler Organisationen nicht nur auf den Statuten, sondern auch auf den allgemeingültigen Normen des Völkerrechts, die breitere Handlungen Internationaler Organisationen, als die im Statut vorgesehenen, für die Verwirklichung ihre Aufgaben erlauben. Tunkin zitiert Seyersted, der behauptet, dass die Tätigkeit Internationaler Organisationen nicht nur im Statut vorgesehene Handlungen erlaubt, sondern auch alle, die nicht durch Statute ver-

---

<sup>356</sup> Tunkin, G. I., Teorija mezdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 288ff

boten sind.<sup>357</sup> Tunkin beruft sich auf den Normbildungsprozess im Völkerrecht und entgegnet, dass, obwohl die Internationalen Organisationen in der Tat manchmal die Befugnisse ausüben, die nicht in Verträgen vorgesehen sind, dies nicht auf das Vorhandensein einer allgemein anerkannten Norm des Völkerrechts verweist. Eine bestimmte Praxis muss, um zur völkerrechtlichen Norm zu werden, von den primären Subjekten des Völkerrechts anerkannt werden. Solche Normen, die eine immanente Kompetenz vorsehen, gebe es nicht einmal in den Statuten von westeuropäischen Organisationen, die bestimmte supranationale Merkmale haben, schreibt Tunkin. Somit widerspricht die Konzeption der immanenten Kompetenz den allgemeinen Auslegungsprinzipien der völkerrechtlichen Verträge und dem allgemein anerkannten völkerrechtlichen Prinzip *pacta sunt servanda*, das bedeutet, dass die Organisation nicht mehr von den Gründungsstaaten verlangen darf als im Gründungsvertrag festgelegt ist, und dass die Organisation entsprechend ihrem Statut handeln muss.

Die Konzeption der *impliziten Kompetenz* beruht auf der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes von 1949,<sup>358</sup> in dem der Gerichtshof sich auf das Effektivitätsprinzip beruft und feststellt, dass eine Internationale Organisation die Befugnisse haben muss, die für die Verwirklichung der Ziele notwendig sind, auch wenn solche nicht direkt im Statut vorgesehen sind. Die Statute, so Tunkin, können natürlich nicht alle Fragen regeln, die eine Organisation zu regeln habe, ein Teil der nicht wesentlichen Fragen sei im Funktionsprozess der Organisation zu klären.<sup>359</sup>

Im Bezug auf die EG erkennen die russischen Wissenschaftler, dass jede rechtswirkende Handlung der Organisation, auch der supranationalen Organisation, eine konkrete Rechtsgrundlage im Statut haben muss.

Art. 308 (ehemaliger Artikel 235) des EG-Vertrages über die ergänzende Rechtsetzungsbefugnis wird von manchen Autoren als Ausdruck der impliziten Kompetenz der Gemeinschaft verstanden, so Entin und Kapustin.<sup>360</sup> Schelenkova beruft sich auf die Interpretationen des Gerichtshofes und legt den Art. 308 im Sinne von Tunkin aus: Der Gerichtshof nimmt an, dass, wenn der Gründungsvertrag ein Ziel für die Kommission setzt, er auch die Befugnisse zuteilt, die für die Realisierung des Zieles notwendig sind. Im anderen Fall verliere die Bestimmung ihre praktische Bedeutung. Art. 308 findet

---

<sup>357</sup> Siehe *Seyersted, F.*, International Personality of Intergovernmental Organisations// IJIL. Vol.IV.1964. NI. P. 55

<sup>358</sup> ICJ. Reports. 1949. P. 182

<sup>359</sup> *Tunkin, G. I.*, Teorija mezdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 292ff

<sup>360</sup> *Entin, L. M.*, Ewropejskoje pravo. Utchebnik dlya vusov (Das Europarecht. Das Lehrbuch für die Universitäten) 2000.S. 113; *Kapustin, A. J.*, Ewropejskij Soujz: integracija i pravo Die Europäische Union: Integration und Recht). Moskau. 2000.S. 94

Anwendung, wenn im Vertrag hierfür keine erforderlichen Befugnisse vorgesehen sind<sup>361</sup>.

Ispolinov kommentiert Art. 253 (ehemaliger Art. 190) des EG-Vertrages über die Begründung der Rechtsakte: Der Artikel 249 (ehemaliger Art. 189) gebe den Organen keine allgemeine Ermächtigung, bindende Rechtsakte zu verabschieden, nur in Übereinstimmung mit den speziellen Normen des Vertrages, die bestimmen, wann, in welcher Form und welches Institut einen Rechtsakt verabschieden müsse. Laut Art. 211 (ehemaliger Art. 155) verfügt die Kommission über die Befugnis, Entscheidungen zu treffen nach der Maßgabe des Vertrages. Die dadurch beschränkte Kompetenz des supranationalen Organs bestätige im ganzen die *spezielle (beschränkte) Kompetenz* der EG.<sup>362</sup>

Die Problematik der impliziten Kompetenz der EG wurde mehrfach vom Gerichtshof behandelt, sowie von mehreren westlichen Autoren untersucht. Die wichtigsten Punkte werden im Folgenden formuliert. Der Gerichtshof gründet seine Argumentation auf der Auslegung der Aufgaben, die die Gemeinschaft durch ihre Organe erfüllen muss. Dort, wo der Gründungsvertrag der Kommission eine bestimmte Aufgabe zuteilt, ist es implizit, dass die Kommission mit Befugnissen ausgestattet wird, die für die Erfüllung der Aufgabe notwendig sind.<sup>363</sup>

Khech widmete der impliziten Kompetenz eine Sonderforschung. Er unterscheidet die «untere Grenze der impliziten Kompetenz» – nämlich die Kompetenzen, die genau in den Verträgen formuliert sind – und die «obere Grenze» – nämlich das Ziel und den Zweck der Organisation. Die Befugnisse, die aus den im Vertrag festgelegten Kompetenzen entstehen, werden davon abgeleitet und behalten diese Verbindung; diese konkretisieren schon vorhandene Befugnisse. Die zweite Kategorie der impliziten Kompetenzen kann aus den Zielen des Vertrages abgeleitet sein.<sup>364</sup>

Die russischen sowie die westlichen Autoren beziehen sich auf die Auslegungen des EuGH und einigen sich in der Stellungnahme, dass *die Ziele des Vertrages dementsprechend nicht absolutisiert werden können, sondern im Zusammenhang mit den Zielen der Organisation als sekundärem Subjekt des Völkerrechts ausgelegt werden. Darin äußert sich die Rechtsnatur sekundärer Subjekte des Völkerrechts.*

<sup>361</sup> Schelenkova, N. B., *Ewropejskaja integracija: politika i pravo* (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). Moskau. 2003. S. 184ff

<sup>362</sup> Ispolinov, A. S., *Mezdunarodno-pravovye aspekty dejatelnosti Komissii ES* (Die völkerrechtlichen Aspekte der Tätigkeit der EG-Kommission). Dissertation. Moskau 1995. S. 125f

<sup>363</sup> Joined Cases 281, 283- 285, 287/85 Germany, France, Netherlands, Denmark und United Kingdom v. Commission (1987) ECR 3203 [1988].

<sup>364</sup> Khech, H. F., *Die implied powers der Europäischen Gemeinschaften als Anwendungsfall der «implied powers» internationaler Organisationen überhaupt*// Festschrift für T. S. Hohenfelden. 1988. S. 288 ff.

*v) Die Organisation muss rechtmäßig sein und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern*

Dieses Kriterium wird von den russischen Wissenschaftlern für die Unterscheidung von rechtmäßigen und nicht-rechtmäßigen Organisationen herangezogen. Unter Rechtmäßigkeit einer Internationalen Organisation wird vor allem die Übereinstimmung ihrer Tätigkeit mit der UNO-Charta und den allgemeinen Völkerrechtsgrundsätzen verstanden. Durch dieses Kriterium zeigt sich die aktuelle integrative Entwicklung im Völkerrecht, vor allem die Bedingtheit der sekundären Völkerrechtssubjekte durch die Normen *jus cogens*.

Da die Internationalen Organisationen als Völkerrechtssubjekte von den Mitgliedstaaten gegründet werden, ist es logisch, dass ihre Tätigkeit fördernd für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sein muss. Die Tätigkeit Internationaler Organisationen und ihre Rechtspersönlichkeit hat den Zweck, die Aufgaben zu erfüllen, die die Mitgliedstaaten alleine nicht lösen können.

#### **4. Die Bestandteile sekundärer Völkerrechtspersönlichkeit**

In diesem Abschnitt wird, wie bereits zuvor, besonderer Wert auf die Analyse der Rechtsnatur der EG/EU gelegt.

Die Integration nimmt, wie es erörtert wurde, unter konkreten Umständen verschiedene Formen an, und die internationale Zusammenarbeit kann auf verschiedene Weise durchgeführt werden. Eine der Integrationsformen ist die Internationale Organisation, die mit einer bestimmten Summe von Machtbefugnissen ausgestattet ist. Es gibt eine Reihe von Rechten und Befugnissen, die wesentlich für die Völkerrechtspersönlichkeit sind, denn die Völkerrechtssubjektivität ist an die Teilnahme an den internationalen Beziehungen gebunden.

Tchernitchenko erkennt den sekundären Charakter der Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen. Die Rechtspersönlichkeit ergebe sich aus dem im Gründungsvertrag zugewiesenen Recht, an den zwischenstaatlichen Beziehungen teilzunehmen, weil gerade dieses Recht für die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit entscheidend sei. Es hat mit der Spezifik des gesetzgeberischen Prozesses im Völkerrecht zu tun. «Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit ergibt sich im Fall einer Internationalen Organisation aus der Rechtsbefugnis des im Gründungsvertrag festgesetzten Rahmens. Das Urteil über das Vorhandensein

der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit einer Organisation erfolgt aus dem Vorhandensein und dem Umfang ihrer Machtbefugnisse. Die bloße Existenz der Organisation reicht im Gegensatz zum Staat nicht, um eine Schlussfolgerung über ihre Rechtspersönlichkeit zu ziehen».<sup>365</sup>

Levin betont die Effektivität der Ausführung von Funktionen: Die Rechtspersönlichkeit habe ihre existenzielle Voraussetzung im tatsächlichen Vorhandensein des Rechtssubjektes. Im Bereich des Völkerrechts zeige sich diese Voraussetzung im Effektivitätsprinzip,<sup>366</sup> schreibt der Autor. Nur die Einheiten, die effektiv handeln können, beweisen die Völkerrechtssubjektivität.

Levin begründet die Spezifik der völkerrechtlichen Subjektivität mit dem Schlichtungs- oder Übereinkommenscharakter des Völkerrechts.<sup>367</sup> Die Spezifik des Völkerrechts liegt darin, dass seine Normen von seinen Subjekten geschaffen werden. Die Befugnis, die völkerrechtlichen Normen zu schaffen, ist also eine der Voraussetzungen der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit.

Die Rechte, die wesentlich die sekundäre Völkerrechtspersönlichkeit konstituieren, sind folgende: das Recht, völkerrechtliche Verträge abzuschließen und international geltende Erlasse zu verabschieden, das Recht, den Rechtsweg zu beschreiten, das Recht, diplomatische Immunität zu haben, das Vertretungsrecht und die Rechts- und Geschäftsfähigkeit.<sup>368</sup>

Alle diese Rechtsbefugnisse sind im Einzelnen zu behandeln.

#### *i) Das Recht zum Abschließen von völkerrechtlichen Verträgen*

Das Recht auf Schaffung völkerrechtlicher Normen ist einer der kennzeichnenden Züge der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit. Eigene Machtbefugnisse der Internationalen Organisation und Rechte und Pflichten, die sich von den Rechten und Pflichten der Mitgliedstaaten unterscheiden, gestalten die Organisation als ein sekundäres Subjekt des Völkerrechts mit eigenem Willen.

---

<sup>365</sup> Tchernischenko, S. V., *Mezdunarodnoje pravo: sovremennyye teoreticheskiye problemy* (Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Probleme). Moskau. S. 106f

<sup>366</sup> Levin, I. D., *Suverenitet (Die Souveränität)*. Moskau 1948. S. 66

<sup>367</sup> Levin, D. B., *Aktualnyye problemy mezdunarodnogo prava* (Die aktuellen Probleme des Völkerrechts). Moskau 1974. S. 12f

<sup>368</sup> Siehe z. B.: Schibaeva, E. A.; Potoschnyj, M., *Prawowyye woprosy struktury i dejatel'nosti mezdunarodnakh organizacij* (Die Rechtlichen Fragen der Struktur und Tätigkeit internationaler Organisationen). Moskau 1988. S. 19; Tschernischenko, S. V., *Lichnostj i mezdunarodnoje pravo* (Die Persönlichkeit und das Völkerrecht). Moskau 1974. S. 107

Nach Meinung von Ignatenko ist das objektive Kriterium der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit die Fähigkeit zu selbstständiger Handlung in internationalen Beziehungen und zur selbstständigen Verwirklichung von völkerrechtlichen Normen.<sup>369</sup> Tchernischenko ist auch der Meinung, dass das typischste Beispiel der völkerrechtlichen Rechtsfähigkeit das Recht zum Abschließen von völkerrechtlichen Verträgen sei.<sup>370</sup>

Die sehr breite Kompetenz der EG bezüglich des Abschließens völkerrechtlicher Verträge stellt bestimmte theoretische Probleme hinsichtlich des Verfahrens und des Inkrafttretens solcher Verträge, hinsichtlich ihrer Beziehung zu den Gründungsverträgen, sowie des Verhältnisses zwischen der Gemeinschaftsordnung und den Rechtsordnungen Mitgliedstaaten dar.<sup>371</sup> Mit der zunehmenden Internationalisierung der internen Aufgaben, betont Arnold, habe sich quantitativ auch die verfassungsgerichtliche Hüterrolle auf dem Gebiet des Völkerrechts sehr geändert. In einer modernen, mit mehreren supranationalen Elementen ausgestatteten, Rechtsordnung haben völkerrechtliche Sachverhalte immer mehr Relevanz für die internen verfassungsrechtlichen Ordnungen. Die nationale Verfassung bestimmt in aller Regel den Mechanismus, mit dem das Völkerrecht in die innerstaatliche Rechtsordnung eingeführt wird, nämlich Transformation oder Rezeption, und fixiert auch seinen Rang. Qualitativ am intensivsten und quantitativ am bedeutendsten sei aber der Einfluss des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Die «offene Staatlichkeit» als Strukturmerkmal der Mitgliedstaaten habe eine Partizipation der supranationalen Gemeinschaften an der Erfüllung der Staatsaufgaben, ja geradezu eine weitgehende Ablösung der internen durch die externe Aufgabenbewältigung bewirkt. Das Recht der Mitgliedstaaten, vornehmlich ihre Verfassungsordnung, sei in vielfältiger Weise durch den Integrationsprozess betroffen.<sup>372</sup>

Die Europäische Gemeinschaft schließt völkerrechtliche Verträge nach dem Art. 300 des EG-Vertrages. Die nach Maßgabe des Art. 300 geschlossenen Abkommen sind für die Organe der Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten verbindlich. Die von der EG abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge werden ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens ein Teil der EG-Rechtsordnung und haben Vorrang vor dem sekundären EG-Recht.<sup>373</sup>

<sup>369</sup> Ignatenko, G. V., K woprosu o ponjatii i klassifikazii subjektow mezhdunarodnogo prawa (Zu der Frage über den Begriff und die Klassifizierung der Subjekte des Völkerrechts)/ Die Konferenzergebnisse der Forschung im Jahr 1968. Sverdlovsk 1969. S. 220

<sup>370</sup> Tchernischenko, S. V., Mezhdunarodnoje pravo: sovremennye teoreticheskie problemy (Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Probleme). Moskau. 1993. S. 107

<sup>371</sup> Olteanu, O. M., Mezhdunarodnopravowaja prawosubjektnostj Ewropejskih Soobschestw (Die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft). Vestnik MGU, 1994. N1, S. 42f

<sup>372</sup> Arnold, R., Die europäischen Verfassungsgerichte und ihre Integrationskonzepte in vergleichender Sicht. Festschrift für F. Kojan. Wien. 1998. S. 3-25. S. 3ff

<sup>373</sup> EuGH-Entscheidung 12/86 «Demirel»(1987) ECR3747;

Der von der EG abgeschlossene völkerrechtliche Vertrag wird als rechtmäßig nur dann anerkannt, wenn er mit den Vorschriften der Gründungsverträge vereinbar ist (Art. 300 EG-Vertrages). Nach Meinung von Olteanu, spielt die richterliche Kontrolle in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle: Das Recht der Gemeinschaftsorgane und der Mitgliedstaaten, die vorgenommenen Rechtshandlungen bezüglich ihrer Vereinbarkeit mit den Gründungsverträgen vor den EuGH zu rufen, setzt die Vorkontrolle über die Rechtmäßigkeit des Vertrages voraus. Dies ist besonders wichtig, da die völkerrechtlichen Verträge direkte Wirkung und den Vorrang in den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten haben.<sup>374</sup>

Somit ist das Recht, völkerrechtliche Verträge abzuschließen, mit der wichtigen Frage der Kontrolle der Mitgliedstaaten über die übertragenen Rechte verbunden. Diese Frage wird in Bezug auf die EG/EU von den nationalen Verfassungsgerichten sehr stark betont und in der Entscheidung über die impliziten Kompetenzen der EG hervorgehoben. Wie diese Kontrolle erfolgen kann, wird durch die Praxis der nationalen Verfassungsgerichte und des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften bestimmt.

Die völkerrechtlichen Verträge, die Änderungen der Unions-Gründungsverträge beabsichtigen, müssen nach dem im Art. 48 des EU-Vertrages vorgesehenen Verfahren abgeschlossen werden. Die Änderungen der Gründungsverträge werden ausschließlich auf einer Konferenz von Vertretern von Regierungen der Mitgliedstaaten, eventuell zusammen mit der Europäischen Zentralbank (bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich), vereinbart (Art. 48, 1 des EU-Vertrages) und treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind (Art. 48, 2 des EU-Vertrages). Nach Art. 48 werden die Vertragsänderungsvorschläge durch den Rat gehört, der eine Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten einberuft. Völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten unter Ausschaltung der Organe wären mit dem autonomen Status der EU und der EG nicht vereinbar, so Lenz.<sup>375</sup>

*Die Europäische Union* ist laut Art. 24 des EU-Vertrages ermächtigt, für die Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (im Sinne des Titels III des EU-Vertrages) oder der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (im Sinne des Titels IV des EU-Vertrages) notwendige internationale Abkommen mit Drittstaaten oder Internationalen

---

Entscheidung 21-24/72 («International Fruit Company»), ECR 1972. P. 1219

<sup>374</sup> Olteanu, O. M., Olteanu O.M. Nekotoryje tendenziiv ewoluzii Ewropejskogo Ekonomitscheskogo Soobshchestwa (Manche Tendenzen der Evolution des Rechtes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11. 1986.N6. 43f

<sup>375</sup> Lenz, B., Ibid. Kommentar zum Art. 48 des EU-Vertrages. S. 169f

Organisationen abzuschließen. Ein Mitgliedstaat, dessen Vertreter im Rat erklärt, dass in seinem Land bestimmte verfassungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden müssen, ist durch eine solche Übereinkunft nicht gebunden; die anderen Mitglieder des Rates können übereinkommen, dass die Übereinkunft für sie vorläufig gilt (Satz 3 Art. 24). Diese Regelung, so die Kommentare, wird als der Versuch gesehen, die Handlungsfähigkeit der EU bei internationalen Vereinbarungen und Abkommen zu erhöhen.<sup>376</sup> Die völkerrechtlichen Vereinbarungen in den Bereichen der ersten und der dritten Säule können mit der qualifizierten Mehrheit der Stimmen im Rat eingeführt werden. Ein Mitgliedstaat kann aber einen Ratifikationsvorbehalt anmelden. In einer Erklärung wird klargestellt, dass Art. 24 keine Übertragung der Rechte von Mitgliedstaaten an die EU bedeutet, also wird der intergouvernementale Charakter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt.

#### *ii) Das Recht, internationale Immunität und Privilegien zu haben*

Dieses Recht gestaltet die Außenbeziehungen einer Internationalen Organisation als Subjekt der Völkerrechtsordnung, denn die Beziehungen zu den Drittstaaten und zu anderen Internationalen Organisationen ermöglicht die Teilnahme am gesetzgeberischen Prozess im Völkerrecht und ist insofern wesentlich für die Völkerrechtssubjektivität.

Die Europäische Gemeinschaft als unabhängiges Subjekt des Völkerrechts hat die Befugnis, internationale Immunität und Privilegien zu haben und diplomatische Beziehungen zu Drittstaaten aufzunehmen. Wie Ispolinov schreibt, hat sich mit der Gründung und Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften präzedenzlos das Institut der Akkreditierung der Drittstaaten bei den Internationalen Organisationen entwickelt.<sup>377</sup> Die Gemeinschaft übt gem. Art 17 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften vom 8. 4. 1965<sup>378</sup> das passive Gesandtschaftsrecht aus. Es werden keine Diplomaten seitens der Gemeinschaft entsandt, die Vertreter von Drittländern werden aber bei der EG akkreditiert.

Die Gemeinschaft genießt laut Art. 291 des EG-Vertrages im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Rechte und Befreiungen.

<sup>376</sup> Lenz, B., Ibid. Kommentar zum Art. 24 des EU-Vertrages. S. 89f

<sup>377</sup> Ispolinov, A. S., Priwilegii i immunitety Ewropejskogo Sojza (Die Privilegien und die Immunitäten der Europäischen Union)// Vestnik MGU. Das Recht. 1995. №5. S. 72

<sup>378</sup> AB1.1967/152



### *iii) Das Recht auf diplomatische Vertretung.*

In den Bereichen, in denen die Gemeinschaft eine ausschließliche Zuständigkeit besitzt (z.B. in der Fischereipolitik), vertritt sie die Mitgliedstaaten in den Internationalen Organisationen. So unterhält laut Art. 302 des EG-Vertrages die Kommission alle Zweckbeziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen und ihren Fachorganisationen, ferner auch zu allen entsprechenden Internationalen Organisationen. Laut Art. 303 und Art. 304 des EG-Vertrages führt die Gemeinschaft die Zusammenarbeit mit dem Europarat und mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus.

Sie wird aber nicht durch akkreditierte Diplomaten vertreten, sondern durch die Unterhaltung von Delegationen bei mehreren Internationalen Organisationen und in Drittstaaten. Diese Delegationen haben den Charakter von diplomatischen Vertretungen und sind, formell gesehen, die Außenstellen der Kommission.

Die diplomatischen Delegationen der Gemeinschaft sind einberufen, die internationalen Aufgaben der Organisation zu gewährleisten und, wie Olteanu schreibt, die Einheitlichkeit der völkerrechtlichen Stellung der Europäischen Gemeinschaft im Völkerrecht zu präsentieren.<sup>379</sup>

### *iv) Das Recht, den Rechtsweg zu beschreiten*

Die Befugnis, den Rechtsweg zu beschreiten, bestätigt die Fähigkeit eines Rechtskörpers zu handeln und auch Verantwortung zu tragen bzw. den anderen Rechtskörpern gegenüber als unabhängiges Subjekt aufzutreten und ist somit unerlässlich für eine Rechtsperson.

Als juristische Person kann die Gemeinschaft nach dem Art. 282 des EG-Vertrages vor Gericht stehen.

Gemäß Art. 230 können vor dem Gerichtshof Nichtigkeitsklagen von einem Mitgliedstaat sowie vom Rat, von der Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rechnungshof und der EZB erhoben werden.

Gemäß Art. 232 können Untätigkeitsklagen gegen die Gemeinschaftsorgane erhoben werden.

---

<sup>379</sup> Olteanu, O. M., Mezhdunarodnaja pravosposobnostj Ewropejskih Soobschestv (Die völkerrechtliche Rechtsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft)// Vestnik MGU. Das Recht. 1994. №1. S. 40

Die Gemeinschaft steht vor Gericht in dienstrechtlichen Streitigkeiten zwischen Gemeinschaft und deren Bediensteten laut Art. 236.

*v) Rechts- und Geschäftsfähigkeit*

Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit wird einem Rechtssubjekt zugewiesen, um Handlungen im Bereich des Privatrechts zu ermöglichen.

Ausdrücklich besitzt die Europäische Gemeinschaft nach Art. 282 des EG-Vertrages die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach diesen Rechtsvorschriften zuerkannt werden kann. Unter anderem kann die EG bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern.

Die Gemeinschaft haftet vertraglich und außenvertraglich laut Art. 288.

*vi) International geltende Machtbefugnisse der Organe*

Diese Befugnis ist entscheidend für die Völkerrechtssubjektivität, da sich diese auf dem Recht gründet, an internationalen Beziehungen teilzunehmen. Unabhängigkeit der Organe bedeutet ihre Selbständigkeit gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten, welche dadurch gezwungen sind, ihre Interessen mit den Interessen der anderen Mitgliedstaaten in Übereinstimmung zu bringen.<sup>380</sup>

Die klassischen Internationalen Organisationen hatten die Befugnis, Empfehlungsnormen zu verabschieden. Laut EG-Vertrag verfügt die Europäische Gemeinschaft über die Befugnis, völkerrechtliche Verträge mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen abzuschließen. Diese Abkommen sind ein integrierender Bestandteil der EG-Rechtsordnung.<sup>381</sup> Es ist wichtig zu bemerken, dass die EG-Völkerrechtsverträge im Rang unter dem Primärrecht stehen, was bedeutet, dass die EG innerhalb der ihr übertragenen Zuständigkeit die Befugnis

---

<sup>380</sup> Kapustin, A. J., Ponyatie, predmet, istochniki i subjekty prava mezhdunarodnyh organizacij (Definition, Gegenstand, Quellen und Subjekte des Rechtes der internationalen Organisationen) in: Lekzii po aktualnym problemam mezhdunarodnogo i evropejskogo prava (Vorlesungen zu den aktuellen Problemen des internationalen und europäischen Rechtes) S. 138

<sup>381</sup> EuGH, Rs.181/73, Haegeman/Belgien 1974, 449 (460); Rs. 12/86, Demirel/Stadt Schwäbischen Gmünd, Slg.1987, 3747, Rn.7; Gutachten 1/91 (EWRI) Slg. 1991, I-6084, Rn.32, zuletzt C-321/97, Anderson u.a./Sweden, Slg. 1999, I-3551, Rn.26.

besitzt, völkerrechtswirkend zu handeln.

Die Gemeinschaft hat die Befugnis, völkerrechtlich geltende Verträge abzuschließen. Die allgemeine Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft, internationale Abkommen abzuschließen, ist in Art. 181 und Art. 300 des EG-Vertrages enthalten. Art. 300 klärt die Stellung der EG im Völkerrecht. Die Verhandlungen werden von der Kommission durchgeführt und vom Rat beschlossen, entweder mit qualifizierter Mehrheit oder einstimmig, wenn dafür interne Vorschriften vorgesehen sind oder wenn Assoziierungsabkommen nach Art. 309 abgeschlossen werden. Die von der Gemeinschaft abgeschlossenen Abkommen sind für die Organe und für die Mitgliedstaaten verbindlich (Art. 300, 7).

Es gibt eine Vielzahl von völkerrechtlichen Abkommen der EG. Gemäß Art. 133 haben die EG-Organe das Recht, die Abkommen im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik auszuhandeln. Nach Art. 310 werden durch die Gemeinschaftsorgane Assoziierungsabkommen mit Drittstaaten oder Organisationen abgeschlossen. Das Gleiche betrifft die Vereinbarungen im Zusammenhang mit Währungsfragen (Art. 111); die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, der technologischen Entwicklung und Ähnlichem (Art. 166 und 170) und die Umweltpolitik (Art. 174). Im Jahr 1971 hat sich der Gerichtshof mit der Frage der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft befasst und festgestellt, dass für die Realisierung der im Gründungsvertrag festgelegten Aufgaben die EG die Machtbefugnis hat, völkerrechtlich geltende Verträge mit Drittstaaten abzuschließen. Die Definition einer solchen Machtbefugnis kommt aus dem gesamten System des Gründungsvertrages: Um die im Gründungsvertrag enthaltenen Grundsätze zu realisieren, darf das innergemeinschaftliche Rechtssystem nicht von den Außenbeziehungen der EG getrennt werden.<sup>382</sup> Die Befugnis der Organisation, international geltende Beschlüsse zu verabschieden, betrifft nicht nur die Drittstaaten, sondern auch die eigenen Mitglieder.

Die russische Völkerrechtslehre ist sich einig in der Einsicht, dass die Integrationsstufe innerhalb der Organisation sich dadurch bekundet, dass die Organisation entweder nur Empfehlungserlasse verabschiedet oder mit stärkeren rechtlichen Integrationsmitteln ausgestattet ist und die Mitgliedstaaten bindende Rechtsakte verabschiedet. Das Besondere der integrativen Rechtsordnung der Europäischen Gemeinschaften liegt in ihren *supranationalen Charakteristika* und vor allem in dem Vorrang des EG-Rechtes vor dem nationalen Recht im Kollisionsfall und in der direkten Wirkung des EG-Rechtes in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten. Weiterhin können sich die Bürger der EG unmittelbar auf die von der EG abge-

---

<sup>382</sup> Case 22/77 Commission v. Council [1971] ECR 263

schlossenen Abkommen berufen, wenn diese unter Berücksichtigung des Wortlautes und im Hinblick auf den Sinn und Zweck des Abkommens eine klare und eindeutige Verpflichtung enthalten<sup>383</sup>. Die Völkerrechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaft ist von ihrer Sachzuständigkeit abgeleitet gemäß Art. 300 des EG-Vertrages. Die völkerrechtliche Rechtsfähigkeit gründet sich auf dem Prinzip der Einzelermächtigung, d.h. dass die EG- Außenkompetenzen sich von den internen Kompetenzen ableiten. Die implizite Außenkompetenz der Gemeinschaft ist nach dem Wortlaut des Art. 300 des EG-Vertrages vorausgesetzt, soweit es für die Erreichung der im Vertrag festgelegten Ziele notwendig ist. Die implizite Kompetenz einer Organisation, so Tunkin, bestehe dann, wenn es für die Erfüllung der Ziele und Kompetenzen der Organisation notwendig ist, völkerrechtsmäßige Handlungen vorzunehmen, die zur gewöhnlichen internationalen Praxis gehören, so wie der Abschluss völkerrechtlicher Verträge<sup>384</sup>.

#### **FAZIT:**

Viele russische Autoren sind sich einig in der Überlegung, dass die sekundäre Völkerrechtspersönlichkeit ein sich entwickelndes historisches Phänomen sei und als Summe bestimmter Merkmale und bestimmter Bestandteile entsteht. Eine Internationale oder eine supranationale Organisation sei durch einen derivativen, historischen und funktionalen Charakter gekennzeichnet.

Folgende Schwerpunkte sind besonderes wichtig:

1) Die bloße Existenz einer Internationalen Organisation genügt nicht, um eine Schlussfolgerung über ihre Rechtspersönlichkeit zu ziehen, weil die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit einer Organisation sich von der Rechtspersönlichkeit eines Staates wesentlich unterscheidet.

2) Das Verfügen über bestimmte Kompetenzen ist entscheidend und wesensbildend für die völkerrechtliche Subjektivität einer Organisation; es gibt bestimmte Kompetenzen, die unmittelbar an die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit gebunden sind. Dieses Kriterium soll zusammen mit den anderen Auslegungskriterien herangezogen werden in dem Fall, wenn es im Gründungsvertrag keine ausdrückliche Bestimmung über die Rechtspersönlichkeit der Organisation gibt.

3) Die Rechtspersönlichkeit Internationaler Organisationen spiegelt den Entwicklungs-

<sup>383</sup> EuGH, Rs.12/86, Demirel/Schwäbischen Gmünd, Slg.1987, 3747, Rn.14, C-432/92, Anastasiou/Großbritannien, Slg.1994, I-3116, Rn.23.

<sup>384</sup> *Tunkin, G. I., Teorija mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). S. 297*

prozess des Völkerrechts und die Zusammensetzung seiner Subjekte wieder. Die Verleihung der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit an ein Gebilde, konkret an eine Internationale Organisation, hat qualitativen Charakter und bedeutet die Auswahl von bestimmten Machtbefugnissen aus den staatlichen Machtbefugnissen und ihre Übertragung an ein neues Subjekt des Völkerrechts. Damit werden die Kompetenzen zwischen den Akteuren in den internationalen Beziehungen aufgeteilt.

4) Eine supranationale Organisation ist mit mehreren Machtbefugnissen ausgestattet und ist befugt, Erlasse zu verabschieden, die direkte Wirkung und Vorrang vor dem nationalen Recht in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten haben. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Organisationen mit supranationalen Charakteristika noch als klassische sekundäre Subjekte des Völkerrechts behandelt werden können. Als zweites ist zu erforschen, inwieweit der Unabhängigkeitsgrad vom Willen der Gründungsstaaten die Organisation als Zwischenform zu staatlichen Gebilden zu betrachten, erlaubt. Diese beiden Themen werden im folgenden Abschnitt dieses Kapitels erörtert.

## **B. Die Supranationalität**

### **I. Definition der Supranationalität in der russischen Fachliteratur**

In der russischen Fachliteratur werden zwei Begriffe verwendet: «supranational» und «überstaatlich». Die meisten Autoren benutzen den Begriff «supranational» bezüglich der Europäischen Gemeinschaften, weil er mehr ihrer Natur entspricht, so Schibaeva.<sup>385</sup>

Die wesentlichen Merkmale der Supranationalität wurden in der russischen Jurisprudenz zuerst von Talalaev benannt (obwohl er den Begriff «überstaatlich» verwendet). Er schreibt folgendes: «Die Supranationalität beinhaltet, unserer Meinung nach, eine Reihe von Merkmalen.»):

- Das Recht des Organs, der Organisation oder der Gemeinschaft, ihre Mitglieder mittels bindender Mehrheitsentscheidungen ohne ihre Zustimmung oder gegen ihre Zustimmung zu verpflichten;
- Das Recht, natürliche oder juristische Personen oder Staatsorgane unmittelbar zu ver-

---

<sup>385</sup> Schibaeva, E. A., *Pravo mezhdunarodnyh organizacij* (Das Recht internationaler Organisationen). Moskau 1986. S. 32

pflichten ohne eine Transformation dieser Entscheidungen in die nationalen Rechtsordnungen;

- Die Zuteilung des Rechtes an die nicht-repräsentativen Organe, d.h. an die aus unabhängigen Beamten bestehenden Organe, die in den Punkten 1 und 2 genannten Entscheidungen zu treffen;

- Das Recht des Organs und der Organisation, über wichtige Fragen zu entscheiden, die zur Innenkompetenz der Staaten gehören».<sup>386</sup>

Diese Definition erklärt, dass die Supranationalität primär mit dem Willen der Organisation zu tun hat und als *Grad der Unabhängigkeit* verstanden wird.

Feschenko definiert Supranationalität als Gesamtheit der Befugnisse, die die Mitgliedstaaten einem Organ für die *zielgerichtete Regulierung* ihrer Beziehungen verleihen, so dass diese Befugnisse einen *Prioritätscharakter* zur entsprechenden Kompetenz der Mitgliedsstaaten haben, einschließlich der Möglichkeit, bindende Entscheidungen zu treffen.<sup>387</sup>

Usenko betrachtet das Supranationalitätsprinzip an sich als wichtiger als seine Erscheinungsformen und weist darauf hin, dass das Supranationalitätsprinzip darin liegt, dass Internationale Organisationen in ihrer Tätigkeit *im Interesse der Gemeinschaft* und nicht im Interesse einzelner Staaten handeln.<sup>388</sup>

Schibaeva behandelt *Supranationalität als Korrelation der Souveränität* der Mitgliedstaaten und der Befugnisse von gegründeten Organisationsmechanismus. Das Eintreten der Staaten in die Internationale Organisation bedeutet ihrerseits *freiwillige Übertragung von souveränen Rechten* an diese Organisation.<sup>389</sup>

Die russische Doktrin hat sich ähnlich der westlichen in dieser Hinsicht entwickelt. Laut Lideiner-Wildau ist eine Organisation supranational, wenn ihre Institute aus unabhängigen internationalen Beamten bestehen sind, die keine imperativen Mandate ihrer Regierungen haben; wenn Mehrheitsentscheidungen möglich sind; wenn ihre Beschlüsse direkte

<sup>386</sup> Talalaev, A. N., Kritika burzuasnyh konceptzij otnositelno SEV I sozialisticheskoy ekonomicheskoy integracii (Die Kritik der bourgeoisen Rechtskonzeptionen bezüglich COMECON und der sozialistischen Integration)// Sovet ekonomicheskoy vzaimopomishi. Osnovnyje pravovyje problemy (COMECON. Die wichtigsten Rechtsprobleme). Moskau 1975. S. 369f

<sup>387</sup> Feschenko, A. S., Nadnacionalnostj v dejatelnosti mezhdunarodnyh organizacij (Die Supranationalität in der Tätigkeit internationaler Organisationen)// Sowjetskij Ezegodnik mezhdunarodnogo prava (Das Sowjetische Jahrbuch des Völkerrechts). 1987. S. 170

<sup>388</sup> Usenko, E. T., Souverennaja gosudarstvennostj stran- tchlenov SEV kak predposylka i faktor ih integracii (Die souveräne Staatlichkeit der COMECON-Mitglieder als Voraussetzung und Faktor ihrer Integration). Moskau 1987. S. 8

<sup>389</sup> Schibaeva, E. A., K voprosu o nadnacionalnom charaktere univarsalnyh mezhdunarodnyh organizacij (Zu der Frage des supranationalen Charakters der universellen internationalen Organisationen). Sowjetskij zurnal mezhdunarodnogo prava (Sowjetische Zeitschrift des Völkerrechts). 1992. N4. S. 45f

Rechtswirkung auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten haben.<sup>390</sup> Pescatore definiert Supranationalität als die Gesamtheit folgender Prinzipien: die Anerkennung gemeinsamer Interessen; das Vorhandensein einer effektiven Gewalt, die diesen Interessen dient und der autonome Charakter der Gewalt.<sup>391</sup> Das Gemeinschaftsrecht habe im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht das System der gesetzlichen Selbstregulierung, d. h. die Adaptation an die neuen Problemen ermöglicht. Der Gerichtshof wendet die teleologischen Interpretationsmethoden an und habe obligatorische Gerichtsbarkeit; die natürlichen Personen haben das Klagerecht im Gerichtshof<sup>392</sup>.

Das Kriterium der Supranationalität ist nicht die Unabhängigkeit der Organisation, sondern der Grad ihrer Unabhängigkeit.

Der Grad der Unabhängigkeit gestaltet sich als Willensbildung in der Organisation und den Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten, die sich durch die Kompetenzgestaltung der Organisation äußern.

## **II. Willensbildung und Kompetenz der Organisation**

Innerhalb einer Internationalen Organisation bilden sich, durch den organisatorischen Mechanismus vermittelte, Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten. Diese Beziehungen äußern sich als Kompetenz der Organisation. Der Wille der Organisation äußert sich in den Rechtsakten dieser Organisation.

Die Kompetenz Internationaler Organisationen habe wichtige Bedeutung für ihre Tätigkeit, schreiben Schibaeva und Potochnyj<sup>393</sup>. Eine Internationale Organisation werde von den Staaten für die Erfüllung bestimmter Ziele und Aufgaben geschaffen. Dafür werden ihr konkrete Kompetenzen zugeteilt, die im Gründungsakt festgelegt werden. Die Tätigkeit Internationaler Organisationen habe nur dann rechtmäßigen Charakter, wenn sie entsprechend der Kompetenz der Organisation ausgeübt werde. Die Kompetenz der Organisation äußert sich als Kompetenz ihrer Organe. Im allgemeinen rechtlichen Verständnis bedeutet «Kompetenz» die Gesamtheit der Rechte und Pflichten.

---

<sup>390</sup> *Lideiner-Wildau, K.von*, La supranationalite en tant que principe de droit. Leyden 1970. S. 118

<sup>391</sup> *Pescatore, P.*, Le droit de l'integration. Leyden 1972. S. 33

<sup>392</sup> *Pescatore, P.*, International Law and Community Law: A Comparative Analysis// Common Market Law Review. 1970. Vol. 7. N.2. S. 172f

<sup>393</sup> *Schibaeva, E. A., Potochnyj M.* Prawovyy woprosy struktury i dejatelnosti mezdunarodnyh organizacij (Die rechtlichen Fragen der Struktur und Tätigkeit internationaler Organisationen). Lehrbuch. 2. Ausgabe. Moskau 1988. S. 44f

## 1. Kompetenzgrundlage

Eine Kompetenznorm ist folgendermaßen strukturiert:

- Regelungsbereich,
- Regelungsintensität,
- Entscheidungsverfahren: Mehrheitsprinzip oder Einstimmigkeit, Kooperations- bzw. Mitentscheidungsverfahren.

Die Einhaltung der Kompetenznormen wird durch die richterliche Kontrolle unter folgenden Gesichtspunkten überprüft:

- Einhaltung der Kompetenznormen,
- Einhaltung des Verfahrens,
- Vereinbarkeit mit höherrangigem materiellen Recht.<sup>394</sup>

Es werden die Zuständigkeitsgrenzen überprüft (ob aus den im Vertrag vorgesehenen Rechtsgrundlagen die «Richtige» ausgewählt wurde).

Die Einhaltung des Verfahrens ist von Bedeutung, weil dadurch nicht nur die Beteiligung der Organe, sondern auch die im Vertrag festgelegte Aufteilung der Befugnisse zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten gewährleistet wird.

Wie Mazan angedeutet hat, wäre es in einer Situation der zunehmenden Problemverflechtung immer schwieriger, einen konkreten Regelungsbereich der Ebene der Organisation oder der Ebene der Mitgliedstaaten zuzuweisen und «häufig stellt sich heute nicht mehr die Frage, in welchem *Regelungsbereich* eine Handlungsbefugnis besteht, sondern wie sie ausgeübt werden kann, d. h. welche *Regelungsdichte* bzw. –*Intensität* eine Gemeinschaftsmaßnahme erreichen darf». Also stellt sich die Frage, *wie* die Kompetenzen der EG ausgeübt werden sollen, es kommen allerdings für eine Gemeinschaftsmaßnahme mehrere Kompetenzgrundlagen in Frage.<sup>395</sup>

## 2. Kompetenzhoheit der Mitgliedstaaten. Kompetenzkompetenz

Die eine Internationale Organisation gründenden Staaten behalten die Kompetenzhoheit dieser Organisation gegenüber. Dieses Prinzip findet in den Statuten der Organisation seine

<sup>394</sup> Mehr dazu: Lenz, C. O., EG-Vertrag. Kommentar. Art. 164

<sup>395</sup> Mazan, S., Das föderative Prinzip in der Europäischen Union. Insbesondere die föderativen Strukturelemente des Europäischen Gemeinschaftsrechtes. Zürich. 1996. S. 98f



Bestätigung und äußert sich in den Vertragsänderungs- und Vertragsbeendigungsnormen sowie in der Kompetenzgestaltung der Organisation selbst. Der Grad der Unabhängigkeit der Organisation äußert sich in der Gestaltung der Kompetenznormen und in den Entscheidungsverfahren, z.B. ob Mehrheitsentscheidungen zugelassen sind und in welchen Fragen. Die Kompetenznormen sind Ausdruck des Willens der Mitgliedstaaten im Sinne der Übertragung der Hoheitsrechte: Die Entscheidung, in welchen Situationen und in welchem Umfang die Mitgliedstaaten Kompetenzkompetenz behalten, entspricht dem Integrations- und Unabhängigkeitsgrad der Organisation.

In der Europäischen Gemeinschaft sind die Organisationskompetenzen in einer besonderen Weise mit den innerstaatlichen Kompetenzen verknüpft: Sie sind unbefristet, haben direkte Wirkung und Vorrang in den innerstaatlichen Rechtsordnungen. In den Bereichen der zweiten und der dritten Säule der Europäischen Union, nämlich bezüglich der Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik, sowie in der polizeilichen Zusammenarbeit lassen sich andere Kompetenzkonstellationen beobachten: Die Mitgliedstaaten behalten mehrere Kompetenzen, viele Normen haben Koordinations- und Empfehlungscharakter.

Es stellt sich folgende Frage: Wenn die Staaten nicht agieren und nur quasi theoretisch die Kompetenzhoheit behalten, die aber nicht wirksam ist, so dass die innerstaatlichen Entscheidungen, die mit den europäischen Normen nicht in Übereinstimmung stehen, keine Geltung haben, läßt sich dann immer noch über die vorhandene Kompetenzkompetenz der Mitgliedstaaten sprechen?

In dieser Hinsicht ist vor allem die Diskussion über die Geltung der mit dem EG-Recht kollidierenden Verfassungsnormen der Mitgliedstaaten entscheidend, da die Verfassung der Ausdruck der Volkssouveränität und dadurch der legitimierenden Gewalt ist. Inwieweit die nationalen Verfassungen den Vorrang der EG-Normen akzeptieren, ist von Land zu Land unterschiedlich. In Deutschland z.B., so Steiner, ist die Grundrechtsbindung der Staatsgewalt (Art.1 Abs.3 GG) prinzipiell in der Verfassungsordnung verankert<sup>396</sup>. Die noch nicht erreichte Vollständigkeit des europäischen Integrationsprozesses beweisen auch die Ergebnisse des Referendums über die Europäische Verfassung. Im Verhältnis zwischen EG/EU und den Mitgliedstaaten lässt sich ein Integrationsprozess der «vertikalen Interdependenz» feststellen, so Arnold.<sup>397</sup> Aufgrund des Vorranges des Gemeinschaftsrechts seien, nach Meinung des Euro-

<sup>396</sup> Steiner, U., Richterliche Grundrechtverantwortung in Europa in: Festschrift für Mauer, Geis, M., Lorenz, D. (Hrsg.). München. 2001. S.1005-1017

<sup>397</sup> Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes, Festschrift H.Maurer 855-68

päischen Gerichtshofs, die kollidierenden nationalen Verfassungsbestimmungen nicht anzuwenden und müssen aus Gründen der Rechtsklarheit gemeinschaftskonform geändert werden. Die nationalen Verfassungsordnungen liefern Stoff für die Gestaltung des Gemeinschaftsverfassungsrechts.

Alleine der Gebrauch des Begriffes «Verfassung» bezüglich der EU-Rechtsordnung verweist auf die Veränderungs- und Integrationsprozesse in der Kompetenzaufteilung zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten und somit letztendlich auch auf die Gestaltung des Kompetenzhoheitskonzeptes.

#### *i) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung*

Die Tätigkeit der Institutionen gründet sich auf das Prinzip der Einzelermächtigung. Die in Art. 3 und 4 des EG-Vertrages definierten Regelungsbereiche enthalten keine allgemeinen Vorschriften über die Sachzuständigkeit der Gemeinschaft, sondern zählen die konkreten Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaft auf. In jedem konkreten Fall braucht die Gemeinschaft, um tätig zu werden, eine *Einzelermächtigung*.

Die Aufzählung der Bereiche, in denen die Gemeinschaft tätig ist, hat mit der *Zielsetzung* der EU zu tun: Die für die Zielsetzung der EU wichtigsten Bereiche werden ausdrücklich aufgezählt.<sup>398</sup> Das Nichtvorhandensein von ausdrücklichen Vorschriften verhindert die Tätigkeit der Gemeinschaftsorgane. Anders gesagt, statt allgemeine Regeln für die Zuständigkeitsbereiche in den Vertrag einzuführen, verlangt das EU-System in jedem konkreten Fall «das Anfragen» einer Einzelermächtigung. Die Grenzen der Handlungsbefugnisse gewährleisten das Prinzip der begrenzten Ermächtigung.

Artikel 249 (ehemaliger Art. 189) verleiht den Organen keine allgemeine Ermächtigung, bindende Rechtsakte zu verabschieden, es wird nur in Übereinstimmung mit den speziellen Normen des Vertrages gemacht. Durch solche Formulierungen beschränkte Kompetenz des supranationalen Organs bestätige im ganzen die *spezielle (beschränkte) Kompetenz* der EG. Wie vorher gezeigt wurde, sind EG-Außenkompetenzen von den Innenkompetenzen abzuleiten: Die implizite Außenkompetenz setzt voraus, dass ein Handeln der EG «notwendig» sei, um eines der Ziele der EG zu erreichen.<sup>399</sup>

---

(2001). S 860 f.

<sup>398</sup> Siehe dazu Lenz, O.EG/EU-Vertrag Kommentar.

<sup>399</sup> EuGH, Gutachten 1/76, Slg. 1977, 741. Siehe auch dazu: Lenz, B., Kommentar zu Art. 300. S. 2311 ff.

Also kann man sagen, dass die Europäische Union nach der Sachzuständigkeit eine universelle Organisation ist, deren Machtbefugnisse aber einen speziellen Charakter haben, so Tchetverikov.<sup>400</sup> Dem ist zuzustimmen. Die spezifischen Fragestellungen sind im einzelnen zu behandeln.

## *ii) Extensive Kompetenzausübung*

Es wurde schon erwähnt, dass trotz Übertragung der Kompetenzen an die Europäischen Gemeinschaften mittels Einzelermächtigung, die Mitgliedstaaten eine *zielgerichtete extensive Kompetenzausübung* vorgesehen haben. Alle Möglichkeiten, Befugnisse auszuüben, die nicht explizit in den Gründungsverträgen formuliert sind, haben letztendlich mit der Funktion der Gemeinschaften und an sie übertragenen Aufgaben zu tun. Nach Arnold spielen richterrechtlich erschlossene allgemeine Rechtsprinzipien sowie die Zielbestimmungen der Gemeinschaft dabei eine entscheidende Rolle.<sup>401</sup>

Art. 308 (ehemaliger Art. 235) des EG-Vertrages: «implied powers»: Beim Fehlen einer expliziten Kompetenzgrundlage wird in bestimmten Situationen Art. 308 als Befugnisgrundlage der EG-Organe herangezogen. Es ist wichtig, die Formulierung des Artikels 308 zu beachten, um zu entscheiden, in welchem Rahmen eine extensive Kompetenzausübung möglich ist. Eine konkrete, im Vertrag vorgesehene Rechtsgrundlage, dient als Basis für die Anwendung des Art. 308. Art. 308 (ehemaliger Art. 235) des EG-Vertrages wird als ergänzende Rechtsetzungsbefugnis formuliert, denn die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union werden als *dynamische* Organisationen der Integration verstanden, so Kapustin,<sup>402</sup> bei deren Gründung die Mitgliedstaaten eine Änderung der von der EG zu regelnden Situation vorgesehen haben. Wenn der Gründungsvertrag ein Ziel für die EG-Organe setzt, teilt er auch die Befugnisse zu, die für die Realisierung des Zieles notwendig sind, im anderen Fall verliere die Bestimmung ihre praktische Bedeutung. Die Dynamik der Europäischen Integration rechtfertigt die im Vertrag festgelegte Norm, die die Weiterentwicklung der EG vorsieht. Art. 308 ist eine subsidiäre Handlungsermächtigung, die restriktiv gegenüber den anderen Vertragsbestimmungen auszulegen ist.

<sup>400</sup> Z. B. Tchetverikov, A. O. *Ewropejskaja integracija: prawowyje problemy* (Die Europäische Integration: die rechtlichen Probleme). Moskau. 1992. S. 76ff

<sup>401</sup> Arnold, R., *Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes*. S. 864

<sup>402</sup> Kapustin, A. J., *Ibid.* S. 145ff

### *iii) Final definierte Kompetenzen*

Die Kommission bei der Vorbereitung des Maastrichter Vertrages ist mit einer sehr breiten teleologischen Auslegung der ausschließlichen Kompetenzen der EG aufgetreten: Für das Erreichen der an sie gestellten Aufgaben wurden der Gemeinschaft bestimmte Verpflichtungen auferlegt. Historisch gesehen erwuchs das Konzept der ausschließlichen Kompetenzen aus der Verpflichtung, einen Gemeinsamen Markt zu bilden. In diesem Sinne ist es möglich ausschließliche Zuständigkeit als Summe dessen, was für die Funktionierung der Grundfreiheiten oder des Gemeinsamen Marktes notwendig ist, zu definieren. Die Bildung der ausschließlichen Kompetenzen wird durch die Entwicklung des Integrationsprozesses bestimmt. Die ausschließlichen Kompetenzen der Gemeinschaft sind nach Meinung der Kommission Auslegungskompetenzen und gründen sich auf der Handlungsforderung, ihre Ausschließlichkeit hänge nicht vom Gegenstand ab, sondern von der Forderung des freien Verkehrs.<sup>403</sup>

Die Kompetenzauslegung wurde zum großen Teil von der Praxis des Gerichtshofes beeinflusst. Der Gerichtshof geht in seinen Entscheidungen oft von den Integrationszielen und den an die Gemeinschaften verliehenen Aufgaben aus und interpretiert teleologisch.

### *iv) Verschiedene Kompetenzarten*

Tunkin unterscheidet zwei Aspekte der Kompetenz Internationaler Organisationen: sachliche Kompetenz oder Zuständigkeit, als Bereich der Fragen, für die die Organisation zuständig ist, und juristische Kompetenz oder Zuständigkeit, welche die juristische Kraft der Rechtsakte dieser Organisation bestimmt.<sup>404</sup>

Die Sachzuständigkeit der Organisation wird entsprechend der im Gründungsvertrag bestimmten Ziele dieser Organisation festgelegt. Der Bereich der von der Organisation geregelten Fragen kann entweder direkt und ausführlich oder implizit bestimmt werden. Die Sachzuständigkeit der Organisation wird entweder als ausschließliche Kompetenz der Organisation oder als gemeinsame oder konkurrierende Kompetenz der Organisation und den Mitgliedstaaten formuliert. So z. B. gehören die Fragen der Handelspolitik zur ausschließlichen

---

<sup>403</sup> Commission Communication to the Council and European Parliament SEC (92) 1990 final, October 1992

<sup>404</sup> Tunkin, G. I., *Teoria mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 1970. S. 192

EG-Kompetenz, der Kulturbereich wird gemeinsam von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten geregelt. Die Bereiche der ausschließlichen EG-Kompetenz wurden auch zum Teil auf der Basis der EG-Aufgaben in der Rechtsprechung des Gerichtshofes definiert, so z. B. im Fall der Fischereipolitik oder des gemeinsamen Zolltarifs.<sup>405</sup>

Rechtszuständigkeit unterteilt sich in *ausschließliche und begrenzte Zuständigkeit*.

Dass die Gemeinschaft tätig wird, bedeutet grundsätzlich nicht, dass die Mitgliedstaaten nicht tätig werden dürfen. Es gibt Bereiche, in denen nur die Gemeinschaft tätig werden kann. Das ist der Fall der gemeinsamen Politik, die von den Mitgliedstaaten schon per definitionem nicht betrieben werden kann. Dieses Prinzip wurde vom Gerichtshof in den Entscheidungen über die gemeinsame Agrarpolitik formuliert<sup>406</sup>. In den Fragen der ausschließlichen EG-Zuständigkeit dürfen die Mitgliedstaaten keine Rechtsakte verabschieden. In diesen Bereichen dürfen sie «überhaupt nichts unternehmen», so die gemeinsamen Politiken so Ispolinov<sup>407</sup>.

Bei anderen Tätigkeiten ist es offensichtlich, dass die Gemeinschaft keine ausschließliche Zuständigkeit haben so Sozialpolitik, Umweltpolitik, dann ist es ausdrücklich von Förderung oder von Beitrag die Rede, um die begrenzte Zuständigkeit der Gemeinschaft zu kennzeichnen.<sup>408</sup> Das Kriterium der Kompetenzaufteilung in solchen Bereichen ist das Subsidiaritätsprinzip. Das Prinzip der Vorzugsrechte der Gemeinschaft in den Bereichen der ausschließlichen Kompetenz und das Subsidiaritätsprinzip in den Bereichen der gemischten Kompetenz widersprechen einander nach Meinung mehrerer Forscher nicht, sondern komplettieren sich bestens.<sup>409</sup> Dadurch werden die Wahrung der Souveränität einerseits und die Integrationsentwicklung andererseits gewährleistet.

Die juristische Kompetenz der Organisation bestimmt die Rechtskraft der Rechtsakte über die Fragen der Sachzuständigkeit. Die Organisation verfügt über die juristische Kompetenz, Empfehlungsakte oder obligatorische Akte zu verabschieden. Die EG-Rechtsakte sind in Art. 249 des EG-Vertrages aufgeführt. Sie bestätigen den Unterschied der EG-Rechtsakte von den Akten einer klassischen Internationalen Organisation. Arnold bezieht das funktionale Argument mit ein und schreibt, dass eine weit reichende kompetenzielle Verlagerung in Rahmen

<sup>405</sup> Opinion 1/75, Undertaking on a Local Costs Standard [1975] ECR 1361, Common Market Law Review 1976; Case C- 125/94 Aprile Srlen liquidation v. Administration delle Finanze dello Strato [1995] ECR I-2919; Case 804/ 79 Commission v. United Kingdom [1981] ECR 1072, Common Market Law Review 543, 1976

<sup>406</sup> Case 804/79, [1981] ECR P. 1045

<sup>407</sup> Ispolinov, A. S., Mezduarodno-prawowyje aspekty dejatel'nosti Komissii ES (Die völkerrechtliche Aspekte der Tätigkeit der EG-Kommission) S. 126

<sup>408</sup> Siehe Lenz, C.O., Kommentar, Art. 3, 3a des EGV

<sup>409</sup> Mancini, G., The making of a Constitution for Europe// Common Market Law Review. 1989.Vol. 26.N.4. S. 7 ff.

der EG/EU stattfand: Die Rechtssetzung, im Grundgesetz dem Staat zugeordnet, sei weitgehend auf die Gemeinschaftsebene übertragen. Auch die Ausübung staatlicher Macht und damit die Grundbeziehung Staat-Individuum haben sich durch Übertragung von Hoheitsrechten und die Schaffung einer autonomen Gemeinschaftsgewalt in weiterem Umfange auf die supranationale Ebene verlagert.<sup>410</sup>

Die juristische Kompetenz der EG, zu der die Regulierung der traditionellen Fragen der innenstaatlichen Kompetenz ebenso gehört wie die direkte Wirkung in den nationalen Rechtsordnungen und die Aufrufbarkeit durch die Individuen an den nationalen Gerichten, charakterisiert **das EG-Recht als supranationales Recht**.

Die Natur des supranationalen Rechtes liegt nach Meinung von Tschernitschenko<sup>411</sup> darin, dass die Mitgliedstaaten bestimmte «Gemeinschaftsnormen» verabschieden. Die Frage nach der Möglichkeit, direkt und unmittelbar durch die zwischenstaatlichen Normen die Beziehungen zwischen den Subjekten des innerstaatlichen Rechtes zu regulieren, sei gleich mit der Frage nach der Möglichkeit, die innerstaatlichen Beziehungen durch völkerrechtliche Normen zu regulieren. Für die Regulierung der innerstaatlichen Beziehungen reiche der Wille des Staates, in dessen Machtbereich solche Beziehungen entstehen. Für die Verabschiedung der «Gemeinschaftsnormen» sei eine Vereinbarung zwischen den Staaten notwendig. Eine solche Verabschiedung bedeutet, dass zwischen diesen Staaten bestimmte zwischenstaatliche Beziehungen entstanden seien, deren Regulierung durch gegenseitige Rechte und Pflichten erfolge und eine dafür notwendige völkerrechtliche Vereinbarung brauche. Die «Gemeinschaftsnormen» entstehen also auf Grund der Völkerrechtsnormen und drücken nicht die völkerrechtliche Vereinbarung selbst aus, sondern sind ein Ergebnis einer solchen Vereinbarung. Die Staaten entscheiden über den Rechtscharakter der «Gemeinschaftsnormen»: über Sachzuständigkeit und juristische Kompetenz.

### **3. Die Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzipien**

Das Subsidiaritätsprinzip als wesentliches Strukturelement wird vom EU-Vertrag sowohl auf der Ebene der EG, als auch auf der EU-Ebene festgelegt. Laut Art. 2 des EU-Vertrages werden die Ziele der Union unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, wie es in Art. 5 des

<sup>410</sup> Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes. S.857.

<sup>411</sup> Tschernitschenko, S. B., Mezhdunarodnoje pravo: sovremennyye teoreticheskiye problemy (Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Fragen). Moskau 1993. S. 90f

Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bestimmt ist, verwirklicht. Art. 5 des EG-Vertrages formuliert das Subsidiaritätsprinzip wie folgt: Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig (Art. 5, 1). In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können (Art. 5,2). Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus (Art. 5, 3).

Das Subsidiaritätsprinzip wurde selbst von den Institutionen als Element der delegierten und beschränkten Kompetenz betrachtet.<sup>412</sup>

Im Protokoll über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wird betont, dass die EG-Organe die Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips, des gemeinschaftlichen Besitzstands und des institutionellen Gleichgewichts sowie die vom Gerichtshof aufgestellten Grundsätze für das Verhältnis zwischen einzelstaatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht und Verhältnismäßigkeit in der Tätigkeit der Union zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politik gewährleisten.<sup>413</sup>

Dies bedeutet, dass die in den Gründungsverträgen festgelegte und durch die EuGH-Rechtssprechung aufgestellte Kompetenzaufteilung zwischen EG/EU und Mitgliedstaaten bzw. das Verhältnis zwischen nationalem und EG-Recht unberührt bleibt.

Das Subsidiaritätsprinzip präzisiert die Kompetenzaufteilung zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten. Es berührt nicht die ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft, sondern dehnt sich auf die gemeinsamen Zuständigkeitsbereiche der EG und der Mitgliedstaaten aus. Das Subsidiaritätsprinzip wird als ein dynamisches Konzept, das unter Berücksichtigung der Organisationsziele angewendet werden muss und das zur einen Erweiterung bzw. Beschränkung der EG-Kompetenzen führen kann - je nach Aufgabe und Situation - verstanden.

Das Subsidiaritätsprinzip beinhaltet zwei Anwendungskriterien: die Notwendigkeit und die Effektivität. Dadurch werden die Willensbildung innerhalb der Organe und die Kompetenzaufteilung zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten den Zielen und den Auf-

<sup>412</sup> EP-Doc. A3 – 163/90/B.P.3.

<sup>413</sup> Protokoll (Nr. 30) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zum EG-Vertrag

gaben der Organisation untergeordnet.

In dieser Hinsicht kann Subsidiarität als *teleologisches Konzept* verstanden werden und supranationale Organisationen als Organisationen, die von den Mitgliedstaaten *dynamisch* und mit einem hohen Grad der Unabhängigkeit gestaltet werden. Die Mitgliedstaaten geben bei der Gründung einer supranationalen Organisation den Aufgaben der Integrationsentwicklung den Vorrang und vereinbaren einen hohen Grad der Übertragung von souveränen Rechten an die Organisation bzw. sind einverstanden mit der *Präzedenzentwicklung* des Rechtes der Organisation.

Das Protokoll über die Anwendung der Subsidiarität ist ein Teil des EG-Vertrages und äußert insofern den vereinbarten Willen der Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten vereinbaren *mögliche Kompetenzänderungen der Organisation* gegenüber den im Gründungsvertrag festgelegten. Eine Prüfung der Notwendigkeit der Maßnahmen im Sinne des Subsidiaritätsprinzip führen die EG-Organen aus, was eine deutliche Unabhängigkeit der Institutionen bedeutet. Andererseits geht das Subsidiaritätsprinzip von der vorrangigen Handlung der Mitgliedstaaten aus.

Obwohl die Genauigkeit der Formulierung und somit die Möglichkeit der Kontrolle fehlen, kann man, so Schelenkova,<sup>414</sup> das Prinzip der delegierten und begrenzten Ermächtigung als Kompetenzgrundlage, das Subsidiaritätsprinzip (als Befugnis für die Anwendung der zugeteilten Kompetenzen) und das Verhältnismäßigkeitsprinzip (Proportionalitätsprinzip) als Grundlage der Methoden und Formen der Kompetenzanwendung verstehen.

Das Subsidiaritätsprinzip hilft, das für die Europäische Rechtsordnung grundlegende Souveränitätskonzept zu verstehen und bestätigt die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union als Internationaler Organisationen, die auf Grund eines Statuts entstehen und funktionieren.

---

<sup>414</sup> Schelenkova, N. B., Ibid. S. 303f



### III. Die juristische Qualifizierung der Supranationalität

#### 1. Das Objekt und die Methode völkerrechtlicher Regulierung: mögliche Modifikationen

Als Ausgangspunkt für die Analyse der Rechtsnatur einer supranationalen Organisation soll das Wesen des völkerrechtlichen gesetzgeberischen Prozesses genommen werden. Die Gesetzgebung im Völkerrecht hat einen entscheidenden Einfluss auf die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit und auf die Betrachtung solcher Phänomene wie *die Supranationalität*.

Die Supranationalitätsforschung in der russischen Rechtswissenschaft begann mit der Forschung zu neuen Methoden des Völkerrechts. Die russischen Wissenschaftler erkennen bestimmte Veränderungen in den Methoden der völkerrechtlichen Regulierung und beschäftigen sich mit ihrer Dynamik.

Die Vorstellungen über die Supranationalität folgen im Großen und Ganzen der Forschung zu Internationalen Organisationen und entwickelten sich in der russischen Wissenschaft von der, oft ideologisch bedingten, Nichtakzeptanz während der COMECON-Zeit hin zur aktuellen EG/ EU-Forschung<sup>415</sup>. In der heutigen Situation der Globalisierung ist die integrierende Rolle Internationaler Organisationen selbstverständlich. Die steigende Zahl Internationaler Organisationen ist ein Merkmal der zunehmenden Integration. Viele Organisationen haben erweiterte Funktionen und Machtbefugnisse im Vergleich zu früher. Fast alle Organisationen besitzen die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Die Integration in der Form Internationaler Organisationen wird immer umfangreicher. Dadurch wird die Struktur der internationalen Beziehungen stark verändert. Wie Tunkin schrieb, «ziehen» die Internationalen Organisationen beträchtliche Zahl der Fragen an sich, die vorher unmittelbar zwischenstaatlich gelöst worden waren.<sup>416</sup> Die Integrationsentwicklung in der Form Internationaler und supranationaler Organisationen bedeutet die Entwicklung *neuer Methoden völkerrechtlicher Regulierung* und die zunehmende Bedeutung der Integration durch Internationale Organisationen.

---

<sup>415</sup> Siehe z. B. *Schibaeva, E.*, K voprosu o nadnacionalnosti mezpravitelstvennzh organizacij universalnogo haraktera (Zu der Frage der Supranationalität der internationalen Organisationen universeller Art). *Moskovskij zurnal mezhdunarodnogo prava*. 1992. №4; *Feschenko A.* Nadnacionalnost' v dejatel'nost' mezhdunarodnyh organizacij (Die Supranationalität in der Tätigkeit internationaler Organisationen). *Uzbejnoje posobie*. Moskau 1989

<sup>416</sup> *Tunkin, G. I.*, Die Theorie des Völkerrechts. Moskau 1970. S. 343

Wie von Levin betont wurde, schließt die Einheitlichkeit der völkerrechtlichen Regulierungsmethode mögliche Modifikationen nicht aus.<sup>417</sup> Die meisten russischen Theoretiker sind sich einig in der Überlegung, dass die Regulierungsmethode vom Regulierungsgegenstand festgesetzt wird. Wie Schibaeva bezüglich des Rechtes der Internationalen Organisationen schreibt, seien die internationalen Beziehungen innerhalb einer Organisation so spezifisch, dass sie Modifikationen in der völkerrechtlichen Regulierungsmethode voraussetzen. Solche Modifikationen haben einen objektiven Charakter und entstehen aus den tatsächlichen Bedürfnissen der Staaten innerhalb einer Internationalen Organisation. Solche methodischen Änderungen seien nichts anderes als ein spezifisches Verfahren der rechtlichen Einwirkung auf die internationalen Beziehungen innerhalb der Internationalen Organisation im Rahmen der einheitlichen Rechtsmethode.<sup>418</sup> Das bedeutet, dass sich innerhalb des Völkerrechts verschiedene normative Einwirkungsformen entwickeln, die sich an das Regulierungsobjekt anpassen und damit aktualisiert werden. Diese Formen werden als völkerrechtliche behandelt. Eine der wichtigsten aktuellen Entwicklungen, die die völkerrechtliche Regulierungsmethode beeinflusst, ist die Integration, die zuerst die internationalen und später die supranationalen Organisationen ins Leben gerufen hat.

Mit dem Entstehen der *supranationalen Organisationen* stellte sich die Frage nach dem Charakter der supranationalen Regulierungsmethode. Anfangs war es schwierig, eine Rechtfertigung dafür zu finden, diese Methode als eine völkerrechtliche zu betrachten, da sich die supranationale Organisationsform als Integrationsform an der Grenze zur Staatsform befindet und eine Reihe charakteristischer Merkmale der staatlichen Regulierung aufweist. Dieses neue Phänomen wird in der russischen Rechtswissenschaft mit dem Ziel, ihm eine wissenschaftliche Erklärung zu geben und die existierenden Rechtsbegriffe zu präzisieren. So warnt Tschernitschenko vor der unbegründeten Revision von grundlegenden Begriffen des Völkerrechts. Das Völkerrecht sei ein sich entwickelnder Mechanismus, ein funktionierendes System der Normen im Prozess ihrer Anwendung. Dies verneint aber nicht die Spezifik des Völkerrechtes. Seine Spezifik kann nur mit dem Verschwinden des Völkerrechts einhergehen. Solange die Welt sich aus verschiedenen Gesellschaften zusammensetze, die in den internationalen Beziehungen als Staaten auftreten, werden die Charakteristika des Völkerrechts als zwischenstaatlichem Recht bleiben, unabhängig davon, wie kompliziert diese Beziehungen

---

<sup>417</sup> Levin, D. B., Aktualnyje problemy teorii mezhdunarodnogo prava (Die aktuellen Probleme der Theorie des Völkerrechts) Moskau 1974. S. 91f

<sup>418</sup> Schibaeva, E. A., Prawo mezdunarodnyh organizacij: Woprosy teorii (Das Recht Internationaler Organisationen: Theoretische Fragen). Moskau. 1986. S. 135

seien.<sup>419</sup>

Tunkin schreibt, dass die Organisationen spezifische Körper in den internationalen Beziehungen seien. Sie befinden sich nicht *über* den internationalen Beziehungen, sondern *im* System der internationalen Beziehungen. Die Beziehungen zwischen den Staaten durchdringen die Internationalen Organisationen, welche Sonderformen dieser Beziehungen darstellen.<sup>420</sup>

Die ersten Forschungsergebnisse verstehen die supranationalen Organisationen ähnlich wie die Internationalen Organisationen, in denen das Völkerrecht Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht hat (vergl. Hay<sup>421</sup>). Topornin schreibt in seinem Lehrbuch von 1992, dass das Gemeinschaftsrecht – ähnlich dem Völkerrecht – supranational sei.<sup>422</sup> Das heißt, dass diese Autoren keinen prinzipiellen Unterschied zwischen internationalem und supranationalem Recht sehen.

Manche Autoren sprechen von «Subsystemen» des Völkerrechts<sup>423</sup> und betrachten das EG-Recht als «partikuläres Völkerrecht». Auch sie gehen davon aus, dass das Völkerrecht sich dynamisch entwickelt und neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit schafft, die dem klassischen Völkerrecht nicht bekannt sind.

Anderen Wissenschaftlern nach gelten die supranationalen Qualitäten nicht nur für die Europäischen Gemeinschaften, sondern, in weniger intensiver Form, auch für viele andere internationale Organisationen.<sup>424</sup> Hier wird die Supranationalität schon als besonderes Charakteristikum des Rechtes und der Rechtsordnung Internationaler Organisationen behandelt.

So behandelt Schibaeva Supranationalität *quantitativ* und sieht die Unterschiede zwischen internationalen und supranationalen Organisationen in der Intensität oder im Maß ihrer Kompetenzen.<sup>425</sup>

Tchernischenko sieht Supranationalität als die Spezifik der Kompetenz und der Tätigkeit Internationaler Organisationen.<sup>426</sup>

<sup>419</sup> Tschernitschenko, S. V., *Mezdunarodnoje pravo: sovremennyye teoreticheskiye problemy* (Das Völkerrecht: aktuelle theoretische Probleme). Moskau 1993. S. 6f

<sup>420</sup> Tunkin, G. I., *Ibid.* S. 268

<sup>421</sup> Hay P., *Federalism and Supranational Organisations*. London 1966. S. 37ff

<sup>422</sup> Topornin, B. N., *Evropejskie soobshchestva: pravo i instituty* (Die Europäischen Gemeinschaften: das Recht und die Institute). Moskau 1992. S. 162

<sup>423</sup> Siehe z. B. Marschik A., *Subsysteme im Völkerrecht*. Berlin 1997; Bleckmann, A., *Die Rechtsnatur des Europäischen Gemeinschaftsrechts*. Die Öffentliche Verwaltung. 1978; Blischenko, I. P., *Mezdunarodno-pravovyye problemy gosudarstv, vkhodyaschih v SNG* (Die völkerrechtlichen Probleme der GUS-Mitgliedstaaten)// *Moskovskij zurnal mezhdunarodnogo prava* (Moskauer Zeitschrift des Völkerrechts). 1997. № 1. S. 16f

<sup>424</sup> Tiunov, O. I.; Ignatenko, G. V., *Mezdunarodnoje pravo* (Das Völkerrecht). Lehrbuch. Moskau 2001. S. 338ff

<sup>425</sup> Schibaeva, E. A., *Ibid.* S. 45

<sup>426</sup> Tschernischenko, S. V., *Teoria mezhdunarodnogo prava* (Die Theorie des Völkerrechts). In 2 Bänden. Band 2. *Staryje i novyye teoreticheskiye problemy* (Die alten und neuen theoretischen Probleme). Moskau 1999. S.

Einige Wissenschaftler, so Kapustin, behandeln Supranationalität als ein höheres Integrationsniveau und nennen die Europäischen Gemeinschaften «Internationale Organisationen der Integration».<sup>427</sup>

Jumashev behandelt Supranationalität zwar als Sonderqualität der Europäischen Gemeinschaftsordnung, ist aber der Meinung, dass die supranationalen Charakteristika dieser Ordnung nicht ihren völkerrechtlichen Charakter stören.<sup>428</sup> Die Wirtschaftsunion wird als eine neue Form der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gesehen, die Supranationalität (als Vorrang des EG-Rechtes) und Funktionalität (als Begrenztheit der Ziele der EG) vereint.

Unter diesem Gesichtspunkt werden die Supranationalität und die integrative Entwicklung der EG/EU im Kontext der völkerrechtlichen Rechtsordnung verstanden. Auf dieser Basis werden die weitere Entwicklung der Organisation sowie die Souveränitätsproblematik (die Übertragung von souveränen Rechten der Mitgliedstaaten an die Organisation; eigener Wille der Organisation und Erweiterung ihrer Kompetenzen) erläutert. Da das supranationale Recht eine Modifikation des internationalen Rechtes, des Völkerrechtes, darstellt, sollen alle Fragen der Kompetenzerweiterung, des Organisationswillens und des «Souveränitätsverlustes» seitens der Mitgliedstaaten auf der Basis der völkerrechtlichen Prinzipien gelöst werden. Solange die Mitgliedstaaten die Gründer der Organisation sind, bestimmen sie die Entwicklung der Organisation und ihrer Kompetenzen. Integration als objektive Entwicklung der internationalen Beziehungen fordert heutzutage eine stärkere und langfristigere Zusammenarbeit als zuvor. Unter diesen Umständen werden Organisationen mit supranationalen Charakteristika geschaffen, die nicht nur über die außenwirtschaftlichen Fragen entscheiden, sondern auch zum Teil innen- und außenpolitische Bereiche koordinieren sollen. All dies liegt aber innerhalb der Willensabstimmung von Mitgliedstaaten und insofern im Rahmen der völkerrechtlichen Gesetzgebung.

Solange die völkerrechtlichen Normen von den Subjekten des Völkerrechts geschaffen werden, solange gelten diese Normen als Kriterien für die Unterscheidung zwischen verschiedenen Regulierungsmethoden und verschiedenen Rechtssubjekten. Das bedeutet, dass auch im Fall einer *supranationalen Organisation* deren Beschlüsse im Kollisionsfall eine unmittelbare Wirkung und Vorrang vor dem nationalen Recht haben, im Grunde solcher Supra-

---

216ff

<sup>427</sup> Kapustin, A. J., Ibid. S.115f; Schumilov, V. M., Mezhdunarodnoje ekonomicheskoe pravo (Das internationale Wirtschaftsrecht). Moskau 2001. S. 92f

<sup>428</sup> Jumashev, J. M., Mezhdunarodno- pravovzje formy vneschneekonomicheskikh svyazej EES (Die rechtlichen Formen von außenwirtschaftlichen Beziehungen EWG). Moskau 1989. S. 13

nationalität eine völkerrechtliche, von den souveränen Staaten geschaffene Norm liegt. Diese Norm ist das Ergebnis des völkerrechtlichen gesetzgeberischen Prozesses. Insofern drückt das Statut einer supranationalen Organisation den vereinbarten Willen der Mitgliedstaaten aus. Die Natur der Organisation ist aus dem Statut und den anderen völkerrechtlichen Normen festzustellen. Die Besonderheit der supranationalen Organisation liegt im Integrationsgrad oder in der Stufe des wechselseitigen Zusammenhanges: Die Rolle der Mitgliedstaaten sei supranational, so Arnold. Der einzelne Mitgliedstaat sei keineswegs «Herr der Verträge», nur *in ihrer Gesamtheit* seien die Mitgliedstaaten die «Herren der Verträge» und jedenfalls nach Meinung des Autors nicht in einem absoluten, sondern in einem sehr relativen Sinn.<sup>429</sup> Der Grad des Zusammenhanges wird als Supranationalität beschrieben und äußert sich im Primärrecht und in den Beschlüssen der Organisation. Die Internationale Organisation begründende Norm muss als Basis für die juristische Auslegung des Entwicklungsprozesses der Organisation behandelt werden, damit der souveräne Wille der Gründungsstaaten in diesem Prozess festgestellt werden kann.

*Hiermit wird der Zusammenhang zwischen der Souveränität der Mitgliedstaaten und der supranationalen Charakteristika der EG/EU-Rechtsordnung völkerrechtlich verstanden, und zwar auf Basis des völkerrechtlichen gesetzgeberischen Prozesses.*

Es stellt sich die nächste Frage, inwieweit eine supranationale Organisation noch als *Organisation* behandelt werden kann im Sinne ihrer Rechtsnatur und der Besonderheiten ihrer Rechtssubjektivität. Wie es in Kapitel 1 dieser Arbeit erörtert wurde, steht eine supranationale Organisation vom Grad der Integration her zwischen einer Internationalen Organisation und einem Staat. Hier muss die Frage beantwortet werden, inwieweit diese Integrationsform noch *die Rechtsnatur einer Organisation* besitzt bzw., ob diese Form von der Gestaltung ihrer Rechtssubjektivität her *näher zum Staat* tendiert bzw. eine *Übergangsform zum Staat* sein kann.

Diese Frage ist *auf Grund des Rechtes* des entsprechenden Rechtskörpers zu analysieren, weil die Art der Normen eines Rechtsgebildes seine Rechtsnatur zum Ausdruck bringt. Die Natur des Rechtes einer Internationalen bzw. einer supranationalen Organisation äußert sich als normative Beziehung zwischen Organisation und den Mitgliedstaaten; die Natur des staatlichen Rechtes äußert sich innerhalb des Staates als die Beziehung zwischen dem Staat und den Bürgern, den Organen und anderen untergeordneten Rechtskörper; nach außen

---

<sup>429</sup> Arnold, R., Die Rolle der Mitgliedstaaten in der Europäischen Verfassungsordnung. In: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht. 5/2002. S. 217

äußert sie sich als Rechtsbeziehung zwischen gleichen Rechtssubjekten.

*Die historische Entwicklung Internationaler Organisationen macht deutlich, dass die Integrationsformen sich in einer ständigen Veränderung und Anpassung an die aktuelle Entwicklung befinden. Die Internationalen Organisationen können als flexibles Integrationsmittel oder Integrationsform mit Entwicklungspotential beschrieben werden. Es ist wichtig, den Unterschied einer Organisation als Integrationsform zum Staat festzustellen und die Besonderheiten der supranationalen Integrationsform zu behandeln, weil gerade in diesem Punkt eine Form in die andere wechselt.*

Der Unterschied zwischen der primären völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit eines Staates zur sekundären Rechtspersönlichkeit einer Organisation ist das Kriterium dafür. Dazwischen liegt die supranationale Organisation als eine Integrationsform, die sich gerade an der Grenze zwischen den beiden Hauptformen der völkerrechtlichen Subjekte befindet. Eine solche Integrationsform vermittelt bestimmte Verhältnisse zwischen der Einheit als einem Rechtssubjekt und den Mitgliedstaaten bzw. den Drittstaaten. Die Rechtsnatur eines supranationalen Gebildes äußert sich in ihrem Recht und in den Besonderheiten ihrer Rechtsordnung.

*Die Analyse der supranationalen Organisationen ermöglicht es, die Integrationsentwicklung im modernen Völkerrecht zu präzisieren und aktualisiert die völkerrechtliche Forschungsmethodik zur Souveränität. Die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union sind ein wichtiges Beispiel der supranationalen Entwicklung.*

## **2. Die Frage nach der Natur des EG/EU-Rechtes: Supranationales Recht**

Die Hauptfrage bezüglich der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ist die Frage nach der *Natur des EG/ EU-Rechtes*.

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten charakterisiert die EG/ EU-Rechtsordnung und ihre Verhältnisse zu den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten und zur internationalen Rechtsordnung. In diesen Beziehungen äußert sich die Natur des EG/ EU-Rechtes und damit die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union. Das Recht der Europäischen Gemeinschaft wird als *supranationales Recht* beschrieben. Die Rolle der Mitgliedstaaten sei supranational bedingt. Die Mitgliedstaaten seien Schöpfer, Akteure und zugleich Unterworfene der Gemein-

schaftsgewalt, so Arnold.<sup>430</sup> Die Europäischen Gemeinschaften werden als eine qualitativ neue Stufe der Internationalen Organisationen betrachtet. Diese Qualität liegt an den supranationalen Charakteristika der Europäischen Gemeinschaften.<sup>431</sup>

Die Supranationalität wird grundsätzlich als eine *Spezifik der Kompetenzen und der Tätigkeit* einer Internationalen Organisation verstanden. Die Europäischen Gemeinschaften werden als «supranationale Internationale Organisationen» verstanden.<sup>432</sup> Die Spezifik der europäischen Gesetzgebung liegt darin, dass die EG-Organen kompetent sind, Rechtsvorschriften zu verabschieden, die Vorrang und unmittelbare Wirkung in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten haben, d.h. dass die europäischen Normen ein Teil der innerstaatlichen Rechtsordnungen ohne Implementierung werden.

Das supranationale Recht wird von Schlochauer<sup>433</sup> als ein Teil der Gründungsverträge beschrieben, der die gesetzgeberische Ordnung in den Mitgliedstaaten im weitesten Sinne (nach Inkrafttreten des Vertrages) sowohl nach Vertragsvorschriften, als auch nach den Regelungen der Gemeinschaftsorgane festlegt. Das primäre, aus den Gründungsverträgen entstehende, und das sekundäre, von den Organisationsorganen verabschiedete, supranationale Recht bestimmen die Rechtsordnungen in den Mitgliedstaaten. Die Europäischen Gemeinschaften seien, so Müller-Graf, ohne Staatscharakter aufzuweisen, mit eigener legislativer, administrativ-exekutiver und judikativer Gewalt befugt, üben diese kraft ihrer Organe aus und sind jeweils auf ein Gemeinschaftswohl verpflichtet.<sup>434</sup>

### **3. Die Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten: die EU-Kompetenzordnung. Die Rechtsnatur der Europäischen Union**

Innerhalb einer Internationalen Organisation bilden sich durch die Mechanismen der Organisation vermittelte Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Mitgliedstaa-

---

<sup>430</sup> Arnold, R., Die Rolle der Mitgliedstaaten in der Europäischen Verfassungsordnung. In: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht. 5/2002. S. 217f

<sup>431</sup> Feschenko, A. S., Nadnazionalnostj w dejateljnosti mezdunarodnah organizacij. Utchebnik (Die Supranationalität in der Tätigkeit der internationalen Organisationen) Lehrbuch. Moskau 1989

Schibaeva, E. A., Zu der Frage der Supranationalität der internationalen Organisationen universellen Charakters// Moskauer Zeitschrift des Völkerrechts. 1992. N4

<sup>432</sup> Z. B. Tschernichenko, S. V., Die alten und neuen theoretischen Probleme in: Die Theorie des Völkerrechts. In 2 Bänden. Moskau 1999. Band 2. S. 282.

<sup>433</sup> Schlochauer, Das Verhältnis des Rechts der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, 11 Archiv des Völkerrechts (1963) 1, S. 3f

<sup>434</sup> Müller-Graf, P.-Ch., Europäische Verfassungsordnung, Ibid. S. 208

ten und der Organisation. Die Beziehungen zu den Drittstaaten und anderen Internationalen Organisationen ändern sich ebenso. Die Besonderheiten dieser Beziehungen ermöglichen es, die Rechtsnatur einer Internationalen oder einer supranationalen Organisation zu erörtern. Die Rechtsnatur der Organisation äußert sich in ihrer Kompetenzordnung, die unterschiedliche Beziehungen der Organisation realisiert.

Levin schreibt, dass die Internationalen Organisationen dann für die Völkerrechtssubjekte gehalten werden können, wenn sie auf Grund ihres Statuts eine bestimmte Sphäre der eigenen Rechte und Pflichten einzelnen Staaten gegenüber haben und selbständig die Außenbeziehungen führen können.<sup>435</sup>

*Der Integrationsgrad und die damit verbundene Kompetenzsphäre einer Organisation unterscheidet sich von der Kompetenz eines Staates und somit wesentlich von seiner Rechtsnatur. Mit der zunehmenden Integration und Bildung von supranationalen Organisationen hat sich die Frage nach dem «Hinauswachsen» einer Organisation in den Staat gestellt. In der russischen Fachliteratur gab es eine Diskussion über «das Hinüberwachsen» des Völkerrechts in das nationale Recht eines föderativen Staates. Die Entwicklung des Völkerrechts in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stelle Fragen über die Rolle des Staates in der neuesten Integrationsentwicklung und hinsichtlich der Bildung zusammengesetzter Staatlichkeitsformen. In diesem Zusammenhang wird die Problematik der Souveränität vom Standpunkt der föderalen Entwicklung aus wieder erforscht. Es werden vor allem die Grenzen der Souveränität und der Umfang der völkerrechtlichen Rechtspersönlichkeit von verschiedenen Rechtssubjekten in die Analyse einbezogen.*

*Die europäische Integration stellt ein Beispiel komplexer Entwicklung dar, die es ermöglicht, verschiedene Integrationsformen und die Staatlichkeitsentwicklung zu untersuchen. Die Hauptfrage bleibt dabei diejenige nach der Rechtsnatur der Europäischen Union und ihrer Klassifizierung mit den vorhandenen Kategorien des Völker- und Staatsrechtes.*

#### *Allgemein: Mögliche Standpunkte*

Die Rechtsnatur der Europäischen Union wird im Rahmen föderalistischer und völkerrechtlicher Doktrinen, Autonomiedoktrinen sowie von verschiedenen politologischen und soziolo-

<sup>435</sup> Levin, D. B., K voprosu o ponjatii i sisteme sovremennogo mezhdunarodnogo prava (Zu der Frage über den Begriff und das System des modernen Völkerrechts). Sowjetskoje gosudarstvo i pravo (Der Sowjetische Staat und Recht). 1947. N5. S. 11



gischen Theorien erörtert. In der neusten Russischen Fachliteratur behandelt Schelenkova<sup>436</sup> das Problem der doktrinalen Formgebung und Formulierung und gibt eine Übersicht von verschiedenen Integrationstheorien bezüglich der Rechtsnatur der Europäischen Union und unterscheidet zwischen folgenden Formen:

### *1) Föderalistische Doktrinen*

Die föderalistischen Doktrinen bilden sich auf Grund des staatsrechtlichen Verständnisses des Integrationsprozesses unter dem Gesichtspunkt Bildung neuer Staatlichkeitsformen. Föderation als zusammengesetzte Staatsform beweist ihre Komplexität und Veränderung im Laufe der Geschichte, deswegen macht eine einheitliche Klassifizierung föderaler Formen bestimmte Schwierigkeiten. Die dem Staatsrechtsgebiet anhängenden Spezialisten betonen die föderationsähnlichen Merkmale der supranationalen Organisationen, die meisten sind aber der Meinung, dass die Europäische Union keine klassische Verbindung föderativer Art sei und betonen die Dynamik bei der Entstehung von komplexen Staatsformen.

Zusammenfassend werden folgende Gesichtspunkte ausgearbeitet:

### *Partielle Föderation*

Diese Theorie behandelt die europäische Integration als staatsähnliches Gebilde oder einen partiellen Staat<sup>437</sup>. Die Europäischen Gemeinschaften werden als eine noch nicht ganz realisierte Teil-Föderation behandelt, die sich später zu einer vollen Föderation entwickeln würde. Konzeptuell scheint diese Theorie nicht befriedigend zu sein, da die rechtlichen Kriterien einer Organisation bzw. einer Föderation nicht in die Analyse einbezogen werden. Diese Theorie verfolgt den Prozess der politischen Entwicklung, gibt aber dafür keine ausreichende Bewertung im rechtlichen Sinne, so Schelenkova. Der positive Aspekt dieser Theorie liegt unserer Meinung nach darin, dass sie den Mischcharakter der europäischen Vereinigung betont, wie auch den Entwicklungsprozess von einer wirtschaftlichen zur politischen Kooperation.

---

<sup>436</sup> Schelenkova, N. B., *Evropejskaja Integracija: politika i pravo* (Die europäische Integration: die Politik und das Recht). Moskau 2003. S. 9-55

<sup>437</sup> Siehe z. B. Steindorf, E., Schumann-Plan und europäischer Bundesstaat. *Europaarchiv*. 1951. Nr.10-11. S. 3955- 3960; Hay P., *Federalism and Supranational Organisations*. London 1966. S. 77ff

### *Funktioneller Föderalismus*

Die Integration wird von der funktionalistischen Theorie als ein logischer Prozess der Entwicklung behandelt. Die europäische Staatlichkeit entwickelt sich, dieser Theorie zufolge, durch die Erweiterung der Kompetenzen und Zuständigkeitsbereiche der supranationalen Organisation. Als Ergebnis der Kompetenzerweiterung bildet sich die politische Vereinigung mit quasi föderalistischen Merkmalen.<sup>438</sup> Diese Theorie wird auch von den russischen Wissenschaftlern vertreten: So unterscheidet Krylova z.B. zwischen «statischen» und «dynamischen» Föderalismuskonzepten.<sup>439</sup> Bestimmte Merkmale der Europäischen Gemeinschaften, so wie die Kompetenzaufteilung; der Vorrang und die direkte Wirkung des Europarechtes oder die Rolle des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften werden als dynamische föderative Elemente verstanden. Das Recht der Europäischen Gemeinschaften nimmt eine Zwischenposition zwischen dem innerstaatlichen und dem internationalen Recht ein. Breite Kompetenzbefugnisse der Europäischen Gemeinschaften, die zum Teil zu den klassischen staatlichen Kompetenzen gehören, sprechen dafür. Funktioneller Föderalismus fügt der Klassifizierung einen wichtigen Aspekt hinzu, nämlich die Grundlage des europäischen Vereinigungsprozesses: seine ursprüngliche Konzentration auf bestimmte Sektoren der Wirtschaft und auf die Bildung eines Gemeinsamen Marktes als Plattform für die politische Integration.

### *Kooperativer Föderalismus*

Diese in der USA geborene Theorie der Modifikationen der staatlichen Gewalt in der aktuellen Situation ist nach Meinung von Schelenkova nicht auf die Europäischen Gemeinschaften anwendbar,<sup>440</sup> da die Europäischen Gemeinschaften keine Staatlichkeit besitzen, deswegen sind die «Kooperationskriterien» zwischen dem Zentrum und den Einzelgliedern nicht übertragbar. So könne laut Tolstopjatenko der Budgetfestlegungsprozess nicht mit dem «Steuerföderalismus» in den USA verglichen werden.<sup>441</sup> Aber die Beziehungen und das Gleichgewicht zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten, was z. B. die Intensität

<sup>438</sup> Siehe z. B. *Ophüls, C.F.*, Quellen und Aufbau des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Neue Juristische Wochenschrift. 1963

<sup>439</sup> *Krylova, I. S.*, Pravovyje aspekty burschuasnyh integracionnyh teorij i problema suvereniteta (Die rechtlichen Aspekte von bourgeoisen Integrationstheorien und das Problem der Souveränität) // Problemi burschuasnoj gosudarstvennosti i politiko-pravovaja ideologija (Die Probleme der bourgeoisen Staatlichkeit und die politisch-rechtliche Ideologie). Sammelband. Moskau 1990. S. 111

<sup>440</sup> *Schelenkova, N. B.*, Evropejskaja Integracija: politika i pravo (Die europäische Integration: die Politik und das Recht). S. 16

<sup>441</sup> *Tolstopjatenko, G. P.*, Das Europäische Steuerrecht. Rechtsvergleiche. Analyse. Moskau 2001. S. 19f

und die Dichte der Gesetzgebung seitens der EG oder die Notwendigkeit, das Proportionalitätsprinzip einzuführen, betrifft, ermöglichen es, bestimmte «Kooperationsbereiche» zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu definieren. Dass der größte Teil der EG-Gesetzgebung als Direktiven gestaltet wird, setzt die *Kooperation* der Mitgliedstaaten bei der Realisierung der Rahmenbedingungen voraus. Laut Vertrag über die Europäische Union müssen die Handlungen einzelner Mitgliedstaaten mit dem *acquis communautaire* (Art. ) konform sein. Das Einbeziehen aller Mitglieder (EG, Mitgliedstaaten, Regionen) in den europäischen gesetzgeberischen Prozess, ist eine bestimmte Art, die *politische Gewalt kooperativ zu organisieren*. Die Rolle der Regionen wird besonders betont. In diesem Zusammenhang wird die Rechtsstruktur der Europäischen Union als «*multilevel constitutionalism*» bezeichnet.<sup>442</sup> Die Kompetenzaufteilung zwischen den drei Ebenen der Europäischen Union und die Einführung des Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzips spiegelt sich im Kompetenz- und Souveränitätsumfang der Mitgliedstaaten wieder, der dementsprechend reduziert wird. Ob die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten nur «EU-Teilordnungen» sind und in einem «System kooperativer Verfasstheit»<sup>443</sup> undifferenziert verschmelzen, ist bestritten.<sup>444</sup>

### *Supranationaler Föderalismus*

Die Entwicklung des EU-Rechtes nach dem Inkrafttreten des Maastrichter und des Amsterdamer Vertrages führte zu einer theoretischen Diskussion über den supranationalen Föderalismus. Föderalismus wird dabei nicht in Zusammenhang mit einem Staat verstanden, sondern als Gewaltorganisationsprinzip mit der Gewaltaufteilung zwischen dem Zentrum und den Subjekten. Viele russische Autoren vertreten diese Meinung.

So behauptet Kapustin, dass es sich bei der Europäischen Union um die Bildung einer neuen «völkerrechtlichen Föderation» handelt.<sup>445</sup>

Levin schreibt Folgendes: die Gründungsverträge sehen eine föderalistische Struktur der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union vor.<sup>446</sup>

Topornin betont den Mischcharakter der Europäischen Integration und ist der Meinung, dass das Maß der Supranationalität sich nach den Interessen der Souveränitätssicherung der

---

<sup>442</sup> Pernice, I., Multilevel Constitutionalism and the Treaty of Amsterdam: European Constitution- Making Revisited? In: Common Market Law Review 36, 1999. S. 703ff

Kassim, H., G., B., Wright V. The National Coordination of EU Policz. Oxford 2000

<sup>443</sup> Siehe dazu: Bieber, Die Europäisierung des Verfassungsrechts, in: Kreuzer/ Scheuling/Sieber (Hrsg.) (Fn.19)

<sup>444</sup> Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes. Festschrift für Mauer. S. 860f

<sup>445</sup> Kapustin, A. J., Die Europäische Union: Integration und Recht. Moskau 2000. S. 60

<sup>446</sup> Levin, I. D., Die moderne bürgerliche Wissenschaft des Staatsrechtes. Moskau 1960. S. 373ff

Mitgliedstaaten richte, und dass die Gemeinschaften und die Europäische Union einen «Hybridcharakter» haben und die Qualitäten von Internationalen Organisationen und «quasiföderalen Strukturen» kombinieren.<sup>447</sup>

Die anderen russischen Autoren einigen sich auf die Theorie des supranationalen Föderalismus. Tolstopjatenko ist der Meinung, dass die Haupttendenz der Europäischen Gemeinschaften es mit großer Wahrscheinlichkeit erlaubt, von der Gemeinsamkeit der EU-Prinzipien und föderalistischer Prinzipien moderner Staaten zu sprechen.<sup>448</sup>

Tchetverikov und Kaschkin charakterisieren die Europäische Union als ein zwar staatsähnliches Gebilde, das mit einer Föderation vergleichbar, aber eben nicht ganz mit dieser identisch ist<sup>449</sup>

Die öffentliche Gewalt auf der Ebene der Europäischen Union geht weit über die Kompetenzen einer Internationalen Organisation hinaus. Die Struktur und die Entwicklung der EG/ EU sind aber auf einem völkerrechtlichen Charakter dieser Verbindung begründet. In diesem Zusammenhang spricht Kirchhof von der Entstehung einer öffentlichen Gewalt ohne einen Staat, ohne staatliche Organisation.<sup>450</sup>

Diese Theorie bringt einen positiven Aspekt mit sich, nämlich die Kategorisierung des föderativen Prozesses und die Ausarbeitung seiner wichtigsten Merkmale. Sie betont unserer Meinung nach auch die Dynamik der Integration, die nicht immer zu einer fixen rechtlichen Form führt, sondern in ihrer Entwicklung zu behandeln ist. Hierbei ist die Integrationstheorie von Kamarowskij, die im ersten Kapitel dieser Arbeit dargestellt wurde, zu beachten.

## 2) Autonomiedoktrinen

Ein anderes Verständnis der Rechtsstellung der EG/ EU geben die «Autonomietheorien»: Sie verstehen die europäische Rechtsordnung als ein neues besonderes Recht *sui generis* und die Rechtsnatur der EG/EU als eine besondere Integrationsform zwischen einem Staat und einem internationalen Verbund.

---

<sup>447</sup> Topornin, B. N., Das Europarecht: Lehrbuch. Moskau 1998. S. 147

<sup>448</sup> Tolstopjatenko, G. P., Europejskoje nalogowoje prawo. Srawniteljnoprawowoj analiz. (Das Europäische Steuerrecht. Eine rechtsvergleichende Analyse). Moskau 2001. S. 19

<sup>449</sup> In: Kaschkin, S. J., (Red.) Die Charta der Europäischen Union über die Grundrechte: Kommentar. Moskau 2000. S. 60

<sup>450</sup> Kirchhof, P., Rechtsschutz durch Bundesverfassungsgericht und Europäischen Gerichtshof. // Merten, D. (Hrsg.), Föderalismus und Europäische Gemeinschaften. Berlin 1990. S. 111

So meint Topornin, das europäische Recht sei eine neue, bisher unbekannte Rechtsordnung.<sup>451</sup> Diese Meinung vertritt auch Entin.<sup>452</sup> Der eigene Charakter der europäischen Rechtsordnung besteht darin, dass innerhalb dieser Rechtsordnung sowohl die EG/ EU-Normen, als auch die Rechtsnormen der Mitgliedstaaten Geltung haben. Dabei unterscheidet sich diese Rechtsordnung wesentlich von anderen bekannten Formen der internationalen Verbünde.<sup>453</sup> In der westlichen Literatur spricht man vom «*Verfassungsverbund*», «einem Gesamtsystem miteinander verschränkter und ineinander verschachtelter, sich gegenseitig ergänzender, nationaler und europäischer Verfassungselemente».<sup>454</sup> So bezeichnet Thürer den eigenständigen Charakter des europäischen Verfassungsrecht als ein Recht, das Elemente eines demokratischen Staates und internationaler Gemeinschaften einschließt, und er definiert die Europäische Union als ein «autonomes, in sich ruhendes Rechtsgebilde».<sup>455</sup>

Diese Meinung gründet sich auf die wichtigsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes, «van Gend en Loos» und «Costa v. ENEL», und drückt somit die Vorstellungen der Gründer der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Organe, mit anderen Worten: den Willen der Organisation selbst aus und ist deswegen ein wesentliches Element in der Gesamtvorstellung und Gesamtanalyse der Europäischen Union. Worin genau die Autonomie der Europäischen Rechtsordnung liegt, wird unterschiedlich interpretiert: Es wird entweder die Übertragung von souveränen Rechten in den Vordergrund gestellt oder die Unbefristetheit der Verträge oder die Struktur der Kompetenzen.

Die *Gesamtheit der Merkmale* ist entscheidend für die Definition der Europäischen Rechtsordnung als Rechtsordnung sui generis. Die Rechtsnatur der Europäischen Union entzieht sich den festen klassischen Definitionen des Völker- und Staatsrechtes und ist als Ergebnis der einmaligen Integrationsentwicklung und eines sich verändernden Souveränitätskonzeptes zu betrachten. Die Integration von europäischen Normen in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten, ihr Vorrang und ihre direkte Wirkung sind freilich die Rechtselemente, die zum ersten Mal in der Rechtsgeschichte in diesem Umfang in die Rechtsordnung einer völkerrechtlichen Vereinigung integriert worden sind, deswegen entspricht die Definition der EU-Rechtsnatur als eine Rechtsordnung sui generis dem tatsächlichen Stand.

---

<sup>451</sup> Topornin, B. N., *Ewropejskoje pravo* (Das Europarecht). Utchebnik (Lehrbuch). Moskau 2000. S. 269ff

<sup>452</sup> Entin, L. M., *Ewropejskoje pravo* (Das Europarecht). Utchebnik (Lehrbuch). Moskau. 2001. S.53

<sup>453</sup> Siehe dazu z. B. Oppermann T., *Europarecht*. München 1999. S. 340; Ipsen, H.P., *Handbuch des Staatsrechts*. Band. VII. 1992. Rdnr. 58

<sup>454</sup> Thürer, D., *Föderalistische Verfassungsstrukturen für Europa – eine zweite Chance der Entfaltung*. In: *Integration* 23. Jg., 2/ 2000 S. 92

<sup>455</sup> Thürer, D., *Föderalistische Verfassungsstrukturen für Europa*. S. 93

### 3) Völkerrechtliche Doktrinen

Die völkerrechtlichen Doktrinen verstehen die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union als völkerrechtliche Verbünde, die auf völkerrechtlicher Basis funktionieren. Die Gründungsverträge bilden die wichtigste Interpretationsquelle der integrativen Entwicklung und der Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union und gestalten die Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten. Die völkerrechtlichen Interpretationen haben sich im Laufe der Geschichte verändert, wie es im vorigen Abschnitt dieses Kapitels über die Entwicklung des Rechtes Internationaler Organisationen gezeigt wurde. Die wichtigsten Kriterien der Völkerrechtslehre bleiben aber unserer Meinung nach erhalten.

Dazu muss gesagt werden, dass die Mehrheit der russischen Wissenschaftler sich an die völkerrechtliche Sicht der europäischen Integration hält. Dies hat zum einen seine Erklärung darin, dass sich mit dem europäischen Integrationsprozess seit den Sowjetzeiten primär das Völkerrecht beschäftigte, zum anderen ist die russische Völkerrechtsschule durch die positivistische Völkerrechtslehre G. Tunkins geprägt. Wenn man deren ideologische Hintergründe beiseite lässt, bietet die Völkerrechtstheorie eine wesentliche *normative Basis* für die Interpretation der Integrationsentwicklung und der Souveränitätswandlung in der neuesten Rechtsgeschichte. Das scheint unentbehrlich zu sein, vor allem angesichts der Integrationsdynamik in der Europäischen Union. Die Autonomie und Supranationalität der europäischen Rechtsordnung wird auch im Sinne der Entwicklung des Völkerrechts unter den gegenwärtigen Änderungen des internationalen Lebens (dazu gehören die globalen Probleme, die Internationalisierung und Globalisierung, aber auch die Anthropozentrik moderner Rechtsordnungen) behandelt.

Die Völkerrechtstheorie interpretiert die fortschreitende EG/ EU-Entwicklung *normativ* oder anders gesagt, sieht sie die Natur des Rechtsverhältnisses zwischen Gesamtorganisation und den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen Entstehungsquelle, nämlich den völkerrechtlichen Gründungsverträgen. Im Abschnitt b) wird eine vergleichende Analyse von verfassungsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnismustern zwischen Gesamtorganismus und Gliedern durchgeführt, damit die Rechtsnatur der Europäischen Union in vergleichender Sicht des Völker- und Verfassungsrechtes erfasst werden kann.

#### 4) Politische Doktrinen

Diese Doktrinen betonen zu Recht die Bedeutung von politischen Integrationsprozessen und die wichtige Rolle des politischen Integrationswillens im Rahmen der Europäischen Union, angefangen bei Monnets Gedanken, über den Schumannplan über Friedenssicherung durch wirtschaftliche Kooperation und Supranationalisierung des Marktes bis hin zur Einführung der Europäischen Menschenrechtscharta und der Europäischen Verfassung, die der weiteren Integrationsentwicklung der EU Bewegungs- und Identifikationskraft verleihen. Die politische Integrationstheorie bemerkt mit Recht, dass die politische Integrationsbewegung in Europa seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit der politischen Idee der «Paneuropäischen Union» und der «Vereinten Staaten Europas» angefangen hat.<sup>456</sup> Die Idee der Europäischen Union hatte auch politische Grundlagen. Wenn über die strategischen Perspektiven der europäischen Integration gesprochen wird, rückt die notwendige «Vollendung der politischen Integration» in den Vordergrund, so Fischer.<sup>457</sup> Die Finalität Europas wird als politische Vereinigung in Form einer Föderation gesehen.<sup>458</sup>

Die politische Theorie der Integration schenkt zudem dem Willensbildungsprozess der EU-Organe viel Aufmerksamkeit und betont zu Recht die Bedeutung demokratischer Legitimation, unter anderem die Notwendigkeit einer Verfassung als Grundlegitimation der Europäischen Rechtsordnung und als Legitimation des Handelns der Organe, vor allem die wesentliche Beteiligung des Europäischen Parlaments in Entscheidungsverfahren. Solche Dokumente wie die Grundrechtscharta haben einen kodifizierenden und rezipierenden Charakter und somit einen Klarstellungscharakter, so Arnold. Die geschriebene Verfassung ungeschriebener Rechtsquellen vermag auch eine leichtere Identifikation mit den für die Europäische Union geltenden Grundwerten herbei zu führen. Dies besitzt wiederum den Effekt der Integrationsverstärkung.<sup>459</sup>

Die Legitimität der Europäischen Rechtsordnung spielt eine wesentliche Rolle für die weitere Integrationsentwicklung und möglicherweise für den Übergang zu einer Föderation.

---

<sup>456</sup> Zonova, T. V., Kalinin, V. L., Knjaschinskij, V. B., *Zapadnoevropejskaja integracija: proekty i realnost'* (Die westeuropäische Integration: Projekte und Realität). Moskau 1986. S. 10ff

<sup>457</sup> Fischer, J., *Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration* in: *Integration* 23. Jg., 3/ 2000. S. 149f

<sup>458</sup> Volkmann-Schluck, *Die Debatte um eine europäische Verfassung*, 2001. S. 23ff; Arnold, R., *European Constitutional Law – an emerging concept in the second half of the twentieth century*, in: *Tulane European and Civil Law Forum*. New Orleans 1999 S. 49ff

<sup>459</sup> Arnold, R., *Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes*. S. 863

## FAZIT:

*Alle Theorien betonen den Mischcharakter der Europäischen Integration, deren Stellung an der Grenze zwischen einer Internationalen Organisation und einem Staat verortet wird. Weiterhin wird die dynamische Entwicklung der Europäischen Union in die föderative Richtung betont.*

Es müssen nun die Grundelemente der Europäischen Rechtsordnung untersucht werden, damit auf Grund dessen die besonderen Charakteristika dieser Ordnung festgehalten werden können. Wie oben erörtert wurde, beschäftigen sich die meisten Diskussionen damit, ob die Europäische Union als Organisation und somit als sekundäres Völkerrechtssubjekt oder als völkerrechtliches Hauptsubjekt (Staat) behandelt werden kann. Die Rechtsnatur eines primären oder sekundären Völkerrechtssubjektes ist wesentlich unterschiedlich: Bei einem primären Völkerrechtssubjekt gründet sich die Völkerrechtssubjektivität auf der besonderen souveränen Qualität dieses Subjektes; bei den sekundären Völkerrechtssubjekten ist die Gesamtheit der Kompetenzen und Merkmale wesentlich für die Völkerrechtssubjektivität.

## 4. Die Rechtsnatur der Europäischen Union

In der Literatur über die Europäische Union wird ein bestimmtes Problem immer wieder behandelt, und zwar das Problem der so genannten *föderativen Elemente*. Die Tätigkeit der supranationalen Organisationen wird unter dem Aspekt des Vorhandenseins föderativer Elemente erörtert. Der Kernpunkt dieses Problems besteht darin, dass die supranationalen Organisationen bestimmte Befugnisse haben, die den Befugnissen der zentralen Organe einer Föderation ähnlich sind. Manche Autoren ziehen einen Vergleich zwischen supranationalen Organisationen und Konföderationen. Diese Richtung in der Supranationalitätsforschung stellt *das föderative bzw. konföderative Verständnis der supranationalen Integrationsform* in den Vordergrund. Sie versteht die Integrationsdynamik innerhalb der EG/ EU als Entwicklung einer neuen Staatsform auf föderativer Basis.

Um die Unterscheidung zwischen konföderativen und föderativen Staatlichkeitsformen klar durchzuführen, muss man an erster Stelle die Kriterien föderativer und konföderativer Systeme feststellen.<sup>460</sup>

---

<sup>460</sup> Siehe dazu: Esterbauer, F. Kriterien föderativer und konföderativer Systeme. Wien 1976



In der russischen Lehre hat sich folgende Zusammenfassung der Grundunterschiede zwischen einer Föderation und einer Konföderation herausgebildet:

1. Die rechtliche Grundlage einer Föderation kann am Anfang ein völkerrechtlicher Vertrag sein, der dann zur Verfassung wird. Eine Konföderation ist auf Grund eines Vertrages aufgebaut.

2. Eine Föderation, rechtlich gesehen, eine staatliche Vereinigung, die zur Bildung eines neuen Staates führt. Eine Konföderation ist eine völkerrechtliche Vereinigung, ein Verbund, aber noch kein Staat.

3. Das Territorium einer Föderation ist einig. Die Konföderation hat - streng genommen – kein Territorium, ihr Territorium besteht aus den Territorien der Mitgliedstaaten.

4. In einer Föderation haben die Bürger die gleiche Staatsangehörigkeit, in einer Konföderation nicht, obwohl es Rechtsnormen geben kann, die eine gewisse Annäherung des Persönlichkeitsstatus vorsehen.

5. In einer Föderation haben die Föderationsnormen Vorrang vor den Rechtsnormen der Subjekte. Die Föderationsorgane haben das Recht, die widerrechtlichen Rechtsakte von Subjekten aufzuheben. In einer Konföderation werden die Rechtsakte des Koordinationsorgans durch die Mitgliedstaaten ratifiziert und umgesetzt.

6. Im Gegensatz zur Konföderation hat eine Föderation eine Armee, ein einheitliches Steuersystem, eine gemeinsame Finanzpolitik sowie eine gleiche Währung.

7. Eine Föderation hat eine einheitliche Wirtschaftspolitik. In einer Konföderation kann es eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik mit der Zustimmung der Mitgliedstaaten geben<sup>461</sup>.

Diese Kriterien sind wichtig für die Erforschung der Rechtsnatur der Europäischen Union und für die Analyse der «föderalistischen Verfassungsstrukturen»<sup>462</sup> in Europa.

<sup>461</sup> *Awakjan, S. A.*, (Hrsg). *Konstituzionnoje pravo* (Das Verfassungsrecht). *Enzyklopeditscheskij slovarj* (Das Enzyklopädische Wörterbuch). Moskau 2000. S. 323f

<sup>462</sup> *Thürer, D.*, Föderalistische Verfassungsstrukturen für Europa – eine zweite Chance der Entfaltung; *Schneider, H.*, Alternativen der Verfassungsfinalität: Föderation, Konföderation – oder was sonst? in: *Integration* 23. Jg., 2/ 2000

### *i) Konföderation*

Unter Konföderation wird eine Staatenverbindung verstanden, die auf einen völkerrechtlichen Vertrag gegründet ist, gemeinsame, einen eigenen Willen besitzende, Organe hat, und in welcher die Mitgliedstaaten ihre Souveränität behalten. Da die Konföderation auf einen völkerrechtlichen Vertrag gegründet ist, gebührt die größte Aufmerksamkeit der Analyse der Gründungsverträge bezüglich des Charakters und des Umfangs der Kompetenzen, sowie des Willens der Mitgliedstaaten bezüglich der Integrationsdynamik.

Unter «Konföderation» oder Staatenverbund versteht die russische Staatslehre «eine Staatenvereinigung, einen Verbund, ein ziemlich enges, aber doch völkerrechtliches und nicht staatliches Charakter»,<sup>463</sup> das nicht zur Bildung eines Staates führt, «obwohl diese Perspektive beabsichtigt wird», sagt Awakjan. Baglaj unterstreicht den völkerrechtlichen Charakter einer Konföderation im Gegensatz zum dem staatlichen Charakter einer Föderation und behandelt diese Verbundform als eine eher «theoretische Staatlichkeitsform».<sup>464</sup> Die geschichtliche Entwicklung der Konföderationen gibt Beispiele sowohl des Heranwachsens zu einer Föderation, als auch – im umgekehrten Fall – das Auseinandergehen der Mitgliedstaaten. Manche Staaten behalten den Namen «Konföderation», obwohl sie längst zu Föderationen geworden sind, wie z. B. die Schweiz und Kanada.

Teps zitiert Laband: Die Rechte eines föderalen Staates seien nicht die Rechte der Mitgliedstaaten, sondern stehen die Rechte des Staates über denen seiner Mitglieder.<sup>465</sup> Er betont, dass der prinzipielle Unterschied zwischen Konföderation und Föderation darin liegt, dass in einer Konföderation die Macht einzelner Mitgliedstaaten souverän ist, in der Föderation jedoch die zentrale Macht.<sup>466</sup>

Es lassen sich verschiedene Vergleichspunkte zwischen einer Konföderation und der Europäischen Union feststellen. Ähnlichkeit zwischen einer Konföderation und der Europäischen Union besteht in folgenden Elementen:

■ Eine Konföderation wird für bestimmte politische Ziele gegründet. Der Unterschied zwischen der EU und einer klassischen Konföderation besteht darin, dass eine Konföderation

<sup>463</sup> Awakjan, S. A., Hrsg. Konstituzionnoje pravo (Das Verfassungsrecht). Ein Enzyklopädisches Wörterbuch. Moskau 2000. S. 323f

<sup>464</sup> Baglaj, M. V., Konstituzionnoje pravo Rossijskoj Federazii (Das Verfassungsrecht der Russischen Föderation). Moskau 1999. S. 291f

<sup>465</sup> Laband, T., Das Staatsrecht des deutschen Reiches. Tübingen 1901. S. 50

<sup>466</sup> Teps, D., Konzeptualnyje osnovy federalisma (Die konzeptuellen Grundlagen des Föderalismus). Sankt-Petersburg 2002. S. 37

primär außenpolitische Ziele, als erstes die sicherheitspolitische, verfolgt. Die EG/ EU setzten sich am Anfang jedoch wirtschaftliche Ziele und entwickelte sich erst später Richtung politischer Integration.

- Für die Erreichung der Ziele wird der Konföderation nur eine begrenzte Kompetenz zugeteilt, ähnlich der Europäischen Union.

- Die Mitglieder einer Konföderation bestimmen ihre Kompetenzen.

- Die Mitglieder einer Konföderation bleiben souveräne Staaten und entscheiden über die politische Form und Entwicklung des Verbundes. Art. 48 des EU-Vertrages beschließt, dass die Vertragsänderungen von allen Mitgliedstaaten vorzunehmen sind und zwar laut ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften,<sup>467</sup> also entscheiden die EU-Mitgliedstaaten laut dem Gründungsvertrag über die Entwicklung der Europäischen Union.

- Wenn man Supranationalität als die Gesamtheit bestimmter oben genannter Merkmale versteht, hat eine Konföderation supranationalen Charakter im Rahmen ihrer Kompetenz. Als eines der wichtigsten Merkmale der Supranationalität und als historisch typisch für eine Konföderation erweist sich die Mehrheitsentscheidung.

- Die EU-Mitgliedstaaten behalten ihre völkerrechtliche Subjektivität, da die Organisation eine begrenzte Völkerrechtspersönlichkeit, ähnlich einer Konföderation, hat.

- Ähnlich dem EG/ EU-Vertrag sind Konföderationsgründungsverträge nicht zeitbefristet.

- Alle bekannte Konföderationen waren regionale Staatenverbindungen.

Somit lassen sich mehrere Merkmale feststellen, die eine konföderalistische Interpretation der Integrationsentwicklung in der Europäischen Union erlauben. Manche russische Autoren haben dieses westliche Verständnis der Integrationsdynamik und Supranationalität übernommen: So vertritt Jumashev die Auffassung, dass die EG in juristischen Begriffen als Verbund konföderalistischer Art, als französisches Modell Europas definierbar sei<sup>468</sup>.

---

<sup>467</sup> EU- Vertrag, Art. 48

<sup>468</sup> *Jumashev, J. M., Vybery v Evropejskij Parlament i politicheskaja integracija gosudarst- chlenov EEC (Die Wahlen im Europäischen Parlament und die politische Integration der Mitgliedstaaten des EWG)// Praktika burzuaznogo konstituzionalizma (Das Praxis der bourgeoisen Verfassungsordnung). Moskau 1982. S. 140*

## ii) Föderation

«Eine Föderation ist ein komplexer, aus rechtlich und politisch unabhängigen Staaten bestehender Staat,» – schreibt Mischin.<sup>469</sup> Die Staatlichkeit des Gesamtgebildes steht im Vordergrund.

Die Offenheit des Föderalismusbegriffes stellt viele schon festgelegte Kriterien der Rechtspersönlichkeit von primären und sekundären Subjekten des Völkerrechts in Frage. Die traditionelle Unterscheidung zwischen Staaten als primären Subjekten des Völkerrechts und Internationalen Organisationen als sekundären Subjekten ist im Fall der Europäischen Union nicht absolut anwendbar und benötigt eine neue und dynamische Untersuchung. Es lassen sich verschiedene Vergleichspunkte zwischen einer Föderation und der Europäischen Union feststellen. Folgende Merkmale stützen eine föderalistische Interpretation der Europäischen Union:

- Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten: Die Aufgaben, die traditionell zur innerstaatlichen Kompetenz gehören, werden von der Organisation ausgeführt; dieses Merkmal ist vergleichbar mit der Kompetenz des zentralen Organs eines föderativen Staates.

- Ein hoher Grad der gegenseitigen Zusammenhang zwischen der EU und den Mitgliedstaaten im gesetzgeberischen Prozess ist charakteristisch für eine Föderation. Die Europäische Union mit ihren drei Säulen ist vom Integrationsgrad unvergleichbar mit jeder anderen Internationalen Organisation.

- Der eigene Wille der Organisation ist viel unabhängiger vom Willen der Gründungsstaaten, und der gesetzgeberische Wille des zentralen Organs ist entscheidend für die Kompetenzaufteilung in der Föderation. Hierzu ist zu sagen, dass die EuGH-Rechtssprechung entscheidend für das Kompetenzkonzept der EG/ EU war, und dass, obwohl die Kompetenzaufteilung auf dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung aufbaut, die praktische Durchführung und vor allem die Bedeutung der EG/ EU-Rechtsordnung sehr stark durch den Willen der Organisation selbst beeinflusst wurde. Dies erlaubt einen Vergleich der Europäischen Union mit der Föderation.

- Die EG/EU-Gründungsverträge beinhalten Bestimmungen, die für eine Verfassung typisch sind, z. B. Bestimmungen zum Diskriminierungsverbot, zu den Menschenrechten, in

---

<sup>469</sup> Mischin, A. A., *Gosudarstvennoje pravo zarubeschnyh stran* ( Das Staatsrecht der ausländischer Staaten). Moskau 1999. S. 86

bestimmter Form auch Annäherungen an das «Bundestreue-Prinzip.

- Die Notwendigkeit einer Übereinstimmung des sekundären Rechts der EG mit den Vertragsbestimmungen.

- Die Eigenschaften des Gemeinschaftsrechtes (Vorrang, direkte Wirkung) sind untypisch für eine Internationale Organisation und kennzeichnend für eine föderative Rechtsordnung.

- Die Zuständigkeit verschiedener EU-Organe geht weit über die Kompetenzen Internationaler Organisationen hinaus. Ihre Struktur ist insgesamt der Organstruktur eines Bundesstaates ähnlich.

- Die Rolle des Europäischen Gerichtshofes ist der Rolle des Verfassungsgerichtes ähnlich. Das EU-Gerichtssystem ist «quasiföderal»: Die Kompetenzen des EuGH sind ähnlich den Kompetenzen des Höchsten Gerichtshofes in der Föderation.

- Es lässt sich feststellen, dass die gesetzgebenden EU-Organe «quasiföderal» sind, so etwa der Rat und das Parlament.

- Die Übergabe von souveränen Rechten an die supranationale Organisation wird als *unwiderruflicher Akt* verstanden.<sup>470</sup>

Die genannten Merkmale von föderativen und konföderativen Integrationsformen benötigt man für die Charakterisierung des gesamten Systems der Europäischen Union und für die Analyse ihrer Rechtsnatur.

### *iii) Die Besonderheit der EU*

Die Europäische Union hat eine dreisäulige Struktur, die aus den Europäischen Gemeinschaften mit supranationalem Charakter einerseits und der intergouvernementalen Zusammenarbeit, die sich Politiken nennen andererseits besteht. Da die Europäische Union eine komplexe Struktur hat, muss ihre Rechtsstellung unter Berücksichtigung dieser Besonderheit analysiert werden. Die Integrationsdynamik, die sich in der Form zunehmender Supranationalisierung in der Gemeinschaft und der Erweiterung der Integration durch die Zusammenarbeit im Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit gestaltet, wird insgesamt und im Ganzen analysiert.

<sup>470</sup> In der westlichen Literatur wird dies behandelt z. B. von *Ophüls, C. F.* in: Staatshoheit und Gemeinschaftshoheit. Wandlungen des Souveränitätsbegriffs. Köln 1965. S. 546ff oder von *Hofmann, H.*, Die Entstehung des modernen souveränen Staates. Köln 1967. S. 38ff

Der Sondercharakter der supranationalen europäischen Rechtsordnung macht es notwendig, eine entsprechende Definition zu finden, die dieses Phänomen adäquat bezeichnet. Die sehr hohe Integrationsstufe innerhalb der EU und die Zwischenposition der Europäischen Union zwischen der klassischen Internationalen Organisation und dem Staat, verlangt eine *vergleichende Analyse der Grenzformen*. Von einer klassischen Internationalen Organisation unterscheidet die EU ihr supranationaler Charakter, wie es oben besprochen wurde. Nun muss untersucht werden, wie weit die Europäische Union von einem Staat föderalistischer Art entfernt ist. Dabei muss die Aufmerksamkeit sowohl der Analyse der rechtlichen Normen, als auch den außerrechtlichen Integrationstendenzen gelten. Primär gründet sich der Vergleich auf den in den Gründungsverträgen festgelegten Normen und auf dem sekundären EU-Recht, aber es müssen die politischen, soziologischen und kulturellen Integrationstendenzen mitbeachtet werden.

### *1) Das zugrunde liegende Recht*

Die Beziehungen zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten erfolgen im Rahmen der völkerrechtlichen Rechtsordnung; zwischen Föderation und den Föderationsgliedern im Rahmen der nationalen Rechtsordnung. Im Fall einer Föderation werden die Verhältnisse zwischen dem Gesamtsystem und den Einheiten durch verfassungsrechtliche Normen reguliert, im Fall einer Internationalen Organisation oder Konföderation durch völkerrechtliche Normen, nämlich in einem völkerrechtlichen Gründungsvertrag. Die Rechtsnatur des Gründungsvertrages unterscheidet sich wesentlich von der Rechtsnatur einer Verfassung. Diese Unterschiede haben einen prozeduralen, sowie auch einen materiellen Charakter und betreffen Annahmeverfahren, Änderungsprozedere usw., wie auch die Stellung in der Hierarchie der Rechtsakte.

Da sowohl die Organisation, als auch die Mitgliedstaaten Subjekte des Völkerrechts sind, erfolgen die Beziehungen zwischen ihnen auf einer völkerrechtlichen Basis und sind durch die Normen des Gründungsvertrages der Organisation bestimmt. Also ist es eine Beziehung zwischen primären und sekundären Subjekten des Völkerrechtes. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten haben einen völkerrechtlichen Charakter. Laut Art. 6, 3 achtet die Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten. Da die Europäische Union keine Rechtspersönlichkeit besitzt, werden die Beziehungen zwischen den

Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik und Innenpolitik durch Organisationsorgane nur *koordiniert*. Dies ist auch ausdrücklich im Art. 3 des EU-Vertrages festgelegt. Obwohl die Europäische Union die Gemeinschaftsorgane für die Koordination der an sie zugewiesenen Bereiche sozusagen «leiht», hat sie selbst keine sekundäre Rechtspersönlichkeit laut EU-Vertrag, weder als dreisäuliges Gesamtsystem, noch in der gemeinsamen Politik.

Andererseits beabsichtigt Art. 2 des EU-Vertrages die Behauptung der Unionsidentität auf internationaler Ebene und die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes. Diese Bestimmung deutet auf das Entwicklungsziel der Europäischen Union hin und hat die politische Bedeutung eines «Soft law».

Die Begriffe «Staatlichkeit» und «Rechtsstaatlichkeit» werden bezüglich der EU gemieden, stattdessen wird der Begriff «Rechtsgemeinschaft» benutzt. Da das Rechtsstaatsprinzip die Möglichkeiten bei der Ausübung hoheitlicher Gewalt begrenzt, deutet der Gebrauch des Wortes «Rechtsgemeinschaft» auf die Ähnlichkeit der Europäischen Union mit dem Träger hoheitlicher souveräner Gewalt und somit auf ihre Entwicklungsperspektiven hin.<sup>471</sup> Art. 6 des EU-Vertrages spricht von den Verfassungsgrundsätzen, also von gemeinsamen Grundwerten, auf denen die Europäische Union beruht: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeitsprinzip.

Also befindet sich die Europäische Union von ihrer Rechtsnatur und von den Beziehungen zwischen dem Gesamtorganismus und den Mitgliedstaaten aus gesehen innerhalb der völkerrechtlichen Rechtsordnung; von den politischen Entwicklungsperspektiven her ist aber eine verfassungsrechtliche Entwicklungsperspektive zu erkennen. Man kann nicht von Staatlichkeit im normativen Sinne sprechen, aber wenn man die Verfassung im weiteren Sinne als Grundordnung einer Gemeinschaft versteht, so zeigt sich eine verfassungsrechtliche Dimension in dem, der Europäischen Union zugrunde liegenden, Recht.

## 2) Kompetenzaufteilung

Eine Internationale Organisation wird für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit Machtbefugnissen ausgestattet. Diese Machtbefugnisse bilden die Sachkompetenz der Organisation: In diesen Bereichen hat die Organisation einen eigenen Willen und ist selbständig. Die Kompetenz einer Organisation hat einen *funktionalen Charakter*. Die Fragen, die nicht durch den Me-

---

<sup>471</sup> Mehr dazu siehe: Lenz/ Borchardt, EU- und EG-Vertrag Kommentar zum Artikel 6.

chanismus der Organisation vermittelt sind, bleiben in der souveränen Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die Aufteilung der Kompetenz zwischen dem Gesamtsystem und den Gliedern in einer Föderation geschieht in einer prinzipiell anderen Weise. Die Rechtspersönlichkeit einer Föderation hat *keinen funktionalen* Charakter, weil die Föderation wie jeder andere Staat das Hauptsubjekt des Völkerrechts ist, und ihre Rechtspersönlichkeit auf ihre Souveränität gegründet ist. Es bestehen also durchaus strukturelle Unterschiede zwischen der Kompetenzzuteilung in einem föderalen Staat und in einer Internationalen Organisation. Ebenso ist die *Kompetenzaufteilungsbefugnis* wesentlich unterschiedlich. Diese Frage hat mit der Souveränitätsproblematik zu tun: In einer Föderation entscheidet in der Regel die zentrale Macht über die Kompetenzaufteilung und repräsentiert die Föderation als Gesamtsystem nach außen in der völkerrechtlichen Rechtsordnung; in einer Organisation behalten die Gründungsstaaten die Letztentscheidungskompetenz.

In einer Föderation wird die Staatlichkeit in der Regel dem Gesamtsystem zugeteilt: Die Rechte und Pflichten, die die völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit bilden (das Recht, Verträge abzuschließen, das Recht auf diplomatische Vertretung usw.), sind in der Kompetenz der zentralen Machtbehörde, und die Subjekte der Föderation haben keine völkerrechtliche Rechtspersönlichkeit. Die Glieder der Föderation können natürlich ihre Interessen auch international vertreten, die Mechanismen einer solchen Vertretung sind aber im nationalen Verfassungsrecht vorgesehen und werden durch föderale Organe vermittelt. Im Fall einer Internationalen Organisation üben die Staaten ihre, der Organisation nicht übertragenen Rechte, unmittelbar aus.

Das Vorhandensein supranationaler Charakteristika unterscheidet die EU von klassischen Internationalen Organisationen wie etwa der UNO. Die im Gründungsvertrag vorhandenen Ermächtigungsnormen unterscheiden die EU von den föderativen Staaten. Diese Normen bestimmen, in welchem Regelungsbereich eine Handlungsbefugnis besteht, welche EU-Organe zuständig sind und in welchem Verfahren die Vorschriften erlassen werden sollen. Das Vorhandensein von Ermächtigungsnormen bildet den Hauptunterschied der Kompetenzaufteilung in der Europäischen Union zur föderativen Praxis. In Föderationen gelten allgemeine einheitliche Normen für die Gesetzgebung. In der Europäischen Union erfolgt die Tätigkeit der EU-Organe nach dem Prinzip der Einzelermächtigung.

Es findet aber ein engerer verfassungsrechtlicher Strukturvergleich zwischen der EU und einem Staat statt: *Strukturelle Ähnlichkeiten* zwischen staatlichem und supranationalem



Verfassungsrecht bestehen durchaus, so Arnold,<sup>472</sup> zum Beispiel im institutionellen Teil eines vergleichbaren Gefüges durch Festlegung horizontaler und vertikaler Wirkungen bezüglich des Handelns der Organe - horizontal gegenüber den anderen Organen, vertikal gegenüber den Mitgliedstaaten und Individuen. Also erlauben die institutionellen Strukturnormen einen Vergleich mit der staatlichen Verfassung und sind *teilweise* übertragbar., Dies spricht für ein Souveränitätsverständnis nicht-klassischer Art, sondern für ein integrationsbeeinflusster, das die Rechtsnatur primärer Völkerrechtssubjekte als teilweise übertragbare versteht. Dadurch lässt sich ein Annäherungsprozess zwischen verschiedenen Integrationsformen feststellen. Die Europäische Union steht sozusagen zwischen einer Internationalen Organisation und einem föderativen Staat. Wie A. Tchvetverikov schreibt, ist die auf ein komplexes System von Prinzipien gegründete EU-Kompetenz teilweise ähnlich, teilweise unterschiedlich von der Kompetenz einer Föderation oder einer Internationalen Organisation.<sup>473</sup>

### 3) Sachkompetenz

Noch einen Unterschied zwischen Föderationen und Internationalen Organisationen mit supranationalem Charakter sehen die russischen Wissenschaftler im *Typus* der an die Organisationen übertragenen Kompetenzen.<sup>474</sup> In Föderationen bleiben solche Fragen wie Außenpolitik, Verteidigung, Steuer- und Finanzpolitik in der Sachzuständigkeit des Gesamtsystems. In einer Organisation werden solche Fragen typischerweise in der Kompetenz der Mitgliedstaaten bleiben.

Die Spezifik der Europäischen Union besteht darin, dass die oben genannten Bereiche in der Kompetenz der Mitgliedstaaten sind, aber auf der EU-Ebene koordiniert werden. Nach dem Titel V des Vertrages über die Europäische Union erarbeiten und verwirklichen die Mitgliedstaaten und die EU eine *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*, die die Wahrung der gemeinsamen Werte und Interessen, des Friedens und Sicherheit zum Ziel hat sowie sämtliche Fragen der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Die Mitgliedstaaten koordinieren ihr Handeln und unterstützen die Politik der Union. Der Rat legt gemeinsame Punkte fest und er-

<sup>472</sup> Arnold, R., Ibid. Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes. S. 855f

<sup>473</sup> Tchvetverikov, A. O., Osnovy prave Evropejskogo Souza (Die Grundlagen des Rechts der Europäischen Union). Moskau 1997. S. 72ff

<sup>474</sup> Siehe Tchernitchenko, S. V., Mezhdunarodnoje pravo: aktualnyje teoreticheskiye problemy( Das Völkerrecht: die aktuellen theoretischen Probleme). Moskau 1993. S. 110ff

arbeitet gemeinsame Aktionen. Die Annahme einer gemeinsamen Aktion benötigt die Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit.

Die Bestimmungen über die Gemeinsame Verteidigungspolitik sind teleologisch formuliert: Das Ziel der gemeinsamen Entwicklung der Mitgliedstaaten im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ist mögliche zukünftige gemeinsame Verteidigung (Art. J4 des EU-Vertrages). Die Bestimmungen sind so formuliert, dass man in diesem Bereich von einer niedrigeren Integrationsstufe sprechen könnte. Tatsächlich geht es aber einen Schritt über die traditionelle zwischenstaatliche Kooperation hinaus, da die Politik der Einzelstaaten im Rahmen der EU koordiniert werden soll und im Einklang mit den gemeinsamen Standpunkten stehen (Art. J2 des EU-Vertrages). Die Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union stellt eine Zwischenintegrationsform dar und setzt eine engere Zusammenarbeit als im Rahmen eines völkerrechtlichen Vertrages voraus. Der Integrationsgrad erreicht hier nicht die Integrationsstufe im Rahmen einer supranationalen Organisation. Der Vertrag spricht von einer stufenweise Durchführung gemeinsamer Aktionen (Art. J1, (3)). Die von den Mitgliedstaaten getragenen Verpflichtungen haben einen moralischen Charakter: Sie handeln «im Geist der Loyalität und gegenseitigen Solidarität» (Art. J.1, (4)). Diese Formulierung spricht dafür, dass dieser Bereich auf eine flexible Art und Weise koordiniert wird. Die Koordinierung im Bereich gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird aber von den Organen einer supranationalen Organisation durchgeführt. In diesen Fragen haben die Beschlüsse von EU-Organen keine supranationale Wirkung, sondern nur einen Leitliniencharakter.

Die Ziele der Europäischen Union laut Art. 6 deuten auf Annäherung an ein Staatsgebilde, worauf besonders die Schaffung eines Raums ohne Binnengrenzen, die Wirtschafts- und Währungsunion und die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik schließen lassen. Das Verständnis der Union als einem *Raum* mit gemeinsamen Außengrenzen bekräftigt die staatsähnliche Ausrichtung der EU und betont «das verstärkte Raumdenken» der Europäischen Union.<sup>475</sup> Art. 299 des EG-Vertrages berücksichtigt den räumlichen Geltungsbereich sowie den Geltungsbereich des sekundären EG-Rechtes und dort, wo es auf den räumlichen Geltungsbereich des EU-Vertrages ankommen kann, wie in Art. 32 (Tätigwerden im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates in Fragen der justiziellen Zusammenarbeit) auch den Geltungsbereich des EU-Vertrages. Somit ist der europäische Gesamtorganismus *gebietsbezogen*.

<sup>475</sup> Müller-Graf, P-Ch., Europäische Verfassungsordnung. Ibid. S. 209

*Personenbezogen* sei die Europäische Union mit der Unionsbürgerschaft<sup>476</sup> und natürlich durch den verstärkten Menschenrechtsschutz und die Menschenrechtscharta und durch das Prinzip der Bürgernähe.

Die dritte Komponente der *Hoheitsgewalt* ist in den besonderen Charakteristika der Supranationalität zu sehen.

Diese Bestimmungen sind aber im Gesamtzusammenhang der EU in erster Linie politisch zu verstehen, so Lenz.<sup>477</sup> Auch wenn sie für die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich sind, entziehen sie sich weitgehend der Justiziabilität. Zielbestimmungen und Zuweisung von Kompetenzen materieller Art haben Wertecharakter, so Arnold<sup>478</sup>, und lassen sich auf supranationale Organisationen übertragen. Dabei sei das *funktionale* Argument sehr wichtig: Die Rechtsetzung, im Grundgesetz dem Staat zugeordnet, die Ausübung staatlicher Macht und damit die Grundbeziehung Staat-Individuum wurden durch die Schaffung einer autonomen Gemeinschaftsgewalt auf ein nicht-staatliches Gebilde übertragen. *Die Besonderheit der EU-Integrationsordnung* liegt darin, dass ihre Sachkompetenz außer den Fragen, die die sekundäre Rechtspersönlichkeit einer Internationalen Organisation betreffen, auch die Fragen einschließt, die für den souveränen Staat charakteristisch sind. Die EG/EU-Rechtszuständigkeit liegt auch an der Grenze zwischen der Internationalen Organisation und dem Staat.

Es ist natürlich unmöglich, eine allgemeine Grenze zu finden, an der die Bereiche, die einen Staat bilden und damit für die Staatlichkeit konstituierend sind die Ebene der Internationalen Organisation übergehen und damit ein Aufgehenslösung des Staates in der Internationalen Organisation bedeuten würden. Traditionell gehören solche Funktionen bzw. solche Sachzuständigkeiten wie der Rechtsfrieden, die Rechtssicherheit, die Finanz- und Steuerpolitik sowie die Befugnis zur Durchsetzung des Rechtes zu den Wesensfunktionen eines Staates. Diese Funktionen haben sich im Laufe des Unabhängigkeitskampfes der staatlichen Einheiten herausgebildet und mündeten in den von Bodin und Hobbes formulierten Souveränitätsbegriff, der die Unabhängigkeit und die Einheitlichkeit der staatlichen Rechtsordnung betont. Es ist nicht möglich, eine Grenze zwischen den, einen Staat ausbildenden, Bereichen und solchen, die weniger wichtig sind, zu definieren, weil erstens der Grad der Souveränitätsübergabe von den Mitgliedstaaten bestimmt wird.. (sie sind die Hauptsubjekte des Völkerrechts). zweitens bildet sich der Begriff der staatlichen Souveränität und der staatlichen Unabhängigkeit unter dem Einfluss der aktuellen Situation in den internationalen Beziehungen, die

<sup>476</sup> Müller-Graf, P-Ch., Europäische Verfassungsordnung. Ibid. S. 209

<sup>477</sup> Lenz, B., Kommentar zum Art. 2

<sup>478</sup> Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes. S. 855 ff

momentan von Internationalisierung und globalen Probleme geprägt sind. Die Erfüllung der Ordnungs- und Friedensfunktion sei aus der historischen Erfahrung geboren, so Zippelius. «Heute üben supranationale Organisationen mit bescheidener Wirksamkeit Interventionsrechte zum Schutz des Weltfriedens und der Menschenrechte aus. Vor allem eröffnen zwischenstaatliche Integrationsprozesse supranationalen Organisationen die Möglichkeit, im Gebiet der Mitgliedstaaten eine eigene Regelungsgewalt auszuüben, ein Vorgang, bei dem ein «point of no return» zu Lasten der staatlichen Kompetenzhoheit erreicht werden kann».<sup>479</sup>

Die Formulierung von Zippelius bringt die aktuelle Entwicklung zum Ausdruck: Die Integrationsstufe und die damit verbundene Sachkompetenz der supranationalen Organisationen hat noch nicht die Staatlichkeitsschwelle erreicht, ist aber über die klassischen Regelungsmechanismen hinausgewachsen.

#### 4) Rechtszuständigkeit

Die Rechtszuständigkeit oder in den Wortgebrauch der russischen Rechtsschule, die *juristische Kompetenz* einer supranationalen Organisation erklärt die juristische Kraft ihrer Beschlüsse und den Willen der Mitgliedstaaten über ihre Rechtsnatur. Die supranationale Organisation wird von den Mitgliedstaaten mit bestimmten «Interventionsrechten», so Zippelius,<sup>480</sup> ausgestattet: Je größer ihre juristische Kraft – ihre Empfehlungskraft oder obligatorische Kraft –, desto stärker ist die Integrationsstufe innerhalb der Organisation. Funktionell hat sich die Ausübung souveräner staatlicher Macht in größerem Umfang auf die supranationale Ebene verlagert.<sup>481</sup>

Dies ist mit der Frage verbunden, ob eine solche Kompetenzübertragung und Regelung bestimmter Fragen durch Mechanismen einer Internationalen oder supranationalen Organisation einen Kompetenzverlust auf der Seite der Mitgliedstaaten bedeutet. Diese Frage ist durch die Behandlung der *juristischen Natur der Organisationsbeschlüsse* zu beantworten: Tunkin analysiert die Verordnungen Internationaler Organisationen und erkennt ihren *normativen Charakter*, behandelt sie aber im Kontext der völkerrechtlichen Gesetzgebung. Die Verordnung einer Internationalen Organisation sei vom Standpunkt der völkerrechtlichen Gesetzgebung aus einem völkerrechtlichen Vertrag ähnlich. In der Verordnung werde der Inhalt einer

<sup>479</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. 14.Auflage. 2003. S. 63f

<sup>480</sup> Zippelius, R., Allgemeine Staatslehre. 14.Auflage. 2003. S. 63

<sup>481</sup> Arnold, R., Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrechtes. S. 855 ff S. 856f

völkerrechtlichen Norm bestimmt; damit diese Norm bindenden Charakter bekäme, sei eine Willensäußerung der Mitgliedstaaten notwendig. Das Einverständnis mit dem Inhalt der Norm kann in expliziter oder impliziter Form geäußert werden.<sup>482</sup> *Die Form des Einverständnisses wird im Statut der Organisation festgelegt.*

In der EU dient der Gründungsvertrag als Willensäußerung der Mitgliedstaaten, die mit dem Vorrang und der unmittelbaren Wirkung der EG-Verordnungen einverstanden sind. Die Festlegung der auslegenden Kompetenz des EuGH im Gründungsvertrag kann auch als Einverständnis der Mitgliedstaaten mit der extensiven teleologischen Auslegung des Gerichtshofes und somit als Teil der Gesetzgebung des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts interpretiert werden. Als Ziel werden damit die volle Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und seine Weiterentwicklung gesetzt. Es wird geprüft, inwieweit die durch den EU-Vertrag eingeführte Politik und die Formen der Zusammenarbeit zu revidieren sind, um die Wirksamkeit der Mechanismen und Organe der Gemeinschaft sicherzustellen (Art. 2 des EU-Vertrages). Dieses Ziel definiert die *Entwicklungsstrategie der Europäischen Union, nämlich die Annäherung des EU-Rechtes an das EG-Recht*, mit anderen Worten: Es wird eine weitere Supranationalisierung der Gesamtstruktur angestrebt.

Somit wird die Frage, ob ein Kompetenzverlust auch einen Souveränitätsverlust bedeutet, danach entschieden, wie man die *völkerrechtliche Bindung* eines Staates behandelt. Die russische Rechtsschule schließt sich grundsätzlich der Doktrin Jellineks an, der die völkerrechtlichen Normen als *Selbstverpflichtung* des Staaten mit seinesgleichen anerkennt<sup>483</sup> und von daher nicht zu einem Verlust der Souveränität führt, wenn die Übertragung von Hoheitsrechten auf einer gegenseitigen Basis erfolgt.

Nach Meinung von Schelenkova legen die nationalen Verfassungen die Einschränkung der staatlichen Souveränität fest, lehnen aber den Souveränitätsverlust ab.<sup>484</sup> Die Verfassungen der Mitgliedstaaten benutzen Formulierungen wie «die internationalen Organe» oder «zwischenstaatliche Organisationen» und bestimmen auf diese Art die völkerrechtliche Rechtsnatur der Integrationsverbindungen. «Die entscheidende Frage ist also, ob die Delegation durch den Inhaber des Rechtes kontrollierbar ist oder nicht».<sup>485</sup>

<sup>482</sup> Tunkin, G. I., Teoria mezhdunarodnogo prava (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau 2000. S. 88ff

<sup>483</sup> Jellinek, G., Die Lehre von Staatenverbindungen. Wien 1882. S. 33f

<sup>484</sup> Die Dänische Verfassung, Artikel 20 (1).

<sup>485</sup> Kuschnick, M., Integration in Staatenverbindungen. Vom 19. Jahrhundert bis zur EU nach dem Vertrag von Amsterdam. 1999 Berlin/ New York. S. 7f

Es zeigen sich bestimmte föderative Züge in der juristischen Kompetenz der Europäischen Union. Die politischen Entscheidungen sind aber von der Rechtssubjektivität zu trennen: Unter Völkerrechtssubjektivität im Sinne von Verdross<sup>486</sup> ist die Trägerschaft von Rechten und Pflichten zu verstehen. Die Frage nach der rechtlichen Entscheidungsbefugnis richtet sich danach, wer die Kompetenz zu einer Entscheidung hat.<sup>487</sup> Aus rechtlicher Sicht ist nicht die politische Entwicklung wesentlich, sondern die *normative Trägerschaft*.

Also kann die Europäische Union nicht als eine Föderation behandelt werden, da sie auch auf dem Prinzip der Einzelermächtigung gegründet ist: Abs. 2, Art. 2 des EU-Vertrages bekräftigt das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung als Kompetenzgrundlage auf Grund konkreter Bestimmungen des EU-Vertrages und enthält keine Kompetenzkompetenz der Organisation. Die Ziele der Union werden ausdrücklich nach Maßgabe des Gründungsvertrages unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips verwirklicht. Dazu muss noch gesagt werden, dass der Verweis auf die Hohen Vertragsparteien im Art. 1 des EU-Vertrages ebenso die fortbestehende Souveränität der Mitgliedstaaten bekräftigt. Somit ist nicht von einer Verselbständigung der Europäischen Union zu sprechen.

### **C. Zusammenfassung: Kapitel 3**

Wie es aus dem oben gemachten Vergleich klar wird, kann die Europäische Union weder als eine klassische Föderation, noch als eine traditionelle Internationale Organisation behandelt werden. Die Europäische Union stellt eine Kompromissform zwischen dem Bestreben, die Europäische Integration fortzuführen und zu erweitern, und der Notwendigkeit, die Identität und Souveränität von Mitgliedstaaten zu bewahren, dar. Angefangen von der funktional orientierten wirtschaftlichen Integration in den Europäischen Gemeinschaften mit supranationalen Charakteristika, entwickelte sich die europäische Integration zu einem komplexen System aus supranationalen und intergouvernementalen Arbeit der EU-Mitgliedstaaten. Hierbei zeichnen sich die Globalisierungstendenzen, sowie der sich fortentwickelnder gegenseitiger Zusammenhang zwischen einzelner Staaten in Europa. Diese objektive Gesetzmäßigkeiten der heutigen internationalen Leben führen dazu, dass es neue zwischenstaatliche Formen der Zusammenarbeit gesucht werden. Diese Formen werden mit normativen Mitteln des moder-

---

<sup>486</sup> Verdross, *Simma*, Universelles Völkerrecht, §375.

<sup>487</sup> Paulus, A. L., Die Internationale Gemeinschaft im Völkerrecht. 2001. S. 227f

nen Völkerrecht gestaltet, haben aber neue Charakteristika, die dem klassischen Völkerrecht nicht bekannt sind. Es lässt sich feststellen, dass die wesentliche Charakteristika des Völkerrechtes behalten bleiben, anpassen sich aber in ihren Regulierungsmethoden an den Forderungen des heutigen internationalen Leben. Die Zusammenarbeit im Völkerrecht ist durch das Existenz der souveränen Staaten gekennzeichnet, die die völkerrechtliche Normen im Willensabstimmungsprozeß verabschieden. Die Entwicklungen des letzten sechzig Jahren in Europa fördern stark zusammenhängende *supranationale* Formen der Zusammenarbeit und rufen ins Leben dazu geeignete Organisationsformen. Diese Formen durch ihre supranationale Charakteristika sind wesentlich unabhängiger von den Willen der Gründungsstaaten, werden aber in dieser supranationalen Form von der primären Subjekten des Völkerrechtes grundsätzlich legitimiert. Die Europäische Union stellt eine neue komplexe Form der internationalen Zusammenarbeit dar, die in sich stärker integrierte Bereiche der Wirtschaft und Handels und weniger integrierte politische und Sicherheitsbereiche einschließt. Also sind souveräne Rechte der Mitgliedstaaten auf unterschiedliche Weise *je nach dem Aufgabengebiet* auf die zentrale Institutionen übertragen. Dies besagt als erstes, wesentliche Änderungen in der Rechtsnatur primärer Völkerrechtssubjekte: früher war Souveränität als wesentliches Merkmal eines Staates ungetrennt (absolut) als Grundlage der Rechtsnatur eines Staates verstanden und diente in diese Funktion als Quelle der Gesetzgebung im Völkerrecht; als Ergebnis sich verstärkten Zusammenhanges nähert sich die primäre staatliche Völkerrechtssubjektivität der Qualitäten und Rechtsnatur sekundäre Völkerrechtssubjekte: also sind die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten *gebietenweise* auf die supranationale Organisation übertragen und werden *supranational* geregelt, also wird die Gesetzgebung im Völkerrecht nach Sektoren von der unabhängigen supranationalen Organisationen übernommen.

Als zweites leuchten die Forschungsergebnisse der Europäischen Union die aktuelle Integrationsdynamik bei der Gründung neuer Staatlichkeitsformen: die Rechtsnatur einer internationalen Organisation ist die Gesamtheit ihrer Befugnisse und ist von dem im Gründungsvertrag festgelegten Willen der Mitgliedstaaten abhängig; die supranationale Organisationen haben aber keinen bloß funktionalen sekundären Charakter, sondern streben nach der für die klassischen internationalen Organisationen untypischen Verschmelzung von funktionalen und politischen Kompetenzbereichen: die Entwicklung von der Europäische Gemeinschaft zu der Europäischen Union macht diese Verklebung deutlich. Wenn früher die politischen Überlegungen, sowie die Frieden, Sicherheit im Vordergrund bei der Entstehung neue Staaten standen, geht die aktuelle Entwicklung von den funktionalen Bereichen, die für

die sekundäre Völkerechtssubjekte charakteristisch ist, Richtung politischer Integration.

Somit als Forschungsergebnis kann festgehalten, dass es unter dem Einfluß von Globalisierung, sich verstärkenden Zusammenhanges des internationalen Lebens, anthropozentrischen Tendenzen im modernen Völkerrecht ein Annäherungsprozeß der primären und sekundären Völkerechtssubjektivität statt findet.



## Literaturverzeichnis

*Abolin O.J.* Vsemirnyj i evropejskij federalism: verojatnyje perspektivy (Der Welt- und der europäische Föderalismus) // Politicheskije issledovanija (Politischen Studien). Moskau, 1994. № 5

*Аболин О.Ю.* Всемирный и европейский федерализм: вероятные перспективы. М., 1994. № 5

A concise presentation of the European Community. L., 1992

*Akehurst, Michael*, The Application of General Principles of Law by the Court of Justice of the European Communities, Brussels, 1982

*Arnold, Rainer*, Rechtsstaat und Normenkontrolle in Europa, in: Festschrift für Börner, 1992. S.7 ff.

*Arnold, Rainer*, Das Verfassungsprinzip gerichtlicher Kontrolle von Legislative und Executive – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: Müller-Graff/Riedel (Hrsg.), Gemeinsames Verfassungsrecht in der Europäischen Union, 1998

*Arnold, Rainer*. European Constitutional Law: some Reflections on a concept that Emerged in the Second Half of the Twentieth Century, Tulane European & Civil Law Forum, New Orleans, vol.14 (1999)

*Arnold, Rainer*. European Constitutionale Law – an emerging concept in the second half of the twentieth century, in: Tualne European and Civil Law Forum, New Orleans, 1999

*Arnold, Rainer*, A Fundamental Rights Charter for the European Union// Tulane European& Civil Law Forum. Volumes 15/16, 2000- 2001

*Arnold, Rainer*, Begriff und Entwicklung des Europäischen Verfassungsrecht, Festschrift H.Maurer 855- 68 (2001)

*Arnold, Rainer*, Die Europäischen Verfassungsgerichte und ihre Integrationskonzepte in vergleichender Sicht, Festschrift für für F. Koja. Wien, 1998. S. 3-25

*Arnold, Rainer*, Die Rolle der Mitgliedstaaten in der Europäischen Verfassungsordnung// Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht. 5/2002

*Arnold, Rainer*, Constitutional Courts of Central and Eastern European Countries as a dynamic source of modern legal ideas, Tulane European & Civil Law Forum, New Orleans,

vol. 18 (2003)

*Arnold, Rainer*, Thesen zur Frage der Konstitualisierung und Demokratisierung in der EU in: *International and Comparative Law Review*, Bd. 9, Olomouc, 2003. S. 41-51

*Arnold, Rainer*, *Fundamental Rights in Central and Eastern Europe: A Basic Analysis*, 2004

*Arnold, Rainer*, The Different Levels of Constitutional Law in Europe and their Interdependence, in: *Challenges of Multi-Level Constitutionalism*, JVR, 21<sup>st</sup> World Congress (J.Nergelius/P.Policastro/K.Urata (edit.)), Cracow, 2004

*Arnold, Rainer*, *The European Constitutional Law and the Transformation of national constitutional Law*, 2005

*Arnold, Rainer*. Strukturen der Verfassungsgerichtsbarkeit in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas, Vortrag in Salzburg, 2005

*Awakjan S.A.* (Red.) *Konstituzionnoje pravo. Enzyklopeditcheskij slovarj* (Das Verfassungsrecht Das Enzyklopädisches Wörterbuch) Moskau, 2000

*Авакьян С.А.* (Отв.ред.) *Конституционное право. Энциклопедический словарь*. М., 2000

*Awakjan S.A.* *Bibliografija po konstituzionnomu i municipalnomu pravu Rossii* (Das Literaturverzeichnis im Verfassungs- und Kommunalrecht Russlands). Moskau, 2002

*Авакьян С.А.* *Библиография по конституционному и муниципальному праву России*. М., 2002

*Aktualnyje problemy dejatel'nosti mezdunarodnyh oragnisazij* (Aktuelle Fragen der Tätigkeit Internationaler Organisationen). Moskau, 1975

*Актуальные проблемы деятельности международных организаций*. М., 1975

*Aleksidze L.A.* *Nekororyje voprosy teorii mezdunarodnogo prava. Imperativnyje normy (jus cogens)* (Ausgewählte Fragen der Theorie des Völkerrechts. Die imperativen Normen (jus cogens)). Tbilisi, 1982

*Алексидзе Л.А.* *Некоторые вопросы теории международного права. Императивные нормы (jus cogens)*. Тбилиси, 1982

*Ametistov E.M.* *Sovremennyye tendenzii razvitija prava Evropejskich Soobschestv* (Zeitgenössische Tendenzen der Entwicklung des Rechtes der Europäischen Gemeinschaften) in: *Sowjetskoje Gosudarstvo i pravo* (Der Sowjetische Staat und das Recht). 1985, № 7

*Аметистов Э.М.* *Современные тенденции развития права Европейских Сообществ // Советское государство и право*, №7, 1985

*Afanasjev E.V.* Federalism Evropejskogo Sojuza (Der Föderalismus der Europäischen Union). Diss.Moskau, 1999

*Афанасьев Е.В.* Федерализм Европейского Союза: Дисс...канд.юрид.наук: – М., 1999

*Baglaj M.V.* Konstituzionnoje pravo Rossijskoj Federazii (Das Verfassungsrecht der Russischen Föderation). Moskau, 1999

*Баглай М.В.* Конституционное право Российской Федерации. М., Норма, 1999

*Baglaj M.V., Tumanov V.A.* Malaja enzyklopedija konstituzionnogo prava. Moskau, Beck-Verlag, 1998

*Баглай М.В., Туманов В.А.* Малая энциклопедия конституционного права. М., Изд-во БЕК, 1998

*Balayan, Oxana.* Institutionelle Struktur der Wirtschaftsintegration in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Eine rechtliche Untersuchung der Organstruktur der GUS im Vergleich zur Europäischen Gemeinschaft. Diss. Berlin, 1999

*Baranovskij V.G.* Politicheskaja Integrazija v Zapadnoj Evrope. Nekotoryje voprosy teorii i praktiki (Die politische Integration in Westeuropa. Einige Fragen der Theorie und Praxis). Moskau, 1979

*Барановский В.Г.* Политическая интеграция в Западной Европе. Некоторые вопросы теории и практики. М., 1979

*Baranovskij V.G.* Evropejskoje soobschestvo v systeme mezhdunarodnyh otnoshenij (Die Europäische Gemeinschaft im System internationaler Beziehungen). Moskau, 1986

*Барановский В.Г.* Европейское Сообщество в системе международных отношений. М., 1986

*Baranovskij V.G., Zajtcheva O.G.* Mezhdunarodnyje organizazii: prinyatije reshenij (Die Internationalen Organisationen: die Beschlüsse). Moskau, 1989

*Барановский В.Г., Зайцева О.Г.* Международные организации: принятие решений. М., 1989

*Bebr, Gerhard,* Judicial Control of the European Communities. London, 1962

*Benda E., Maihofer W., Vogel H.-J.,* Handbuch des Verfassungsrechts. 2.Auflage, Berlin/ New York, 1994

*Beutler/ Bieber/ Pipkorn/ Streil,* Die Europäische Union. Rechtsordnung und Politik. 4 Auflage.Nomos Verlag. Baden- Baden,1993

*Bieber, R.*, Die Europäisierung des Verfassungsrechts, in: *Kreuzer/ Scheuling/Sieber* (Hrsg.) (Fn.19)

*Blischenko I.P.* Mezhdunarodno- pravovyje problemy gosudarst, vhodyaschih v SNG (Die völkerrechtlichen Probleme der Mitgliedstaaten der GUS) in: *Moskowskij zurnal mezhdunarodnogo prava* (Moskauer Zeitschrift des Völkerrechts). 1997, №1

*Блищенко И.П.* Международно- правовые проблемы государств, входящих в СНГ// Московский журнал международного права. 1997, №1

*Bodin, Jean*, Les six Livres de la Republique, Paris, 1986

*Bobrov R.L.* Osnovnyje problemy teorii mezhdunarodnogo prava (Die Hauptprobleme der Theorie des Völkerrechts)

*Бобров Р.Л.* Основные проблемы теории международного права. М., 1968

*Borko J.* Jekonomicheskaja integracija i socialnoje razviitije v uslovijah kapitalizma: burschuaznyje teorii i opyt Evropejskogo Soobschestva (Die wirtschaftliche Integration und die soziale Entwicklung im Kapitalismus: bürgerliche Theorien und die Erfahrung der Europäischen Gemeinschaft). Moskau, 1984

*Борко Ю.А.* Экономическая интеграция и социальное развитие в условиях капитализма: буржуазные теории и опыт Европейского сообщества. М., 1984

*Broun L.N., Jacobs F.*, The Court of Justice of the European Communities. L., 1989

*Bülck, Hartwig.* Völkerrecht und Europäisches Recht: Ausgewählte Abhandlungen. Dunckner & Humblot/ Berlin, 1984

*Burrows, Noreen*, The Risks of Widening without Deepening (1992) 17 ELRev352

*Chalmers, Damian*, European Union Law. Ashgate. Dartmouth, 1998

*Craig, Paul, Grainne de Burca*, EU Law. Text, Cases and Materials. Second Edition. Oxford, 1998

*Dashwood Alan*, The Principle of Direct Effect in European Community Law. London, 1978

Die Europeasche Union als Prozess, Europa Union Verlag

E.C. Commission: «Thirty Years of Community Law», Brussel, 1981

*Elles N.*, Community Law through the Cases. N.Y. 1973

*Entin M.A.* Sud Ewropejskih Soobschestw: prawowyje formy obespetchenija zapadnoewropejskoj integracii (Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften: die rechtlichen Formen der Gewähr der westeuropäischen Integration). Moskau, 1987

Энтин М.А. Суд Европейских Сообществ: правовые формы обеспечения западноевропейской интеграции. М., 1987

*Estenbauer, Fried*, Kriterien föderativer und konföderativer Systeme. Wien, 1976

Europe without Frontiers – Completing the Internal Market. L. 1989

*Etter*, Vom Einfluss des Souveränitätsgedankens auf das internationale Privatrecht. 1959

European Unification. The origins and growth of the European Community. L., 1990

*Fischer, Joschka*, Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede am 12.Mai 2000 in der Humboldt-Universität zu Berlin// Integration 23.Jg., 3/2000

*Hacker R.D.* The Direct Effect of Community Law. L., 1979

*Hahn, Hugo J.* Funktionenteilung im Verfassungsrecht europäischer Organisationen. Nomos Verlag. Baden- Baden, 1977

*Hartley, Trevor C.* The Foundation of European Community Law. Oxford, 1988

*Hay, Peter*, Federalism and Supranational Organisations. Patterns for New Legal Structures. Univ. of Illin., 1966

*Hofmann. H.*, Die Entstehung des modernen souveränen Staates. Köln, 1967

*Hummer W./ Simma B./ Vedder Ch./ Emmert F.*, Europarecht in Fällen. 2 Auflage. Nomos Verlag. Baden- Baden, 1994

*Ganuschkin B.D.* Diplomatičeskoje pravo mezdunarodnyh organizacij (Das diplomatische Recht der Internationalen Organisationen), Moskau, 1972

*Ганюшкин Б.Д.* Дипломатическое право международных организаций. М., 1972.

*Gloria, C.*, Völkerrecht und Landesrecht in: *Ipsen, K.*, Völkerrecht. 3.Auflage. München, S.1071-1109

*Glотова S.W.* Otvetstwennostj gosudarst- tchelenov Evropejskih Soobschestv pered grazdanami za naruschenije prav Soobschestv (Die Verantwortung der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften für die Verletzung des Rechtes der Gemeinschaften) in: Westnik MGU, Recht 11. 1998, №3

*Глотова С.В.* Ответственность государств- членов Европейских Сообществ перед гражданами за нарушение права Сообществ. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1998, №3

*Glотова S.W.* Direktivy Evropejskogo Soobschestva (Die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft). Moskau, 1999

*Глотова С.В.* Директивы Европейского Сообщества. Дисс...канд.юрид.наук. – М., 1999

*Gluharev L.I.* Evropejskije soobschestva v poiskah novoj strategii (Die Europäischen Gemeinschaften auf der Suche nach der neuen Strategie). Moskau, 1990

*Глухарева Л.И.* Европейские Сообщества в поисках новой стратегии. М., 1990

*Grohalski S.M.* Gosudarstva v reshenii sowremennyh globalnyh problem (Mezdunarodno- pravovye aspekty) (Die Staaten bei der Lösung der zeitgenössischen globalen Probleme (die völkerrechtlichen Aspekten). Moskau, 1998

*Грохальски С.М.* Государства в решении современных глобальных проблем (Международно- правовые аспекты.). Автореферат дисс...канд.юрид.наук. М., 1998.

*Grotius, Hugo.* O prave wojny i mira (Über das Recht des Krieges und des Friedens) Tri knigi (Drei Bücher). Moskau, 1956

*Гроций Г.* О праве войны и мира. Три книги. М., 1956

Jenis M., Kay P., Bradley E. Evropejskoje pravo v oblasti prav tcheloveka (Praktika i kommentarii) (Das Europarecht im Bereich Menschenrechte) (Prais und Kommentare). Moskau, 1997

*Dorziw E.P.* Federalism v Rossii: teoretiko-prawowoj aspekt (Der Föderalismus in Russland: der theoretische Aspekt). Moskau, 1997

*Доржиев Э.П.* Федерализм в России: Теоретико- правовой аспект. Дисс... канд.юрид.наук: – М., 1997

*Durdenewskij W.N., Krylow S.B.(Red.)* Mezdnunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). 1947

*Дурденевский В.Н., Крылов С.Б. (ред.).* Международное право 1947

*Hallstein, Walter.* Die Europäische Gemeinschaft. 1.Auflage. Düsseldorf- Wien, 1973

*Entin L.M (Red.)* Ewropejskoje pravo. Utchebnik dlya vusov (Das Europarecht. Lehrbuch für die Universitäten) 2000

*Энтин Л.М. (Ред.)* Европейское право. Учебник для вузов. М., 2000

Ewropejskoje Soobschestwo: regulirowanije integrationnyh prozessow (Die Europäische Gemeinschaft: Die Regelung integrativer Prozesse). Moskau, 1986

Европейское Сообщество: регулирование интеграционных процессов. М., 1986

*Ignatenko G.V.* Mezdnunarodnaja prawosubjektivostj nazii (Die völkerrechtliche Subjektivität der Nation) in: Sowjetskoje Gosudarstwo i pravo. 1966, № 10

*Игнатенко Г.В.* Международная правосубъектность нации. – «Советское государство и право», 1966, № 10

*Ignatenko G.V.* K vorosu o ponjatii i klassifikazii subjektov mezdunarodnogo prava/ Materialy konferenzii po itigam nautcho-issledowatelskoj raboty za 1968 god (Zur Frage über den Begriff und die Klassifizierung der Subjekte des Völkerrechts. in: Arbeitspapiere der Abschlußkonferenz des Jahres 1968). Swerdlowsk, 1969

*Игнатенко Г.В.* К вопросу о понятии и классификации субъектов международного права// Материалы конференции по итогам научно- исследовательской работы за 1968 год. Свердловск, 1969

*Ignatenko G.V., Tiunov O.I. (Red.)* Mezdunarodnoje publitchnoje pravo. Utchebnik (Das öffentliche internationale Recht). Lehrbuch. Moskau, 2001

Игнатенко Г.В., Тиунов О.М. (под ред.) Международное право: Учебник для вузов. М., 2001

*Ispolinow A.S.* Priwilegii i immunitety Ewropejskogo Sujuza in: Westnik MGU. Recht11. Moskau, 1995, №5

*Исполинов А.С.* Привилегии и иммунитеты Европейского Союза.// Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1995, № 5

*Ispolinow A.S.* Mezdunarodno-prawowyje aspekty dejateljnosti Komissii ES (Die völkerrechtlichen Aspekte der Tätigkeit der EG-Kommission). Diss. Moskau, 1995

*Исполинов А.С.* Международно- правовые аспекты деятельности Комиссии ЕС. Дисс. ... канд.юрид.наук. М., 1995

*Jaschenko, A.S.* Teorija federalisma: Opyt sinteticheskoi teorii gosudarstva i prava (Die Theorie des Federalismus: der Versuch der syntetischen Theorie des Rechts und des Staates). 1912

*Яценко А.С.* Теория федерализма: опыт синтетической теории государства и права. 1912

*Jellinek, Georg.* Pravo sovremennogo gosudarstva (Das Recht des modernen Staates),. Moskau, 1908

*Йеллинек Г.* Право современного государства. М., 1908

*Jumaschew J.M.* Mezdunarodno-prawowyje formy wneschneekonomitcheskih swjazej EES (Die internationalrechtlichen Formen der außenwirtschaftlichen Beziehungen EWG). Moskau, 1989

*Юмашев Ю.М.* Международно-правовые формы внешнеэкономических связей ЕЭС. М., 1989

*Kazanskij G.* Wseobschii administratiwnaje sojuzy gosudarstw. 1897

*Казанский Г.* Всеобщие административные союзы государств. 1897

*Kamarowskij L.A.* Wopros o mezdunarodnoj organisazii. Soedinennyje Staty Ewropy. Moskau (Die Frage der Internationalen Organisation. Die Vereinten Staaten Europas). 1905

*Камаровский Л.А.* Вопрос о международной организации. Соединенные Штаты Европы. М., 1905

*Kapustin A.J.* Ewropejskij Soujz: integracija i prawo Die Europäische Union: Integration und Recht). Moskau, 2000

*Капустин А.Я.* Европейский Союз: интеграция и право. М., 2000

*Klemin A.W.* Estcho raz o kompetenzii Ewropejskih Soobschestw (Nochmal zur Kompetenz der Europäischen Gemeinschaften) in: Moskowskij Zuranl mezdunarodnogo prawa). Moskauer Zeitschrift des Völkerrechts. 1992, № 46

*Клемин А.В.* Еще раз о компетенции Европейских Сообществ // Московский журнал международного права, № 46 / 1992

*Kowalskij A.A.* Wlastj w uslowijah federalisma (Wzaimodejstwije federaljnogo i regionaljnogo urownej). (Die Macht im Föderalismus (Das Zusammenwirken von föderalen und regionalen Ebenen). Diss. Moskau, 1999

*Ковальский А.А.* Власть в условиях федерализма (Взаимодействие федерального и регионального уровней): Дисс... канд. политол. наук. – М., 1999

*Kolosow J.M., Kriwtchikowa E.S. (Red.)* Mezdunarodnoje prawo (Das Völkerrecht). Lehrbuch. Moskau, 2000

*Колосов Ю.М., Кривчикова Э.С. (отв. ред.)* Международное право. Учебник. М., 2000

*Kolosow J.M.* Otwetstwennostj w mezdunarodnom prave (Die Verantwortung im Völkerrecht). Moskau, 1975

*Колосов Ю.М.* Ответственность в международном праве. М., 1975

*Konuchova I.A.* Sovremennyj rossijskij federalism i mirovoj opyt: itogi stanovlenija i perspektivy razvitija (Der moderne russische Föderalismus und die Welterfahrung: die Entstehungsergebnisse und die Entwicklungsperspektiven). Moskau, 2004

*Конюхова И.А.* Современный российский федерализм и мировой опыт: итоги становления и перспективы развития. М., 2004



- Korkunow N.* Mezdnunarodnoje prawo (Das Völkerrecht). Sankt-Petersburg, 1886.
- Коркунов Н.* Международное право. Спб., 1886
- Korobowa M.A.* Mezdnunarodnoje prawo i ekonomitcheskije dogowory (Das Völkerrecht und die Wirtschaftsverträge). Moskau, 1987
- Коробова М.А. Международное право и экономические договоры. М., Изд-во МГУ, 1987
- Korowin E.A.* Mezdnunarodnoje prawo perehnodnogo wremeni (Das Völkerrecht der Übergangszeit). Petrograd, 1923
- Коровин Е.А.* Международное право переходного времени. Гос.издательство. М.-Петроград, 1923
- Korowin E.A.* Mezdnunarodnoje prawo (Red.) 1951
- Коровин Е.А.* Международное право (ред.). 1951
- Krylow I.B.* Rolj mezdunarodnyh organizacij sistemy OON w mezdunarodnom prawotworthestwe (Die Rolle der Internationalen Organisationen in der völkerrechtlichen Gesetzgebung). Diss. Moskau, 1989
- Крылов И.Б.* Роль международных организаций системы ООН в международном правотворчестве: Дисс. доктора юрид.наук. М., 1989
- Krylowa I.S.* Ewropejskij parlament (Das Europäische Parlament). Moskau, 1987
- Крылова И.С.* Европейский парламент. М., 1987
- Kuznezov S.A.* Predstawiteli gosudarstv pri mezdunarodnah organizacijah (Die Vertreter der Staaten bei den Internationalen Organisationen). Moskau, 1980
- Кузнецов С.А.* Представители государств при международных организациях. М., 1980
- Kurs mezdunarodnogo prawa (Kurs des Völkerrechts). In 7 Bänden. Moskau, 1989
- Курс международного права. В 7 томах. Москва. 1989
- Lewin D.B.* K woprosu o ponjatii i sisteme sowremennogo mezdunarodnogo prawa (Zur der Frage des Begriffes und des Systems des zeitgenössischen Völkerrecht) in: Sowjetskoje Gosudarstwo i prawo (Der Sowjetische Staat und das Recht). 1947, № 5
- Левин Д.Б.* К вопросу о понятии и системе современного международного права. // Советское государство и право. 1947, №5
- Levin D.B.* Otwetstwennostj gosudarstw w sowremennom mezdunarodnom prawe (Die Verantwortung der Staaten im zeitgenössischen Völkerrecht). Moskau, 1966

*Левин Д.Б.* Ответственность государств в современном международном праве. М., 1966

*Levin D.B.* Aktualnyje problemy teorii mezdunarodnogo prava (Die aktuellen Probleme der Theorie des Völkerrechts). Moskau, 1974

*Левин Д.Б.* Актуальные проблемы теории международного права. М., 1974

*Lewin I.D.* Suverenitet (Die Souveränität). Moskau, 1948

*Левин И.Д.* Суверенитет. Юриздат. М., 1948

*Lewin I.D.* Sowremennaja burguznaja nauka gosudarstwenного prava (Die zeitgenössische Wissenschaft des Staatsrechts). Moskau, 1960

*Левин И.Д.* Современная буржуазная наука государственного права. М., 1960

*Galenskaja L.N., Entin M.L. (Red.)* Lekzii po aktualnym problemam mezdunarodnogo i ewropejskogo prava. 2004

*Галенская Л.Н., Энтин М.Л. (ред.)* Лекции по актуальным проблемам международного и европейского права. Россия- Нева. 2004

*Lukaschuk I.I.* Funktionirovanije mezdunarodnogo prava (Das Funktionieren des Völkerrechts). Moskau, 1992

*Лукашук И.И.* Функционирование международного права. М., 1992

*Lukaschuk I.I.* Mezdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). Moskau, 1997

*Лукашук И.И.* Международное право. М., 1997

*Koschewnikow F.I. (Red.)* Mezdunarodnoje pravo (Das Völkerrecht). 1957

*Кожевников Ф.И. (ред.)* Международное право. 1957

*Maklanow W.W.* Konstituzionnyj kontrolj w stranah- tchlenah Ewropejskogo Sojuza (Die Verfassungskontrolle in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union). Moskau, 1995

*Макланов В.В.* Конституционный контроль в странах- членах Европейского Союза. М., 1995

*Malinowskij W.F.* Rassuzdenije o mire i vojne (Reflexion über Frieden und Krieg), 1798

*Малиновский В.Ф.* Рассуждения о мире и войне. 1798

*Malinowskij W.F.* Traktaty o wechnom mire (Die Traktate über den ewigen Frieden). Moskau, 1963

*Малиновский В.Ф.* Трактаты о вечном мире. М., 1963

*Margiew W.I.* Wnutrennee pravo mezdunarodnyh organizazij (Das innere Recht der Internationalen Organisationen). Wladikawkaz, 1995

*Маргиев В.И.* Внутреннее право международных организаций. Владикавказ, 1995

*Martens F.F.* Sowremennoje mezdunarodnoje prawn ziwilisowannyh narodow (Das zeitgenössische Völkerrecht der zivilisierten Völker) . Moskau, 1996

*Мартенс Ф.Ф.* Современное международное право цивилизованных народов. М., 1996

Mezdnunarodnoje prawn (Das Völkerrecht). Das Lehrbuch. Moskau, 1999

Международное право // Учебник. М., 1999

*Mironov N.B.* Mezdnunarodnoje prawn: normy i ih juriditcheskaja sila (Das Völkerrecht: die Normen und ihre juristische Kraft). Moskau, 1980

*Миронов Н.Б.* Международное право: нормы и их юридическая сила. М., 1980

*Mischin A.A.* Konstituzionnoje (gosudarstwennoje) prawn zarubeznah stran (Das Verfassung-(das Staats-)Recht der ausländischen Staaten). 6.Auflage. Moskau, 1999

*Мишин А.А.* Конституционное (государственное) право зарубежных стран. 6 изд. М., 1999

*Movtchan A.P.* Mezdnarodnyj pravoporjadok (Die völkerrechtliche Rechtsordnung). Moskau, 1990

*Мовчан А.П.* Международный правопорядок. М., 1990

*Modzorjan L.A.* Subjekty mezdunarodnogo prawn (Die Subjekte des Völkerrechts). Moskau, 1958

*Моджорян Л.А.* Субъекты международного права. М., 1958

*Morosow G.I.* Orgisazija Objedinennyh Nazij (Die Organisation der Vereinten Nationen). ИМО, 1962

*Морозов Г.И.* Организация Объединенных Наций. Изд-во ИМО, 1962

*Morosow G.I.* Mezdnunarodnyje organisazii. Nekotoryje woprosy teorii (Die Internationalen Organisationen. Einige theoretische Fragen). 2.Auflage. Moskau, 1974

*Морозов Г.И.* Международные организации. Некоторые вопросы теории. 2-е доп.изд-е. М., 1974

*Morschakova T.G.* Justizreform in der Russischen Föderation. Vortrag in Regensburg am 21.06.2006

*Морщакова Т.Г.* Судебная реформа в России. Доклад в Регенсбурге. 21.06.2006

*Murawjew W.I.* Mezdnunarodnyje organisazii – spezialjnyje subjekty mezdunarodnogo prawn (Die Internationalen Organisationen als spezielle Subjekte des Völkerrechts). Kiew, 1991

*Муравьев В.И.* Международные организации – специальные субъекты международного права. Киев, 1991

*Muromtsew G.I.* Prawo ES (ewropejskoje prawo), ego istotchniki (Das EG/EU-Recht (Das Europarecht), seine Quellen in: Prawo Ewropejskiego Sojuza: prawoweje regulirowanie towrowego oborota (Das EU-Recht: Die rechtliche Regulierung des Wirtschaftsverkehrs). Lehrbuch. Bezbach W.W., Kapustin A.J., Puginskij W.K. (Red.). Moskau, 1999

*Муромцев Г.И.* Право ЕС (европейское право), его источники // Право Европейского союза: правовое регулирование торгового оборота. Учебное пособие/ Под ред. проф.В.В.Безбаха, доц.А.Я.Капустина, проф.В.К.Пугинского. М., 1999

*Muellerson R.A.* K woprosu o prawe Ewropejskich Soobschestw (Zur Frage des Rechtes der Europäischen Gemeinschaften) in: Westnik MGU. Recht 11. 1982, № 5

*Мюллерсон Р.А.* К вопросу о «праве Европейских Сообществ»// Вестник Моск.ун-та. Сер.11. Право. 1982, №5.

*Neschataewa T.N.* Mezdunarodnyje organisazii i prawo. Nowyje tendenzii w mezdunarodno-prawowom regulirowanii (Die Internationalen Organisationen und das Recht. Die neuen Tendenzen in der völkerrechtlichen Regulierung). Moskau, 1998

*Нешатаева Т.Н.* Международные организации и право. Новые тенденции в международно- правовом регулировании. М., 1998

*Olteanu O.M.* Charakternyje tcherty prawa Ewropejskiego Ekonomitcheskogo Soobschestwa (Die charakteristischen Merkmale des Rechtes der Europäischen Gemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11. 1985, № 2

*Олтеану О.М.* Характерные черты права Европейского Экономического Сообщества. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1985, № 2

*Olteanu O.M.* Nekotoryje tendenziiw ewoluzii Ewropejskiego Ekonomitcheskogo Soobschestwa (Einige Tendenzen der Evolution des Rechtes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11. 1986, № 6

*Олтеану О.М.* Некоторые тенденции в эволюции Европейского Экономического Сообщества. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1986, № 6

*Olteanu O.M.* Ochрана okruzauschej sredy w sisteme Ewropejskiego Ekonomitcheskogo Soobschestwa (Der Umweltschutz in der Rechtsordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11.1991, № 5

*Олтеану О.М.* Охрана окружающей среды в системе Европейского Экономического Сообщества. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1991, № 5

*Olteanu O.M.* Prawowej mechanizm ewoluzii EES k nadnazionalnym federatiwnym strukturam (Der Rechtsmechanismus der Evolution der EWG zur supranationalen föderativen Stuktur) in: Westnik MGU. Recht 11. 1993, № 1

*Олтеану О.М.* Правовой механизм эволюции ЕЭС к наднациональным федеративным структурам. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1993, №1

*Olteanu O.M.* Prawowej mechanizm rasschirenija wneschnej sfery dejatel'nosti Erropejskogo Soobschestwa (Der Rechtsmechanismus der Erweiterung der Tätigkeitssphäre der Europäischen Gemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11. 1993, № 6

*Олтеану О.М.* Правовой механизм расширения внешней сферы деятельности Европейского Сообщества. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1993, № 6

*Olteanu O.M.* Mezduнародnaja prawosub'ektnost'j der Europäischen Gemeinschaft (Die Rechtsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft) in: Westnik MGU. Recht 11.1994, № 1

*Олтеану О.М.* Международная правоспособность Европейского Сообщества. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1994, № 1

*Olteanu O.M.* Sozdanije Ekonomitcheskogo i walutnogo sojuza w swete Dogowora o Ewropejskom Sojuze 1992 (Die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Hinblick auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Union von 1992) in: Westnik MGU. Recht 11. 1994, № 6

*Олтеану О.М.* Создание Экономического и валютного союза в свете Договора о Европейском Союзе 1992 г. // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1994, № 6

*Oppermann, Thomas*, Europarecht, München, 1991

*Palienko N.M.* Suverenitet (Die Souveränität). Jaroslawlj, 1930

*Палиенко Н.М.* Суверенитет: историческое развитие идеи суверенитета и его правовое значение. Ярославль, 1930

*Parlamentey mira* (Die Weltparlamente). Moskau, 1991

*Парламенты мира*. М., 1991

*Polititcheskije instituty na rubeze stoletij* (Die politischen Institute zur Jahrtausendwende). Dubna, 2001

*Политические институты на рубеже тысячелетий*. Дубна, 2001

*Prawo Ewropejskogo Sojuza: prawowoje regulirowanije torgowogo oborota* (Das Recht der Europäischen Union: Die rechtliche Regulierung des Handelsverkehrs). Das Lehrbuch. Moskau, 1999

Право Европейского Союза: правовое регулирование торгового оборота. Учебное пособие. М., 1999

Praktika burzuasnego konstitucionalisma: Sbornik nautchnyh trudow (Die Praxis des bürgerlichen Konstitutionalismus: Sammelband wissenschaftlicher Werke). Moskau, 1982

Практика буржуазного конституционализма: Сборник науч. трудов. М., 1982

Problemy burguaznoj gosudarstvennosti i politiko-prawowaja ideologija. Sbornik nautchnyh trudow (Die Probleme der bürgerlichen Staatlichkeit und die politisch-praktische Ideologie. Sammelband wissenschaftlicher Werke). Moskau, 1990

Проблемы буржуазной государственности и политико- правовая идеология. Сборник науч. трудов. М., 1990

Problemy suvereniteta v Rossijskoj Federazii (Die Probleme der Souveränität in der Russischen Föderation). Moskau, 1994

Проблемы суверенитета в Российской Федерации. М., 1994

*Prochorow M.W.* Federatiwnyje nachala w organizazii i dejatel'nosti parlamenta: Problemy Rossii i opyt zarubeznych stran (Die föderalistischen Grundlagen in der Organisation und Tätigkeit des Parlaments: Die Probleme Russlands und die Erfahrung ausländischer Länder). Diss. Moskau, 1997

*Прохоров М.В.* Федеративные начала в организации и деятельности парламента: Проблемы России и опыт зарубежных стран: Дисс...канд.юрид.наук. – М., 1997

*Solowjew M.D.* Prinziipy suwereniteta w sowremennom mezdunarodnom prawe (Die Souveränitätsprinzipien im zeitgenössischen Völkerrecht). Leningrad, 1956

*Соловьев М.Д.* Принципы суверенитета в современном международном праве. Л., 1956

*Talalaew A.N.* Juriditcheskaja priroda mezdunarodnogo dogowora (Die Rechtsnatur des völkerrechtlichen Vertrags). Moskau, 1963

*Талалаев А.Н.* Юридическая природа международного договора. М., 1963

*Talalaew A.N.* Kritika burzaznyh prawowyh koncepcij otnositel'no SEW i sozialisticheskoj ekonomicheskoj integracii (Die Kritik der bürgerlichen Rechtskonzeptionen bezüglich RGW und der Wirtschaftsintegration) in: Sowjet Ekonomicheskoj Wsaimipomisch. Osnownyje prawowyje problemy (Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe). Moskau, 1975

*Талалаев А.Н.* Критика буржуазных правовых концепций относительно СЭВ и социалистической экономической интеграции. // Совет Экономической Взаимопомощи. Основные правовые проблемы. М., 1975

*Talalaew A.N.* Wenska ja Konwenzija o prawe mezdunarodnyh dogoworow. Sostawlwnije i awtorski j kommentari j (Das Wiener Abkommen über das Recht der Verträge. Zusammenstellung und Autorenkommentar). Moskau, 1997

*Талалаев А.Н.* Венская конвенция о праве международных договоров. Комментарий. // Составление и авторский комментарий. М., 1997

*Talalaew A.N.* Prawo mezdunarodnyh dogoworow (Das Recht der Völkerrechtsverträge). Moskau, 1980

*Талалаев А.Н.* Право международных договоров. М., МО, 1980

*Talalaew A.N.* Prawo mezdunarodnyh dogoworow. Dogowory s utchastiem mezdunarodnyh organisazij (Das Recht der Völkerrechtsverträge. Die Verträge mit der Teilnahme Internationaler Organisationen). Moskau, 1989

*Талалаев А.Н.* Право международных договоров. Договоры с участием международных организаций. М., МО, 1989

*Teps, D.* Konzeptualnyje osnovy federalisma (Die konzeptuellen Grundlagen des Föderalismus). Sankt- Peterburg, 2002

*Tenc. Д.* Концептуальные основы феда рализма. СПб, 2002

*Tolstopjatenko G.P.* Ewropejskoje nalogowoje prawo. Srawniteljno-prawowoje issledowanije (Das Europäische Steuerrecht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung). Moskau, 2001

*Толстопятенко Г.П.* Европейское налоговое право. Сравнительно-правовое исследование. М., 2001

*Tolstuchin A.E.* Prawowaja priroda Ewropejskogo Sojuza (Die Rechtsnatur der Europäischen Union). Diss. Moskau, 1997

*Толстухин А.Э.* Правовая природа Европейского Союза: Дисс. ... канд. юрид. наук. - М., 1997

*Topornin B.N.* Ewropejskije Soobschestwa: prawo i instituty (Die Europäischen Gemeinschaften: Das Recht und die Institute). Moskau, 1992

*Топорнин Б.Н.* Европейские Сообщества: право и институты. М., 1992

*Topornin B.N.* Ewropejskoje prawo (Das Europarecht). Utchebnik (Lehrbuch). Moskau, 1999

- Топорнин Б.Н.* Европейское право. Учебник. М., 1999
- Trubezkoj E.N.* Enzyklopedia prawa (Enzyklopädie des Rechts). Sankt-Petersburg, 1998
- Трубецкой Е.Н.* Энциклопедия права. СПб., Изд-во «Лань», 1998
- Tunkin G.I.* Teorija mezdunarodnogo prawa (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau, MO, 1970
- Тункин Г.И.* Теория международного права. МО, М., 1970
- Тункин Г.И.* Понятие международного права. Характер и сущность международного права. Процесс создания норм и источники международного права. // Курс международного права. В 7 томах. М., 1989
- Tunkin G.I.* Ponjatije mezdunarodnogo prawa. Charakter i suschnostj mezdunarodnogo prawa. Prozess sozdanija norm i istotchniki mezdunarodnogo prawa) (Der Begriff des Völkerrechts. Der Charakter und das Wesen des Völkerrechts. Der Prozess des Schaffens völkerrechtlicher Normen und die Quellen des Völkerrechts) Kurs mezdunarodnogo prawa (Kurs des Völkerrechts). In 7.Bänder. Moskau, 1989
- Tunkin G.I.* Teorija mezdunarodnogo prawa (Die Theorie des Völkerrechts). Moskau, MO, 2000
- Тункин Г.И.* Теория международного права. МО, М., 2000
- Usenko E.T.* Suwerennaja gosudarstwennostj gosudarstw-tchlenow SEV kak predposylka i faktor ih integracii (Die souveräne Staatlichekeit der RGW-Mitgliedstaaten als Bedingung und Faktor ihrer Integration). Moskau, 1987
- Усенко Е.Т.* Суверенная государственность стран- членов СЭВ как предпосылка и фактор их интеграции. М., 1987
- Usenko E.T.* Gosudarstvo i pravo (Der Staat und das Recht). 1991, № 5
- Усенко Е.Т.* Государство и право. 1991, № 5
- Uschakow N.A.* Suverenitet w sowremennom mezdunarodnom prawe (Die Souveränität im zeitgenössischen Völkerrecht). IMO, Moskau, 1963
- Ушаков Н.А.* Суверенитет в современном международном праве. Изд-во ИМО. М., 1963
- Uschakow N.A.* Gosudarstwa w sisteme mezdunarodno-prawowego regulirowanija (Die Staaten im System der völkerrechtlichen Regulierung). Moskau, 1997
- Ушаков Н.А.* Государства в системе международно- правового регулирования. М., 1997



1992 god – nowyje kontury Zapadnoj Ewropy (Das Jahr 1992 – die neuen Konturen Westeuropas). Moskau, 1992

1992 год – Новые контуры Западной Европы. М., 1992

*Feschenko A.S.* Jawlenije nadnazionalnosti w dejatel'nosti mezdunarodnyh organizacij (Das Phänomen der Supranationalität in der Tätigkeit Internationaler Organisationen) in: Ezegodnik mezdunarodnogo prawa (Jahrbuch des Völkerrechts. 1987.) Moskau, 1988

*Фещенко А.С.* Явление наднациональности в деятельности международных организаций. Ежегодник международного права. 1987, М., 1988

*Feschenko A.S.* Nadnazionalnostj w dejatel'nosti mezdunarodnyh organizacij (Die Supranationalität in der Tätigkeit Internationaler Organisationen). Lehrbuch . Moskau, 1989

*Фещенко А.С.* Наднациональность в деятельности международных организаций. Учебное пособие. М., 1989

*Hirschler M., Zimmerman B.* Zapadnoewropejskije integracionnyje objedinanija (Die westeuropäischen Integrationsverbindungen). Moskau, 1987

*Хиршлер М., Циммерман Б.* Западноевропейские интеграционные объединения. М., 1987

*Tchernitchenko S.V.* Litchnostj i mezdunarodnoje pravo (Die Person und das Völkerrecht). Moskau, 1974

*Черниченко С.В.* Личность и международное право. М., МО. 1974

*Tschernitchenko S.V.* Mezdunarodnoje pravo: sowremennyje teoretitscheskije problemy (Das Völkerrecht: die zeitgenössischen theoretischen Probleme). МО. Moskau, 1993

*Черниченко С.В.* Международное право: современные теоретические проблемы. М., МО, 1993

*Tschernitschenko S.V.* Gosudarstvo kak lichnostj, subjekt mezdunarodnogo prawa i nositelj suvereniteta (Der Staat als Person, Subjekt des Völkerrechts und Souveränitätsträger) Sankt- Petersburg, 1995

*Черниченко С.В.* Государство как личность, субъект международного права и носитель суверенитета. Спб., 1995

*Tschernitchenko S.V.* Teorija mezdunarodnogo prawa (Die Theorie des Völkerrechts). In 2.Bänder. Moskau, 1999

*Черниченко С.В.* Теория международного права. В 2-х томах. М., 1999.

*Schevzov V.S.* Suverenität v sojuznom gosudarstve (Die Souveränität im Bundesstaat). Moskau, 1972.

*Шевцов В.С.* Суверенитет в союзном государстве. М., Юрид.лит-ра., 1972.

*Schevzov V.S.* Nazionaljnyj suverenitet (Die nationale Souveränität). Moskau, 1978.

*Шевцов В.С.* Национальный суверенитет. Москва. 1978.

*Schevzov V.S.* Gosudarstwennyj suverenitet (woprosy teorii) (Die Staatssouveränität (Theoretische Fragen). Moskau, 1979.

*Шевцов В.С.* Государственный суверенитет (вопросы теории). Москва. 1979.

*Schelenkowa N.B.* Ewropejskaja integracija: politika i prawo (Die Europäische Integration: Die Politik und das Recht). Moskau, 2003.

*Шеленкова Н.Б.* Европейская интеграция: политика и право. М., 2003

*Scherschenevitch G.F.*, Obschaja teorija prava (Allegemeine Theorie des Rechtes), 1910

*Шершеневич Г.Ф.* Общая теория права. 1910

*Schestakow L.N.* Protokoll N11 k Ewropejskoj Konwenzii po zaschite praw tcheloweka i osnovnyj swobod: ewoluzija ili rewoluzija? (Das 11. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention: Evolution oder Revolution?). Westnik MGU. Recht 11. 1996, № 5

*Шестаков Л.Н.* Протокол N11 к Европейской Конвенции по защите прав человека и основных свобод: эволюция или революция? // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1996, № 5

*Schestakow L.N.* Ponjatije mezdunarodnogo prawa (Lekzija) (Der Begriff des Völkerrechts) in: Westnik MGU. Recht 11. 1997, № 6

*Шестаков Л.Н.* Понятие международного права (лекция) // Вестник МГУ. Серия 11. Право. 1997, № 6

*Schibaewa E.A.* Prawo mezdunarodnyj organizacij: Woprosy teorii (Das Recht Internationaler Organisationen: Theoretische Fragen). Moskau, 1986

*Шубаева Е.А.* Право международных организаций: Вопросы теории. М., 1986

*Schibaewa E.A., Pototchnyj M.* Prawowyje woprosy struktury i dejatel'nosti mezdunarodnyj organizacij (Die rechtlichen Fragen der Struktur und der Tätigkeit Internationaler Organisationen). Moskau, 1980

*Шубаева Е.А., Поточный М.* Правовые вопросы структуры и деятельности международных организаций. М., 1980

*Schibaewa E.A.* K woprosu o nadnazionalnosti mezprawiteljstwennyh organizacij nahnazionaljnogo charaktera (Zur Frage der Supranationalität der intergouvernementalen Organisationen supranationalen Charakters) in: Moskowskij zurnal mezdunarodnogo prawa (Moskauer Zeitschrift des Völkerrechts). 1992, № 4

*Шубаева Е.А.* К вопросу о наднациональности межправительственных организаций наднационального характера// Московский журнал международного права. № 4, 1992

*Schumilow W.M.* Mezdunarodnoje ekonomitcheskoje pravo (Das internationale Wirtschaftsrecht). Moskau, 2001

*Шумилов В.М.* Международное экономическое право. М., 2001

*Schurschalow W.M.* Mezdunarodnyje prawootnoschenija (Die völkerrechtlichen Rechtsverhältnisse). Moskau, 1971

*Шуршалов В.М.* Международные правоотношения. М., 1971

*Schurschalow W.M.* Osnownyje woprosy teorii mezdunarodnogo dogowora (Die Hauptfragen der Theorie des Völkerrechtsvertrags). Moskau, 1959

*Шуршалов В.М.* Основные вопросы теории международного договора. М., 1959

*Schischkov J.* Formirovanije integracionnogo kompleksa v Zapadnoj Evrope: tendenzii i protivorechija (Die Bildung des Integrationskomplexes in Westeuropa: Tendenzen und Widersprüche). Moskau, 1979

*Шушков Ю.В.* Формирование интеграционного комплекса в Западной Европе: тенденции и противоречия. М., 1979

*Smitt Hans, Herzog Peter A.* The Law of the EEC: A Commentary on the EEC Treaty. N.Y. 1994

*Voznesenskaja N.N.* Organizacionnyj mechnism EES (Der organisatorische Mechanismus der EWG). Moskau, 1988

*Вознесенская Н.Н.* Организационный механизм ЕЭС. М., 1988

*Zapadno- evropejskaja integracija: politicheskije aspekty* (Die westeuropäische Integration: politische Aspekte). Moskau, 1985

Западноевропейская интеграция: политические аспекты. М., 1985

*Zapadno- evropejskaja integracija: projekty i realnostj* (Die westeuropäische Integration: Projekte und die Wirklichkeit). Moskau, 1986

Западно- европейская интеграция: проекты и реальность. М., 1986

*Zonowa T.W.* Ot Ewropy gosudarstw k Ewrope regionow? (Vom staatlichen Europa zum regionalen Europa?) in: *Polis*. 1995, № 5

*Зонова Т.В.* От Европы государств к Европе регионов? // *Полис*, 1995, № 5

*Ewropejskaja integracija: prawowyje problemy* (Die Europäische Integration: die rechtlichen Probleme). Moskau, 1992

Европейская интеграция: правовые проблемы. М., 1992

*Zorin W.S., Pletnew E.P. (Red.)* Obtschij rynek – orudije monopolij (Der gemeinsame Markt als Werkzeug der Monopolien). IMO, 1963

*Зорин В.С., Плетнев Э.П. (Ред.)* «Общий рынок» - орудие монополий. ИМО, 1963

*Kassim. Hussein; Guy Peters B.; Wright Vincent. (eds.)*, The National Coordination of EU Policy. Oxford, 2000

*Kellerman; Tromm; de Jongh; Winter*, Guide to ES Court Decisions. T.M.C. Asser Institute. The Hague, 1982

*Kelsen, Hans*, Artikel «Völkerrechtliche Souveränität» in: *Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie*. Bd. 2. Berlin und Leipzig, 1925, S. 554-559

*Kelsen, Hans*, The Principle of Sovereign Equality of States as a Basis for International Organisation. *Yale Law Review*. 53, Bd. 1944

*Kelsen, Hans*, Vom Geltungsgrund des Rechtes, in: *Völkerrecht und rechtliches Weltbild*. Festschrift für Verdross. Wien, 1960

*Kelsen, Hans*, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts. Tübingen, 1920

*Kopensteiner, Hans-Georg*, Die Europäische Integration und das Souveränitätsproblem. Baden-Baden 1963. Berlin/ New York, 1999

*Krüger, Herbert*, Zum Problem der Souveränität, in: *Berichte der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht*, Heft 1, 1957

*Iellinek, Georg*, Die Lehre von den Staatenverbindungen. 1882

*Koskenniemi, Michael. (Ed.)*, International Law Aspects of the European Union . Kluwer Law International The Hague, 1998

*Meng, Werner*, Das Recht der internationalen Organisationen – eine Entwicklungsstufe des Völkerrechts. Baden- Baden, 1979

*Kloepfer, Michael /Pernice, Ingolf (Hrsg.)*, Entwicklungsperspektiven der Europäischen Verfassung im Lichte des Vertrags von Amsterdam. Nomos-Verlag. Baden-Baden, 1999

*Kuschnick, Michael*, Integration in Staatenverbindungen. Schriften des Rechtszentrums für Europäische und Internationale Zusammenarbeit (R.I.Z.). Band 11. Walter de Gruyter. Berlin-New-York, 1999

*Laband, Paul*, Das Staatsrecht des deutschen Reiches. Tübingen, 1901

*Lauterpacht, Hersch*, The Function of Law in the International Community. Oxford, 1933

*Levi, Lucio*, No Globalisation without Representation/ Lessons learnt from the Failure of the Seattle Summit in : The Federalist Debate, Year XIII, Number 1, April 2000

*Lindeiner- Wildau, Hans-Christoph von*, La Supranationalite en tant que principe de droit. Leiden, 1970

*Lous J.-V.* , The Community legal order. Brussel, 1991

*Mac Dermott J.*, European Community Constitutional Law: the Division of Powers between the Community and Member States. London, 1988

*Mackenzie V., Stuart A.Y., Warner J.P.*, Judicial Decision as a Source of Community Law. Baden-Baden, 1981

*Mancini, G.*, The Making of a Constitution for Europe // Common Market Law Review, 1989, vol. 26, № 4

*Mancini, G.*, Democracy and Constitutionalism in the European Union. / Collected Essays. Oxford – Portland Oregon, 2000

*Mazan, Stefan*, Das föderative Prinzip in der Europäischen Union. Insbesondere die föderativen Strukturelemente des Europäischen Gemeinschaftsrechtes. Dissertation. Zürich, 1996

*Meng, Werner*, Das Recht der internationalen Organisationen – eine Entwicklungsstufe des Völkerrechts. Baden- Baden, 1979

*Müller-Graff, Peter-Christian*, Europäische Föderation als Revolutionskonzept im europäischen Verfassungsraum? // Integration 23.Jg., 3/2000

*Müller-Graff, Peter-Christian*, Europäische Verfassungsordnung – Notwendigkeit, Gestalt und Fortentwicklung in: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, 5/2002

*Müller-Wewel, Arthur*, Souveränitätskonzepte im allgemeinen Völkerrecht. *Peter Lang*. Europäischer Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main, 2003

*Nejber J.*, «Community Member States and European Integration: Is the Law Relevant?» 21 J.C.M. Stud. 39, 1982

- Nuttall, S.*, European Political cooperation. Clarendon Press, Oxford, 1992
- O'Keefe, David*, (Ed.), Mixed Agreements. Kluwer, Dordrecht, 1983
- Ophüls, Carl F.*, Quellen und Aufbau des Europäischen Gemeinschaftsrechts. Neue Juristische Wochenschrift, 1963
- Ophüls, Carl F.*, Staatshoheit und Gemeinschaftshoheit. Wandlungen des Souveränitätsbegriffs. Köln, 1965
- Parry, Audrey I.; Hardy S.*, EES Law. N.Y., 1981
- Paulus, Andreas L.*, Die Internationale Gemeinschaft im Völkerrecht. Eine Untersuchung zur Entwicklung des Völkerrechts im Zeitalter der Globalisierung. Beck Verlag, 2001
- Pescatore, Pierre*, Le droit de l'intégration. Leiden, 1972
- Percatore, Pierre*, The Doctrine of Direct Effect: An Infant Disease of Community Law, 8 European L. Rev. 155, 1983
- Riklin, Alois*, Die Europäische Gemeinschaft im System der Staatenverbindungen Bern, Stämpfli, 1972
- Schmitt, Carl*, Verfassungslehre, 1928
- Schroeder, Friedrich-Christian*, Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. Beck-Verlag. München, 1979
- Security of the Union, Federal Trust Papers, N4.1995 The Intergovernmental Conference of the European Union. 1996
- Seyersted Fynn*, Objective International Personality of Intergovernmental Organisations: Do Their Capacities Really Depend upon the Conventions Establishing Them? Copenhagen, 1963
- Seyersted Fynn*, International Personality of Intergovernmental Organisations// IJIL. Vol.IV.1964. NI. P. 55
- Smith, Myres*, The European Union, foreign economic policy and the changing world arena (1994) 1 JEPP 283
- Snyder Francis G.*, New Directions in European Community Law. Brussel, 1987
- Steindorf, E.*, Schumann-Plan und europäischer Bundesstaat. Europa Archiv. 1951. Nr.10-11
- Steiner, Josefina*, Textbook on EC Law. L., 1988

*Steiner, Udo*, Richterliche Grundverantwortung in Europa in: Festschrift für Hartmut Maurer zum 70.Geburtstag/ Geis, Ma-Emanuel, Lorenz, Dieter (Hrsg.). München, 2000. S.1005-1017

The Court of Justice of the European Community. L., 1986.

The European Community 1992 and beyond. Brussel, Luxemburg, 1991.

*Lodge, Juliet, (Ed.)*, The European Community and the Challenge for the Future. Pinter, 2<sup>nd</sup> edn.1993

*Thürer, Daniel*, Föderalistische Verfassungsstrukturen für Europa – eine zweite Chance der Entfaltung// Integration 23. Jg., 2/2000

*Triepel, Heinrich*, Völkerrecht und Landesrecht. Leipzig, 1899

*Tsoukalis, Loukas, (Ed.)*, The EC: Past, Present and Future. Basil Blackwell,1983

*Usher, John A.*, European Community Law and National Law: The Irreversible Transfer. London, 1981

*Verdross, Alfred*, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf der Grundlage der völkerrechtsverfassung. Tübingen, 1923

*Verdross, Alfred.; Simma, Bruno*, Universelles Völkerrecht: Theorie und Praxis. Berlin. 3. Auflage. 1984

*Weiler, J. H. H.*, The Community System: The Dual Character of Supranationalism/ The Year Book of European Law (1981) 267

*Weiler, J. H. H.*, The Constitution of Europe.Cambridge. University Press, 1999

*Weiler, J. H. H.*, The Transformation of Europe (1991)/ 100YaleLJ 2431-53

*Wyatt, Derrick*. The nature of Regulations and Directives: Direct Applicability and Direct Effect, 2 European L, Rev. 215, 1977

*Wyatt, Derrick I.; Dashwood, Alan*, The Substantive Law of the EEC. London, 1980

*Wyatt Derrick I.; Dashwood, Alan*, European Community Law. London, 1993

*Zippelius, Reinhold*, Allgemeine Staatslehre. Beck-Verlag. 14. Auflage. 2003





## **Lebenslauf**

Ich wurde in Moskau geboren und habe an der Juristischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität von 1991 bis 1995 studiert. Im Juni 1995 habe ich als volle Juristin mit der Note summa cum laudae das Studium abgeschlossen.

Ab dem Jahr 1996 arbeitete ich als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere ausländisches Öffentliches Recht, Rechtsvergleichung, Wirtschaftsverwaltungsrecht und Recht der Europäischen Gemeinschaften (Prof. Dr. Rainer Arnold). In dieser Zeit fertigte ich die vorliegende Dissertation an.

Die mündliche Prüfung legte ich am 16. Oktober 2006 mit der Note magna cum laudae ab.

